# **Deutscher Bundestag**

## **Stenografischer Bericht**

## 118. Sitzung

## Berlin, Mittwoch, den 6. September 2023

## Inhalt:

Tagesordnungspunkt 1 (Fortsetzung):	Otto Fricke (FDP)
a) Erste Beratung des von der Bundesre-	Dr. Christiane Schenderlein (CDU/CSU) 14575 B
gierung eingebrachten Entwurfs eines	Dr. Wiebke Esdar (SPD)
Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushalts-	Schahina Gambir (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) 14577 B
jahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024 – HG 2024) 14535 A	Sepp Müller (CDU/CSU)
Drucksache 20/7800	Simona Koß (SPD)
	Stefan Seidler (fraktionslos) 14579 D
b) Unterrichtung durch die Bundesregierung: Finanzplan des Bundes 2023 bis 2027 14535 B	Stefan Gelbhaar (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)
Drucksache 20/7801	Matthias Helferich (fraktionslos)
Einzelplan 04	Kerstin Radomski (CDU/CSU)
Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	Erhard Grundl (BÜNDNIS 90/
Friedrich Merz (CDU/CSU)	DIE GRÜNEN) 14583 A
Olaf Scholz, Bundeskanzler	Einzelplan 05
Tino Chrupalla (AfD)	Auswärtiges Amt
Katharina Dröge (BÜNDNIS 90/	Annalena Baerbock, Bundesministerin AA 14583 D
DIE GRÜNEN) 14549 C	Dr. Johann David Wadephul (CDU/CSU) 14585 A
Amira Mohamed Ali (DIE LINKE) 14553 A	Wiebke Papenbrock (SPD) 14586 C
Christian Dürr (FDP)	Dr. Michael Espendiller (AfD)
Alexander Dobrindt (CDU/CSU) 14559 A	Michael Georg Link (Heilbronn) (FDP) 14588 D
Beatrix von Storch (AfD) 14560 C	Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE)
Dr. Rolf Mützenich (SPD) 14562 B	Jamila Schäfer (BÜNDNIS 90/
Gerrit Huy (AfD)	DIE GRÜNEN)
Claudia Roth, Staatsministerin BK 14565 D	Gunther Krichbaum (CDU/CSU)
Thomas Hacker (FDP)	Michael Müller (SPD)
Thorsten Frei (CDU/CSU)	Stefan Keuter (AfD)
Achim Post (Minden) (SPD) 14570 B	Otto Fricke (FDP)
Dr. Marc Jongen (AfD)	Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 14596 C
Andreas Audretsch (BÜNDNIS 90/	Thomas Erndl (CDU/CSU)
DIE GRÜNEN) 14572 D	Aydan Özoğuz (SPD) 14598 C

Ulrich Lechte (FDP)	Metin Hakverdi (SPD)	627 A
Frank Schwabe (SPD)	Marcus Bühl (AfD) 14	628 D
Carsten Körber (CDU/CSU)	Dr. Paula Piechotta (BÜNDNIS 90/	
Christian Petry (SPD)	DIE GRÜNEN) 14	
Einzelplan 14	René Bochmann (AfD)	631 A
Bundesministerium der Verteidigung	Victor Perli (DIE LINKE) 14	1631 B
Boris Pistorius, Bundesminister BMVg 14603 A	Frank Schäffler (FDP)	631 D
Florian Hahn (CDU/CSU)	Franziska Hoppermann (CDU/CSU) 14	632 D
Agnieszka Brugger (BÜNDNIS 90/	Detlef Müller (Chemnitz) (SPD)	633 D
DIE GRÜNEN) 14606 D	Dr. Dirk Spaniel (AfD)	1635 B
Dr. Michael Espendiller (AfD) 14608 C	Matthias Gastel (BÜNDNIS 90/	
Karsten Klein (FDP)	DIE GRÜNEN) 14	
Dr. Gesine Lötzsch (DIE LINKE)	Anke Domscheit-Berg (DIE LINKE) 14	1637 B
Andreas Schwarz (SPD) 14611 C	Christian Schreider (SPD) 14	
Kerstin Vieregge (CDU/CSU)	Thomas Bareiß (CDU/CSU)	1638 C
Dr. Sebastian Schäfer (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) 14613 C	Swantje Henrike Michaelsen (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	l639 D
Rüdiger Lucassen (AfD)	Eugen Schmidt (AfD)	1640 B
Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) . 14615 D	Anja Troff-Schaffarzyk (SPD) 14	
Zaklin Nastic (DIE LINKE) 14616 C	Felix Schreiner (CDU/CSU)	641 D
Dr. Kristian Klinck (SPD) 14617 A	Maik Außendorf (BÜNDNIS 90/	
Armin Schwarz (CDU/CSU) 14618 A	DIE GRÜNEN) 14	643 A
Bettina Hagedorn (SPD) 14618 D	Joana Cotar (fraktionslos)	644 A
Alexander Müller (FDP) 14620 A	Johannes Schätzl (SPD)	1644 B
Ingo Gädechens (CDU/CSU)	Dr. Reinhard Brandl (CDU/CSU) 14	1644 C
Rebecca Schamber (SPD) 14622 B	Stefan Seidler (fraktionslos) 14	1645 B
Robert Farle (fraktionslos)	Anna Kassautzki (SPD) 14	646 A
Wolfgang Hellmich (SPD) 14623 D	Florian Oßner (CDU/CSU)	646 D
Einzelplan 12 Bundesministerium für Digitales und Ver- kehr	Nächste Sitzung	1648 C
Dr. Volker Wissing, Bundesminister BMDV 14624 C	Anlage	
Dr. Reinhard Brandl (CDU/CSU) 14626 A	Entschuldigte Abgeordnete	649 A

(A) (C)

## 118. Sitzung

## Berlin, Mittwoch, den 6. September 2023

Beginn: 9.00 Uhr

## Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Einen wunderschönen guten Tag, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf der Besuchertribüne! Die Sitzung ist hiermit eröffnet.

Wir setzen nun die Haushaltsberatungen – Tagesordnungspunkt 1 – fort:

 a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024 – HG 2024)

## Drucksache 20/7800

Überweisungsvorschlag: Haushaltsausschuss

(B)

 Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung

## Finanzplan des Bundes 2023 bis 2027

## Drucksache 20/7801

Überweisungsvorschlag: Haushaltsausschuss

Für die heutige Aussprache haben wir gestern eine Gesamtzeit von insgesamt acht Stunden beschlossen.

Wir beginnen nun mit dem Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes, Einzelplan 04.

Das Wort hat als Erstes für die Unionsfraktion Friedrich Merz.

(Beifall bei der CDU/CSU)

## Friedrich Merz (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir beraten in dieser Woche den zweiten regulären Bundeshaushalt nach der sogenannten Zeitenwende. Nach all dem, was wir bisher dazu gehört und gelesen haben, wird auch der Bundeshaushalt für das Jahr 2024

dieser fundamentalen Herausforderung einer tatsächlichen Zeitenwende nicht gerecht.

## (Beifall bei der CDU/CSU)

In der Bewertung des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine sind wir uns hier im Haus bis auf ganz links und ganz rechts ja weitgehend einig.

## (Zuruf des Abg. Dr. Dietmar Bartsch [DIE LINKE])

Wir sind es jedenfalls vordergründig und in der gemeinsamen Verurteilung dieses Angriffskrieges. Aber ich habe erhebliche Zweifel, ob wir die ganze Dimension dieses Krieges und seine weitreichenden Auswirkungen auch übereinstimmend richtig einschätzen.

Stellen wir uns einen kurzen Augenblick vor, der Krieg wäre – und so hoffen wir es ja alle – morgen zu Ende. Ist dann am Tag danach alles wieder so wie vor dem Krieg? Könnten wir einfach da weitermachen, wo wir vorher aufgehört haben? Das mag mancher hier im Saal so annehmen.

## (Zuruf von der SPD: Niemand!)

Aber, meine Damen und Herren, die ganze Dimension dieser Zeitenwende durch den Krieg wird erst nach dem Krieg richtig sichtbar werden. Wir sind eben nicht nur Zeitzeugen dieses Krieges. Wir sind, ob wir das nun wollen oder nicht, auch Zeitzeugen der Zerstörung einer ganzen Friedens- und Freiheitsordnung. Und je nachdem, wie der Krieg ausgeht, ob also die gewaltsame Aneignung eines fremden Territoriums durch eine Nuklearmacht mehr oder weniger erfolgreich verläuft, wird es weitere Versuche geben imperialer, vermutlich ebenfalls nuklear bewaffneter Staaten, in ihrer Nachbarschaft mit militärischer Gewalt territoriale Zugewinne zu erzielen.

Deshalb bleibt auf absehbare und möglicherweise auf sehr lange Zeit die Sicherung des Friedens und vor allem die Sicherung unserer Freiheit die wichtigste staatliche Aufgabe unseres Landes in der Europäischen Union und vor allem in der NATO.

(Beifall bei der CDU/CSU)

))

Vor diesem Hintergrund war es richtig, dass Sie, Herr (A) Bundeskanzler, in Ihrer Regierungserklärung vom 27. Februar des letzten Jahres versprochen haben, ab sofort 2 Prozent unserer Wirtschaftsleistung in die Bundeswehr zu investieren und ein zusätzliches schuldenfinanziertes Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die Beschaffung großer, langjährig zu finanzierender Waffensysteme für unsere Streitkräfte zu errichten. Wir haben, wie Sie wissen, dieser Entscheidung aus Überzeugung zugestimmt. Geschäftsgrundlage unserer Zustimmung war allerdings, dass, so wie Sie es hier versprochen haben, der Verteidigungsetat tatsächlich auf 2 Prozent anwächst. Stattdessen sehen wir jetzt einen weitgehend unveränderten Verteidigungsetat, der immer stärker von zusätzlichen Personal- und Sachkosten beansprucht wird.

Zur rein formalen Erfüllung des 2-Prozent-Ziels bedienen Sie sich für den laufenden Betrieb zunehmend aus dem Sondervermögen, das schon in wenigen Jahren aufgebraucht sein wird. Spätestens im Jahr 2027 klafft dann eine Lücke von mindestens 30 Milliarden Euro im Verteidigungshaushalt, zu der Sie am heutigen Tag keinen Gedanken und keine Ahnung haben, wie Sie diese Lücke denn füllen wollen.

## (Beifall bei der CDU/CSU)

Ich muss es leider so sagen: Trotz Ihrer Regierungserklärung und trotz des Beifalls, den Sie dafür im ganzen Haus bekommen haben, bei SPD und Grünen bleibt das ungeliebte Kind Bundeswehr schon nach kurzer Zeit wieder weitgehend strukturell unterfinanziert, sehr viel weitreichender übrigens als zu dem Zeitpunkt, zu dem Sie vor zwei Jahren die Bundeswehr übernommen haben.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf von der SPD: Das waren doch Ihre Minister! "Ignoranz" nennt sich das!)

Großer Verlierer dieser Verteidigungspolitik und dieser Haushaltspolitik sind Sie, Herr Pistorius, der Sie angetreten sind mit dem Versprechen, mindestens 10 Milliarden Euro mehr für den laufenden Betrieb der Bundeswehr zu bekommen. Sie bekommen nichts. Verlierer sind aber nicht nur Sie persönlich, sondern Verlierer sind die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr. Verlierer ist das Vertrauen der ganzen Bundesrepublik Deutschland im Bündnis der NATO und bei unseren europäischen Partnern.

## (Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf der Abg. Saskia Esken [SPD])

Nun hat der Bundesfinanzminister in seiner Einbringungsrede gestern interessanterweise auf genau diesen Sachverhalt und auf weitere große Risiken der nächsten Jahre hingewiesen. Hinter dem Horizont, so hat er gesagt – auch wenn er heute Morgen nicht anwesend ist –, warte ein großer Eisberg, auf den wir zusteuerten und der seinen Kurs nicht verändern werde. Also, so hat er gesagt, müssten wir unseren Kurs ändern, wenn es nicht zu einer Kollision kommen soll. Das war die Stelle Ihrer Rede, Herr Bundesfinanzminister, Ihrer Eisberg-Rede, von der an Sie nur noch den Beifall Ihrer eigenen Fraktion bekommen haben und in deren weiteren Verlauf gleich drei

Bundesminister der Grünen – Frau Baerbock, Herr (C) Habeck und Herr Özdemir – demonstrativ die Regierungsbank verlassen haben.

(Beifall bei der CDU/CSU – Katharina Beck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ein Quatsch!)

Spätestens seit gestern haben wir also zwei Oppositionsführer in Deutschland: einen im Parlament und einen in der Regierung. "Auf gute Zusammenarbeit, Christian Lindner!", kann ich da nur sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Reinhard Houben [FDP]: Ihr wollt doch Steuererhöhungen, Herr Merz! – Zuruf der Abg. Katja Mast [SPD])

Der Bundesfinanzminister hat in dieser Eisberg-Rede berechtigterweise auch einige Fragen an uns gestellt, wie wir denn mit diesen Herausforderungen umgehen würden. Lassen Sie mich darauf einige wenige Antworten geben in der Kürze der Zeit, einige wenige, aber – aus unserer Sicht jedenfalls – wichtige. Die ganz grundsätzliche Antwort lautet zunächst: Die Zeitenwende kann sich nicht in einer schuldenfinanzierten Übergangsfinanzierung der Bundeswehr erschöpfen. Das ist nicht die Zeitenwende.

## (Beifall bei der CDU/CSU)

Sie hätten in Ihrer Koalition im letzten Jahr den Koalitionsvertrag auf die Seite legen müssen und die gesamten Prioritäten vor allem der Aufgaben, der Ausgaben neu ordnen müssen. Stattdessen versprechen Sie der Bevölkerung, es könne während und nach dem Krieg alles so weitergehen wie bisher.

(Katja Mast [SPD]: Das haben Sie immer gemacht, nicht wir!)

Teilweise erhöhen Sie sogar noch die konsumtiven Ausgaben, ohne die Folgen abzuschätzen und einzuordnen.

(Zuruf des Abg. Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ja, das ist genau der Eisberg, den Christian Lindner gestern hier beschrieben hat und auf den wir zusteuern. Das ist genau der Eisberg.

## (Beifall bei der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, was müssten daraus für Schlussfolgerungen gezogen werden? Zunächst: Unser Land erstickt in Bürokratie. Wir würden sofort alle Gesetze stoppen,

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

die diesen wahnsinnigen Bürokratieaufwand immer noch weiter erhöhen. Dazu zählen das angekündigte Kindergrundsicherungsgesetz, das wir bis heute nicht haben, und das Gebäudeenergiegesetz. Wir würden es nicht machen, so wie Sie es vorschlagen und in dieser Woche hier noch durchsetzen wollen.

## (Beifall bei der CDU/CSU)

Das Gebäudeenergiegesetz ist übrigens ein gutes Stichwort. Wir würden im Gebäudesektor wie im Verkehrssektor auf echte Technologieoffenheit setzen.

(B)

(A) (Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Es ist doch keine Überraschung, meine Damen und Herren, dass Sie mit Ihrer Verbotspolitik

(Christian Dürr [FDP]: So ein Quatsch!)

auch im zweiten Jahr in Folge die Klimaziele verfehlen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ihre Klimapolitik wird von den Menschen im Land mehrheitlich nicht mehr mitgetragen, weil die Menschen es einfach leid sind, nur noch mit Verboten, Regulierungen, unkalkulierbaren Kosten und bürokratischen Auflagen konfrontiert zu werden.

(Katharina Beck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Das stimmt überhaupt nicht, Herr Merz! – Christian Dürr [FDP]: Sie beschreiben gerade eigene Regierungsverantwortung, Herr Merz!)

Wenn man dem Klima schaden will, dann muss man es genau so machen, wie Sie es gegenwärtig machen. Genau so!

## (Beifall bei der CDU/CSU)

Wir würden das sogenannte Bürgergeld so ausgestalten, dass sich Arbeit mehr lohnt als der Bezug von staatlichen Transferleistungen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben doch zugestimmt! – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

 Ich verstehe, dass Sie hier sehr nervös reagieren, aber das ist doch die Wahrheit, die wir im Augenblick sehen.

> (Katharina Beck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Nein, das ist eben eine Lüge!)

Die Menschen gehen nicht zurück in die Beschäftigung, weil sie sich ausrechnen können, dass sie mit staatlichen Transferleistungen am Ende des Jahres mehr herausbekommen, als wenn sie in einer einfachen Beschäftigung arbeiten und Sozialversicherungsbeiträge und Steuern bezahlen müssten.

(Beifall bei der CDU/CSU – Widerspruch bei der SPD – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das ist doch ein Märchen, Herr Merz! Märchenstunde! Das werden Sie doch nie beweisen können! Das ist doch Unsinn! Das wissen Sie auch! – Saskia Esken [SPD]: Fake News! Sie verbreiten Fake News, Herr Merz! Sie verbreiten Lügen!)

Wir würden den älteren Beschäftigten, meine Damen und Herren, einen Anreiz geben, eben nicht in die Frühverrentung zu gehen, sondern dem Arbeitsmarkt länger zur Verfügung zu stehen. Sie machen genau das Gegenteil davon.

(Beifall bei der CDU/CSU – Torsten Herbst [FDP]: Wer hat denn die Rente mit 63 beschlossen?)

Sie reden über Fachkräfteeinwanderung und lassen es zu, (C) dass 260 000 Menschen vorzeitig in den Altersruhestand gehen.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Sie haben 45 Versicherungsjahre, Herr Fraktionsvorsitzender! Sie haben ihre Leistung erbracht!)

Nur damit das hier klar ist, weil ich das hier in der Koalition höre: Es sind nicht die Menschen, die zu faul sind. Die Menschen können einfach rechnen, im Gegensatz zu manchen von Ihnen. Die können rechnen.

## (Beifall bei der CDU/CSU)

Viertagewoche, Frühverrentung, Bürgergeld: Meine Damen und Herren, das Problem sind nicht die Menschen, die das in Anspruch nehmen. Das Problem sind Sie, die das ermöglichen

(Thorsten Frei [CDU/CSU]: Genau!)

und die die politischen Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass das so ist: dass sich Leistung nicht mehr lohnt.

(Beifall bei der CDU/CSU – Widerspruch bei der SPD – Katja Mast [SPD]: Sie haben dem zugestimmt, Herr Merz! – Gegenruf des Abg. Thorsten Frei [CDU/CSU]: Ihr seid das Problem!)

Wir würden an den Grenzen zu Polen, zur Tschechischen Republik und auch zur Schweiz ja nicht neue Schlagbäume errichten. Aber wir würden die beständig weiter ansteigende Zahl der illegalen Grenzübertritte so kontrollieren, wie dies bereits seit 2015 an der Grenze zu (D) Österreich stattfindet.

(Anke Hennig [SPD]: Das war ja klar, dass das jetzt kommt! – Dr. Bernd Baumann [AfD]: So ein Blödsinn! – Zuruf der Abg. Beatrix von Storch [AfD])

Was ist eigentlich der Unterschied zum Grenzübertritt in Tschechien, in Österreich, in der Schweiz oder in Polen? Was ist eigentlich der Unterschied?

## (Beifall bei der CDU/CSU)

Danke, dass Sie heute Morgen hier sind, Frau Faeser. Vielleicht erläutern Sie uns in den nächsten Tagen mal, was eigentlich der Unterschied ist, nachdem Sie sich gestern krankgemeldet und in Wiesbaden dpa-Interviews gegeben haben. Schön, dass Sie hier sind. Vielleicht sagen Sie mal etwas zu diesem Sachverhalt und zu diesen illegalen Grenzübertritten.

(Beifall bei der CDU/CSU – Saskia Esken [SPD]: Wie respektlos von Ihnen! – Weitere Zurufe von der SPD)

- Ja, ich verstehe, dass Ihnen das unangenehm ist.

(Saskia Esken [SPD]: Sie lassen jeden Respekt vermissen!)

Aber Sie haben ja einen Koalitionspartner, der bis zum heutigen Tag beharrlich bestreitet, dass es überhaupt illegale Migration gibt.

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Wahnsinn!)

(A) Wenn Sie einen solchen Koalitionspartner haben, dann kommen Sie natürlich nicht zu einer Lösung dieses Problems, das aber mittlerweile unsere Gesellschaft tief spaltet und das uns demnächst um die Ohren zu fliegen droht, wenn Sie es nicht lösen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Beatrix von Storch [AfD])

Und dann könnten wir auch einmal über die Aufgabenund Ausgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden miteinander reden, aber bitte erst, nachdem Sie dieses Problem gelöst und dafür gesorgt haben, dass Länder und Gemeinden nicht über Gebühr mit diesen Problemen belastet werden.

(Stephan Brandner [AfD]: Sie haben das Problem geschaffen!)

Ganz interessant: Der Bundesfinanzminister hat ja erstmalig in diesem Jahr einen Bericht anfertigen lassen über die Leistungen des Bundes zur Mitfinanzierung von Länder- und Kommunalaufgaben, herausgekommen im August 2023. Er kommt dabei auf einen Betrag von 56 Milliarden Euro, den der Bund für Aufgaben ausgibt, die eigentlich Länderaufgaben und Kommunalaufgaben sind. Wir haben in unseren Berechnungen nicht ganz diesen Betrag erreicht; wir liegen bei ungefähr 40 Milliarden Euro. Aber immerhin: Das ist doch eine Summe, aus der heraus sich das Potenzial ergibt, wie eine Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Ländern jetzt vorgenommen werden müsste.

(Beifall der Abg. Frauke Heiligenstadt [SPD])

(B) Meine Damen und Herren, wenn Sie das dann täten, wenn Sie das alles machen würden, dann hätten wir auch schnell Spielräume, die zum Beispiel für eine größere Steuerreform in Deutschland gebraucht würden. Wir könnten dann endlich den Soli abschaffen. Das würde vor allem den mittelständischen Unternehmen in Deutschland schnell und wirksam helfen.

## (Beifall bei der CDU/CSU)

Aber das wollen Sie nicht, weil Sie natürlich in Ihrer ganzen Klassenkampfrhetorik immer nur von den reichen und den breiten Schultern sprechen, die Sie meinen immer noch mehr belasten zu müssen. Das Gegenteil wäre richtig, gerade auch im Interesse der kleinen und mittleren Unternehmen, die in Deutschland weitgehend Personengesellschaften sind.

(Beifall bei der CDU/CSU – Christian Dürr [FDP]: Aber deren Steuern wollen Sie erhöhen, Herr Merz!)

Wir könnten dann – Herr Dürr, so wie die FDP das ja wohl auch will – für Personengesellschaften und Kapitalgesellschaften in Deutschland eine einheitliche Unternehmensteuer einführen,

(Christian Dürr [FDP]: Ich bin sehr dafür, aber Sie haben es ja immer verhindert! Ich bin ja dafür!)

die vor allem reinvestierte Gewinne mit maximal 25 Prozent belastet. Das wären international wettbewerbsfähige Steuersätze. Dann könnten wir den Einkommensteuertarif sogar so gestalten, dass sich Leistung wirklich wie-

der lohnt, aber der Einkommensteuertarif dann eben ausschließlich für die privaten Einkünfte herangezogen wird. Das wäre mal ein Steuerkonzept, mit dem sich Leistung lohnt und mit dem die Attraktivität des Investitionsstandorts und Arbeitsstandorts Deutschland wirklich schnell und nachhaltig gesteigert werden könnte.

(Beifall bei der CDU/CSU – Omid Nouripour [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo ist der Bierdeckel?)

Und da Herr Lindner jetzt da ist: Im Sinne einer guten Zusammenarbeit würde ich Sie gerne bitten, nicht auf das hereinzufallen, was vom Generalsekretär der SPD in den letzten Tagen dazu veröffentlicht worden ist. Das hat mit unseren steuerpolitischen Vorstellungen nichts, gar nichts zu tun. Das sind nicht unsere steuerpolitischen Vorstellungen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben Sie sich schon wieder versprochen, Herr Merz? Haben Sie es schon wieder nicht so gemeint?)

Sie sehen also, meine Damen und Herren: Wir diskutieren hier nicht nur über die Details des Bundeshaushaltes. Wir widersprechen Ihnen in Ihrem ganz grundsätzlichen Staatsverständnis. Sie bauen nämlich trotz Zeitenwende den betreuenden, bevormundenden, alles regulierenden und dann auch finanzierenden Staat,

(Stephan Brandner [AfD]: Den Sie schon abgebaut haben! – Christian Dürr [FDP]: Sie beschreiben bisher nur eigene Regierungsverantwortung!)

(D)

einen geradezu paternalistischen Staat, immer weiter aus, der möglichst hohe Steuern einnimmt, um dann einen Teil davon – nach Abzug eines immensen Verwaltungsapparates,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

den Sie natürlich am liebsten aus Ihren eigenen Reihen besetzen,

(Norbert Kleinwächter [AfD]: Natürlich! – Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

mit immensen Kosten – wieder gönnerhaft nach Ihren parteipolitischen Vorstellungen an die Bevölkerung zurückzugeben. Das ist der Staat, den Sie gerne hätten.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf der Abg. Saskia Esken [SPD])

Ich kann es Ihnen nicht ersparen, Herr Bundeskanzler – Sie werden das nicht so gerne hören –: Sie haben als Generalsekretär der SPD mal von der "Lufthoheit über den Kinderbetten" gesprochen, die die SPD erreichen müsse. Sie sind auf diesem Weg ein ganzes Stück vorangekommen. Und die Kindergrundsicherung ist genau das, was Sie erreichen wollen: Lufthoheit über den Kinderbetten, über den Familien, über dieser Gesellschaft, damit Sie sie nach Ihren eigenen Vorstellungen gestalten können. Das ist es, was Sie wollen.

(A) (Beifall bei der CDU/CSU – Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

 Ja, ich kann ja verstehen, dass Sie das alles nicht gerne hören.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, wir sind hier nämlich nicht in Gillamoos!)

Aber, meine Damen und Herren, es gibt eben einen wirklich grundlegenden Unterschied zwischen Ihnen und uns.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

– Danke für den Beifall. Er bestätigt genau das, was ich jetzt sagen möchte. Wir wollen nämlich den Menschen, den Unternehmen und vor allem den Ingenieurinnen und Ingenieuren in unserem Land etwas zutrauen. Wir wollen sie zur Leistung und zur gemeinsamen Gestaltung unseres Landes wirklich ermutigen und befähigen.

(Zuruf von der SPD: Genau! Indem Sie ihnen Faulheit nachsagen! – Weiterer Zuruf von der SPD: Sie machen nur Politik für Ihr eigenes Portemonnaie! – Stephan Brandner [AfD]: So eine Heuchlerei! – Norbert Kleinwächter [AfD]: Mittlerweile sind die alle ausgewandert, so haben Sie die befähigt!)

Sie tun von fast alledem genau das Gegenteil. Sie tun genau das Gegenteil.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Und wenn die Menschen dann am Ende des Monats auf (B) ihre Lohn- und Gehaltsabrechnung schauen und sehen, welche Steuern und Abzüge sie da zu bezahlen haben, und gleichzeitig hören, was sie ohne Arbeit in diesem Land auch bekommen könnten,

(Stephan Brandner [AfD]: Ohne Steuern! – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Hören Sie doch mal mit der Märchenplatte auf! Die ist falsch!)

wenn sie dann anschließend monatelang auf einen Arzttermin warten und keine Kitaplätze für die Kinder bekommen, ja, dann entsteht eben genau diese Stimmung im Land, die wir heute haben.

(Anke Hennig [SPD]: Welche Stimmung denn? Ihr macht die Stimmung!)

Herr Bundeskanzler, beschweren Sie sich nicht über die Stimmung! Das ist genau die Stimmung, die Sie mit Ihrer Koalition in Deutschland herbeiführen,

(Beifall bei der CDU/CSU – Stephan Brandner [AfD]: Die Merkel-Stimmung!)

und daran müssten Sie grundlegend etwas ändern, wenn sich in diesem Land etwas zum Besseren wenden soll.

(Langanhaltender Beifall bei der CDU/CSU)

## Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Und für die Bundesregierung hat als nächster Redner das Wort Bundeskanzler Olaf Scholz.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

#### Olaf Scholz, Bundeskanzler:

(C)

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Merz,

(Thorsten Frei [CDU/CSU]: Na, jetzt aber!)

ich will ganz ausdrücklich sagen: Es funktioniert nicht mit den Popanzen in dieser Republik.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Zurufe von der CDU/CSU: Oh!)

Und der wichtigste Popanz, den Sie eben aufgebaut haben, hat etwas zu tun mit der Aufkündigung eines Konsenses, den wir hier mit Zweidrittelmehrheit – sogar etwas mehr – gefasst haben, als wir das Sondervermögen für die Bundeswehr beschlossen haben.

(Thorsten Frei [CDU/CSU]: Ja, wer hat den denn aufgekündigt?)

- Sie kündigen den gerade auf.

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Ihr kündigt ihn auf! – Gegenruf der Abg. Saskia Esken [SPD]: Sie haben das Gesetz nicht verstanden!)

Und Sie werden dem Ernst der Lage, der mit der Zeitenwende einhergeht, die der russische Angriffskrieg auf die Ukraine darstellt, überhaupt nicht gerecht mit Ihrer nur rhetorisch gemeinten Rede.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Das ist schlecht, weil die Aufgabe, auf die Zeitenwende (D) zu reagieren, die der russische Angriffskrieg darstellt, und die Bedrohung, die er für die Sicherheitsarchitektur in Europa darstellt, uns ja nicht nur in dieser, sondern viele, viele Legislaturperioden beschäftigen wird.

Und ja, wir geben jetzt die 100 Milliarden Euro aus, damit die Bundeswehr ab dem nächsten Jahr 2 Prozent NATO-Quote an Finanzmitteln zur Verfügung hat.

(Zuruf von der CDU/CSU: Noch ein Jahr!)

Und ja, schon jetzt, schon heute, ist klar, dass wir allerspätestens ab 2028 zusätzliche 25 Milliarden, vielleicht auch fast 30 Milliarden Euro für die Bundeswehr aus dem Bundeshaushalt direkt finanzieren müssen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Auf einen Schlag?)

Und deshalb dienen dem Ernst der Lage nicht Rhetorik und Popanze, sondern dass wir mit allem, was wir jetzt tun, dazu beitragen, dass wir in dem Jahr in der Lage sein werden, diese Haushaltsmittel auch aufzubringen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Wir garantieren der Bundeswehr 2 Prozent NATO-Quote auch 2028, 2029 und 2030, in den ganzen 30er-Jahren.

(Thorsten Frei [CDU/CSU]: Sie tun aber doch gar nichts! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Das soll jetzt so sein.

(A) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Und dazu passt es nicht, Herr Merz, dass Sie in dem, was Sie gesagt haben, darauf verweisen, dass Sie hier in dieser Woche Steuervorschläge gemacht haben, die alle noch irgendwie zu verstehen versucht werden, weil sie ja gar nicht so genau sind, aber bei denen man jedenfalls errechnen kann, dass sie 20 Milliarden, vielleicht 30 Milliarden Euro kosten, einfach so. Wie geht das zusammen, wenn wir wissen, dass wir jetzt schon jedes Jahr diszipliniert sein müssen, damit wir 2028, 2029 diese Mittel aufbringen können? Und Sie machen Vorschläge, als gäbe es kein Morgen. Das sollten wir nicht mehr tun.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Und ja, ich will auch sagen: Wir müssen uns um die Leistungsträger in dieser Gesellschaft kümmern. Auch mit Ihnen bin ich der Meinung, dass dazu gerne auch Leute gehören, die sehr viel Geld verdienen. Ich möchte, dass es in diesem Land erfolgreiche Unternehmen gibt, Start-ups; Leute, die mit dem, was sie schaffen, Millionäre werden –

(Stephan Brandner [AfD]: Dann machen Sie doch was dafür!)

eine gute Sache.

(B)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Sepp Müller [CDU/CSU]: Großer Applaus bei der SPD! – Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU/CSU)

Aber, Herr Merz, Sie haben einen merkwürdigen Leistungsträgerbegriff. Ich glaube, der fängt erst ab 120 000 Euro im Jahr an,

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Lachen des Abg. Friedrich Merz [CDU/CSU])

und Leute, die arbeiten und jeden Tag berufstätig sind und 40 Stunden, 45 Stunden die Woche arbeiten, zählen bei Ihnen nicht dazu.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Deshalb haben Sie hier mal so schlankweg vorgeschlagen, dass Leute, die viele Jahrzehnte berufstätig waren, nicht mehr ein paar Jahre früher ohne Abschläge in Rente gehen können, übrigens zwei Jahre eher als alle anderen. Das finden Sie eine Bedrohung für das Zusammenleben in Deutschland, dass so fleißige Leute diese Möglichkeit haben. Was für ein Leistungsbegriff ist das bei Ihnen?

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei Abgeordneten der FDP und der LINKEN)

Und ohnehin, Herr Merz, finde ich interessant, dass zu den Vorschlägen, die Sie bei den Sozialreformen am wichtigsten finden, gehört, dass wir das gesetzliche Renteneintrittsalter anheben sollen. Das kommt immer wieder als Obsession bei Ihnen in allen Vorschlägen vor.

# (Friedrich Merz [CDU/CSU]: Wer hat das denn gesagt?)

(C)

(D)

Ich sage: Das ist nicht gerecht gegenüber den fleißigen Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP und der LINKEN – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: 65 Jahre sind genug!)

Herr Merz, das musste jetzt sein, weil Ihr Popanz so groß war.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU/CSU: Popanz?)

Aber trotzdem will ich ausdrücklich sagen, dass das eigentlich nicht die Situation für die ganz klassischen Schlagabtausche in diesem Bundestag ist, auch bei dieser Debatte, wobei das aber jedem freisteht. Der Krieg, die Energiekrise, die Inflation, die Folgen der Klimakrise: Das alles sorgt für gewaltige Veränderungen – Veränderungen, die vielen Bürgerinnen und Bürgern Sorge machen, die für Verunsicherung sorgen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Ist das ein Mist!)

Was die Bürgerinnen und Bürger in einer solchen Lage von uns erwarten, ist doch kein Schattenboxen hier im Bundestag. Sie wollen Orientierung, mutige Kompromisse, zupackende Arbeit für unser Land.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Zuruf des Abg. Peter Beyer [CDU/CSU])

Das ist der Anspruch an uns alle: an die Regierungsparteien, die in den letzten Monaten zu viel gestritten haben, und genauso an die demokratische Opposition. So setzen wir denen etwas entgegen, die politischen Profit schlagen wollen aus Abstiegsszenarien und Panikmache. Die allermeisten Bürgerinnen und Bürger wissen, dass die selbsternannte Alternative in Wahrheit ein Abbruchkommando ist – ein Abbruchkommando für unser Land.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Zuruf der Abg. Beatrix von Storch [AfD])

Unser Wohlstand ist auf das Engste verknüpft mit der Europäischen Union.

(Zuruf des Abg. Stephan Brandner [AfD])

Deshalb sind die Forderungen nach neuen Schlagbäumen zwischen den Mitgliedstaaten, nach einem Rückbau der Europäischen Union und nach einem radikalen Abbau des Sozialstaats nichts als mutwillige Wohlstandsvernichtung.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Umso mehr sind wir, die demokratischen Kräfte, gefordert, an wirklichen Lösungen zu arbeiten.

(Norbert Kleinwächter [AfD]: Sie kreieren die Abstiegsszenarien! Arbeitslosigkeit, Rezession, das ist Ihr Ergebnis!)

(A) Zu viel ist in den vergangenen Jahren auf die lange Bank geschoben worden. Wer heute mit der Bahn oder mit dem Auto von Hamburg nach München fährt, der erlebt bei jeder Weichenstörung oder jeder Brückenbaustelle, wie sehr unsere Infrastruktur auf Verschleiß gefahren wurde.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Statt in die Zukunft zu investieren, haben wir über die Pkw-Maut diskutiert.

(Amira Mohamed Ali [DIE LINKE]: Wer war denn damals in der Regierung?)

Die jahrelange Vernachlässigung unserer Bundeswehr bis zur Zeitenwende ist hier schon so oft debattiert worden, dass ich darüber nicht mehr als das zu Anfang Gesagte sagen muss.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Zurufe von der CDU/CSU])

Es war eine Koalition unter CDU-Führung,

(Zuruf der Abg. Amira Mohamed Ali [DIE LINKE])

die die großen Sparprogramme bei der Bundeswehr gemacht hat. Don't forget, never forget: 2010 – vergessen Sie es nicht! –, Sie waren das.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Amira Mohamed Ali [DIE LINKE]: Nee, das waren Sie auch, Herr Scholz! Sie waren damals Vizekanzler! – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Schon vergessen? – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Und wie war das, als Sie Finanzminister waren? – Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

(B)

Die Vorgängerregierungen haben beschlossen, aus der Kernenergie auszusteigen und aus der Kohleverstromung. Wohlgemerkt, beides finde ich richtig – nur, wer aussteigt, der muss umso dringender einsteigen: einsteigen in die erneuerbaren Energien.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Genau das tun wir jetzt, übrigens auch dort, wo der Nachholbedarf am größten ist: im Süden und Westen unseres Landes.

Seit Jahren ist unübersehbar, dass wir in Deutschland auf einen Mangel an Arbeitskräften zusteuern. Das sehen wir. Das ist etwas, das uns seit vielen Jahren umtreibt. Und deshalb ist es ganz, ganz wichtig, dass wir alles dafür tun, dass wir diesen Arbeitskräftemangel bekämpfen können. Ich finde es wichtig, dass wir jetzt auch gestartet sind mit den Maßnahmen, die wir mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz auf den Weg gebracht haben.

(Beatrix von Storch [AfD]: Noch mehr Versprechen! Ist offensichtlich noch nicht genug! – Zuruf des Abg. Dr. Mathias Middelberg [CDU/CSU])

Aber genauso wie bei dem Ausbau der erneuerbaren (C) Energien, genauso wie bei den Maßnahmen, die wir ergreifen müssen, damit wir es schaffen, dass Fachkräfte in unserem Land da sind,

(Stephan Brandner [AfD]: Seit acht Jahren kommen doch genügend Fachkräfte!)

genauso ist es überall wichtig, dass wir Tempo machen.

(Zuruf der Abg. Beatrix von Storch [AfD])

Deshalb noch mal an dieser Stelle: Wenn uns zum Beispiel ein großer Versorger wie EON sagt, er habe 600 Verfahren am Laufen und nur wenige davon seien bisher abgewickelt worden für den Ausbau der Verteilnetze, dann ist das etwas, das wir nicht mehr so lassen können, wie es heute ist.

(Hermann Gröhe [CDU/CSU]: Machen! Machen!)

Das ist meine feste Überzeugung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP – Zuruf des Abg. Peter Beyer [CDU/CSU])

Das geht so nicht weiter. In der Zeit, in der wir über die Verlängerung einer einzigen U-Bahn-Linie oder über einen Hochhausbau sprechen und dies planen, werden in anderen Ländern ganze Strecken gebaut.

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Ja, dann macht halt mal!)

Die Bürgerinnen und Bürger sind diesen Stillstand leid,  $\,^{}$  (D) und ich bin es auch.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Ja, dann macht doch was! Macht doch was!)

Immer wenn ich in den letzten Monaten in Deutschland unterwegs gewesen bin, habe ich die Botschaft gehört: Sorgt dafür, dass wir unser Land auf Vordermann bringen

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Macht halt mal!) und dass wir schneller werden, unkomplizierter

(Hermann Gröhe [CDU/CSU]: Weiß Herr Klingbeil das?)

und weniger bürokratisch – so wie es zum Beispiel mit dem Deutschlandticket der Fall gewesen ist, das den öffentlichen Nahverkehr so viel attraktiver gemacht hat,

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP – Stephan Brandner [AfD]: Stimmt doch gar nicht! Wo denn?)

so wie mit dem Deutschlandtempo, mit dem wir innerhalb weniger Monate neue Flüssiggasterminals ans Netz gebracht haben.

(Zuruf des Abg. Stephan Brandner [AfD])

Solche Erfolge haben zwei Voraussetzungen: erstens moderne Gesetze, schnelle Verfahren, weniger Bürokratie und zweitens

(A) (Hermann Gröhe [CDU/CSU]: Andere Regierung!)

die Bereitschaft aller – wirklich aller –, an einem Strang zu ziehen und das natürlich in eine Richtung:

(Tino Chrupalla [AfD]: Das machen vor allem die Bürger!)

der Bund, die Länder, Städte und Gemeinden, Unternehmen und Behörden, Verbände und Gewerkschaften. Nur gemeinsam werden wir den Mehltau aus Bürokratismus, Risikoscheu und Verzagtheit abschütteln, der sich über Jahre und Jahrzehnte hinweg über unser Land gelegt hat.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Friedrich Merz [CDU/CSU]: Als ob Sie nie dabei gewesen wären!)

Dieser Mehltau lähmt unsere Wirtschaft, und er sorgt für Frust bei den Leuten im Land, die einfach wollen, dass Deutschland ordentlich funktioniert: dass die Bahn pünktlich fährt,

(Zuruf des Abg. Peter Beyer [CDU/CSU])

dass unsere Infrastruktur analog und digital zu der besten in Europa zählt, dass ihnen die Ämter unter die Arme greifen und keine Schwierigkeiten machen. Das erwarten die Bürgerinnen und Bürger

(Hermann Gröhe [CDU/CSU]: Dass einem die Regierung nicht in den Rücken fällt, das erwarten sie!)

(B) nach Jahren des Stillstands.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

In meiner Verantwortung als Bundeskanzler möchte ich Ihnen daher heute ein Angebot machen. Mein Vorschlag richtet sich an die 16 Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder, an die Landrätinnen und Landräte,

(Zuruf des Abg. Stephan Brandner [AfD])

an die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister überall in unserer Republik, und mein Vorschlag richtet sich ausdrücklich auch an Sie, verehrter Herr Merz, als Vorsitzender der größten Oppositionsfraktion und einer Partei, die im Bundesrat, in den Ländern und Kommunen Verantwortung trägt. Wir brauchen eine nationale Kraftanstrengung. Lassen Sie uns unsere Kräfte bündeln!

(Beifall bei der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Ansgar Heveling [CDU/CSU]: Fangt doch mal an! – Zuruf des Abg. Stephan Brandner [AfD])

Beweisen wir den Bürgerinnen und Bürgern, wozu unser Land, unser Föderalismus und unsere Demokratie imstande sind. Viele im Lande warten geradezu sehnsüchtig auf einen solchen Schulterschluss.

(Stephan Brandner [AfD]: Nee! Viele im Land warten auf die AfD!)

Ich möchte Ihnen deshalb gerne einen Pakt vorschla- (C) gen, sagen wir: einen Deutschlandpakt –

(Zurufe von der AfD: Oh!)

einen Deutschlandpakt, der unser Land schneller, moderner und sicherer macht. Tempo statt Stillstand, Handeln statt Aussitzen.

(Ansgar Heveling [CDU/CSU]: Dann fangt doch mal an!)

Kooperation statt Streitereien.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Das ist das Gebot der Stunde.

Als Bundeskanzler kann ich natürlich einen solchen Aufbruch nicht verordnen.

(Stephan Brandner [AfD]: Gott sei Dank!)

Für den Bund kann ich aber fest zusagen: Wir gehen mit ganzer Kraft voran.

(Zuruf des Abg. Dieter Stier [CDU/CSU])

Der Deutschlandpakt setzt dort an, wo die Bürgerinnen und Bürger Fortschritte am dringendsten erwarten: bei der Energieversorgung, die sauber, sicher und bezahlbar sein muss, beim Bau neuer Wohnungen und Häuser, bei der Modernisierung und Digitalisierung unserer Infrastruktur, bei der Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen,

bei einer schnellen, leistungsfähigen und digitalen Verwaltung.

(Stephan Brandner [AfD]: Sie regieren seit zwei Jahren, Herr Scholz!)

Wir haben den 16 Ländern dazu sehr konkrete Vorschläge gemacht,

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Vorschläge! – Stephan Brandner [AfD]: Vorschläge! Umsetzen müssen Sie die!)

und aus meinen Gesprächen mit Ländern und Kommunen weiß ich: Sie teilen unser Ziel, schneller, moderner und sicherer zu werden. Das gilt übrigens für alle Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder, egal welcher Partei sie angehören.

"Schneller", das heißt, dass wir die Deutschlandgeschwindigkeit zum Maßstab für alle großen Erneuerungsprojekte in unserem Land machen,

(Stephan Brandner [AfD]: Gott behüte! – Zuruf des Abg. Steffen Bilger [CDU/CSU])

zum Beispiel, indem wir auch noch die letzten Hürden beim Ausbau der erneuerbaren Energien abräumen. Das ist auch der schnellste und nachhaltigste Weg für niedrige Strompreise.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

(A) Als ich vor einigen Monaten gesagt habe, wir brauchen vier bis fünf neue Windräder und viele, viele Fußballfelder Photovoltaikanlagen pro Tag,

(Zuruf des Abg. Tino Chrupalla [AfD])

da haben mich viele gefragt:

(Zuruf der Abg. Beatrix von Storch [AfD]) Wie soll das gehen?

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: "Wir schaffen

Aber wir sehen: Es geht. Wir haben schon 30 Fußballfelder Solaranlagen, die pro Tag installiert werden.

(Stephan Brandner [AfD]: Fürchterlich!)

Und es geht sogar noch viel mehr. Schauen wir uns an, was zum Beispiel bei den Windkraftanlagen passiert!

(Zuruf des Abg. Tino Chrupalla [AfD])

Dort haben wir im Juni 200 Genehmigungen gehabt. Wenn das alles in diesem Tempo auch gebaut wird und wir es halten können, sind die vier bis fünf Windräder pro Tag auch erreichbar. Das ist das, was wir heute wissen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Und ich bin froh, dass in vielen Ländern jetzt auch das Tempo zugenommen hat. In Schleswig-Holstein, Niedersachsen und auch in Nordrhein-Westfalen ist die Zahl der Genehmigungen deutlich gestiegen, teilweise um 60 Prozent. Das muss Schule machen, etwa wenn wir in den nächsten Jahren die Netze für Strom und Wasserstoff ausbauen.

(Hermann Gröhe [CDU/CSU]: Weiß Herr Klingbeil das?)

Der Ausbau der Netze wird Investitionen von mehr als 100 Milliarden Euro auslösen und Tausende gute Arbeitsplätze schaffen. Bis Ende des Jahres stehen die Pläne für den Aufbau des Wasserstoffkernnetzes.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Aha!)

Was wir aber vor allem brauchen, sind natürlich überall Beschäftigte in den Planungsbehörden, in den Bauämtern, die schnell und zügig und unkompliziert die Genehmigungen erteilen. Vielleicht hat es früher gereicht, dass man für irgendeinen Flugplatz oder ein anderes Vorhaben 5, 10 oder 15 Jahre braucht. Aber das ist vorbei. Wir müssen jetzt das Tempo erreichen, das den Herausforderungen unseres Landes entspricht.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Dann haben wir auch die Möglichkeit, dass wir die große Transformation hinkriegen, die ja immerhin so groß ist wie die industrielle Modernisierung Deutschlands am Ende des 19. Jahrhunderts.

"Schneller" heißt natürlich auch, dass wir die Planungsprozesse überall digitalisieren. Schluss mit 2 Meter Aktenordnern für den Bau eines Solardachs oder einer Mobilfunkantenne. "Schneller" heißt, dass Gutachten und Umweltdaten, die oft schon da sind, nicht noch mal

vorgelegt werden. "Schneller" heißt, dass wir EU-Regeln (C) zum Naturschutzrecht eins zu eins umsetzen, damit das überall gleich funktioniert.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

"Schneller" heißt, dass alle 16 Länder bis Ende des Jahres Bauanträge auch digital annehmen. "Schneller" heißt, dass nicht noch weitere Gutachter und Sachverständige für Genehmigungen gebraucht werden, wenn ein Handwerksmeister bestimmte Gebäude und Gebäudeteile plant. "Schneller" heißt, das Raumordnungsrecht so zu ändern, dass überall im Land neue Geothermieanlagen entstehen können. "Schneller" heißt, dass wir eine Anlaufstelle schaffen für Schwertransporte auf Autobahnen, damit die Rotorblätter für Windräder und vieles andere besser transportiert werden können.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

"Schneller" heißt, auf manche Genehmigungspflicht einfach mal zu verzichten, damit Glasfaserleitungen zu den Nutzern kommen. Alles das heißt "schneller", und darum geht es. Wir müssen das Bürokratiedickicht lichten.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Jens Spahn [CDU/CSU]: Ja, dann macht! Macht! – Zuruf der Abg. Dorothee Bär [CDU/CSU])

Der Deutschlandpakt ist genau das: Arbeit im Maschinenraum unseres Staates, das Drehen an Hunderten von Reglern, um dafür zu sorgen, dass der Tanker Deutschland auf Touren kommt. Damit das gelingt, muss unser Staat natürlich jetzt überall den Schritt in das Digitalzeitalter machen.

Ziel des Deutschlandpakts ist eine moderne, digitale und bürgernahe Verwaltung. Vergangene Woche in Meseberg haben wir Eckpunkte für ein Bürokratieentlastungsgesetz beschlossen, das besonders kleine und mittlere Betriebe von unnötigem Papierkram entlasten soll. Auch gegenüber Brüssel setzen wir uns für weniger Bürokratie und schnellere Entscheidungen ein,

(Zuruf des Abg. Steffen Bilger [CDU/CSU])

zum Beispiel in Beihilfeverfahren. Das wollen wir auch gerne mit Frankreich vorantreiben.

(Zuruf des Abg. Jens Spahn [CDU/CSU])

Seit der Bund und die Länder sich 2017 darauf verständigt haben, ihre wichtigsten Verwaltungsleistungen zu digitalisieren, hat der Bund 85 Prozent seiner Leistungen umgesetzt. Länder und Kommunen haben bisher ein Viertel der zugesagten Leistungen online zugänglich gemacht. Und dabei reden wir über sehr zentrale Fragen wie die Beantragung von Personalausweisen, die Verlängerung des Führerscheins oder die Ummeldung nach dem Umzug. Ich weiß: In mehr als 10 000 großen und kleinen Städten und vielen Gemeinden mit ganz unterschiedlicher IT- und Personalausstattung ist das alles nicht trivial. Aber es ist den Bürgerinnen und Bürgern schlicht nicht mehr zu erklären, dass sie zwar im Internet einkaufen, Geld überweisen und ihren Urlaub buchen können, aber

(A) dass solch grundlegende Verwaltungsleistungen noch immer nicht überall in Deutschland online möglich sind. Das muss sich ändern.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Und – ganz wichtig –: Dieses Vorhaben scheitert nicht am Geld. In den zurückliegenden vier Jahren hat der Bund den Ländern und Kommunen dafür 1,4 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt; Hunderte Millionen können noch abgerufen werden.

Auch über andere Großbaustellen werden wir mit den Ländern im Rahmen des Deutschlandpakts reden. Was stauanfällige Straßen und marode Brücken angeht, sorgen wir per Gesetz dafür, dass schneller geplant und gebaut wird. Das muss jetzt auch passieren. Auch den Investitionsstau bei der kaputtgesparten Bahn gehen wir an. 24 Milliarden Euro an zusätzlichem Investitionsspielraum erhält die Bahn in den kommenden vier Jahren. Das ist das größte Investitionsprogramm in so kurzer Zeit; ich sage mal, seit der Dampflok – ein großer Schub nach vorn.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Zuruf von der AfD: Ach du lieber Gott!)

Wer selber schon mal ein Haus gebaut hat, weiß: Da gibt es viele Baustellen. Aber ich bin sicher, die Bürgerinnen und Bürger werden dafür Verständnis haben, weil sie sehen: Jetzt wird endlich angepackt, anstatt unsere Infrastruktur weiter verfallen zu lassen.

B) Eine der zentralen Botschaften des Deutschlandpakts ist daher auch: Wir denken über den Tag hinaus. Wir legen heute den Grundstein für den Wohlstand und die Stabilität in unserem Land in den nächsten 10, 20 und 30 Jahren. Ich sage das auch in Richtung derjenigen, die irgendwie immer von der Deindustrialisierung unseres Landes sprechen. Die große Leistungsfähigkeit unserer Industrie habe ich gerade gestern bei der IAA Mobility, der Internationalen Automobil-Ausstellung, sehen können. Das ist kein Land, dem die Deindustrialisierung bevorsteht, sondern ein Land, das weltweit wettbewerbsfähig ist mit seiner leistungsfähigen Industrie.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Dr. Bernd Baumann [AfD]: Aber nicht mit Ihnen!)

Ja, niemand kann zufrieden sein, wenn Deutschlands Wirtschaft nicht wächst. Doch wir werden strukturelle Probleme nur mit strukturellen Antworten lösen. Das beste Wachstumsprogramm ist, wenn ein Betrieb statt drei Jahre künftig vielleicht nur drei Monate auf eine Baugenehmigung oder die Betriebserlaubnis wartet; zumal solche strukturellen Verbesserungen auch günstiger und nachhaltiger sind als Dauersubventionen.

(Beifall bei der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich halte auch nichts vom schuldenfinanzierten Strohfeuer namens Konjunkturprogramm, das die Inflationsbekämpfung, die so wichtig ist seitens der Europäischen Zentralbank, konterkarieren würde.

Wir sorgen stattdessen dafür, dass unsere Unternehmen (C) jetzt in die Zukunft investieren können. Die Beschlüsse, die wir vergangene Woche in Meseberg getroffen haben, senden eine klare Botschaft: Wer jetzt in saubere Energie und Klimaschutz investiert, der spart dank der Investitionsprämie viel Geld. Mit der Ausweitung des Verlustvortrages sorgen wir mit einem Schlag für mehr Liquidität in den Unternehmen. Rückwirkend ab dem 1. Oktober werden neue großzügige Abschreibungsregeln für alle beweglichen Wirtschaftsgüter möglich, damit auch kleine und mittlere Unternehmen investieren können und die großen auch. Und Betriebe, die Geld in Forschung und Entwicklung investieren, können künftig mehr von der Steuer absetzen. Und natürlich – das Wichtigste -: Großzügige Abschreibungsregeln werden auch den Bau neuer Häuser und Wohnungen unterstützen. Das sorgt für mehr Investitionen in der Bauwirtschaft; denn wir wollen das Ziel nicht aufgeben, mehr Wohnungen in diesem Land zu bauen.

(Beifall bei der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ja, die Zinserhöhungen haben zu einer Anpassungskrise geführt, die steigenden Baupreise auch; die zu hohen Grundstückspreise übrigens auch.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Aber ganz wichtig ist, dass wir darüber nicht aufhören, zu verstehen, dass jetzt in großer Zahl bezahlbare Wohnungen für Millionen Menschen in diesem Land gebaut werden müssen.

(Stephan Brandner [AfD]: Wo sind denn die 400 000 pro Jahr geblieben?)

Und deshalb werden wir alles tun, damit wir so weit kommen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Wann?)

dass wir tatsächlich jedes Jahr und Jahr für Jahr 400 000 Wohnungen errichten können.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Lachen bei der CDU/CSU)

Wir werden das auch beim Baugipfel besprechen. Aber ich sage ausdrücklich: Vielleicht war da die eine oder andere Wohnung, bei der man sehr viel Geld bezahlen muss, um da einziehen zu können, zu viel geplant und waren zu wenige Wohnungen geplant, die sich jemand leisten kann, der auch zu den Leistungsträgern gehört, weil er 40 Stunden die Woche arbeitet, aber nicht so viel verdient.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP – Widerspruch bei der CDU/CSU – Zuruf des Abg. Norbert Kleinwächter [AfD)

18 Milliarden Euro stecken wir in den geförderten Wohnungsbau, damit das auch funktioniert.

Und natürlich dürfen wir unser wichtigstes Instrument nicht vergessen: den Klima- und Transformationsfonds. Allein im kommenden Jahr sind darin 58 Milliarden Euro

(D)

#### **Bundeskanzler Olaf Scholz**

(A) Investitionen möglich: in die Wasserstoffwirtschaft, in die Halbleiterindustrie, in saubere Energie, in klimafreundliche Mobilität, in digitale Infrastruktur und in die Sanierung von Gebäuden. Rekordinvestitionen aus dem Bundeshaushalt kommen noch dazu: 54 Milliarden für bessere Schienen und Brücken, schnelles Internet oder Ladesäulen. Alles das zusammen sind 110 Milliarden Euro, mit denen wir in der Lage sind, trotz der Tatsache, dass wir jetzt mit den Ausgaben, die wir für Investitionen in unserem Land tätigen, vorsichtig umgehen müssen, die Schuldenregel der Verfassung einzuhalten.

# (Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Wir sehen übrigens auch erste Erfolge. Mehr als 80 Milliarden Euro investieren internationale Unternehmen in den Standort Deutschland, und zwar in Zukunftsbranchen wie Biotechnologie und Batteriefertigung, Clean-Tech, in klimaneutralen Stahl und künstliche Intelligenz.

Und wir sind gerade dabei zu *dem* Halbleiterstandort in Europa zu werden.

(Stephan Brandner [AfD]: War auch ein Schnäppchen! – Beatrix von Storch [AfD]: 110 Milliarden Subventionen!)

Die 30-Milliarden-Euro-Investition von Intel in Magdeburg ist die größte ausländische Einzelinvestition in der Geschichte Europas.

# (Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

(B)

Hinzu kommen die neuen Fabriken von Infineon in Sachsen, von Wolfspeed und ZF im Saarland, die Investitionen von GlobalFounderies in Dresden und zuletzt der Einstieg von TSMC in die Chipproduktion, auch in Dresden.

## (Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN)

übrigens im Verbund mit NXP, Infineon und Bosch.

Denn es ist ja nicht so, dass wir in dieser Frage technologisch erst alles lernen müssen. Jede dieser Investitionen stärkt unsere technologische Souveränität, und jede dieser Investitionen sorgt dafür, dass Dutzende Zulieferer davon profitieren und für gute und sichere Arbeitsplätze und für Aufträge beim lokalen Handwerk sorgen. Ganze Städte und Regionen profitieren auf Dauer davon. Deshalb werden wir als Bund diesen großen Fortschritt, der mit der Wiederansiedlung der Halbleiterindustrie in Europa, und zwar in Deutschland, verbunden ist, auch weiter unterstützen; übrigens tun das andere Länder auch – um das mal im Hinblick auf eine etwas merkwürdige Debatte hierzulande zu sagen.

# (Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Wenn man die Unternehmen fragt, was der größte Unsicherheitsfaktor für sie ist,

(Zuruf von der CDU/CSU: Die Ampel!)

dann sind das nicht so sehr die Energiepreise oder die (C) Frage, ob sie noch mehr Subventionen bekommen können, sondern dann ist das der Mangel an Arbeitskräften. Das ist in der Tat die große Herausforderung für unser Land. Und deshalb tun wir erst mal alles dafür, dass diejenigen, die hierzulande aufwachsen, auch die besten Bedingungen vorfinden und dass sie eine gute Ausbildung und einen guten Arbeitsplatz bekommen. Damit das klappt, haben wir Mittel in Höhe von 4 Milliarden Euro bereitgestellt, damit die Länder und Gemeinden Kitas ausbauen können.

Wer allerdings behauptet, wir können völlig ohne Arbeitskräfte aus dem Ausland auskommen, der hat in den letzten Jahren nicht mit Handwerksmeistern, Mittelständlern und Krankenhausbetreibern gesprochen.

# (Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

13 Millionen Beschäftigte gehen bis Mitte des kommenden Jahrzehnts in den Ruhestand. Deshalb ist es notwendig, dass wir das auch tun. Ich appelliere an alle, dass das jetzt schon beschlossene Fachkräfteeinwanderungsgesetz überall in Deutschland umgesetzt wird, damit wir unbürokratisch Möglichkeiten schaffen und der Krankenpfleger aus Georgien und die IT-Spezialisten aus Indien nicht Monate auf ein Visum oder eine Arbeitserlaubnis warten müssen.

## (Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Moderne, untereinander vernetzte Ausländerbehörden nützen übrigens auch an anderer Stelle. Wer hier kein Aufenthaltsrecht hat, der muss unser Land natürlich wieder verlassen.

## (Lachen bei der AfD)

In Meseberg haben wir beschlossen, Georgien und Moldau als sichere Herkunftsländer einzustufen. Das ist ein wichtiger Fortschritt im Kampf gegen die irreguläre Migration.

## (Beifall bei der SPD und der FDP)

Ich bin der Bundesinnenministerin sehr dankbar dafür, dass sie den Ländern auch in Sachen Rückführung bei der Ausweitung der Abschiebehaft und an vielen anderen Stellen ganz konkrete Verbesserungsvorschläge gemacht hat. Schönen Dank für diese Arbeit!

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Zurufe von der AfD)

Auch das muss Teil des Deutschlandpaktes sein.

Und mir ist schon aufgefallen, was passiert. Die Bundesregierung hat alles, was zu tun ist, auf den Weg gebracht. Über die sicheren Herkunftsländer habe ich eben gesprochen. Über Verbesserungen aller seit Jahren nicht zustandegekommenen Regelungen bei der rechtlichen Organisation der Abschiebung habe ich auch gesprochen. Über die europäische Verständigung über einen Solidaritätsmechanismus, damit nicht alle zu uns kommen, sondern damit ein gemeinsames Verfahren entwickelt wird, haben wir hier schon diskutiert. Wir haben darüber diskutiert, wie die Digitalisierung der Ausländerbehörden vorangeht und, und, und.

(A) (Zuruf des Abg. Norbert Kleinwächter [AfD])

Aber dann, wenn das alles passiert, suchen Sie sich immer noch das nächste Thema. So viel, wie hier auf der Agenda steht, haben CDU-Innenminister in den letzten Jahren nicht vorangebracht.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Zuruf des Abg. Jens Spahn [CDU/CSU])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach drei außergewöhnlichen Krisenjahren steht der Bundeshaushalt 2024 für die Rückkehr zur Normalität und für einen solide finanzierten Staat.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU und der AfD – Jens Spahn [CDU/CSU]: Da muss er ja selber lachen!)

Wir investieren,

(Stephan Brandner [AfD]: Aber nicht in Deutschland!)

ohne an der falschen Stelle zu kürzen, weil wir wissen: Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist die entscheidende Voraussetzung dafür, dass alle mitkommen können auf dem Weg in die Zukunft unseres Landes.

Durch den Ausgleich der kalten Progression haben 48 Millionen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler mehr Netto vom Brutto. Wir reden hier über den größten steuerlichen Inflationsausgleich, wie ihn eine Bundesregierung jemals vorgenommen hat. Danke für den Applaus aus der CDU!

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Die Tarifpartner machen millionenfach Gebrauch von unserem Vorschlag.

(Stephan Brandner [AfD]: Die Redezeit ist um, Herr Scholz!)

den Beschäftigten mit steuer- und abgabenfreien Einmalzahlungen durch die Inflation zu helfen. Und das alles zeigt Wirkung: Erstmals seit zwei Jahren steigt die Kaufkraft in Deutschland wieder. Am deutlichsten sind die Löhne übrigens bei denjenigen gestiegen, die am wenigsten verdienen, und darauf bin ich ganz besonders stolz.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Das ist auch ein Erfolg des Mindestlohns und der beschlossenen Reduzierung von Steuern und Sozialabgaben für Geringverdiener. Auch die Renten sind zum 1. Juli so stark angehoben worden wie seit Jahrzehnten nicht. Mehr als 30 Jahre nach der Wiedervereinigung ist die Rentenangleichung zwischen Ost und West endlich geschafft.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Jens Spahn [CDU/CSU]: Wer hat die denn beschlossen?)

Auch die Familien hat diese Bundesregierung massiv unterstützt.

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Ach so?)

Allein das höhere Kindergeld bedeutet für eine Familie (C) mit zwei Kindern über 700 Euro mehr im Jahr; beim Kinderzuschlag sind es bis zu 500 Euro.

(Zuruf des Abg. Sepp Müller [CDU/CSU])

Das alles fließt ein in die neue Kindergrundsicherung, die im Jahr 2025 eingeführt wird.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Jens Spahn [CDU/CSU]: Sprach-Kitas fördern!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

(Stephan Brandner [AfD]: Die Redezeit ist um!)

liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, Krieg, Klimawandel, Energiekrise, Inflation, die Folgen der Pandemie: –

(Stephan Brandner [AfD]: Nur nichts vergessen, Herr Scholz!)

Niemand hat sich die Lage ausgesucht, mit der wir es derzeit zu tun haben. Aber gerade wenn man bedenkt, wie groß diese Herausforderungen sind, wird doch ganz besonders deutlich, was wir hinbekommen, wenn wir zusammenhalten.

Wir haben die Pandemie überstanden mit weniger Opfern als viele andere Staaten. Wir haben entschlossen auf Russlands Angriffskrieg und seine dramatischen Folgen reagiert, ohne dass die NATO Kriegspartei geworden ist. Nach den Vereinigten Staaten von Amerika sind wir der zweitgrößte Unterstützer der Ukraine. Wir haben unser Land innerhalb weniger Monate aus der Abhängigkeit von russischer Energie befreit – ohne Versorgungsengpässe, ohne Blackouts, ohne Wutwinter – ja, ohne Wutwinter!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Beatrix von Storch [AfD]: Mit Industrieabwanderung!)

Wir kommen voran bei der Aufgabe, unser Land so aufzustellen, dass unsere besten Tage nicht hinter uns liegen, sondern vor uns. Auch das kriegen wir hin, wenn wir zusammenhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Genau das erwarten die Bürgerinnen und Bürger doch von uns: dass wir unsere Kraft zusammennehmen und gemeinsam anpacken. Dieses Angebot mache ich Ihnen heute mit dem Deutschlandpakt.

Schönen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

### Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Für die AfD-Fraktion hat das Wort Tino Chrupalla.

(Beifall bei der AfD)

## Tino Chrupalla (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Landsleute! Herr Bundeskanzler, Sie sprachen in Ihrer Rede von der "Deutschlandgeschwin-

#### Tino Chrupalla

(A) digkeit", von der Geschwindigkeit seit Erfindung der Dampflokomotive. Welche Geschwindigkeit das ist, das sehen die Bürger aktuell an Ihrer Wahrnehmung: Ihre Wahrnehmung der Situation des Landes geht wirklich an den Problemen vorbei.

Herr Merz, zu Ihrer Rede muss man wirklich sagen: Sie suchen – nach den Grünen – jetzt nach dem nächsten Koalitionspartner. Das soll dann die FDP sein – dieser Schmusekurs! –, eine FDP, die in dieser Bundesregierung Handwerk und Mittelstand verrät. Diese FDP wird es bald nicht mehr geben; sie ist überflüssig.

(Beifall bei der AfD sowie des Abg. Robert Farle [fraktionslos])

Das werden die nächsten Landtagswahlen ganz deutlich zeigen.

Was wir gestern schon von Herrn Lindner gehört haben, ist, dass diese Ampelpolitik Schuldenpolitik bedeutet. Und die Schulden werden eben nicht hier in Berlin getilgt, sondern draußen im Land von den Bürgern. Ampelpolitik ist auch immer ein Stück postmodern und eben beliebig. So sind die Berechnungen der Neuverschuldung doch recht kreativ; auch heute haben wir das von Ihnen gehört, Herr Bundeskanzler.

Der Bundesfinanzminister verpackte sein Kunstwerk gestern in sage und schreibe 50 Minuten Redezeit. Der Deutsche Bundestag ist es nun, der einen Haushaltsentwurf verabschieden soll, in dem die über 70 Milliarden Euro aus den sogenannten Sondervermögen, also neue Schulden, versteckt sind. Die zugewiesenen EU-Schulden von 13,2 Milliarden Euro hat er beflissentlich unter den Tisch fallen lassen, und das zusätzlich zur offiziellen Neuverschuldung von 16 Milliarden Euro. Also, weit über 100 Milliarden Euro neue Schulden – das zu soliden Finanzen, Herr Scholz; das ist alles andere als dies.

(Beifall bei der AfD sowie des Abg. Robert Farle [fraktionslos])

"Das Geld fällt doch nicht vom Himmel", so ein Zitat von BDI-Präsident Russwurm in der "Welt am Sonntag". Vielleicht hat Herr Lindner deshalb plötzlich die Schuldenbremse wieder für sich und seine Politik entdeckt – zu spät, meine Damen und Herren von der FDP, zwei Jahre zu spät! In dieser destruktiven Ampelregierung hätten Sie noch den meisten wirtschaftlichen Verstand besitzen müssen. Allerdings hat das Trojanische Pferd in der Bundesregierung offenbar den Namen "Freie Demokraten".

(Beifall bei der AfD)

In ihm versteckten sich nämlich die Steigbügelhalter eines dominanten Staates.

Sie, Herr Lindner, haben es im Bundeskabinett zugelassen, dass mitten in der größten Inflation der letzten Jahre deutsche Firmen ins Ausland verkauft werden. Aus Ihrer Fraktion kamen immer wieder die kriegslüsternen Töne von Frau Strack-Zimmermann, die nun Ihr Zugpferd für die anstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament sein soll. Viel Spaß dabei! Sie – als Politiker und als Partei – sind mittlerweile nur noch unglaubwürdig und wirklich absolut überflüssig.

(Beifall bei der AfD)

Die FDP ist eben genau das, was sie schon immer war: (C) der Pingpongball, den die Regierungsparteien für Koalitionen brauchen.

Werte Kollegen, viele von Ihnen verbringen seit Monaten – auch in der Sommerpause – Zeit damit, den Bürgern und den Medien zu erklären, warum die Alternative für Deutschland nicht gut für unser Land sein soll. Nur vergessen genau diese Leute auch, dass nicht wir in der Regierung sind – dort sitzen SPD, Grüne und FDP. Die CDU findet sich in der Opposition noch immer nicht ganz zurecht und mauert an ihren Brandmäuerchen rum.

(Zuruf der Abg. Dr. Paula Piechotta [BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN])

Und auch als Opposition fällt die CDU mittlerweile komplett aus.

(Beifall bei der AfD)

Fast alle diese Parteien, meine Damen und Herren, machen seit mittlerweile 20 Legislaturperioden im Deutschen Bundestag Politik. Sie sollten endlich mal anfangen, sich selbst und Ihre politischen Leistungen zu kritisieren, und sich vielleicht einfach mal fragen: Warum gibt es eigentlich eine Alternative für Deutschland? Sie sollten die Scheuklappen endlich absetzen und nicht alle Anträge der AfD-Fraktion ablehnen; denn dann ginge es unserem Land wirklich besser, meine Damen und Herren

(Beifall bei der AfD sowie des Abg. Robert Farle [fraktionslos] – Zuruf der Abg. Saskia Esken [SPD])

In der Bevölkerung machen Sie alle sich anscheinend mehr und mehr unglaubwürdig; das entdecken offensichtlich immer mehr Bürger. Von denen wollen Sie alle zwar wiedergewählt werden

(Zuruf der Abg. Saskia Esken [SPD])

– Frau Esken, in Sachsen liegt die SPD bei 6 Prozent; Sie sollten ganz leise sein –,

(Beifall bei der AfD)

aber deren Interessen vertreten wollen Sie schon lange nicht mehr.

(Saskia Esken [SPD]: Dem Zerstören von Demokratie kann ich nicht zustimmen, Herr Chrupalla!)

Zitat: "Die Lage wird toxisch". Das sagt die Präsidentin des VDA, Hildegard Müller. Antworten der Politik jedoch, die die Interessen der Wirtschaft vertreten sollte, zum Beispiel unsere Forderung "CO<sub>2</sub>-Abgabe abschaffen, Energiesteuern runter!", die gibt es nicht. Bürokratieabbau? Dann lassen Sie endlich das Lieferkettengesetz fallen; das braucht hier in diesem Land niemand!

(Saskia Esken [SPD]: Das braucht die Wirtschaft! Die Wirtschaft braucht das!)

Es geht mittlerweile niemand mehr davon aus – ich bin im Übrigen noch nie davon ausgegangen –, dass die Grünen überhaupt mit Steuergeld umgehen können.

(Beifall bei der AfD sowie des Abg. Robert Farle [fraktionslos])

(B)

#### Tino Chrupalla

(A) Es hat den Grünen schon immer Spaß gemacht, das Geld anderer Leute Gassi zu führen; wir werden von der Politik des Herrn Habeck tagtäglich darin bestätigt. Eine solche wirtschaftsfeindliche Politik hat es in der Bundesrepublik Deutschland noch nie gegeben, meine Damen und Herren

> (Beifall bei der AfD – Saskia Esken [SPD]: Die AfD führt die Wirtschaft direkt in den Abgrund und die Demokratie gleich dazu!)

Diese grüne Wirtschaftspolitik funktioniert nur in der gleichfarbigen Blase einer Partei, die daran glaubt, das Klima retten zu können. Das hat einen Preis, der für uns alle unbezahlbar wird. Allein das Heizungsgesetz GEG kostet die Bürger unfassbare 2 500 Milliarden Euro – und das sind Ihre eigenen Zahlen aus der Bundesregierung. Dieses Gesetz braucht kein Mensch.

## (Beifall bei der AfD)

Die Union soll nicht so tun – in Sachsen plakatiert sie "Heizungs-Verbot stoppen!" –, als ob sie dieses Gesetz auch nicht wöllte. Frau von der Leyen, wahrscheinlich Ihre Spitzenkandidatin von der CDU für die Europawahl, plant sogar ein noch schärferes Gesetz auf EU-Ebene. Diese Doppelmoral ist so was von unglaubwürdig, und das erkennen immer mehr Bürger.

## (Beifall bei der AfD)

Zitat: "Die Deindustrialisierung" – Herr Scholz, Sie haben ja gesagt, die gäbe es nicht – "beginnt." Das stellt der Vorstandsvorsitzende des Chemiekonzerns Lanxess, Matthias Zachert, fest.

## (Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das stimmt!)

Dass Sie und Ihr Kabinett deindustrialisieren wollen, prognostizieren meine Kollegen und ich Ihnen nachweislich schon seit Monaten, Herr Bundeskanzler. Deshalb öffnen Sie, wenn Sie können, bitte wieder beide Augen

## (Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der AfD)

und sehen Sie, wie die deutsche Wirtschaft reagiert, wie sie abschmiert, und kümmern Sie sich endlich um das Rückgrat in diesem Land, um die deutsche Wirtschaft.

### (Beifall bei der AfD)

Laut dem Energiewende-Barometer der DIHK erwägen aktuell etwa 43 Prozent aller Industrieunternehmen mit über 300 Beschäftigten eine Verlegung ihrer Kapazitäten ins Ausland. 6,7 Prozent planen dies, bei 17 Prozent laufen diese Maßnahmen schon, und bei 19,7 Prozent sind die Realisierungen bereits abgeschlossen. Damit packen aktuell 36,7 Prozent der größten Industriebetriebe ihre Koffer, und das ist dann für den Industriestandort in diesem Land das Ende. Das ist die Realität, der Sie sich komplett verschließen.

Diese Bundesregierung hinterlässt eine traurige Landschaft aus nicht funktionierenden, hoch subventionierten Windrädern, eine unsichere Energieversorgung ohne Grundlast und eine unendlich hohe Abgabenlast. Damit schaffen Sie keine Anreize für wirtschaftliche Unternehmungen oder gute Lebensbedingungen

## (Saskia Esken [SPD]: Was ist Ihr Vorschlag? Gas aus Russland? Gas von Putin?)

für all die Menschen, die tagtäglich zur Wertschöpfung beitragen.

Welches Geschlecht im Personalausweis steht, das können die Bürger entscheiden. Ob sie aber in Zukunft noch die Heiz- und Stromkosten bezahlen können oder welche Heizung sie überhaupt einbauen dürfen, das wissen sie nicht. Werte Bundesregierung, Ihre politischen Schwerpunkte sind völlig entrückt – wie die "FAZ" unlängst titelte –, Sie sind absolut regierungsunfähig.

## (Beifall bei der AfD)

Ich gebe Ihnen mal ein Beispiel aus der Industrie. Eine Gießerei in meinem Wahlkreis hat im Jahr 2016 für eine Kilowattstunde Strom 11,47 Cent gezahlt. Der Krieg in der Ukraine und die damit erlassenen unsäglichen Sanktionen führten zu einem Preisanstieg um 98 Prozent auf 22,73 Cent je Kilowattstunde im Jahr 2022. Seit März dieses Jahres muss dieser Betrieb die nächste Erhöhung um 98 Prozent hinnehmen. Es sind dann 44,99 Cent je Kilowattstunde. Dieser Betrieb, Herr Habeck, hat eine super CO<sub>2</sub>-Bilanz: Er produziert einfach nicht mehr – wie auch der Waggonbau Niesky, der Konkurs angemeldet hat. Das sind ja bloß 180 Arbeitsplätze.

Nun erwartet wirklich niemand, dass der Bundeswirtschaftsminister weiß, was darauf folgt. Ich kann es Ihnen sagen: eine Schockstarre aus Kurzarbeit und Hoffnung darauf, dass der Staat seine Grundaufgaben erfüllt und endlich Infrastrukturpolitik macht. Das ist Ihre Aufgabe in diesem Land!

## (Beifall bei der AfD)

Mit Ihnen und Ihrer Ampel, Herr Bundeskanzler, hat Deutschland wirklich fertig. Sie verspielen – auch das sage ich seit Monaten – nicht nur das Vertrauen in Ihre Regierung, sondern in die Politik. Sie können uns daher dankbar sein, dass wir als einzig wahrnehmbare Opposition Fehler hier in diesem Haus klar benennen und deshalb die Bürger überhaupt noch an die Wahlurnen kommen, und das, obwohl sie von ihrem Bundeskanzler nicht einmal mehr ehrliche Worte erwarten dürfen.

## (Beifall bei der AfD)

Sie haben Ihre Klausur in Meseberg angesprochen. Dort sagten Sie der Presse: "Die Preise sinken." Über welche Preise sprachen Sie da eigentlich? Die Teuerung spürt bei einer Inflation von über 6 Prozent wirklich jeder. Und die nächsten Preissteigerungen sind bereits angekündigt: in der Gastronomie, in der Automobilindustrie und bei den Energieerzeugern.

Hier ein Beispiel: Kostete eine Kilowattstunde Gas für einen Privathaushalt in diesem Sommer noch aktuell 5,38 Cent, wird dieser Haushalt ab 1. Oktober dieses Jahres 9,7 Cent pro Kilowattstunde zahlen. Das ist eine Preiserhöhung von aktuell 81 Prozent. Nebenbei gefragt, Herr Scholz: Wissen Sie inzwischen, wie viel ein Liter Benzin oder Diesel kostet? Mittlerweile sind wir wieder bei der Zwei vor dem Komma. Ihre Wahrnehmung ist mittlerweile von der Lebenswirklichkeit vollkommen abgekoppelt. Sie leben in einer Scheinwelt. Das hat Züge von den letzten Tagen der Volkskammer in der DDR.

(D)

(C)

#### Tino Chrupalla

(A) (Beifall bei der AfD – Saskia Esken [SPD]: Ist das peinlich!)

Aber Sie haben immer neue Vorschläge, wie Sie mehr aus der Wirtschaft pressen wollen, um die wirren Klimawendepläne zu erfüllen. Seien Sie deshalb auch mal mutig und informieren Sie die Bürger doch schon heute, dass mit der Verdoppelung der Mautgebühren auf deutschen Autobahnen, die ab 2024 kommen soll, wieder neue Preissteigerungen zu erwarten sind. Und wieder wird dadurch die Inflation hochgezogen. Im Übrigen gilt dies ab 3,5 Tonnen. Das betrifft dann auch Kleinunternehmer und den Mittelstand, die wieder darunter leiden werden.

Es wird wirklich Zeit, dass die Bürger zu ihrem Recht kommen. Dafür garantiert der Sozialstaat, der auf einen Ausgleich zwischen Arm und Reich, zwischen Alt und Jung zielt. Dieser Interessenausgleich ist bei Ihnen aber mittlerweile vollkommen aus dem Blick geraten. Wer nicht arbeiten möchte, bekommt Ersatzleistungen nahezu bedingungslos, und die, die arbeiten, verlieren netto Monat für Monat wie die Rentner.

Liebe Kollegen, noch steigt die Lebenserwartung in Deutschland und damit auch der Bedarf an Versorgung, finanziell und medizinisch. Aber unter Gesundheitsminister Lauterbach wurden Kliniken geschlossen. Das Schäbige daran ist noch, dass die Impfgeschädigten in diesem Land alleingelassen werden.

(Beifall bei der AfD)

Steht die im Grundgesetz garantierte unantastbare Würde des Menschen bei Ihnen überhaupt noch im Mittelpunkt (B) für die eigene, für die deutsche Bevölkerung?

Ihre fahrlässige und verfehlte Migrationspolitik ist ein weiterer Bereich, mit dem diese Bundesregierung unser Land spaltet, mit dem diese Bundesregierung wirklich auf Amokfahrt weiterfährt. Dass straffällig gewordene Asylbewerber und Migranten konsequent ausgewiesen werden müssen, wäre wirklich eine erste kleine Maßnahme. Aber nichts passiert. Merken Sie nicht, wie Sie hier mittlerweile die Kontrolle darüber verlieren, wer in unser Land kommt? Hunderte Migranten täglich an der deutsch-polnischen Grenze! Diese Geisterfahrt muss wirklich beendet werden.

(Beifall bei der AfD)

Merken Sie nicht, wie die Bürger es leid sind, wie mit ihren Steuergeldern umgegangen wird?

Der vorgelegte Entwurf zum Bundeshaushalt beweist das umso mehr: Eine wirkliche Veränderung für unsere Bürger, die deutsche Wirtschaft und ein souveränes Deutschland in Europa kann es nur mit Neuwahlen geben. Herr Bundeskanzler, machen Sie deshalb den Weg frei. Die Zeit der Ampel ist abgelaufen. Es geht hier nicht um Parteipolitik. Es geht hier sehr wohl um nationale Kraftanstrengung,

(Zuruf der Abg. Dr. Paula Piechotta [BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN])

und die wird es nur mit der AfD geben. Es geht um unsere Heimat,

(Beifall bei der AfD)

in der wir, unsere Kinder und Enkelkinder sehr gern in (C) Sicherheit und Wohlstand leben möchten. Daran würden wir als Alternative für Deutschland in einer neuen Bundesregierung mit aller Kraft, mit Überzeugung und Glaubwürdigkeit im Interesse Deutschlands und seiner Bürger arbeiten.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Christian Dürr [FDP])

## Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Für Bündnis 90/Die Grünen hat das Wort Katharina Dröge.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

## Katharina Dröge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte über Deutschland sprechen, über das, was Deutschland ist. Sie, Herr Merz, haben das vor wenigen Tagen auf dem bayerischen Jahrmarkt Gillamoos in einem Bierzelt getan.

(Dr. Wiebke Esdar [SPD]: Beschämend!)

Sie haben gesagt: "Nicht Kreuzberg ist Deutschland, Gillamoos ist Deutschland."

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Dorothee Bär [CDU/CSU]: O Gott!) (D)

Herr Merz, dass Sie dieses Bild gewählt haben, das ist kein Zufall, das geschah nicht im Rausch eines feuchtfröhlichen Bierzeltrednertums. Solche Bilder wählen Sie immer wieder. Solche Bilder wählen Sie immer wieder, um zu definieren, wer dazugehört und wer nicht,

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Frau Dröge, Sie sind selten humorlos!)

wer richtig in diesem Land ist und wer falsch. Wenn Sie von kleinen Jungs im Kindergarten sprechen, deren Eltern muslimisch sind, dann sind das auf einmal nicht mehr Kinder, dann sind das "kleine Paschas". Wenn Sie von ukrainischen Geflüchteten sprechen, dann sind das auf einmal "Sozialtouristen",

(Peter Boehringer [AfD]: Das würden die Grünen nie sagen!)

und wenn Sie von Arbeitslosen sprechen, dann sind das auf einmal "Arbeitsverweigerer". Auf der anderen Seite stehen die Leistungsträger oder "die normalen Menschen", wie das der Kollege Haase in der Bundestagsdebatte gestern gesagt hat.

Kommen wir auf das Bild mit Kreuzberg zurück. Ich frage Sie: Was an Berlin-Kreuzberg ist nicht deutsch,

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Görlitzer Park!)

und was macht die Menschen im bayerischen Bierzelt deutscher? Dass in Kreuzberg Menschen vieler Nationen

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Was ist denn das für eine unverschämte Interpretation?)

(B)

#### Katharina Dröge

(A) und Menschen mit vielen unterschiedlichen Biografien leben und nicht nur Menschen, deren Familien seit Hunderten von Jahren in diesem Land leben? Dass in Kreuzberg Menschen verschiedener Religionen leben und nicht nur Menschen einer Religion?

(Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: Sie waren noch nie in einem Bierzelt, oder? – Friedrich Merz [CDU/CSU]: Sie sollten mal in ein Bierzelt gehen! – Gegenruf der Abg. Dorothee Bär [CDU/CSU]: Nee, bitte nicht!)

Dass in Kreuzberg Menschen mit verschiedenen politischen Überzeugungen leben und Menschen mit verschiedenen sexuellen Identitäten und nicht nur einer?

(Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: Was haben Sie eigentlich für eine Vorstellung von einem bayerischen Bierzelt? Das scheint mir Diskriminierung zu sein!)

Eine CDU, die diesen Weg geht, die anfängt, zu definieren, wer normal ist und wer nicht, wer deutsch ist und wer nicht, wer dazugehört und wer nicht, die geht einen gefährlichen Weg, die geht einen verantwortungslosen Weg, gerade in einer Zeit wie dieser.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Diese gespielte Empörung! – Hermann Gröhe [CDU/CSU]: Sie spalten das Land! Ungeheuerlich! – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Wirklich ungeheuerlich!)

Was wir stattdessen bräuchten, wäre eine Volkspartei, die den Anspruch "Volkspartei", das heißt, für *alle* eine Partei zu sein, ernst nimmt. Was wir bräuchten, wäre eine konservative Partei, die den Zusammenhalt der Menschen in diesem Land nach vorne stellt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Jens Spahn [CDU/CSU])

Zum Glück haben uns die Menschen in diesem Land, von Flensburg bis nach Niederbayern, in zwei Krisen gezeigt, dass sie diesen Zusammenhalt schaffen. Warum sind wir letztes Jahr besser durch eine Krise gekommen, als wir alle erwartet hätten? Das lag daran, dass dieses Land zusammengehalten hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Das lag daran, dass Menschen Gas gespart haben, dass Unternehmen Produktionslinien umgestellt haben, dass wir gemeinsam daran geglaubt haben, dass wir diese Herausforderung meistern können. Und wir haben das geschafft: Die Gasspeicher sind besser gefüllt als erwartet. Die Wirtschaft ist besser durch die Krise gekommen, als viele Experten angenommen haben. Die LNG-Terminals werden schneller gebaut, als Sie uns jemals zugetraut hätten. Die Preise sind deutlicher gesunken, als wir alle erwartet hätten. Das ist eine gemeinsame Leistung, die dieses Land geschafft hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Und ja, es gibt weiterhin große Herausforderungen, auch wirtschaftspolitische. Deswegen frage ich mich, warum gerade der Vorsitzende der CDU Deutschlands in dieser Generaldebatte kein einziges Wort zur Wirtschaftspolitik verloren hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Betrachten Sie das nicht mehr als Ihre Aufgabe, hierfür Lösungsvorschläge zu machen?

(Hermann Gröhe [CDU/CSU]: Nicht zugehört!)

Wir als Ampel gehen die Aufgaben, die vor uns liegen, an, mit Tatkraft, mit Mut zur Zukunft und mit Vertrauen in die Stärke der Unternehmen in unserem Land.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Das größte Problem, das die Wirtschaft hat, ist eines, über das Sie noch nicht mal sprechen.

(Hermann Gröhe [CDU/CSU]: Zuhören statt ablesen!)

Das ist das Thema "Arbeits- und Fachkräftemangel". Denn wenn Bäckereien niemanden mehr finden, der die Brötchen verkauft, wenn in der Lausitz die Ingenieure fehlen und wenn den Hotels an der Küste die Arbeitskräfte ausgehen, dann können wir den Laden hier dichtmachen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP – Zurufe von der CDU/CSU)

Und Sie reden noch nicht mal über dieses Problem, während wir als Koalitionsfraktionen handeln.

Wir gehen die strukturellen Themen an: mit einem Fachkräfteeinwanderungsgesetz, das seinen Namen verdient hat, mit einem modernen Einwanderungsgesetz und mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Wir gehen alle strukturellen Reformen an. Ja, wir machen jetzt auch Ernst mit dem Thema Bürokratieabbau;

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Oh!)

denn das ist wichtig, das ist zentral in diesem Land. Bürokratie lähmt viel zu viele Unternehmen. Da muss man aber auch mal konkret werden und darf nicht immer nur darüber reden.

(Christian Dürr [FDP]: So ist es!)

Sie hatten 16 Jahre Zeit. Außer Reden haben Sie nichts geschafft.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

D)

(C)

#### Katharina Dröge

(B)

(A) Und wir arbeiten an der öffentlichen Infrastruktur in diesem Land. Ich möchte Ihnen eine Geschichte aus dem Sauerland erzählen,

(Zuruf von der AfD: Dann mal los!)

von der Talbrücke Rahmede bei Lüdenscheid. Das war eine 450 Meter lange Autobahnbrücke der A 45, die so marode war, dass sie mittlerweile gesprengt werden musste. Der ganze Verkehr fließt jetzt durch die Dörfer. Die Anwohner sind verzweifelt angesichts des Lärms und der Lkw-Karawanen, die vor ihrer Haustür durchfahren. Die Wirtschaft vor Ort leidet unter den massiven Umwegen, die die Lkws nehmen müssen, um noch irgendwo anzukommen. Wer an dieser Stelle spart,

(Stephan Brandner [AfD]: Die Grünen waren immer schon für Autobahnbau, oder wie?)

wer die Investitionen in die Zukunft unserer Infrastruktur vernachlässigt, so wie Sie das über viele Jahrzehnte gemacht haben.

(Zuruf des Abg. Hermann Gröhe [CDU/CSU])

der gefährdet den Wirtschaftsstandort Deutschland. Die Brücke im Sauerland ist zum Symbol für Ihre verfehlte Wirtschaftspolitik geworden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP – Stephan Brandner [AfD]: Sie wollen Autobahnen bauen? Ist ja ganz was Neues! – Friedrich Merz [CDU/CSU]: Da muss selbst der Kanzler lachen! – Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: Für Ihre verfehlte Planungspolitik! Das ist die Wahrheit!)

Wenn wir über die Herausforderungen reden, die wirtschaftspolitisch vor uns liegen, dann sollten wir uns auf diejenigen konzentrieren, die die Unterstützung jetzt am meisten brauchen. Das sind die energieintensiven Unternehmen in diesem Land, die großen und die kleinen. Die stehen im internationalen Wettbewerb, die waren besonders betroffen von der russischen Energiekrise, die leiden jetzt unter den hohen Preisen.

Ich spreche eine Einladung aus, weil ich weiß, dass es in verschiedenen Fraktionen in diesem Parlament noch Debatten darüber gibt, ob ein Industriestrompreis, ob ein Brückenstrompreis die richtige Antwort ist. Ich spreche die Einladung aus, darüber nachzudenken; denn am Ende müssen wir eine Frage beantworten. Stahl, Chemieprodukte und Aluminium wird es weiterhin geben; die werden irgendwo auf der Welt hergestellt. Die Frage ist nur, ob die auch weiterhin in Deutschland hergestellt werden. Wir Grünen sagen ganz klar: Wir wollen das,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

weil wir daran glauben, dass es gut bezahlte Facharbeiterjobs in diesem Land braucht, weil wir daran glauben, dass unsere Industrie gut aufgestellt ist, hoch innovativ und auf dem Sprung in eine grüne Zukunft.

(Hermann Gröhe [CDU/CSU]: Laden Sie einmal die Betriebsräte ein!)

Wenn wir über Zusammenhalt reden, dann müssen wir (C) auch über Sozialpolitik reden; denn die hohen Preise in diesem Land treffen nicht alle Menschen gleich. Die treffen insbesondere diejenigen am härtesten, die am wenigsten haben. Deshalb ist es richtig und deswegen bin ich so froh, dass diese Regierung mit der Anpassung der Regelsätze an die Inflation jetzt das macht, was angemessen und notwendig ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Zu wenig!)

Wenn Lebensmittel, wenn Kleidung, wenn all das, was man fürs Leben braucht, teurer wird, dann müssen die Regelsätze angepasst werden. Das ist keine Bestrafung der hart arbeitenden Gesellschaft; das ist einfach nur die Sicherung des menschenwürdigen Existenzminimums, die uns schon das Grundgesetz aufgegeben hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Herr Merz, es ist total einfach, sich in der privilegierten Position eines Mannes, der sein Leben lang sehr, sehr gut verdient hat,

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Muss er sich jetzt dafür entschuldigen?)

hinzustellen und auf diejenigen herabzuschauen, denen es im Leben nicht so gut gegangen ist. Es ist falsch, aber es ist vor allen Dingen auch unehrlich. Denn die Anpassung, die wir jetzt vornehmen, geht auf eine Reform zurück, der Sie selbst noch vor wenigen Monaten zugestimmt haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Maximilian Mordhorst [FDP])

Die Reform des Bürgergeldes ist mit Ihren Stimmen und mit den Stimmen aller unionsgeführten Regierungen in diesem Land verabschiedet worden. Und wenn Sie sich jetzt vor die Kameras stellen und so tun, als ob Sie damit nichts mehr zu tun hätten, dann frage ich mich: Gilt das Wort der konservativen Partei in diesem Land immer nur bis zum Sommer?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP – Stephan Brandner [AfD]: Das gilt überhaupt nicht bei der CDU!)

Das Zweite, was mir bei Ihnen auffällt: Sie entdecken Ihr Herz für diejenigen, die hart arbeiten und trotzdem am Ende des Monats mit wenig Geld nach Hause kommen,

(Zuruf der Abg. Dr. Silke Launert [CDU/CSU])

immer nur dann, wenn es darum geht, gegen diejenigen zu polemisieren, denen es noch schlechter geht. Ich frage mich ganz ehrlich: Was hilft das der Altenpflegerin, die jeden Morgen früh aufsteht und dafür sorgt, dass die Generation Ihrer Eltern und meiner Großeltern eine gute Versorgung bekommt, wenn sie es nicht mehr alleine schaffen?

#### Katharina Dröge

(A) (Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Wer Spätdienst und Nachtdienst hat, arbeitet auch hart!)

Was hilft es der, wenn es den Menschen in der Grundsicherung noch schlechter geht?

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Thorsten Frei [CDU/CSU]: Dann helfen Sie der Krankenschwester! – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Ist das eine Haushaltsrede?)

Das Einzige, was ihr helfen würde, ist, dass wir dafür sorgen, dass sie einen besseren Lohn bekommt und dass sie unterstützt wird bei den Kosten, die sie in ihrem Alltag hat. Diese Vorschläge machen Sie aber nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Das ist keine Haushaltsrede! Das ist eine Ich-binvon-Friedrich-Merz-besessen-Rede! Sie sind besessen von Friedrich Merz!)

Sie haben heute gesagt, die CDU möchte die Kindergrundsicherung stoppen. Was für ein Signal, gerade für die Frauen in diesem Land, die zum Beispiel das Gehalt einer Altenpflegerin haben! Denn die sind diejenigen, die insbesondere von der Kindergrundsicherung erreicht werden. Es sind Menschen, die jeden Tag arbeiten gehen und trotzdem nicht genug verdienen, um die Miete, die Winterschuhe oder vielleicht auch mal den Zoobesuch für die Kinder finanzieren zu können,

(Amira Mohamed Ali [DIE LINKE]: Das können sie mit der Kindergrundsicherung aber auch nicht!)

die in der Vergangenheit nicht mal wussten, dass sie Anspruch auf eine Unterstützung haben, die höher ist als das Kindergeld.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Das ändern wir jetzt. Damit machen wir mit der größten sozialpolitischen Reform seit vielen Jahren Schluss, indem wir es endlich einfach machen, dass das Geld bei den Kindern ankommt

(Hermann Gröhe [CDU/CSU]: 500 Millionen für Verwaltung!)

Sie sagen immer wieder, am Ende gehe es nicht um Leistungsverbesserungen, sondern um Arbeitsanreize für diejenigen, die im unteren Einkommensbereich sind. Der Altenpflegerin zu sagen: "Mach doch einfach einen anderen Job!" oder: "Geh doch mehr arbeiten!", das ist zynisch. Das ist, solange wir es uns nicht leisten, diese Altenpflegerin besser zu bezahlen, auch gesellschaftspolitisch einfach eine irre Aussage.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Christian Dürr [FDP] – Zuruf des Abg. Hermann Gröhe [CDU/CSU])

Sie können mit uns dafür sorgen, dass es den Menschen im unteren Einkommensbereich besser geht. Sie hätten zum Beispiel im letzten Jahr für die Erhöhung des Mindestlohnes stimmen können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie des Abg. Matthias W. Birkwald [DIE LINKE])

Diese Koalition hat das gemacht. Sie haben es nicht gemacht.

Sie könnten sich für ein Tariftreuegesetz entscheiden, damit endlich Schluss damit ist, dass der Staat bei seiner öffentlichen Auftragsvergabe auch noch Tarifflucht belohnt

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Hermann Gröhe [CDU/CSU]: Das ist nicht der Fall! Einfach einmal informieren!)

Das ist eine Einladung, die ich jetzt an Sie ausspreche; denn gute Tarifbindung ist der beste Garant dafür, dass die Menschen in ihren Jobs auch gut verdienen. Mit einem Tariftreuegesetz schaffen wir genau die Anreize dafür, dass es in Zukunft mehr Tarifverträge in diesem Land gibt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ganz zum Schluss noch einmal ein Appell an die Unionsfraktion.

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Ja, immer nur geht es um uns! Das ist wirklich beeindruckend! So besessen von der Union! – Zuruf des Abg. Hermann Gröhe [CDU/CSU])

Wir brauchen Zusammenhalt in diesem Land. Dafür brauchen wir uns alle, auch Sie. Wir brauchen eine konservative Partei, die sagen kann: Berlin-Kreuzberg ist Deutschland genauso wie das bayerische Bierzelt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Wir brauchen eine konservative Partei, die sagen kann: Der Christopher Street Day ist Deutschland genauso wie die Bayreuther Festspiele.

(Thorsten Frei [CDU/CSU]: Ah! Sie wollen eine weitere linke Partei!)

Und wir brauchen eine konservative Partei, die sagen kann: Der Islam gehört zu Deutschland

(Beatrix von Storch [AfD]: Gehört er aber nicht!)

genauso wie der Deutsche Evangelische Kirchentag.

(Thorsten Frei [CDU/CSU]: Geht's noch?)

Sie waren da schon mal. Ich kann Sie nur herzlich einladen: Kommen Sie wieder zurück!

(Anhaltender Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei der SPD und der FDP – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Das war leider gar nichts!)

## (A) Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Für die Fraktion Die Linke hat nun das Wort Amira Mohamed Ali.

(Beifall bei der LINKEN)

## Amira Mohamed Ali (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Herr Bundeskanzler, ich finde es schon erstaunlich, wie Sie die Probleme, die in unserem Land herrschen, kleinreden und gleichzeitig Ihr grottenschlechtes Regierungshandeln beschönigen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der AfD)

Laut aktuellen Umfragen sind drei Viertel der Bevölkerung mit der Arbeit der Bundesregierung unzufrieden. Und wissen Sie, wie viele laut ARD-DeutschlandTrend mit Ihrer Arbeit sehr zufrieden sind? Null Prozent. Das muss man auch erst mal schaffen.

(Zuruf der Abg. Dr. Paula Piechotta [BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN])

Leider ist das kein Wunder. Alles ist teurer geworden: Lebensmittel, Strom, Sprit, Heizung, Schulsachen, Schulausflüge, Urlaubsreisen, der Kinobesuch, die Eintrittskarte fürs Schwimmbad.

(Angelika Glöckner [SPD]: Ja, warum denn?)

Die, die vorher schon wenig hatten, verzweifeln, und die Angst, nicht mehr über die Runden zu kommen, frisst sich immer tiefer in die Mittelschicht hinein. Ihre spärlichen Hilfsmaßnahmen haben nicht dazu geführt, dass die Lage sich entspannt – gar nicht! Vielleicht können Sie wenigstens das mal einräumen; das wäre ja ein erster Schritt zur Besserung.

(Beifall bei der LINKEN)

Zu Recht sind viele wütend darüber, dass Sie auf der einen Seite Milliarden für Rüstung einfach raushauen

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Ja!)

und den Aktionären von Rheinmetall und Co den Reibach ihres Lebens bescheren, auf der anderen Seite aber überall sonst knausern und sparen – bis es quietscht, bis es knarzt, bis es bricht. Aber das geht so nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

2,8 Millionen Kinder in Deutschland leben in Armut. Sie haben versprochen, dass es eine Kindergrundsicherung geben wird, die Schluss macht mit der Kinderarmut, damit Kinder eben nicht mehr ohne Pausenbrot zur Schule gehen oder sich den Sportverein nicht leisten können, damit kein Kind mehr wegen der finanziellen Nöte der Eltern abgehängt wird. Ihre Familienministerin Frau Paus hat ausgerechnet, dass es 12 Milliarden Euro bräuchte, um hier einigermaßen wirksam Abhilfe zu schaffen. 12 Milliarden Euro sind übrigens gerade mal ein Viertel des Militäretats, nur um mal die Dimensionen klarzumachen.

Was gibt es jetzt tatsächlich? Was kommt wirklich? 2,4 Milliarden Euro.

(Saskia Esken [SPD]: Sie wissen doch, dass das nicht stimmt! Das ist unterkomplex!)

Ich meine, man muss kein Raketenwissenschaftler sein, (C um festzustellen: Das ist nur ein Fünftel der von der Regierung selbst als notwendig erachteten Summe.

(Bruno Hönel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie verstehen die Kindergrundsicherung nicht! – Gegenruf der Abg. Heidi Reichinnek [DIE LINKE]: Ihr versteht nicht, was ihr da macht! Nichts macht ihr!)

Frau Paus hat auch schon zugegeben, dass das zu wenig ist, um für Kinder reale Verbesserungen zu bewirken. Und Sie stellen sich hier ernsthaft hin und geben sich stolz ob dieses Etikettenschwindels, den Sie "Kindergrundsicherung" nennen! Ihnen ist wirklich gar nichts peinlich. Sie sollten sich was schämen!

(Beifall bei der LINKEN – Saskia Esken [SPD]: Peinlich, solche Sachen zu erzählen!)

Finanzminister Lindner sagt sogar, dass das die letzte größere Sozialreform in dieser Wahlperiode sein wird. Wow! Das nennen Sie "Sozialreform"? Auch noch "größere"? Und jetzt kommt nichts mehr? Ich finde, das ist wirklich ein neuer Tiefpunkt.

(Bruno Hönel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sind Sie noch bei der Linken?)

Das wird auch nicht dadurch besser, dass Sie, Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, sich jetzt alle hinter Christian Lindner verstecken und ihm den Schwarzen Peter zuschieben wollen, weil er das Geld nicht lockermacht. Nein, das haben Sie alle gemeinsam zu verantworten.

(Beifall bei der LINKEN)

Nichts für ungut: Im Gegensatz zu Ihnen behauptet die FDP ja wenigstens nicht, eine soziale Partei zu sein. Da ist sie immerhin ehrlich.

(Heiterkeit des Abg. Matthias W. Birkwald [DIE LINKE])

Fakt ist: Ihre Politik sorgt nicht für Sicherheit, im Gegenteil. Ein kurzes Wort zum vermurksten Heizungsgesetz. Weiterhin halten Sie fest an diesem Quatsch, der das Klima kaum schützen wird, aber Menschen in unserem Land verunsichert und ärmer macht. Auf die Frage, mit wie viel CO<sub>2</sub>-Einsparungen die Bundesregierung denn eigentlich rechnet,

(Christian Dürr [FDP]: Ja, weil es keine Planwirtschaft ist, Frau Mohamed Ali!)

wenn das Heizungsgesetz so umgesetzt wird, wie sie es wünscht, antwortet die Bundesregierung: mit 1,4 Prozent bis 2030, wenn es gut läuft.

(Christian Dürr [FDP]: Das ist keine Planwirtschaft! Wie absurd! Das sind die alten Sektorziele der GroKo!)

Darüber reden wir hier. Und dafür regieren Sie den Menschen in ihre Heizungskeller hinein. Das ist nicht nur übergriffig, das ist absurd.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf des Abg. Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

#### Amira Mohamed Ali

(A) Dafür sollen Mieten steigen, Kommunen belastet werden und Hausbesitzer bluten. Wie die Förderung für die Bürgerinnen und Bürger ganz konkret aussieht, wie und in welchem Zeitrahmen man an sein Geld kommt:

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wollen Sie lieber Gas aus Russland? Von Putin?)

Man weiß es nicht. Das regelt Ihr Gesetz nämlich gar nicht.

(Andreas Audretsch [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ein bisschen Gas aus Russland!)

Klar ist nur: Gefördert werden allenfalls die Kosten für die Wärmepumpe. Die Umbauten der Häuser, die notwendig sind, aber nicht unmittelbar mit dem Einbau der Wärmepumpe zusammenhängen, werden nicht gefördert. Da sollen die Leute halt sehen, wie sie klarkommen. Unglaublich! Was Sie hier abziehen, nur damit Robert Habeck seiner gutsituierten Fanbase einen angeblichen Erfolg für den Klimaschutz vorweisen kann – unfassbar!

## (Beifall bei der LINKEN)

Derweil können jeden Tag im ganzen Land Kitas nicht öffnen wegen Personalmangels. Ob Bus und Bahn einen halbwegs zuverlässig ans Ziel bringen, ist weiterhin vor allem Glückssache, wenn Bus und Bahn überhaupt fahren. Kliniken sterben, weil sie nicht rentabel genug sind. Der Chef der Deutschen Krankenhausgesellschaft, Gerald Gaß, erwartet, dass in nächster Zeit ein Drittel der bestehenden Krankenhäuser schließen muss.

(B) (Saskia Esken [SPD]: Zeit für eine Reform!)

Er sagt auch, dass die Krankenhausreform von Herrn Lauterbach diese Entwicklung nicht stoppen, sondern noch verschärfen wird. Das sind nur einige Beispiele.

(Zuruf von der LINKEN: Schande!)

Viele Menschen machen sich Sorgen um ihre Zukunft, um die Zukunft ihrer Familien, um ihren Arbeitsplatz, um ihr Zuhause.

(Zuruf von der FDP: Die Linke auch!)

Und nein, das auszusprechen, ist kein Schlechtreden unseres Landes, wie die Ampelkoalitionäre das gerne behaupten; es ist die Realität. Deutschland ist in einer großen Wirtschaftskrise, einer der größten in der Geschichte der Bundesrepublik. Der Internationale Währungsfonds, IWF, rechnet mit einem Rückgang unserer Wirtschaftsleistung um 0,3 Prozent, das ifo-Institut sogar mit 0,4 Prozent. Kein anderes Land in der EU hat vom IWF eine so miese Prognose bekommen wie Deutschland. Was ist die Antwort der Bundesregierung? Sparen. Die Schuldenbremse soll unbedingt eingehalten werden, koste es. was es wolle.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: So ein Quatsch!)

Eine Volkswirtschaft lässt sich aber nicht aus der Rezession heraussparen. Sie kann nur aus der Rezession heraus*wachsen*; so ist das.

(Beifall bei der LINKEN)

Marcel Fratzscher, der Leiter des Deutschen Instituts (C) für Wirtschaftsforschung, sagte zu Ihren Plänen, dass jeder Unternehmer wisse: Bei großen Herausforderungen, wenn man neue Technologien einsetzen und neue Produkte entwickeln will, dann muss man erst mal einen Kredit aufnehmen und sich verschulden. Das gilt auch für den Staat. – Ihr Festhalten an der Schuldenbremse ist gegen jede Vernunft. Wir dürfen jetzt nicht sparen. Wir brauchen große Investitionspakete.

#### (Beifall bei der LINKEN)

Bevor Sie hier reinrufen, das gebe es ja schon mit dem sogenannten Klima- und Transformationsfonds mit knapp 212 Milliarden Euro, möchte ich was dazu sagen: Wenn man da genau hinguckt, dann stellt man fest: Das reicht nicht. Das Institut der deutschen Wirtschaft sagt, dass diese Summe bestenfalls die Hälfte dessen ist, was man bräuchte, um die dringendsten Investitionen zu finanzieren, die die Wirtschaft braucht, um zukunftsfähig zu werden.

(Christian Dürr [FDP]: Der Gedanke bei Ihnen ist, dass der Staat das macht!)

Michael Hüther, Chef des IW, bezeichnet Ihr Argument, dass Staatsschulden immer schlechte Schulden seien, als ökonomisches Denken der 90er-Jahre. So viel zum Thema Fortschrittskoalition, wie Sie sich ja selber immer gerne nennen.

Ich meine, sogar Joe Biden, der ja nun auch nicht auffallend für Aufbruch und Moderne steht, hat es verstanden. Die USA haben mit dem sogenannten Inflation Reduction Act ein großes Investitionspaket geschnürt, um die Wirtschaft umzubauen und grüne Zukunftstechnologien anzusiedeln. Deutsche Unternehmen wandern in die USA ab, weil sie dort bessere Bedingungen vorfinden.

(Zuruf des Abg. Dr. Lukas Köhler [FDP])

BASF hat bereits Stellenstreichungen angekündigt und legt eine Ammoniakanlage in Ludwigshafen still. Audi plant, E-Autos verstärkt in den USA herzustellen. Hier geht es um relevante Schlüsselindustrien Deutschlands; da kann man doch nicht einfach zugucken.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Lukas Köhler [FDP]: Schön, dass Die Linke hinter Mohamed Ali steht!)

Es gab schon einmal einen Kanzler, der Deutschland mit seiner Sparpolitik ruiniert hat: Heinrich Brüning, Reichskanzler der Weimarer Republik von 1930 bis 1932. Wohin das geführt hat und welche politischen Kräfte dadurch stark geworden sind,

(Saskia Esken [SPD]: Mein Gott! – Stephan Brandner [AfD]: Kommunisten! – Weiterer Zuruf von der AfD: Sozialisten!)

das wissen wir.

(Christian Dürr [FDP]: Das ist geballte Geschichtsvergessenheit, was Sie da betreiben!)

Aus Geschichte kann man aber lernen, Herr Scholz. Und das können auch Sie tun, und das sollten Sie auch.

#### Amira Mohamed Ali

(A) Ein weiterer Unterschied zwischen Deutschland und den USA, der den Unternehmen dort zugutekommt, ist, dass die Energie dort bezahlbar ist. Und dass das bei uns nicht so ist, hat Gründe. Und natürlich war der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine der wichtigste Auslöser dieser Entwicklung. Dass die Preise in Deutschland so gestiegen sind und hoch bleiben, ist aber das Ergebnis falscher politischer Entscheidungen dieser Bundesregierung.

#### (Beifall bei der LINKEN)

Und jetzt kommen Sie mir bitte nicht mit Ihrem Strompreisdeckel. Der kam viel zu spät und greift erst bei viel zu hohen Preisen.

Andere Regierungen waren da klüger: in Spanien und Frankreich zum Beispiel. Denn bevor es da zu den großen Teuerungen kam, hat man harte Preisdeckel für Energie eingeführt. Und obwohl diese beiden Länder richtigerweise wie Deutschland den Krieg in der Ukraine klar verurteilen, importieren sie im großen Stil das vergleichsweise günstige LNG-Gas aus Russland, in diesem Jahr sogar noch mehr als im Vorjahr, wie gerade vorgestern die Zeitschrift "agrarheute" berichtet hat. Im Ergebnis fällt das Bruttoinlandsprodukt dort deutlich besser aus als bei uns.

Ich erinnere mich noch an die Worte von Annalena Baerbock, dass die Sanktionen die russische Wirtschaft ruinieren werden. Und ich weiß auch noch, wie ich und andere, die gesagt haben, dass diese Sanktionen der deutschen Wirtschaft erheblich schaden werden, der russischen aber nicht, mit Schimpf und Schande überschüttet worden sind: Kreml-Propaganda und alles Mögliche wurde uns vorgeworfen. Wir stellen fest: Die russische Wirtschaft wächst um 1,5 Prozent in diesem Jahr. Offensichtlich hat inzwischen auch Frau Baerbock erkannt und einräumen müssen, dass die Sanktionen der russischen Wirtschaft nicht wirklich geschadet haben.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Reden Sie eigentlich für sich oder für alle da?)

Aber folgt auf diese Erkenntnis jetzt eine Handlung? Überdenkt man die falsche Politik, die man gemacht hat? Ich fürchte, nein. Stattdessen sagen Sie nun, dass Sanktionen nur in Demokratien und zivilisierten Ländern wirken. Das war ja mal wieder geballte Sachkompetenz, Frau Baerbock. Haben Sie damit eigentlich auch anerkannt, dass Kuba eine Demokratie ist? Ich meine, da haben die Sanktionen der USA nun zweifellos erhebliche Auswirkungen auf die Wirtschaft. Aber vielleicht klären wir das ein andermal.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Wie das den Bach runtergeht bei den Linken, das tut mir wirklich weh!)

Ihre Regierungsarbeit, Herr Scholz, ist geprägt durch öffentlichen Streit, durch Unvernunft und durch Unehrlichkeit. Herr Scholz, wenn Sie wollen, dass Deutschland eine relevante Industrienation bleibt, dann müssen Sie Ihren Kurs korrigieren. Noch ist Zeit dafür.

Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

## Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

(C)

Und für die FDP-Fraktion hat das Wort Christian Dürr.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

#### **Christian Dürr** (FDP):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Seit eineinhalb Jahren führt Russland einen Angriffskrieg gegen die Ukraine, Menschen sterben. Seit 559 Tagen kämpfen die Ukrainerinnen und Ukrainer mutig für ihr Land und eben auch für unsere Freiheit. Wir sehen auch erste militärische Erfolge – glücklicherweise. Der Durchbruch der russischen Verteidigungslinie ist ein solcher. Die Gegenoffensive der Ukraine war an dieser Stelle erfolgreich, auch dank der militärischen Unterstützung des Westens. Und wir aus Deutschland helfen mit unserem militärischen Material, Menschenleben zu retten – denken Sie beispielsweise an das System IRIS-T und andere.

## (Hermann Gröhe [CDU/CSU]: Taurus!)

Das ist das, was jetzt zu tun ist. Und ich bin dankbar, dass die breite Mehrheit in Deutschland genau hinter dieser Politik steht. Das muss man an einem solchen Tag sagen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich will, Herr Merz, in diesem Zusammenhang auf die Haushaltspolitik zu sprechen kommen

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Deswegen sind wir hier!)

(D)

und mit einem Punkt aufräumen, den Sie in mehreren Debatten eingeführt haben und der schlicht nicht den Tatsachen entspricht: Wenn wir in dieser Bundesregierung das 2-Prozent-Ziel der NATO sofort nach Regierungsübernahme und nach Ausbruch dieses fürchterlichen Krieges im Kernhaushalt hätten darstellen können, dann hätte es eines Sondervermögens für die Bundeswehr ja gar nicht bedurft. Dieses Sondervermögen, das wir dankenswerterweise mit einer Zweidrittelmehrheit im Deutschen Bundestag beschlossen haben, gewährleistet in den kommenden Jahren das 2-Prozent-Ziel. Und der Bundeskanzler hat auch über Anschlussmaßnahmen gesprochen. Das ist die Einigkeit. Herr Merz, alles andere, im Haushaltstitel von Herrn Pistorius jetzt herumzusuchen, macht keinen Sinn. Das war nicht verabredet.

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Nein! 10 Milliarden wollte er mehr haben!)

Ich will an dieser Stelle haushalterisch damit aufräumen, damit alle Klarheit haben an dieser Stelle, liebe Kolleginnen und Kollegen. Alles andere ist nicht richtig, Herr Merz. Das muss ausgesprochen werden.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es ist gleichwohl nach wie vor eine herausfordernde Zeit. Nach vielen, auch krisenbedingten Haushalten, insbesondere während der Coronapandemie seit 2020 – in

(A) Ihrer Regierungsverantwortung hat der Bund einen ganzen Haushalt an zusätzlichen Schulden gemacht –, müssen wir aus diesem Krisenmodus herauskommen. Wir müssen nach vorne schauen. Wir müssen zur finanzpolitischen Normalität zurückkehren. Deshalb ist es, bisher kaum erwähnt, eine gute Entscheidung des Finanzministers, von den vielen Sondervermögen, die wir übrigens von Ihnen geerbt haben, mit diesem Bundeshaushalt drei Sondervermögen abzuschaffen. Ja, das Sondervermögen für die Bundeswehr fällt in unsere Regierungszeit. Das war notwendig. Aber wir konzentrieren uns auf den Kernhaushalt des Bundes und halten die Schuldenbremse zum zweiten Mal ein – ohne Steuererhöhungsvorschläge der Union, liebe Kolleginnen und Kollegen. Auch das ist eine gute Botschaft.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Und wir setzen Schwerpunkte mit diesem Haushalt, liebe Kollegen. Die Investitionsquote in diesem Bundeshaushalt steigt auf 12,2 Prozent. Zum Vergleich: Beim Vorkrisenniveau, also dem letzten normalen Bundeshaushalt der Großen Koalition, hat die Investitionsquote 10,9 Prozent betragen. Das geht in die richtige Richtung. Wir setzen sehr klar Prioritäten, beispielsweise beim Wachstumschancengesetz des Finanzministers. Ich komme gleich mit Bezug auf die Union darauf zu sprechen. Wir entlasten die Wirtschaft und sorgen für Impulse, insbesondere um den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken, und verzichten auf Steuererhöhungen.

Liebe Kollegen, ich will auf den Wirtschaftsstandort zu sprechen kommen; denn die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes war in den letzten Monaten richtigerweise Thema. Ja, wir stehen vor großen Herausforderungen. Und deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, war es richtig, nachdem anderthalb Jahrzehnte faktisch keine echte Wirtschaftsreformpolitik in Deutschland stattgefunden hat – das muss man einmal aussprechen, glaube ich –, dass das Bundeskabinett auf Schloss Meseberg das Wachstumschancengesetz des Finanzministers beschlossen hat, immerhin mit einem Entlastungsvolumen in Höhe von jährlich 7 Milliarden Euro. Deswegen war es richtig, dass das Bundeskabinett in die Zukunft schaut und das Zukunftsfinanzierungsgesetz beschlossen hat; da geht es um Start-ups und darum, dass eine verbesserte Mitarbeiterkapitalbeteiligung auch endlich im Gesetz steht.

Und deswegen ist es richtig, dass wir zurzeit im Deutschen Bundestag über Planungsbeschleunigung sprechen; auch das wurde viele Jahrzehnte ergebnislos besprochen. Und deswegen ist es richtig, dass der Bundesjustizminister einen weitreichenden Vorschlag für ein großes Bürokratieentlastungspaket dieser Bundesregierung gemacht hat. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir würden mit diesem Paket bei den Bürokratiekosten des Bundes auf ein Allzeitminimum kommen. Das sollten wir tun.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Quatsch! So ein Quatsch!)

Wir sollten endlich Ernst machen. Und der Bundeskanzler hat einen Pakt angekündigt. Der Bundestag hat die Möglichkeit, diesen Pakt bereits mit dem Bürokratieentlastungsgesetz von Marco Buschmann einzugehen. Das ist die richtige Botschaft, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich will bei dem Thema bleiben. In der Sommerpause haben viele von uns Unternehmen besucht, und der Mittelständler um die Ecke sagt genau das: Es sind die Bürokratiekosten –

(Zuruf der Abg. Dr. Silke Launert [CDU/CSU])

Fachkräftemangel, Energiekosten, darauf komme ich später noch –, es sind die Bürokratiekosten, die ein Problem darstellen. – Und jetzt müssen wir über Deutschland hinausschauen:

(Hermann Gröhe [CDU/CSU]: Na endlich! – Zuruf des Abg. Friedrich Merz [CDU/CSU])

57 Prozent der Bürokratiekosten der Unternehmen in Deutschland – ich sage das in der Deutlichkeit – hat Brüssel zu verantworten. Und, liebe Kolleginnen und Kollegen der Union, da nehme ich Sie in die Pflicht: Wir werden in Deutschland alles tun, um die deutsche Wirtschaft bei der Bürokratie zu entlasten.

(Beatrix von Storch [AfD]: Gar nichts tun Sie!)

(D)

Aber ich erwarte geradezu, dass Ursula von der Leyen am kommenden Mittwoch bei ihrer Rede zur Lage der Europäischen Union genau dieses Thema anspricht und in diesen Pakt, den der Bundeskanzler angekündigt hat und wo wir mit Frankreich im Dialog sein werden, einsteigt. Es wird für die deutsche Wirtschaft im Herzen Europas nur funktionieren, wenn wir unseren Job machen. Das haben wir zugesagt. Aber ich erwarte von der Kommissionspräsidentin, dass sie beim Bürokratieabbau auch endlich ihren Job macht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Erwartung müssen wir in Deutschland haben

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Aber natürlich müssen wir bei der Wettbewerbsfähigkeit darüber hinausdenken. Ich sagte es vorhin schon: Bei den Stromkosten gibt es höchst unterschiedliche Konzepte. Ich bin in den letzten Tagen, sagen wir, ein bisschen überrascht gewesen, dass Herr Merz, obwohl er als Parteivorsitzender der Union gesagt hat, dass die Grünen der Hauptgegner seien, sich als Fraktionsvorsitzender jetzt an der Stelle – politisch jedenfalls – beim Thema Industriestrompreis inhaltlich auf Sie, liebe Kollegen der Grünen, zubewegt. Gut, dass die FDP dazwischen sitzt, will ich an dieser Stelle sagen. Aber das nur nebenbei.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP – Friedrich Merz [CDU/CSU]: Wo nehmen Sie das denn her?)

(A) Ich glaube nicht, dass eine neue Subvention beim Preis das Richtige ist. Wir müssen die Abgaben senken. Deswegen, glaube ich, müssen wir über die Stromsteuersenkung sprechen.

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Ja, richtig!)

Wir könnten sie auf das europäische Minimum reduzieren. Wir müssen auch über den Spitzenausgleich sprechen, der natürlich, wenn er ausläuft, eine Herausforderung ist, insbesondere für energieintensive Unternehmen in Deutschland. Und wir müssen in dem Zusammenhang, liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich darüber sprechen, wie wir insgesamt bei der Energiepolitik das, was wir bereits in einigen Gesetzen als Technologieoffenheit markiert haben, auch in Zukunft fortleben werden.

(Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Warum haben Sie die AKW abgeschaltet?)

Wir haben über das Heizungsgesetz gesprochen, wir haben Entscheidungen getroffen, insbesondere zum Verbrennungsmotor, und vieles mehr.

Ich habe gehört, dass die Bundesaußenministerin im Rahmen der Botschafterkonferenz auch über Rohstoffpartnerschaften gesprochen hat. Ich unterstreiche das ausdrücklich: 70 Prozent der Primärenergie der viertgrößten Volkswirtschaft der Welt, der Exportnation Deutschland, importieren wir. Und ich wage die Prognose: Das wird auch in Zukunft so sein. Wir sind darauf angewiesen, diese Partnerschaften einzugehen, beispielsweise bei synthetischen Kraftstoffen. Und deswegen ist es richtig, dass der Bundesverkehrsminister auf der IAA einen Schwerpunkt bei den E-Fuels gesetzt hat. Liebe Kollegen, auch das gewährleistet unsere energiepolitische Sicherheit in der Zukunft, und das ist doch zentral für eine solche Schlüsselindustrie.

(Beifall bei der FDP – Friedrich Merz [CDU/CSU], auf SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zeigend: Schauen Sie mal da rüber, Herr Dürr!)

Also: Es geht um die Erhaltung des Wohlstands, um Schlüsselindustrien wie beispielsweise die Automobilindustrie. Wir wollen in Richtung Klimaneutralität; aber wir wollen das eben insbesondere durch Technologie-offenheit gewährleisten.

(Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Aha! Weiß der Kanzler auch schon was davon?)

Wir treffen die Entscheidung beispielsweise zu synthetischen Kraftstoffen in der Bundesregierung, zu Kraftstoffen, die zu Zeiten der Unionsregierung verboten waren. Aber ich erwarte auch dort, liebe Kolleginnen und Kollegen der Union, Ihre Unterstützung in Bezug auf das, was Frau von der Leyen in der Europäischen Kommission tut. Wir werden synthetische Kraftstoffe in Reinform an öffentlichen Tankstellen in Deutschland zulassen.

(Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Wissen das Ihre Koalitionspartner schon?)

Wir werden also dafür sorgen, dass das möglich ist. Wir werden Rohstoffpartnerschaften abschließen. Aber wir können es nicht dulden und wollen es nicht zulassen, dass nach wie vor einige in der Kommission, auch die Kommissionspräsidentin, das Ziel haben, den Verbren- (C) nungsmotor zu verbieten. Das wäre das falsche Signal. Wir brauchen alle Technologien, insbesondere um Klimaneutralität zu erreichen,

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

und da erwarte ich Ihre Unterstützung, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU.

(Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Das müssen Sie Ihrem Koalitionspartner erzählen! – Friedrich Merz [CDU/CSU], auf SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zeigend: Mit wem reden Sie hier eigentlich? Gucken Sie doch mal, was da drüben los ist! – Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Es ist nicht der Oppositionsführer, der hier redet!)

An der Stelle hat der Bundesfinanzminister eine ganz wichtige Ankündigung gemacht. Er hat gesagt: Klimaneutralität und Technologieoffenheit müssen sich auch im Steuerrecht widerspiegeln. - Wir haben das in der Koalition bereits politisch beschlossen, und wir werden jetzt dazu in die Gesetzgebung gehen. Wir werden, unabhängig davon, wo der Kraftstoff herkommt, ausschließlich darauf achten, dass er klimaneutral ist. Deswegen ist es vollkommen richtig, die Elektromobilität, die genauso einen Platz hat wie andere Technologien, genauso zu behandeln, wie wir in Zukunft beispielsweise den Antrieb mit synthetischen Kraftstoffen steuerlich behandeln werden, Stichwort: "Kfz-Steuer" usw. usf. Das ist das, was wir in Deutschland für Technologieoffenheit tun können, insbesondere auch im Sinne einer Energiepolitik, die diesen Standort stärkt. Diese Dinge gehören zusammen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD – Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Weiß der Bundeskanzler auch davon?)

Ich will auf etwas anderes zu sprechen kommen. Natürlich geht es auch um die Frage, wie wir unseren Wirtschaftsstandort neben den steuerlichen, den ordnungspolitischen Rahmenbedingungen stärken, was den Arbeitsmarkt betrifft. Es ist vollkommen richtig, dass ein Sozialstaat selbstverständlich die Schwachen und die Ärmeren, die es schwer haben, gerade am Beginn ihres Lebens im Blick hat. Deswegen werden wir die Kindergrundsicherung auf den Weg bringen mit dem klaren Fokus, dass familienpolitische Leistungen einfacher zugänglich werden. Richtig ist gleichzeitig, dass die Erwerbstätigkeit der Eltern die zentrale Herausforderung ist, um Kinderarmut zu bekämpfen, und an dieser Stelle werden wir einiges tun. Ich bin dankbar, dass auch der Bundesarbeitsminister beispielsweise gesagt hat, dass wir in diesem Zusammenhang, Herr Merz, natürlich über das Thema Arbeitsanreize sprechen werden.

Aber ich will nicht unerwähnt lassen, was diese Regierungskoalition bereits durch den Deutschen Bundestag gebracht hat. Denn es ist ja richtig: Es muss sich lohnen, ranzuklotzen. Es muss sich beispielsweise für einen jungen Menschen lohnen, eine Ausbildung anzufangen. Und richtig ist doch, Herr Merz, dass zu Ihrer Regierungszeit ein junger Mensch aus einer Familie, die

(A) es schwer hat, weil sie damals beispielsweise im Hartz-IV-Bezug war, der eine Ausbildung gestartet hat, von seiner Ausbildungsvergütung gerade mal 300 Euro behalten durfte. Diese Regierungskoalition hat zu Recht entschieden, dass es sich endlich lohnt, eine Ausbildung anzufangen. Dieser junge Mensch kann jetzt 700 Euro behalten.

> (Beifall bei der FDP und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das ist soziale Gerechtigkeit in Verbindung mit Arbeitsanreizen. Deswegen verstehe ich nicht, warum Sie als Union dort so gegen Arbeitsanreize polemisieren.

(Stephan Brandner [AfD]: Jetzt schreien Sie doch nicht so rum, Herr Dürr!)

Ich will einen weiteren Punkt ansprechen, und der betrifft die Bildungschancen junger Menschen. Es ist doch vollkommen richtig, dass gerade junge Menschen, die es schwerer im Leben haben, am Start ihres Lebens die besten Ausgangsbedingungen brauchen. Und deswegen ist das Startchancen-Programm der Bundesforschungsund -bildungsministerin Bettina Stark-Watzinger so richtig. In Nordrhein-Westfalen – übrigens mit einer Koalition aus Union und FDP – haben wir das mit den Talentschulen sehr erfolgreich umgesetzt. Wir sollten das bundesweit machen. Wir sollten endlich bundesweit mit diesem Startchancen-Programm durchstarten. Im Sinne der Zusammenarbeit, die der Bundeskanzler in seiner Rede markiert hat, ist meine herzliche Bitte, dass Sie da auch auf Ihre Länderkollegen zugehen.

Ich sage es mal in der Deutlichkeit, weil es mich ärgert: Dieses Mimimi der Landeskultusminister und mancher Ministerpräsidenten, das regt mich langsam auf!

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Bildung ist eine nationale Anstrengung. Wir leisten unseren Beitrag. Ich erwarte von den Ländern, auch von den von Ihnen regierten, dass sie endlich mitmachen beim Startchancen-Programm, dass sie mitmachen bei der Digitalisierung der Schulen, dass sie dabei mitmachen, dass Menschen mehr Chancen haben und besser im Arbeitsmarkt unterwegs sind, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Zum Schluss: Wir müssen natürlich in die Zukunft denken, auch was den Haushalt betrifft. Der Bundesfinanzminister hat gestern zu Recht gesagt, dass es an der Stelle darum geht, Eisberge frühzeitig zu erkennen und richtigerweise zu umschiffen. Der Bundeshaushalt hat nach wie vor eine große Herausforderung bei den demografischen Lasten und wird sie auch in Zukunft haben. Das ist nicht die Schuld der älteren Generationen, sondern es ist die Verantwortung der Parteien, übrigens auch meiner Partei, in Regierungsverantwortung in früheren Legislaturperioden, zu wenig Vorsorge getroffen zu haben.

Aber in dem Zusammenhang fand ich es schon spannend, verehrter Herr Merz, als ich die Zeitung aufschlug und in Bezug auf die gesetzliche Aktienrente, also das Generationenkapital als Vorschlag des Finanzministers, las, das seien Hedgefonds-Methoden.

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Ja, klar! Mit Schulden finanziert!)

Denn meine Intuition war: Hat sich da ein Koalitionspartner irgendwie kritisch geäußert? Nein, das war nicht so, und dann war mir klar: Es muss von der Linkspartei kommen.

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Ja, wenn Sie es mit Schulden finanzieren, ist es genau so!)

Also: Hedgefonds-Methoden, wenn es darum geht, die gesetzliche Rentenversicherung endlich zukunftsfit zu machen. Hedgefonds-Methoden! Wissen Sie, wer von Hedgefonds-Methoden gesprochen hat, wenn wir über das Generationenkapital sprechen, also die zentrale demografische Herausforderung, die Frage, ob Menschen in Zukunft in Würde altern können und die Beitragslasten nicht steigen? Von Hedgefonds-Methoden sprach der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU!

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Stephan Thomae [FDP]: Nein! Das kann doch nicht sein!)

Wie weit links sind Sie denn gerückt an dieser Stelle? Es ist unglaublich! Ich kann es nicht fassen!

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Da hat er ausnahmsweise recht!) (D)

– Ja, die Linkspartei gibt Ihnen recht.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Abschluss: Meine herzliche Bitte ist, dass wir diese Herausforderungen bei der Bürokratie, bei der Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes und auch bei der Bildung gemeinsam anfassen. Wir haben erste Schritte getan bei der Entlastung der Mitte, beispielsweise durch das Inflationsausgleichsgesetz. Wir halten die Schuldenbremse richtigerweise ein. Das werden wir auch in den kommenden Jahren tun. Auch da meine herzliche Bitte an die CDU/CSU: Hören Sie auf, in einem Land, das die höchsten Steuern hat, über Steuererhöhungen zu reden, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage das deshalb in der Deutlichkeit, weil Sie ja selbst mittlerweile gegen vermeintlich Reichere polemisieren. Der Spitzensteuersatz in Deutschland ist bei der Einkommensteuer in aller Regel die Unternehmensteuer für kleine Unternehmen, für Einzelunternehmer und Personengesellschaften. Das sind 2,4 Millionen Menschen, die für Jobs sorgen, die jeden Morgen ranklotzen, die zahlen. Den Spitzensteuersatz ernsthaft auf faktisch 57 Prozent erhöhen zu wollen, ist ein Unding.

(Widerspruch bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(A) Das ist das Gegenteil von Leistungsgerechtigkeit. Wir stehen für Leistungsgerechtigkeit in dieser Regierung.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

## Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Für die Unionsfraktion hat das Wort Alexander Dobrindt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

## **Alexander Dobrindt (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Bundeskanzler! Nach einer aktuellen Umfrage des Allensbach-Instituts glauben nur noch 10 Prozent der Bürger, dass die Ampelpolitik dieses Land voranbringen wird. Sie regieren an den Problemen der Menschen vorbei. Sie regieren an den Herausforderungen dieses Landes vorbei. Sie reden an den Sorgen der Bürger vorbei. Dieses Land braucht Antworten auf Inflationsangst, auf hohe Energiepreise, auf Wohlstandsverlust. Bekommen tut man von Ihnen Cannabis, Selbstbestimmungsgesetz und Expresseinbürgerung. Das ist das Gegenteil von Fortschritt; das ist Abstieg, meine Damen und Herren.

## (Beifall bei der CDU/CSU)

Dabei haben Sie heute von Kaufkraftgewinnen gespro-(B) chen, die bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu verzeichnen wären. Das ifo-Institut bestätigt diese Woche, dass sich der Rückgang der Inflation zäh hinziehen wird und wir noch länger mit dieser Inflation leben müssen. Das heißt, dass sich die Belastungen der Bezieher der mittleren und kleinen Einkommen durch die Inflation weiter aufbauen. Wer zu Beginn Ihrer Wahlperiode, Herr Bundeskanzler, für seinen Wocheneinkauf 100 Euro bezahlt hat, der muss heute dafür 130 Euro ausgeben. Das trifft die Familien, das trifft diejenigen mit mittleren und kleinen Einkommen, das trifft die Rentner. Die Inflation ist die Enteignung der Menschen mit mittleren und kleinen Einkommen. Ob am Monatsende der Kühlschrank voll ist oder leer ist, entscheidet sich genau an dieser Stelle. Und da verweisen Sie darauf, dass es Kaufkraftgewinne gibt. Das ist das Gegenteil von dem, was stattfindet. Tun Sie etwas gegen die Enteignung der Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen, und senken Sie die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel.

## (Beifall bei der CDU/CSU)

Herr Bundeskanzler, Sie haben in Ihrer Rede, bevor Sie uns einen Pakt angeboten haben, erst mal einen Kompromiss aufgekündigt. Sie hatten in Ihrer Rede zur Zeitenwende davon gesprochen, dass die 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr – wir haben einen entsprechenden Kompromiss mit Ihnen geschlossen – zusätzlich zur Verfügung stehen.

(Dr. Silke Launert [CDU/CSU]: Genau!)

Heute haben Sie uns vorgeworfen, wir würden diesen (C) Kompromiss aufkündigen. Ich sage Ihnen, Herr Bundeskanzler: Wir stehen weiterhin zu diesem Kompromiss. Es ist Ihre Ampelregierung, die nicht mehr zu diesem Kompromiss steht.

## (Beifall bei der CDU/CSU)

Möglicherweise haben Sie den Bericht des Bundesrechnungshofs von gestern vor Ihrer Rede noch nicht lesen können. Der bestätigt nämlich genau das. Wörtlich: Es läuft "dem vom Verfassungsgesetzgeber ... verfolgten Zweck zuwider", dass Sie jetzt versuchen, die Verwendung der Mittel zu verändern. Der Bundesrechnungshof hält es für "rechtlich unzulässig", dass Sie jetzt versuchen, die Verwendung zu verändern. Sie kündigen den Kompromiss auf, indem Sie das Geld eben nicht mehr zusätzlich für die großen Beschaffungen verwenden wollen. Sie wollen es im normalen Haushalt verbraten und bringen damit die Bundeswehr um die Ausrüstung.

## (Beifall bei der CDU/CSU)

Herr Bundeskanzler, trotzdem war beachtlich, dass Sie heute von einer nationalen Kraftanstrengung gesprochen haben, dass Sie von einem Deutschlandpakt gesprochen haben, dass Sie von "Kooperation statt Streitereien" gesprochen haben. Ich war mir in dem Moment nicht sicher, an wen sich der Satz, was die Streitereien anbelangt, eigentlich richten sollte,

## (Dorothee Bär [CDU/CSU]: Ich weiß es!)

vermutlich an Ihre eigene Koalition. Der Dauerstreit scheint ja zum Normalzustand geworden zu sein. Aber ich würde sagen: Beenden Sie als Erstes mal die Streitereien in Ihrem eigenen Laden über Energiepreise, über Kernenergie, über Kindergrundsicherung. Dann können wir uns darüber unterhalten, wie man mit uns kooperieren kann.

## (Beifall bei der CDU/CSU)

Nichtsdestotrotz: Ich glaube, dass man in der Lage, in der sich unser Land befindet, dieses Angebot von Ihnen durchaus ernst nehmen sollte. Ich sage Ihnen auch: Wir sind durchaus bereit, mit Ihnen eine Kooperation oder auch einen Pakt einzugehen. Ich halte allerdings auch fest, dass dieses Angebot deutlich zeigt, dass die Gemeinsamkeiten in Ihrer Koalition ganz offensichtlich aufgebraucht sind, und dass Sie uns ein Angebot zur Zusammenarbeit machen, weil Sie in Ihrer eigenen Ampel für zentrale Fragen keine Mehrheit mehr sehen, Herr Bundeskanzler.

## (Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Ihre Koalition in weiten Teilen ausfällt, dann stehen wir selbstverständlich zur Verfügung, um einen Deutschlandpakt zu machen. Dann reden wir aber als Allererstes über eine der aktuell zentralsten Krisen in Deutschland, nämlich über die Flüchtlingskrise.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(B)

#### Alexander Dobrindt

(A) Dann reden wir darüber, wie wir gemeinsam diese Flüchtlingskrise bewältigen können, und dazu haben wir einen klaren Fahrplan. Den können Sie mit uns sofort in der nächsten Sitzungswoche in einen Deutschlandpakt zur Bewältigung dieser Krise hineinschreiben.

Dann lassen Sie uns darüber reden, dass wir die sicheren Herkunftsstaaten endlich gemeinsam vereinbaren:

(Beifall bei der CDU/CSU)

nicht nur Moldau und Georgien, sondern auch die Maghreb-Staaten.

Dann lassen Sie uns doch vereinbaren, dass wir Grenzkontrollen jetzt auch an den Grenzen zu Polen und Tschechien durchführen, wie wir es an der Grenze zu Österreich schon tun. Mehr als die Hälfte aller Flüchtlinge, aller illegalen Einreisen kommen über die polnische Grenze. Lassen Sie uns das vereinbaren. Ihre Innenministerin blockiert das zurzeit.

(Beifall bei der CDU/CSU - Dr. Bernd Baumann [AfD]: Das habt ihr doch 16 Jahre nicht gemacht! Die Union ist der Versager hier, Sie selber!)

Vereinbaren Sie mit uns, dass wir die freiwilligen Aufnahmeprogramme Ihrer Außenministerin sofort stoppen. damit wir damit den Druck auf unsere Kommunen reduzieren können. Wir sind sofort dabei.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vereinbaren Sie mit uns, dass wir mehr Sachleistungen, weniger Geldleistungen zur Verfügung stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Dr. Bernd Baumann [AfD]: Das haben Sie auch nicht gemacht!)

Vereinbaren Sie mit uns, dass wir den Ausreisegewahrsam verlängern, und vereinbaren Sie mit uns, dass es endlich aufhört, dass aus Ihrer Regierung heraus die europäischen Beschlüsse zum Außengrenzverfahren torpediert werden. Dann haben Sie einen Pakt mit uns, Herr Bundeskanzler.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir können das alles gemeinsam besprechen und diskutieren.

## Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Herr Kollege Dobrindt.

## Alexander Dobrindt (CDU/CSU):

Aber wenn Sie einen Pakt anbieten, dann müssen Sie dem auch Taten folgen lassen. Wir erwarten, dass auf uns entsprechend zugegangen wird, um dann in der nächsten Sitzungswoche genau für die Frage der Flüchtlingskrise entsprechende Vereinbarungen zu treffen.

## Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Herr Kollege Dobrindt, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Beatrix von Storch?

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nein! - Zuruf von der CDU/CSU: Ja! - Zuruf

Marie-Agnes Strack-Abg. Dr. Zimmermann [FDP], an die CDU/CSU gewandt: Gewöhnt euch schon mal aneinander! -Gegenruf des Abg. Dr. Mathias Middelberg [CDU/CSU]: Das ist doch eine Unverschämtheit! Unverschämtes Gewäsch!)

## Alexander Dobrindt (CDU/CSU):

Ja. – Lassen Sie diese dümmlichen Zwischenrufe.

#### **Beatrix von Storch** (AfD):

Sehr geehrter Herr Dobrindt, vielen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. - Ich muss die Frage, die sich uns bei allen Reden, die Sie halten, insbesondere mit Blick auf die Flüchtlingspolitik, immer und immer wieder stellt, einmal an Sie richten: Merken Sie eigentlich irgendetwas? Ich meine: Sie fordern Grenzschutz, Sie fordern Abschiebung, Sie fordern Sachleistungen statt Geldleistungen, Sie fordern alles das, was wir in der letzten Legislaturperiode durchgehend von Ihnen gefordert haben, als Sie an der Regierung waren und es hätten umsetzen können. Da haben Sie das alles abgelehnt und das Gegenteil getan. Jetzt sitzen Sie machtlos in der Opposition und machen Wahlkampfgetöse, vor Landtagswahlen immer noch mehr als sonst.

Verstehen Sie, dass die Menschen Ihnen gar nichts mehr glauben, es vollkommen lächerlich ist, wenn die CDU/CSU ankommt und ein hartes Grenzregime fordert, ein hartes Vorgehen gegen illegale Migration fordert, einen konsequenten Grenzschutz fordert, alles das, was Sie hätten machen können, aber nie gemacht haben? Die ganzen Probleme, die dieses Land jetzt hat, sind deswegen in diesem Ausmaß entstanden, weil Sie 2015 die Grenzen nicht geschützt haben.

Ich weiß, Sie hören das ungern; aber es wäre unglaublich glaubwürdig, wenn Sie sich einmal hinstellen würden - und jetzt wäre vielleicht ein guter Moment - und sich vor der Republik für das Versagen Ihrer Regierungszeit, insbesondere seit 2015, entschuldigen würden, -

> (Beifall bei Abgeordneten der AfD – Lachen des Abg. Michael Frieser [CDU/CSU])

#### Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Kommen Sie zum Schluss Ihrer Frage, bitte.

## **Beatrix von Storch** (AfD):

– anstatt zu sagen: Jetzt wollen wir das Gegenteil von all dem, was wir die ganze Zeit gemacht haben, als wir es entscheiden konnten.

## **Alexander Dobrindt** (CDU/CSU):

Frau von Storch, ich habe diese Frage zugelassen, weil ich Ihnen gerne ein Zitat vom früheren Verfassungsrichter Udo Di Fabio vorlesen möchte. Der hat vor Kurzem in einem bemerkenswerten Interview Folgendes gesagt: Die AfD ist ,,nicht konservativ,

(Norbert Kleinwächter [AfD]: Doch!)

auch nicht nationalkonservativ, wenn man ihre geistige Nähe zum Kriegsherrn Putin sieht."

(C)

#### Alexander Dobrindt

(A) (Norbert Kleinwächter [AfD]: Es geht um Ihre Politik!)

Er hat ferner gesagt:

"Aber die radikale Wut bewahrt nicht, sondern zerstört. Die Verbrüderung mit einem Russland, das das nationale Selbstbestimmungsrecht von Völkern missachtet, kann man kaum anders werten als einen Verrat an jedem ehrlichen Patriotismus."

(Norbert Kleinwächter [AfD]: Beantworten Sie die Frage! Es geht um Grenzschutz!)

Nennen Sie sich nicht mehr Patrioten! Das ist meine Botschaft an Sie.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜND-NISSES 90/DIE GRÜNEN – Stephan Brandner [AfD]: Wie kann so eine Pfeife wie Sie Landesgruppenchef sein? Das ist unglaublich! – Weitere Zurufe von der AfD)

Herr Bundesfinanzminister, Sie haben gestern in Ihrer Haushaltsrede Bezug genommen auf die 29 Sonderhaushalte. Sie haben mich dabei direkt angesprochen und gesagt, die seien – zumindest zum Teil – schon aus Zeiten von Theo Waigel.

(Dr. Till Steffen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Manches kommt aus Zeiten von Herrn Scheuer!)

(B) Um den Versuch Ihres Arguments zu komplettieren, möchte ich sagen: Es geht schlichtweg um das Volumen, Herr Bundesfinanzminister. Und da muss man gar nicht bis zu Theo Waigel zurückgehen.

(Dr. Till Steffen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zum Teil auch nur bis zu Herrn Dobrindt!)

Im Jahr 2019, was ja Ihr Referenzjahr ist, war der Anteil des Bundeshaushalts aus den sogenannten Sondervermögen 5 Milliarden Euro. In Ihrem jetzigen Entwurf beträgt der Anteil des Haushalts aus Sondervermögen nahezu 95 Milliarden Euro.

(Otto Fricke [FDP]: Alles von euch beschlossen! Alles von der CDU beschlossen!)

Das ist der Unterschied: 5 Milliarden Euro zu 95 Milliarden Euro. Fast 20 Prozent Ihres Haushalts werden aus Sondervermögen bestritten, und das ist was anderes als solide Haushaltsführung.

(Beifall bei der CDU/CSU – Saskia Esken [SPD]: Haben da schwerwiegende Krisen dieses Land irgendwie erfasst? Oder war da was?)

Was Sie gerade tun, nennen Sie "konsolidieren". Ich nenne das "kaschieren". Wir stellen fest, dass es vom Bundesrechnungshof jetzt einen neuen Begriff gibt. Die "echte Nettokreditaufnahme" wird eingeführt – ganz offensichtlich, weil es auch eine verschleierte Nettokreditaufnahme gibt. Sie reden offiziell von 16,6 Milliarden Euro; die echte Nettokreditaufnahme beträgt laut Rechnungshof 85,7 Milliarden Euro. Das heißt, Herr Bundes-

finanzminister: Wenn Sie 5 Euro Schulden aufnehmen, (C) dann stellen Sie 1 Euro ganz offiziell dar; 4 Euro wollen Sie verheimlichen.

(Otto Fricke [FDP]: Das steht alles im Haushaltsplan!)

Sie haben darauf hingewiesen, dass Sie auch Sondervermögen auflösen. Das ist sehr spannend; denn ein Sondervermögen, das Sie jetzt auflösen, ist das Sondervermögen "Digitale Infrastruktur", gefüllt aus den Erlösen der Vergabe der Mobilfunklizenzen. Daher kommt das Geld, das in diesem Sondervermögen steckt. Bisherige Aufgaben - festgeschrieben -: Breitbandausbau, Mobilfunknetzausbau, DigitalPakt Schule. Dort lagen 4,2 Milliarden Euro. Sie nehmen dieses Geld und geben davon 2,7 Milliarden Euro an das Verkehrsministerium und an das Familienministerium. 1,5 Milliarden Euro aus diesem Sondervermögen stecken Sie in die eigene Tasche. Das steht für die genannten Aufgaben nicht mehr zur Verfügung. Sie müssen das zukünftig mit Schulden finanzieren. Auch das hat der Rechnungshof deutlich ausgedrückt. Das ist das Gegenteil von Fortschritt! Das ist Abstieg, wenn Sie jetzt bei Infrastruktur und Digitalem sparen, Herr Minister.

### (Beifall bei der CDU/CSU)

Herr Bundeskanzler, Sie haben auch von den Fleißigen in diesem Land gesprochen, von den Leistungsträgern. Ich bin Ihnen dafür sehr dankbar. Aber haben Sie die Umfrage zur Kenntnis genommen, die heute veröffentlicht wurde, die besagt, dass 52 Prozent der Menschen den Eindruck haben, dass sich Arbeit in Deutschland nicht mehr lohnt? Die Schlagzeile heißt heute: "Der Fleißige ist der Dumme!" Und, Herr Bundeskanzler, die Verantwortung dafür, dass die Bürger den Eindruck haben, dass der Fleißige der Dumme ist, tragen Sie mit dem Bürgergeld.

(Saskia Esken [SPD]: Fake News aus der "Bild"-Zeitung werden nicht wahr, nur weil man sie vorliest! – Katja Mast [SPD]: Sie haben doch dem Bürgergeld zugestimmt, Herr Dobrindt!)

Sie sprechen davon, dass es Frust ist, der sich in der Bevölkerung anstaut. Sie sind diejenigen, die die Leute frustrieren mit Ihrer Politik und dafür sorgen, dass der Fleißige der Dumme ist.

(Beifall bei der CDU/CSU – Saskia Esken [SPD]: Fake News aus der "Bild"-Zeitung, Herr Dobrindt! – Katja Mast [SPD]: Sie sollten sich schämen! – Gegenruf der Abg. Saskia Esken [SPD]: Ja! – Zuruf des Bundesministers Hubertus Heil)

Als eindrucksvoller Beweis, dass es eine Reihe von Menschen gibt, die das in ähnlicher Art und Weise genau so sehen, will ich Ihnen mal sagen, wie die Kommunalpolitik und übrigens auch Kommunalpolitiker aus der SPD darüber denken.

(Zuruf der Abg. Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

#### Alexander Dobrindt

(A) Der Bürgermeister von Rottenbuch, Markus Bader, SPD, hat sich in dieser Woche in einem Interview gemeldet. Er sagt dort wörtlich: Es ist die Aufgabe der Politik, "Rahmenbedingungen ... zu schaffen – aber nicht zu bevormunden". Recht hat der Mann! Er sagt weiter wörtlich:

"Mir erscheint es manchmal, als wollen besonders linke Teile der SPD eine neue Spielart des Sozialismus einführen, diesmal durch die ökologische Hintertür."

Vielleicht hat er recht; das können Sie beantworten. Wörtlich: "Es ist nicht Aufgabe des Staates, eine Erziehungsanstalt zu sein." Über diesem Interview des SPD-Bürgermeisters lautet die Überschrift: Ich kann die Entwicklung der SPD nicht mehr mittragen. – Dieser Mann ist ausgetreten aus der SPD. Recht hat der Mann!

(Beifall bei der CDU/CSU)

## Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Dem Abgeordneten Brandner erteile ich für seinen beleidigenden Zwischenruf "Herr Dobrindt, Sie sind eine Pfeife" – so ähnlich war es – einen Ordnungsruf.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Der nächste Redner in der Debatte ist für die SPD-Fraktion Dr. Rolf Mützenich.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

## Dr. Rolf Mützenich (SPD):

(B)

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu Recht hat der Bundeskanzler den russischen Überfall auf die Ukraine als Zeitenwende bezeichnet. Nicht allein die Tat und das Ausmaß, sondern auch die Folgen für die internationale Ordnung werden sich tief in die Welt einbrennen. Der Krieg in der Ukraine – davon bin ich fest überzeugt, und wir haben hier im Plenum öfter darüber gesprochen – beschleunigt die Neuordnung der Welt. Deswegen ist diese Feststellung des Bundeskanzlers richtig.

Dennoch glaube ich, dass es gut ist, den Begriff der Zeitenwende – denn er ist zu wertvoll, zu zentral – gleichzeitig auch mit anderen Herausforderungen zu verbinden. Sie gibt es in ganz unterschiedlichen gesellschaftspolitischen, europapolitischen, internationalen Bereichen: bei Klima, Wirtschaft, Digitalisierung, Pandemie und – ich sage es ganz bewusst, weil sich vieles im Leben der Menschen ändert – auch beim öffentlichen und privaten Miteinander. Deswegen sage ich: Ja, wir leben und arbeiten in vielen Zeitenwenden, meine Damen und Herren.

Allein eine Herausforderung wäre für viele Menschen schon eine große Herausforderung, und sie erkennen sie als Belastung. Ich sage frei: Auch hier im Deutschen Bundestag würde wahrscheinlich eine, würden zwei, drei Zeitenwenden für eine gesamte Legislaturperiode reichen. Deswegen ist das Gesamte, dem wir uns stellen müssen, etwas, was verunsichert, auch mich persönlich.

Deswegen verstehe ich, wenn sich die Bürgerinnen und (C) Bürger manchmal ins Private zurückziehen und dort sozusagen ihren Schutzraum identifizieren.

Der Psychologe Stephan Grünewald hat zu Beginn seiner großen Studie Anfang letzten Jahres gesagt, dass die persönliche Zuversicht der Deutschen und das Vertrauen in Politik – aber ich sage auch gleichzeitig: in Wirtschaft und selbst in die Gesellschaft – schwindet. Deswegen wäre es gut, wenn wir ein bisschen bescheidener – vielleicht auch in dieser Debatte – formulieren würden. Meine Damen und Herren, ich stelle mich dieser Skepsis, zumal – auch das sage ich offen – die Spitzen der Koalition in den vergangenen Monaten kein gutes Bild abgegeben haben.

Ja, wir müssen besser werden - handwerklich, kommunikativ. Und ich sage auch sehr deutlich: Die Antworten können unterschiedlich sein; aber am Ende – gerade für diese Koalition – steht ein gemeinsames Ganzes, das auch nur diese politische Verbindung in dieser Legislaturperiode erreichen kann. Deswegen bin ich auch so stolz, dass wir vor zwei Jahren diese Verbindung eingegangen sind. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, miteinander können wir erfolgreich sein; denn nur in dieser Konstellation können die Herausforderungen beantwortet werden. In keiner anderen politischen Konstellation – schauen Sie sich den Deutschen Bundestag an – wäre es möglich, den Umbau der Arbeit und der Wirtschaft zu Klimaneutralität und einen neuen Rechtsrahmen zu schaffen, der sich speist aus Liberalität, aus einem Verantwortungsbewusstsein für das Klima, aber gleichzeitig auch den sozialen Rückhalt zu verankern. Das macht diese Koalition aus. Deswegen sage ich: Auch dafür steht meine Fraktion, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Da hilft eine Hauruckrede, ein Mit-der-Faust-auf-den-Tisch-Schlagen allein nicht weiter. Was genauso weiterhilft, ist – als gute Voraussetzung – eine verlässliche und auch unaufgeregte parlamentarische Arbeit. Ich sage das sehr selbstbewusst: Das Gebäudeenergiegesetz steht für diese verlässliche und unaufgeregte Arbeit,

# (Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

ein Gesetzentwurf, der in mühevoller Kleinarbeit von den Abgeordneten vom Kopf auf die Füße gestellt worden ist. Ich darf das hier auch als selbstbewusster Parlamentarier so sagen: Ich hätte es mir zumindest nicht gewünscht, diesen Gesetzentwurf in dieser Form hier im Deutschen Bundestag zu sehen; aber das kann man sich nicht aussuchen. Aber wir haben es eben geschafft, die Grundlagen zu verändern. Die kommunale Wärmeplanung wird jetzt damit verkoppelt, und beides tritt am 1. Januar 2024 in Kraft. Die Zeiträume sind geändert worden, und gleichzeitig werden die Hilfen ganz konzentriert auf diejenigen hin orientiert, die sie brauchen, weil wir in dieser Koalition, meine Damen und Herren, dafür angetreten

#### Dr. Rolf Mützenich

(A) sind – und deswegen hat auch meine Partei Ja gesagt –, dass Klimaschutz sich alle leisten können müssen, und genau so ist das Gebäudeenergiegesetz auch konzipiert.

> (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Daher sind souveräne und selbstbewusste Parlamente in Europa, in den Ländern, aber eben auch das Parlament im Bund die Architekten und gleichzeitig die Handwerker, die für diese Zeitenwende gut ausgerüstet sind.

Ja, wir dürfen die Herausforderungen – das habe ich gesagt - nicht kleinreden, und ich glaube, die Bürgerinnen und Bürger spüren diesen Druck. Deshalb wissen sie auch um die strukturellen Gründe der Herausforderungen, vor denen Deutschland steht. Natürlich ist die weltweite Konjunktur ein Problem für ein so exportorientiertes Land wie Deutschland. Aber nicht nur für Exportabhängigkeit, sondern auch für Qualität und für den Erfindergeist steht Deutschland. Genau in dieser Richtung müssen wir denken, die Chancen letztlich erkennen. Deswegen sagen wir ja auch: Wir wollen den Arbeitskräftemangel und den Fachkräftemangel gemeinsam angehen und wissen gleichzeitig, dass es neue wirtschaftliche Zentren in der Welt gibt. Es bleibt nicht so, wie es gewesen ist, wie meine Generation es vorgefunden hat. Wir müssen diesen Weg verändern, wir müssen ihn mitgehen. Meine Damen und Herren, das will meine Fraktion, und ich bin der festen Überzeugung: auch diese Koalition.

## (B) (Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Deswegen sage ich auch: Wenn wir auf die Realitäten ganz genau schauen und ein bisschen bescheidener formulieren, dann akzeptiere ich, dass auch uns Versäumnisse aus der Vergangenheit vorgeworfen werden. Aber ich will jetzt einfach mal sagen: Das betrifft dann auch alle. Natürlich gebe ich zu, dass wir manchmal nicht die Kraft gehabt haben, für das Mehrheiten zu schaffen, was so dringend notwendig gewesen wäre. Ich war damals selbst im Kanzleramt, Herr Merz, als wir über Klimapolitik gesprochen haben. Morgens früh um fünf Uhr haben wir darum gerungen, endlich auch bei den Windrädern, bei der erneuerbaren Energie Wege zu finden. Da ist nicht nur in dieser Koalition blockiert worden; wir hatten auch keine Unterstützung aus den Bundesländern gehabt. Deswegen sage ich: Alles das, was dem Einzelnen hier vorgeworfen wird, betrifft das Ganze. Daher ist es gut, dass diese Koalition endlich diesen Wandel, endlich diese Wende macht. Deshalb sage ich sehr deutlich: Selbstbewusste Parlamente und meine Fraktion werden daran mitwirken.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Wir haben etwas erreicht in den zwei Jahren. Die Halbzeitbilanz ist gut. Wir haben wichtige Etappen zurückgelegt, bleibende Veränderungen, soziale Rechte geschaffen, insbesondere für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und deren Familien.

Ich nenne das Wohngeld – nicht nur ist es erhöht worden, sondern es ist auch ausgeweitet worden – und das Bürgergeld. Herr Kollege Merz, jeder Fünfte ist deswegen auf das Bürgergeld angewiesen, weil er zu wenig Einkommen hat – darum geht es in diesem Land –, weil zu gering bezahlt wird.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Und Sie haben dem Bürgergeld zugestimmt, aber dem Mindestlohn nicht! Da dreht sich etwas um. Ich finde, das ist verantwortungsvoll, wenn wir so handeln.

Ich nenne auch das Kindergeld. Da hat offensichtlich niemand zugehört – bis in die Kreise derer, die sich in den letzten Wochen und Monaten abgemüht haben. Das haben wir mit 7 Milliarden Euro angepasst. 250 Euro für jedes Kind ab dem ersten Kind, und dann gibt es noch den Kinderzuschlag.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Da kommt aber bei den Bürgergeldkindern nichts von an!)

Das ist etwas, um das Plateau für die Kindergrundsicherung zu finden. Das hat das Parlament gemacht, der Haushaltsgesetzgeber, und das war richtig, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Energiesicherheit, Digitalisierung, Arbeits- und Fach- kräfte, aber eben auch: die Tarifautonomie stärken. Es geht um Mitbestimmung in den nächsten Monaten, wenn wir hier im Deutschen Bundestag darüber debattieren: Was ist mit dem Betriebsverfassungsgesetz? Mitbestimmung ist eine wichtige Verbindung in einem Staat, der sich Sozialstaat nennt. Das kostet nichts, sondern das gibt etwas; das gibt nämlich Sicherheit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, und es gibt Sicherheit den Unternehmen, weil sie wissen: Alle, die dort in dem Unternehmen sind, arbeiten Hand in Hand. Genau das ist das, was Deutschland als Sozialmodell anbietet.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Deswegen, Herr Bundeskanzler, kann ich für meine Fraktion sagen, dass wir an diesem Deutschlandpakt mitwirken werden. Wenn Herr Dobrindt für die gesamte Fraktion gesprochen hat, dann nehme ich das gerne auf, dass Sie, Kollege Dobrindt, daran mitwirken wollen. Wir haben es ja nicht nur in Richtung von Ihnen als Fraktion gesagt, sondern weil wir auch die Bundesländer brauchen, weil wir doch auch die Kommunen brauchen. Darum geht es. Deshalb sage ich: Ja, das Angebot des Bundeskanzlers für den Deutschlandpakt ist richtig. Lasst ihn uns anpacken! Ich glaube, das ist ein guter Schritt in den kommenden zwei Jahren dieser Legislaturperiode.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

#### Dr. Rolf Mützenich

Wenn ich gleichzeitig von konjunkturellen Schwäche-(A) phasen spreche, Herr Finanzminister und an die ganze Bundesregierung gerichtet, so muss ich bekennen, dass Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen in unserer 160-jährigen Geschichte fest der Auffassung gewesen sind, dass eine antizyklische Wirtschafts- und Finanzpolitik, aber gleichzeitig auch eine faire Lastenteilung von Einkommen und Vermögen in dieser Gesellschaft zusammengehören. Ich akzeptiere, dass es unterschiedliche Meinungen gibt. Aber ich will Ihnen sagen: Die Beispiele dafür in der Welt treffen eben zu, dass genau die Staaten, die beides verknüpfen, antizyklische Wirtschafts- und Finanzpolitik auf der einen Seite und die Schaffung von Gerechtigkeit in der Gesellschaft auf der anderen Seite, zurzeit einen Standortvorteil haben, und genau diesen Weg wollen wir gehen.

> (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie des Abg. Christian Dürr [FDP])

Manche überrascht es ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass genau die USA, die Biden-Regierung das tut. Wir reden hier immer über den Inflation Reduction Act; aber darum geht es überhaupt nicht nur. Da geht es auch um soziale Gerechtigkeit, geschaffen durch eine demokratische Regierung in ihrem Land, wenn sie auf Gesundheitspolitik achtet, wenn sie auf die ärmeren Menschen achtet. Genau diese Verknüpfung anzubieten, ist, glaube ich, gut; das muss ich selbstbewusst für uns sagen. Ich akzeptiere auch andere Meinungen. Das ist doch unsere Stärke in dieser Regierung: dass wir beides miteinander verknüpfen können. Genauso wollen wir in den nächsten Wochen, meine Damen und Herren, auch den Haushalt gestalten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich glaube, es ist richtig, dass wir ein Wachstumschancengesetz auf den Weg bringen. Lassen Sie uns, Herr Finanzminister, gemeinsam überlegen, wie die Hinweise – ich nenne es jetzt mal positiv "Hinweise" – von den Ländern möglicherweise aus einem guten einen besseren Gesetzentwurf machen, wenn wir insbesondere über Innovationsförderung reden, die Frage der Belastung der Kommunen aufgreifen – darauf sollten wir uns auch noch mal hinbewegen –, aber gleichzeitig eine aktive Wirtschaftspolitik betreiben, die den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und ihren Familien guttut.

Deswegen sage ich Folgendes sehr deutlich für meine Fraktion. In der letzten Zeit hat es sich in Deutschland festgesetzt, und manchmal – das darf ich so sagen – finde ich es eine deutsche mediale Krankheit, dass wir nur in Extremen diskutieren, dass wir uns plötzlich so schlechtreden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Die Lichter und die Heizungen sind im letzten Jahr nicht ausgegangen. Salzgitter baut das erste Stahlwerk mit grünem Stahl; thyssenkrupp kommt hinterher. (Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Neue Batteriefirmen werden in Deutschland angesiedelt.

Meine Damen und Herren, ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren: Diese gesamte Diskussion, ob wissentlich und willentlich oder einfach nur, indem man nicht genau hinschaut, bereitet wieder einer Debatte, die ich aus Deutschland kenne, Vorschub, nämlich den Sozialstaat zum Sündenbock zu machen. Da sage ich ganz klar: Hier sagen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Nein.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Auch wir haben eine Schmerzgrenze, meine Damen und Herren.

Ich glaube, es ist gut, gemeinsam zusammenzuwirken für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für die Familien, für dieses Land. Deswegen sage ich sehr deutlich: Es lohnt sich, in den nächsten Wochen miteinander über vieles noch zu reden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

## Vizepräsidentin Petra Pau:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, bevor wir in der Debatte fortfahren, komme ich zurück auf die gestrige Beratung zu Einzelplan 17. Der Abgeordnete Bollmann hat zu Beginn seiner Rede die entsprechend der parlamentarischen Gepflogenheit ordnungsgemäße Anrede der Sitzungsleitung instrumentalisiert, um seine politische Auffassung gegen das geplante Selbstbestimmungsgesetz darzulegen. Durch dieses Verhalten hat er die mit der Anrede bezweckte Respektbekundung gegenüber der Sitzungsleitung ad absurdum geführt. Ich rüge diesen Teil seiner Rede ausdrücklich als unparlamentarisch.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP und der LINKEN)

Die geschmacklose Kommentierung seiner Worte in Form eines Zwischenrufs durch seinen Parlamentarischen Geschäftsführer Brandner weise ich hiermit zugleich auf das Schärfste zurück.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP und der LINKEN)

Wir fahren nun fort in der Debatte zum Einzelplan 04, Bundeskanzler und Bundeskanzleramt. Das Wort hat die Abgeordnete Gerrit Huy für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

## Gerrit Huy (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kollegen! Liebe Besucher! Als der Finanzminister gestern den Haushalt 2024 dem Parlament vorgelegt hat, sagte er, dass wir D)

(C)

#### **Gerrit Huy**

(A) wieder wachsen müssen, um weiter führend in der sozialen Absicherung zu sein. Von welchem Land spricht der Minister? Tatsächlich befindet sich unsere soziale Absicherung schon seit Längerem im Sinkflug. Das gilt besonders für die Rente. Arbeitsminister Heil brüstet sich zwar damit, dass er das deutsche Rentenniveau mit einem neuen Gesetz festschreiben will, nämlich bei 48 Prozent, der EU-Durchschnitt für das Rentenniveau liegt aber um 40 Prozent höher.

Die Dramatik zeigt sich im Vergleich mit Österreich. Ein Rentner bekommt dort nach 45 Arbeitsjahren durchschnittlich 2 600 Euro. Das sind fast 1 100 Euro mehr, als ein vergleichbarer deutscher Rentner bekommt.

(Zuruf des Abg. Otto Fricke [FDP])

Auch Belgier, Dänen, Finnen, Isländer, Franzosen, Italiener usw. bekommen deutlich mehr Rente aufs Konto bei gleicher Arbeitsleistung. Dort kann man noch vernünftig von der Rente leben. Nicht so in Deutschland, wo mehr als 40 Prozent der Rentner nur ihre kleine Rente als Alterseinkommen haben.

(Beifall bei der AfD)

Wo bleibt da der Respekt, meine Damen und Herren von der Regierungsbank? Der Respekt für die eigenen Bürger, die unseren Wohlstand erarbeitet haben, den Sie gerade zerstören. Auch der Respekt vielleicht für die Bürger oder die Rentner mit fremdem Pass. Auch deren Renten sind verdammt niedrig. Sie liegen weit unter der Grundsicherung und müssen mit Steuergeld aufgefüllt werden. Also, die Annahme, dass die Einwanderer mal (B) unsere Renten zahlen, ist schlicht verwegen.

(Beifall bei der AfD)

Sie verdienen ja nicht mal ihre eigenen.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Bernd Baumann [AfD])

Ich gebe Ihnen aber einen Tipp, wie Sie die Renten zumindest ein wenig aufbessern können, nämlich indem Sie endlich die versicherungsfremden Leistungen komplett aus der Steuerkasse zahlen.

(Beifall bei der AfD)

Wenn Sie das umsetzen, hat jeder Rentner im Jahr fast 1 800 Euro mehr. Das wäre doch endlich mal ein vernünftiger Inflationsausgleich.

(Beifall bei der AfD)

Sie könnten sich damit ein bisschen beliebt machen; das hätten Sie dringend nötig.

(Dr. Wiebke Esdar [SPD]: Milchmädchenrechnung!)

Noch ein kleiner Hinweis. Die Rente ist bis auf die eben genannten versicherungsfremden Leistungen keine Sozialleistung von Staates Gnaden. Sie ist eine Versicherungsleistung, für die die Bürger hart gearbeitet haben.

(Beifall bei der AfD)

Sie hat sich im Übrigen auch gut verzinst mit 3 Prozent in den letzten Jahren – deutlich besser als in der privaten Rentenversicherung –, weshalb sogar viele Beamte freiwillig in die Rentenversicherung einzahlen trotz ihrer (C) eigenen hohen Pensionserwartungen. Es ist also ein gutes System; es wird nur schlecht gefüllt.

(Beifall bei der AfD)

In einem Bereich ist Deutschland tatsächlich führend, nämlich in der Absicherung von illegalen Migranten. Die meisten von ihnen landen sehr schnell im Bürgergeld, das sich spätestens seit dem Ukrainekrieg zu einem echten Einwanderungsmagneten entwickelt hat. Es wurde erst letzten Januar um 12 Prozent erhöht, und im nächsten Jahr wird es wieder um 12 Prozent erhöht.

Die meisten Bürgergeldempfänger arbeiten nicht. Viele von ihnen haben tatsächlich noch nie gearbeitet. Trotzdem werden ihre Einkommen innerhalb von 13 Monaten um 25 Prozent erhöht. Da ist es doch kein Wunder, dass es zwar immer noch mehrere Arbeitslose auf eine freie Stelle gibt, dass sie aber trotzdem nicht besetzt werden kann.

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Richtig!)

nicht mal einfache Helferjobs. Also auch hier rate ich Ihnen dringend, mal den Fehler zu suchen.

(Beifall bei der AfD)

Wir haben ihn gesucht und mit der aktivierenden Grundsicherung beantwortet, die klarstellt, dass Arbeitsfähige einen Job auch annehmen müssen und dass Einwanderer Leistungen nur noch über eine Debitkarte beziehen können, was das Bürgergeld weniger attraktiv macht. Es gibt dadurch keine Auslandsüberweisung mehr. Das ist aus unserer Sicht auch dringend notwendig, damit unsere Sozialsysteme sicher bleiben.

Die Rente ist übrigens in dem gleichen Zeitraum, in dem das Bürgergeld um 25 Prozent erhöht worden ist, gerade mal um den halben Prozentsatz erhöht worden. Auch das zeugt nicht gerade von Respekt für unsere Rentner.

Wir aber haben uns die Mühe gemacht und den Fehler in Ihrer Rentenpolitik gesucht, und wir haben ihn auch gefunden. Deswegen können Sie sicher sein, dass wir auch in der Rentenpolitik eine echte Alternative bieten werden.

(Beifall bei der AfD)

## Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat die Staatsministerin beim Bundeskanzler, Claudia Roth.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Claudia Roth, Staatsministerin beim Bundeskanzler: Liebe Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Kreativität, Fortschritt, Freiheit, Offenheit, Menschlichkeit – all das ist Kultur, ist die Grundlage unseres Zusammenlebens. Als ich an dieser Stelle meine erste Haushaltsrede als Staatsministerin für Kultur und Medien hielt, war der Krieg gegen die Ukraine einen Monat alt. In der Zwischenzeit sind 560 Tage und Nächte brutalen Tötens und systematischen Zerstörens vergangen. Eineinhalb Jahre Krieg gegen die Ukraine, Krieg gegen

#### Staatsministerin Claudia Roth beim Bundeskanzler

(A) eine offene und demokratische Gesellschaft, Krieg gegen ihre Kultur. Aber wir sind nicht machtlos. Wir sind nicht schwach. Unsere Stärke hat Namen: Freiheit und Solidarität

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Es ist das Privileg von Demokratinnen und Demokraten, anderen im Kampf um Freiheit und Selbstbestimmung zur Seite zu stehen, und genau das tun wir.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Als Kulturstaatsministerin kämpfe ich für die Kultur und ebenso für die Kultur der Demokratie, heute mehr denn je. Denn es geht um die Freiheit der Kunst, um die Freiheit der Kreativität.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Aber ohne Antisemitismus!)

Eine offene Gesellschaft lebt von Kreativität, lebt von widerstreitenden Ideen, und dafür brauchen wir die Vielfalt der ganzen Gesellschaft,

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Aber keinen Antisemitismus!)

brauchen wir Diversität,

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

brauchen wir Respekt

(B)

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Keinen Antisemitismus!)

und Wertschätzung füreinander. Eine solche Kulturpolitik wird auch Widerspruch aushalten können und aushalten müssen.

Unbedingt dazu gehört Teilhabe. Teilzuhaben an kulturellen, an gesellschaftlichen, an politischen Entwicklungen und Entscheidungen – das ist die demokratische Kulturpolitik, für die wir stehen. Teilhabe bedeutet: Barrieren niederreißen und rein ins Leben. Das wollen wir gerade für die junge Generation. Wer ins eigenständige Leben startet, will sich umtun, will ausprobieren, will kennenlernen. Das will der KulturPass allen ermöglichen, die in diesem Jahr 18 Jahre alt werden. Und er ist jetzt schon ein Erfolg.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Es haben sich viele Tausende Nutzer und Nutzerinnen registriert. Diesen Erfolg wollen wir gemeinsam fortsetzen, und dafür werbe ich bei Ihnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ja, die Rahmenbedingungen sind schwierig, gerade auch für die Kultur. Doch wir als Bundesregierung haben unter widrigen Bedingungen viel für die Kultur erreicht; auch dafür geht mein Dank an den Finanzminister. Wir haben gelernt und gehandelt. Eine Lehre aus der Coronazeit war, das hervorragende zivilgesellschaftliche Enga-

gement gerade der freien Kulturszene zu stützen. Deswegen haben wir die Förderung der Bundeskulturfonds auf fast 34 Millionen Euro heraufgesetzt.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir sorgen für Kontinuität und Stabilität bei unseren Einrichtungen; denn gerade in Zeiten der Unsicherheit sind öffentliche Kulturinstitutionen Orte der Begegnung, Orte der Vergewisserung, Orte des Austauschs und der Vielfalt – geschützte Räume. Sie sollen Leuchtürme sein, die den Weg in eine gute Gesellschaft weisen. Neben vielen anderen Einrichtungen wird die Stiftung Preußischer Kulturbesitz mit zusätzlich 4 Millionen Euro für den Betriebshaushalt in ihrem wichtigen und notwendigen Reformprozess begleitet und gefördert. Wir stärken die Deutsche Welle in ihrem Kampf gegen Desinformation und Propaganda mit zusätzlichen 10 Millionen Euro, und wir stellen sicher, dass die Kulturstiftung des Bundes der wichtige kreative Anker in unserem Land bleibt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Kultur ist auch Erinnerung. Ohne Erinnerung gibt es keine Kultur, sagt uns Elie Wiesel. Ohne sie gibt es keine Zivilisation, keine Gesellschaft und keine Zukunft. Deswegen bauen wir die Förderung der unverzichtbaren Arbeit der Gedenkstätten aus. Wie unverzichtbar sie ist, wird gerade in diesen Tagen deutlich. Es geht darum, Verantwortung zu erkennen, Verantwortung anzunehmen. Es geht nicht um Abbitte und Absolution.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Nur wer auch in die Abgründe der eigenen Geschichte blickt, wird die Herausforderungen der Gegenwart erkennen. Das sage ich mit Blick auf die aktuelle Debatte um die Reform der Beratenden Kommission, der sogenannten Limbach-Kommission. Hier wollen wir deutlich weiter gehen, als die Vorgängerregierungen das getan haben; denn es geht um faire und gerechte Lösungen vor dem Hintergrund des Menschheitsverbrechens der Shoah.

Zur Erinnerungskultur, für die wir uns unvermindert intensiv einsetzen – und das ist ein echtes Herzensanliegen von mir –, gehört selbstverständlich auch die Auseinandersetzung mit dem SED-Unrecht. Und wir widmen uns verstärkt unserer kolonialen Vergangenheit und den blinden Flecken in unserem kollektiven Gedenken daran.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Aber erinnern müssen und wollen wir auch an die rassistischen Mordtaten der jüngeren Vergangenheit und Gegenwart. Vom Brandanschlag auf ein jüdisches Altenheim in München 1970 über Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln, Solingen, den NSU, die Anschläge von Halle und Hanau bis zum Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke zieht sich die Spur des rechtsextremen, rassistischen Terrors durch Deutschland. Wir könnten nicht von Erinnerungskultur sprechen, würden wir diese Taten, würden wir diese Opfer verschweigen.

#### Staatsministerin Claudia Roth beim Bundeskanzler

(A) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Das ist moderne Erinnerungskultur in einer Einwanderungsgesellschaft, aus der eine bessere gemeinsame Zukunft wachsen kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine der größten Herausforderungen, vor der wir weltweit stehen, ist die Klimakrise; wir sehen die dramatischen Ereignisse in Griechenland in den letzten Stunden. Die Klimakrise wird mehr und mehr zur Überlebensfrage dieses Jahrhunderts. Es geht uns daher darum, auch in der Kulturpolitik die Rahmenbedingungen für eine Kultur der Nachhaltigkeit, für eine Ästhetik der Nachhaltigkeit zu schaffen. Denn die Klimakrise geht uns alle an, und ich bin sehr froh und es ist sehr gut, dass die Anlaufstelle Green Culture jetzt ihre Arbeit aufnimmt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

In einer Zeit, die geprägt ist von Krisen, von Konflikten, von Krieg braucht es Kunst und Kultur mehr denn je. Kunst und Kultur sind kein Luxus, den man sich nur in guten Zeiten leisten kann. Sie sind die Stimme, sie sind der Sound unserer Demokratie. Deswegen bitte ich Sie um Unterstützung für unseren Haushaltsentwurf.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

#### Vizepräsidentin Petra Pau:

(B) Das Wort hat der Kollege Thomas Hacker für die FDP-Fraktion

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

### Thomas Hacker (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Manchmal hat man den Eindruck: Wir leben in einer Gesellschaft, die auseinanderzufallen droht, in der Einzelne glauben, nur laut genug schreien zu müssen, um Recht zu bekommen. Eine Gesellschaft, in der uns Ausgrenzung, Diffamierung, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus leider täglich begegnen. Eine demokratische Gesellschaft, die immer intensiver um ihre Zukunft ringt und doch eigentlich nur ihren inneren Zusammenhalt sucht. Das Zaubermittel dafür, das Zaubermittel, um diesen Zusammenhalt zu stärken, finden wir überall dort. wo Menschen zusammenkommen, miteinander neue Lebenswirklichkeiten entdecken, dort, wo sie sich kreativ entfalten können und wir als Gesellschaft im Ganzen zum Nachdenken und Miterleben eingeladen werden. Es ist die Kultur, die uns Menschen zusammenbringt. Zu Recht können und wollen wir nie auf sie verzichten.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Daher ist es unsere politische Verantwortung, die notwendigen Mittel bereitzustellen, um das Fundament unserer Gesellschaft zu stützen und zu festigen, gerade in Zeiten großer Polarisierung. Die Ampelkoalition ist aus tiefer Überzeugung mit ihrem ehrlichen Bekenntnis zu Kultur und Medien angetreten. Wir wollen Kultur für alle und mit allen ermöglichen. Klar ist aber auch: Gesellschaftlicher Aufbruch und neue Debattenräume erschaffen sich nicht aus gutem Willen allein. Sie brauchen eine richtige, auch eine finanzielle Basis.

Wir Freie Demokraten legen Wert auf eine zielgerichtete Förderung, die die nachhaltige Stärkung von kultureller und medialer Vielfalt voranbringt. Zu Recht weist ja sogar der Deutsche Kulturrat darauf hin:

"Eines fehlt im Kulturbereich immer: Geld. Es gibt stets mehr künstlerische Ideen und Vorhaben als Mittel, um diese realisieren zu können."

Nach einer Zeit vieler krisenbedingter Sonderprogramme, die fast alle sicher auch ihre Berechtigung hatten, müssen wir aber in den haushaltspolitischen Normalzustand zurückkehren. Es ist richtig: Der Staat muss mit dem Geld auskommen, das zur Verfügung steht. Gleiches gilt für uns Bürgerinnen und Bürger. Stabilität ist nie eine Selbstverständlichkeit. Und doch schafft der vorgelegte Haushalt für Kultur und Medien in einer volkswirtschaftlich äußerst anspruchsvollen Zeit einen Mittelaufwuchs gegenüber der bisherigen Finanzplanung – ein gutes Signal. Dafür bin ich Finanzminister Christian Lindner und Kulturstaatsministerin Claudia Roth sehr dankbar.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die kulturpolitischen Schwerpunkte sind dabei wohlüberlegt. Die Kreativwirtschaft ist nicht nur hierzulande zu einem riesigen, zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor herangewachsen, und sie wird doch noch oft unterschätzt. Wir werden Start-ups und Künstlerinnen und Künstler dabei unterstützen, innovative Ideen zu entwickeln und erfolgreich umzusetzen. Neue, gezielte Förderprogramme erleichtern den Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten. "Made in Germany" als internationaler Maßstab für höchste Qualität gilt nicht nur für Maschinen, Präzisionsinstrumente oder Autos, sondern gerade für die Ideen und Produkte aus den Games-Laboren, Ateliers und Co-Working-Spaces dieser Republik.

Unser kulturelles Erbe ist ein kostbares Gut, das bewahrt werden muss. Der Erhalt von Denkmälern, Gedenkstätten, Museen und Archiven ist lebenswichtig, um zukünftigen Generationen einen unverbauten Zugang zu unserer Geschichte und Kultur zu gewährleisten. Und doch gilt es, unserem kulturellen Erbe aller künstlerischen Sparten auch eine digitale Zukunft zu ermöglichen. Digitales Kuratieren, digitale Produktion, digitale Vermittlung und Kommunikation sind nicht nebenbei zu erreichen; sie gehören ins Zentrum unserer Anstrengungen. Nur dann machen wir unsere Kultur zukunftsfit.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Kultur und Medien überschreiten Grenzen und verbinden Menschen weltweit. Deswegen werden wir die Zusammenarbeit mit internationalen Partnern stärken, um

#### Thomas Hacker

(A) den kulturellen Austausch zu f\u00f6rdern und gemeinsame Projekte zu realisieren. Die Deutsche Welle leistet als Auslandsrundfunk hervorragende Arbeit und muss in einer sich ver\u00e4ndernden Welt auf die neuen Realit\u00e4ten reagieren. Hier werden wir eine Debatte \u00fcber das W\u00fcnschenswerte und \u00fcber das M\u00f6gliche f\u00fchren m\u00fcssen. Die St\u00e4rken der Berichterstattung, die Investitionen im Rahmen der Aufgabenplanung bis 2025 und die notwendige technische wie personelle Ausstattung kosten Geld – notwendiges Geld im Interesse unserer gemeinsamen europ\u00e4ischen Werte.

Die widerliche bayerische Hetzblattaffäre und der noch viel beschämendere Umgang der politischen Verantwortungsträger zeigen, wie unerlässlich die erinnerungspolitische Arbeit in unserem Land bleibt. Es gibt in unserem Land immer noch Menschen, die mit Anfang 50 die Tragweite unserer historischen Verantwortung nicht greifen können oder wollen.

## (Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Umso wichtiger ist, dass auch dieser Bundeshaushalt unserer erinnerungspolitischen Verantwortung gerecht wird und ihre Institutionen weiter stärkt. Es bleibt dabei: Nie wieder!

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich einen letzten Punkt hier in dieser Debatte ansprechen. Zunächst freue ich mich, dass im Entwurf dieses Haushalts die Filmförderung stabil bleibt. Es ist absolut zu begrüßen, dass der Bundeskanzler spätestens für das kommende Jahr weitreichende Entscheidungen für die Zukunft der Filmproduktion in Deutschland verspricht und auch auf die Realitäten in europäischen Nachbarländern hinweist. Eine wirksame und erfolgreiche Filmförderung werden wir erst mit einer Förderung erreichen, die auf Steueranreizen basiert. Die vor der Sommerpause vorgestellten Eckpunkte unterstützen wir. Sie sollten wir schnellstmöglich umsetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Herausforderungen, denen unser Land entgegensieht, erfordern haushaltspolitische Vernunft genauso wie starke kulturpolitische Schwerpunkte. Eins aber erfordern sie vor allem: die Rückbesinnung auf die Vorteile, auf die Kraft einer Gesellschaft, die zusammenhält, die Vertrauen in sich selbst hat und die mit Mut und Optimismus in die Zukunft geht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

#### Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Thorsten Frei für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

#### Thorsten Frei (CDU/CSU):

ollegen! (C)

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Deutschland hat es mal wieder auf die Titelseite des "Economist" geschafft,

(Zurufe von der SPD: Oh!)

der in diesen Tagen gefragt hat, ob Deutschland abermals der kranke Mann Europas ist. Interessant ist das vor allen Dingen deshalb, weil der "Economist" auch eine Analyse der großen ökonomischen Herausforderungen unseres Landes macht. Ich will mal drei Punkte herausgreifen, die aus meiner Sicht hier zentral sind.

Erstens. Wir müssen feststellen, dass Deutschland in der Rezession steckt. Das ist ein toxischer Cocktail von unterschiedlichen Faktoren, die am Ende den industriellen Kern unseres Landes schmelzen lassen. Das müssen wir erkennen, wenn wir uns die nackten Fakten anschauen und sehen, wie Kapital flieht, wie Arbeitslosigkeit steigt und wie industrielle Produktion in unserem Land zurückgeht.

Ich will nicht den Teufel an die Wand malen, aber es hat mich schon irritiert, dass heute Morgen, während der Regierungserklärung des Bundeskanzlers, beispielsweise das Institut für Weltwirtschaft in Kiel die Wachstumsprognose für das laufende Jahr von minus 0,3 auf minus 0,5 reduziert hat. Das dokumentiert einfach, dass wir gewaltige Herausforderungen haben, die wir bewältigen müssen. Die Lösungen sind aber nicht in der weltweiten Wirtschaft zu suchen, die stabil wächst, sondern die sind insbesondere in den Verhältnissen hier bei uns in Deutschland zu suchen, und dafür brauchen wir Lösungsansätze.

Ich will noch einen zweiten Punkt ansprechen, bevor ich zu den Lösungsansätzen komme, und das ist die Migration. Wir müssen der Tatsache ins Auge sehen, dass wir in einer weiteren Migrationskrise stecken. Im vergangenen Jahr hat Deutschland mehr schutzsuchende Menschen aufgenommen als in den Krisenjahren 2015 und 2016 zusammen. Und auf der anderen Seite ist es so, dass bereits im ersten Halbjahr dieses Jahres die Migrationszahlen, die Asylbewerberzahlen, um 78 Prozent gestiegen sind und wir in diesem Jahr mutmaßlich etwa 350 000 Asylanträge haben werden. Ich sage das vor dem Hintergrund, dass das eine gewaltige Herausforderung ist, die insbesondere Gesellschaft, Städte und Gemeinden zu schultern haben. Es ist eine gewaltige Herausforderung, weil Sie nichts unternehmen, um Migration zu ordnen, zu steuern und zu begrenzen, sondern im Gegenteil alles tun, damit der umgekehrte Effekt eintritt.

Was ich ganz besonders perfide finde, wenn ich in den Haushaltsplan schaue, ist die Tatsache, dass Sie im Grunde genommen nichts tun, um diejenigen zu unterstützen, die die Konsequenzen und Folgen Ihrer Politik auszubaden haben. Ich fand es schon bemerkenswert, dass Sie im Bundeshaushalt die Mittel für die Migrationsberatung um nahezu ein Drittel kürzen wollen für das kommende Jahr.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Ja!)

### Thorsten Frei

(A) Das dokumentiert einfach, dass hier Wünschen und Machen nicht zueinander passen, und da sollten Sie im Laufe der Haushaltsberatungen schauen, dass Sie da etwas mehr Konsistenz in Ihre Überlegungen bringen.

# (Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Matthias W. Birkwald [DIE LINKE])

Der dritte Punkt, den ich ansprechen möchte, ist die Inflation. Darauf sind Vorredner bereits eingegangen. Es ist nicht nur eine nackte Zahl, wenn unsere Währung in den letzten drei Jahren 16,5 Prozent weniger wert geworden ist. Alexander Dobrindt hat insbesondere darauf hingewiesen, dass im Bereich der Lebensmittel die Inflation doppelt so hoch ist und deshalb insbesondere Familien mit kleineren und mittleren Einkommen ganz besonders gekniffen sind.

## (Zuruf des Abg. Otto Fricke [FDP])

Erfolgreiche Politik muss sich danach ausrichten, diese Inflation zu bekämpfen; denn sie ist genau das, was Norbert Blüm einmal so formuliert hat: Sie ist der Taschendieb des kleinen Mannes. – Und deshalb müssen wir alles dafür tun, dagegen zu kämpfen.

## (Beifall bei der CDU/CSU)

Es ist nicht nur so, dass keine Besserung in Sicht ist – im Gegenteil: Der Bundesgesundheitsminister kündigt bereits an, dass die Krankenkassenbeiträge steigen sollen. Das führt dazu, dass die Sozialabgabenquote erstmals wieder über 40 Prozent steigt und damit den traurigen Rekord von vor 20 Jahren einstellt.

(B) Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind genau die Punkte, um die wir uns kümmern müssen. Das ist das, was die Menschen in unserem Land beschäftigt. Rezession, Inflation, Migration – das sind die Themen, und es sind nicht die Themen, die Sie zum Mittelpunkt Ihrer Politik machen.

Der Bundeskanzler hat vorhin in seiner Rede darauf hingewiesen, dass wir uns um die richtigen Themen kümmern müssen. Aber genau das passiert doch überhaupt nicht. Wenn wir uns mit der Frage beschäftigen, warum die Weltwirtschaft wächst und Deutschland das einzige Industrieland ist, das schrumpft, dann müssen wir uns doch mit den Ursachen auseinandersetzen. Dazu gehören die weltweit höchsten Energie- und Strompreise. Lieber Herr Dürr, Sie haben das hier in den Raum gestellt, indem Sie gesagt haben: Lasst uns doch die Stromsteuer auf das europarechtliche Minimum senken. – Das wäre ein Vierzigstel dessen, was derzeit an Stromsteuer verlangt wird. Wir reichen Ihnen da gerne die Hand. Lassen Sie uns das machen! Das wäre eine Möglichkeit, sehr schnell zu reagieren. Das Gleiche gilt für eine Reduktion der Netzentgelte.

(Dr. Lukas Köhler [FDP]: Das ist aber die Bundesnetzagentur! Das erkläre ich Ihnen später mal!)

Das wäre etwas, was man sofort zum 1. Oktober umsetzen könnte.

Ich will Ihnen noch einen zweiten Vorschlag machen; auch darauf sind Sie im Grunde genommen schon eingegangen. Natürlich ist es ein Irrsinn, dass man mit verschiedenen Instrumenten die Strompreise heruntersub- (C ventionieren will, die man zuvor durch politische Entscheidungen in die Höhe getrieben hat.

# (Friedrich Merz [CDU/CSU]: Das stimmt!)

Sie reden von der Verbreiterung des Angebots in diesem Bereich, aber Sie tun nichts dafür, gar nichts – weder beim Bau der Gaskraftwerke noch bei den Speicherkapazitäten. Und erst recht fassen Sie das heiße Eisen "Kernenergie" nicht an. Es war ein gravierender Fehler, die drei noch am Netz befindlichen Kernkraftwerke Mitte April abzustellen. Das hat mindestens – so hat es die Wirtschaftsweise Frau Grimm ausgerechnet – zu einer Steigerung der Preise um 12,1 Prozent geführt. Das sind doch die Tatsachen, mit denen wir uns beschäftigen müssen, und dafür haben Sie keine Angebote.

## (Beifall bei der CDU/CSU)

Ich habe mich schon sehr gewundert, dass ausgerechnet Frau Dröge beim Thema "Bürokratieabbau und Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren" so kesse Aussagen gemacht hat.

# (Zuruf des Abg. Maik Außendorf [BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN])

Stichwort "Bürokratieabbau". Was ich total interessant fand: Sie haben jetzt Eckpunkte für die Kindergrundsicherung verabschiedet –

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Sie haben doch 16 Jahre regiert!)

was immer auch darin steckt, wir wissen es nicht; denn es kann ja nicht das Gleiche sein, je nachdem, ob man (D) 12 Milliarden Euro oder ob man 2,4 Milliarden Euro dafür ausgibt –; vieles wissen Sie noch nicht.

(Dr. Till Steffen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt stellen Sie sich nicht dümmer, als Sie es sind!)

Aber eines wissen Sie: dass man 500 Millionen Euro Verwaltungsaufwand dafür hat; 500 Millionen Euro zusätzliche Personalkosten sind es tatsächlich. Sie müssen 2 000 zusätzliche Stellen schaffen, um diese Kindergrundsicherung umzusetzen. Sie haben davon gesprochen, dass Sie digitalisieren und vereinfachen wollen. Das Gegenteil ist der Fall. Statt der Jobcenter sind zukünftig Jobcenter und Familienservicestellen zuständig, und keiner weiß, wie man dieses Kuddelmuddel am Ende organisieren will. Das ist Bürokratie. Sie reduzieren Bürokratie nicht, sondern Sie schaffen zusätzliche Bürokratie.

# (Beifall bei der CDU/CSU)

Stichwort "Planungs- und Genehmigungsverfahren". Ja, es ist richtig: Wir haben positive Beispiele. Wenn wir uns anschauen, in welch kurzer Zeit LNG-Terminals in Deutschland geplant, genehmigt und gebaut werden konnten, dann macht das Mut für die Zukunft. Aber Sie haben doch in der Koalition darüber gestritten, was das denn jetzt eigentlich im Bereich der Energieinfrastruktur, aber eben auch im Bereich der Verkehrsinfrastruktur bedeutet. Wir sind in Deutschland überall zu langsam, überall zu träge. Wir müssen besser und schneller werden, Herr Dürr.

#### Thorsten Frei

# (A) (Zuruf der Abg. Britta Haßelmann [BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN])

Deswegen geht es darum, dass wir Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen. Wenn Sie da gute Vorschläge haben – wir haben auch welche –, dann können wir das auch zusammen machen. Wir können Deutschland schneller machen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

# (Beifall bei der CDU/CSU)

Aber am Ende des Tages bleibt es dabei, dass wir uns um die richtigen Themen kümmern müssen. Das bedeutet eben auch, dass wir aus der Gesellschaft heraus wachsen müssen. Sie schaffen es eben nicht, anders als in Ihren Reden vorgetragen, zu trennen zwischen einer Fachkräftezuwanderung, die wir zur Stärkung unseres Landes brauchen, und der Bekämpfung der illegalen Migration auf der anderen Seite. Das, was Sie in den vergangenen Monaten gemacht haben, war exakt das Gegenteil.

# (Christian Dürr [FDP]: Machen Sie doch mal ein konkretes Beispiel, Herr Frei!)

Die Folgen dieser Politik können Sie in Deutschland beobachten. Und alles, was Sie für die Zukunft planen, verspricht keine Besserung; ganz im Gegenteil. Wenn sich europäische Länder auf Fortschritte in diesem Bereich verständigen können, ist es die Bundesregierung, die im Bremserhäuschen sitzt und europäische Verständigung an dieser Stelle verhindert. Genau so ist es.

## (Zuruf des Abg. Christian Dürr [FDP])

B) Das sind die Themen, die wir angehen müssen, um unser Land wieder stark zu machen und dafür zu sorgen, dass wir in einem guten Haushalt auch die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für gutes Leben in Deutschland setzen können. Das, was Sie dazu vorgelegt haben, ist kein Schritt in die richtige Richtung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

# Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die SPD-Fraktion hat nun Achim Post das Wort.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Dr. Lukas Köhler [FDP])

# Achim Post (Minden) (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Man merkt an dieser Debatte wie auch an der gestrigen Debatte, dass es in diesen Tagen und Wochen um etwas geht. Es ist gut, dass es um etwas geht, und es ist auch gut, dass sich das in großen Teilen in den Redebeiträgen dieser Haushaltsdebatte widerspiegelt – wenn auch nicht in allen, aber in den meisten.

Worum geht es? Es geht um die richtigen Themen und um die wichtigen Themen. Wir können darüber streiten, welche das sind. Ich sage Ihnen mal, was ich für wichtig halte. Es geht um unsere Städte und Gemeinden. Es geht um unseren Wirtschaftsstandort. Es geht um unseren Sozialstaat. Und ja, es geht auch um unsere Demokratie. In diesen Zeiten – in Zeiten von Putins Angriffskrieg, einer (C) sich zuspitzenden Klimakrise und sich überlappender Krisen – ist es gut, wenn man einen Bundeskanzler hat, der nachdenkt und handelt und nicht eins davon weglässt.

## (Beifall bei der SPD)

Es ist gut, wenn man einen Bundeskanzler hat, der der Garant für die Unterstützung der Ukraine ist und der der Garant dafür ist, dass man alle Gesprächsmöglichkeiten und alle Möglichkeiten des Einflusses nutzt, um den Krieg zu beenden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Andreas Audretsch [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Und deshalb ist es gut, dass der Bundeskanzler Olaf Scholz heißt.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Andreas Audretsch [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Christian Dürr [FDP] – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Tosender Applaus bei Grünen und FDP!)

Kommen wir mal zu den Punkten. Herr Frei und auch Herr Merz, Sie haben gefordert: Wir müssen etwas für die Städte und Gemeinden tun. – Da sind wir uns völlig einig. Ich schlage Ihnen etwas vor, vor allen Dingen Ihnen, Herr Merz:

# (Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Schon wieder einen Pakt!)

Es gibt einen klaren Vorschlag – nicht nur vonseiten der Sozialdemokratie – im Koalitionsvertrag der Ampel, wie man den Städten und Gemeinden, die viele Altschulden haben, helfen kann: durch einen Altschuldenfonds. Da steht die Ampel wie eine Eins.

(Lachen des Abg. Friedrich Merz [CDU/CSU])

Wir brauchen aber eine Zweidrittelmehrheit dafür.

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Dann machen Sie mal einen Vorschlag!)

Ich schlage Ihnen hier etwas ganz Außergewöhnliches vor

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Machen Sie mal einen Vorschlag! – Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Deutschlandpakt!)

Mein Heimatland Nordrhein-Westfalen würde davon stark profitieren. Machen Sie mal was Außergewöhnliches, nämlich was Gemeinsames mit Herrn Wüst,

(Zuruf des Abg. Friedrich Merz [CDU/CSU])

und stimmen Sie im Bundesrat und Bundestag für einen Altschuldenfonds!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Da haben Sie ja lang geübt für den Witz! – Friedrich Merz [CDU/CSU]: Die haben Sie aber lange einstudiert, diese Passage Ihrer Rede!)

Ich will auf ein Thema eingehen, das Herr Frei ansprechen musste, nämlich Wirtschaftspolitik, die in Ihrer Rede, Herr Merz, gar nicht vorgekommen ist.

### Achim Post (Minden)

(A) (Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: Auch falsch!)

Ja, es geht in einer wirklich schwierigen Lage um die große Aufgabe der Transformation unserer Volkswirtschaft, und es geht darum, dass wir industrielle Fertigung hier bei uns in Deutschland behalten. Dafür muss man etwas tun. Das kommt nicht von alleine, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Christian Dürr [FDP])

Diese Bundesregierung mit Olaf Scholz, mit Robert Habeck und mit Christian Lindner tut etwas dafür, nämlich mit einer aktiven Industrie-, Energie- und Wirtschaftspolitik. Glauben Sie allen Ernstes, dass die neuen Industrieansiedlungen – der Bundeskanzler hat es geschildert –, ob in Magdeburg oder in Brandenburg, dass all das, was es im Bereich der Stahlindustrie gibt, ob in Salzgitter oder bei mir in Nordrhein-Westfalen bei thyssenkrupp, von alleine kommt? Das kommt deshalb, weil wir eine aktive Bundesregierung haben und im Übrigen auch aktive Landesregierungen, die das auch wollen, die Arbeitsplätze in Deutschland erhalten wollen. Wenn Sie dazu bessere Vorschläge haben, dann können Sie sich wieder melden, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und der Abg. Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(B) Ich will Ihnen mal eines sagen: Glauben Sie allen Ernstes, dass die Konzerne, die sich jetzt neu in Deutschland ansiedeln – Tesla ist ein Beispiel, aber auch Intel und der größte Halbleiterhersteller der Welt, TSMC aus Taiwan –, das deshalb machen, weil sie denken, sie investieren an einem Standort, wo es sich nicht lohnt? Meinen Sie, die investieren hier, weil sie glauben: "Das ist der kranke Mann Europas"? Das ist doch alles Unfug. Die investieren hier, weil sie an die Potenziale Deutschlands glauben, weil sie an den Standort Deutschland glauben und weil sie hier Geld verdienen wollen. Das ist es doch.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Christian Dürr [FDP])

Und sie werden hier Geld verdienen, und sie werden hier Beschäftigung schaffen.

Was auch dazu gehört, liebe Kolleginnen und Kollegen: Das alles kann nur dann funktionieren, wenn es einen handlungsfähigen und starken Sozialstaat gibt. Kein Geringerer als Helmut Schmidt, nun wahrlich nicht bekannt dafür, Sozialromantiker gewesen zu sein, hat einmal gesagt: Die größte Errungenschaft der Europäer im so fürchterlichen 20. Jahrhundert ist der Sozialstaat. – Und wir als Ampel, wir als Sozialdemokratie, wir als sozialdemokratische Fraktion zusammen mit unseren Partnerinnen und Partnern tun alles, um diesen Sozialstaat weiter zu stärken, liebe Kolleginnen und Kollegen:

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

mit Bürgergeld, mit Wohngeld, mit Kindergeld – das alles (C) sind keine Kleinigkeiten – und im Übrigen auch – Sie haben vorhin und auch gestern darüber geredet – mit der Kindergrundsicherung. Seien Sie sicher: Die Kindergrundsicherung kommt, und zwar nicht als Wohltat. Denn sie ist keine Wohltat,

(Zuruf der Abg. Amira Mohamed Ali [DIE LINKE])

sondern eine angemessene, eine notwendige Leistung für Millionen von Kindern in diesem Land,

(Zuruf der Abg. Amira Mohamed Ali [DIE LINKE])

denen es bisher nicht gut gegangen ist.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Christian Dürr [FDP])

Wir werden alles dafür tun, diesen Sozialstaat weiter auszubauen; denn das ist dringend notwendig. Ich nenne hier nur die Bereiche "Gesundheit", "Pflege" und "Krankenhäuser". Da möchte ich sehen, wer von Ihnen dagegen ist. Wenn es ein Angebot vonseiten des Bundeskanzlers für einen Deutschlandpakt gibt, dann gilt dieses Angebot für unsere Städte und Gemeinden, für den Wirtschaftsstandort Deutschland und auch für den Sozialstaat Deutschland, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Und ganz zum Schluss: Wir müssen – da sind wir uns wahrscheinlich alle einig – 75 Jahre nach dem ersten (D) Treffen auf Herrenchiemsee, wo unser Grundgesetz – ein gutes Grundgesetz, eine der besten Verfassungen der Welt – von den Müttern und Vätern des Grundgesetzes erarbeitet wurde, alles tun, damit wir weiter in einem freien, liberalen Rechtsstaat leben, wo Toleranz und Respekt für alle Menschen gilt und nicht nur für einige wenige.

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

# Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Marc Jongen für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

# **Dr. Marc Jongen** (AfD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wer als "Abbruchkommando" Deutschlands auftritt – ich übernehme Ihren Begriff sehr gern, Herr Scholz; denn er passt perfekt auf diese Bundesregierung –, der muss offenbar einen hohen Aufwand an Propaganda betreiben.

Auf sogenannten Green Culture Konferenzen schwört Kulturstaatsministerin Claudia Roth die Kulturbranche auf "Klimaschutz und Nachhaltigkeit" ein, und zwar nicht nur, was den Energieverbrauch und Ähnliches betrifft, sondern – wir haben es gehört – es wird auch zur "ästhetischen Auseinandersetzung mit der Klimakrise",

#### Dr. Marc Jongen

(A) zur "Sensibilisierung des Publikums" in Bezug auf den "menschengemachten Klimawandel" aufgerufen. Gender- und Diversity-Vorgaben in der Filmförderung sind bereits angekündigt. Es ist erschreckend, mit welcher Unverfrorenheit Kunst und Kultur von dieser Regierung instrumentalisiert werden. Das hat mit Kunstfreiheit nichts zu tun, Frau Roth. Das ist verordnete Staatskunst.

# (Beifall bei der AfD sowie des Abg. Matthias Helferich [fraktionslos])

Aber die Erfolglosigkeit der woken Netflixserien oder der politisch korrekten deutschen Filme zeigen sehr deutlich, was das Publikum von solcher Erziehungs- und Belehrungskunst hält: nämlich gar nichts, meine Damen und Herren.

# (Beifall bei der AfD sowie des Abg. Matthias Helferich [fraktionslos])

Ganz wichtiges Thema für diese Bundesregierung: sexuelle Belästigung und Gewalt. Nein, nicht auf Deutschlands Straßen am Abend, sondern in der Kulturund Medienbranche. Der Kulturrat soll jetzt einen Verhaltenskodex ausarbeiten, zunächst zur freiwilligen Selbstverpflichtung. Aber Frau Roth drohte bereits: Sollte das keine "durchgreifende Wirkung zeigen, werden wir den nächsten Schritt gehen und das für alle unserer Förderungen verbindlich machen". Zitat Ende. Sprich: Wer vor dem Staatsfeminismus nicht brav Männchen macht, erhält keine Fördergelder mehr.

# (Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, man muss kein Fan von Till
(B) Lindemann sein, aber die Affäre Rammstein hat doch gezeigt, dass Denunziantentum und Empörungsindustrie in diesem Land längst freidrehen, nach dem Motto: "Erst mal mit Dreck werfen, irgendwas wird schon hängenbleiben!" Diese Unkultur fördern Sie systematisch, auch mit dem Hinweisgeberschutzgesetz – Orwell'scher Titel –, wonach jetzt jeder Bürger bei eigens geschaffenen Meldestellen ungestraft angeschwärzt werden kann. Das ist der Weg in einen totalitären Staat, meine Damen und Herren.

# (Beifall bei der AfD sowie des Abg. Matthias Helferich [fraktionslos])

Die Antirassismusbeauftragte, Frau Alabali-Radovan, will da natürlich nicht zurückstehen und fordert mehr Beschwerdestellen für die Opfer von Rassismus, wo dann fröhlich denunziert werden kann, wer zum Beispiel die falschen Ansichten zur Massenmigration äußert und sich damit als "struktureller Rassist" erwiesen hat. Was sagen Sie denn eigentlich zu dem Museum Zeche Zollern in Dortmund, Frau Alabali, wo Weiße an Samstagen die Kolonialismusausstellung nicht betreten dürfen;

# (Dr. Bernd Baumann [AfD]: Pfui!)

offenbar deshalb, um an ihre historische Schuld aufgrund ihres Weißseins erinnert zu werden? Das ist der Rassismus, der uns heute beunruhigen muss in Deutschland.

### (Beifall bei der AfD)

Und er geht nicht von der Mehrheitsgesellschaft aus, sondern von einer aggressiven Ideologie, der längst auch diese Bundesregierung verfallen ist.

Was sehen wir sonst noch in diesem Kulturhaushalt? (C) Aufwuchs für die Stiftung Preußischer Kulturbesitz – ja, das ist gut –, aber Verdreifachung der Mittel auf rund 6 Millionen Euro für die tiefroten soziokulturellen Zentren, deren Verbandschef die Idee einer "deutschen Kultur" schon mal als "nationalistisch" verunglimpfte, und null Euro für das Denkmal für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft.

# (Zuruf von der AfD: Unglaublich!)

Sie schieben den Bau erneut auf die lange Bank, Frau Roth. Das sollten Sie hier auch ehrlich zugeben.

# (Beifall bei der AfD sowie des Abg. Matthias Helferich [fraktionslos])

Und noch ein Wort zum Ostbeauftragten der Bundesregierung, Carsten Schneider. Wenn Sie der Presse erzählen, die Stärke der AfD in Ostdeutschland sei eine Gefahr für Wirtschaft und Gesellschaft,

# (Dr. Wiebke Esdar [SPD]: Da hat er recht!)

so beweisen Sie damit nur eines, nämlich Ihre völlige Abkoppelung von der Realität. Von einer Regierung, die die Industrie aus dem Land treibt und die Bürger permanent als "Rassisten" und "Extremisten" diffamiert, müssen sich die Ostdeutschen ganz sicher nicht arrogant belehren lassen, und sie tun das auch nicht mehr:

# (Beifall bei der AfD)

35 Prozent für die AfD in Sachsen und 7 Prozent für die SPD sprechen eine klare Sprache. Sie sollten sich vielleicht mal überlegen, wer da als Geisterfahrer auf ihrer (D) Sommerreise unterwegs war.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD sowie des Abg. Matthias Helferich [fraktionslos])

# Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun Andreas Audretsch das Wort.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

## Andreas Audretsch (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Aussprache heute findet unter besonderen Voraussetzungen statt. Die Frage nach dem, was den Kern unserer demokratischen Kultur, unseres demokratischen Konsenses, den Zusammenhalt der Gesellschaft ausmacht, ist in den letzten Tagen heftig diskutiert worden. Ich finde, wir sollten heute nicht darüber hinweggehen; vor allem auch vor dem Hintergrund der Rede, die wir gerade aus den Reihen der AfD gehört haben.

Mich hat in den letzten Tagen sehr beschäftigt, was Björn Mensing gesagt hat. Er ist Pfarrer und Historiker an der Evangelischen Kirche in der KZ-Gedenkstätte Dachau vor den Toren Münchens. Björn Mensing mahnt vor allem eines an: Wenn man den Holocaust relativiert und abscheulichen Antisemitismus verbreitet hat – und sei es

#### **Andreas Audretsch**

(B)

(A) mit 17 Jahren gewesen –, ist es völlig inakzeptabel, sich als 52-jähriger verantwortlicher Politiker selbst zum Opfer zu stilisieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Wer das tut und versucht, genau diese Rolle dann auch noch für sich zu vermarkten, hat die Dimension dessen, um was es gerade geht, nicht erfasst. Wer so agiert, stellt in vollem Bewusstsein und gezielt den eigenen Populismus über die Grundfesten der Erinnerungskultur und über die Grundfesten unserer Demokratie, und das dürfen wir niemals akzeptieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Ich teile an dieser Stelle die Analyse des früheren CSU-Chefs Erwin Huber. Aiwanger ist nicht Trump, hat Herr Huber gesagt – und ich teile das –, aber die Methoden ähneln sich verblüffend: Man nimmt erst gar nicht zur Kenntnis, dass ein Problem vorliegt. Man leugnet schlicht und ergreifend alles, was passiert ist. Man droht, man macht sich selber zum Opfer. – Das sind die Methoden. All das erinnert eins zu eins an die Methode Trump. Und ich stimme Erwin Huber darin zu, wenn er sagt: Diese Art von Politik darf in Deutschland niemals Schule machen. – Das, was wir in Bayern gerade beobachten, ist brandgefährlich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wann immer mit Populismus übergangen wird, was Antisemitisches gesagt wird, wird Menschenverachtung Schritt für Schritt ein Stück weit normalisiert. Es verrutscht unser demokratischer Konsens. Alle Demokratinnen und Demokraten, ob hier im Haus, ob in Bayern, ob in anderen Bundesländern, sollten über die Debatte, die wir in Bayern erleben, nicht einfach hinweggehen: weil es uns alle braucht, weil es uns Grüne braucht, SPD, Linke, FDP und CDU/CSU, weil das, was wir dort beobachten, so nicht weitergehen darf.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir brauchen Anstand, wir brauchen grundsätzliche Tugenden, und wir brauchen ein Bekenntnis zu den Grundfesten unserer Demokratie. An dieser Stelle darf es keinerlei Zweideutigkeit geben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

Der Missbrauch von Erinnerung ist weltweit zu einem Einfallstor für rechtsextremes Gedankengut geworden. Auf der Hand liegt, dass sich aus der Erinnerungskultur auch das speist, was heute die Grundfesten unserer Gesellschaft sind. Wenn wir unsere liberale Demokratie aufrechterhalten wollen, wenn wir das bewahren wollen, was den meisten hier im Haus, glaube ich, viel wert ist, dann müssen wir Orte der Erinnerung an das menschenverachtende Naziregime, an die Shoa stärken.

Ich selber war vor einigen Wochen in der KZ-Gedenkstätte in Buchenwald in der Nähe von Weimar. Seit in
Thüringen rechtsextremes Gedankengut in einem erschreckenden Maße Raum greift, ist dort die Nachfrage
nach Führungen, ist dort die Nachfrage, sich mit dem zu
befassen, was damals passiert ist, enorm gestiegen. Das
ist das, was uns berichtet wurde. Viele Menschen wollen
sich auseinandersetzen mit dem, was passiert ist. Das gilt
auch für andere Gedenkstätten. Das gilt auch für die KZGedenkstätte in Dachau. Deswegen ist es richtig, dass wir
gerade an einem neuen Gedenkstättenkonzept arbeiten.
Natürlich werden wir in den Beratungen des Haushaltes
auch die Erinnerungskultur mit der nötigen Aufmerksamkeit bedenken.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Eine zweite Sache ist wichtig in dem Kontext; der Kollege Hacker hatte es schon sehr gut auf den Punkt gebracht: Wir brauchen demokratischen Diskurs. Wir brauchen ein Miteinander an allen Orten dieser Gesellschaft, vor allem auf dem Land, in der Stadt, in den kleinen Kreisen, da, wo Menschen zusammenkommen und sich austauschen. Wer Kultur vor Ort erlebt, egal wo im Land, der erlebt auch die Gemeinschaft an diesem Ort.

Die kulturelle Arbeit abseits der großen Häuser ist für den Zusammenhalt der Gesellschaft von enormer Bedeutung. Deswegen ist es richtig, dass wir in dem Etat, der jetzt vorliegt, die Bundeskulturfonds stärken. Deswegen ist es richtig, dass wir einen Amateurmusikfonds aufgelegt haben. Deswegen ist es richtig, dass wir einen Festival-Förderfonds aufgelegt haben, der ganz besonders den ländlichen Raum adressiert, weil es diese Orte dort noch viel stärker braucht. Es ist richtig, dass wir die Orte der Demokratie, von denen wir hier sprechen, stärken; denn wer vor Ort Gemeinschaft in einem Chor erlebt oder in einem Theatertreff, –

# Vizepräsidentin Petra Pau:

Herr Kollege, denken Sie an Ihre nachfolgenden Kollegen?

Andreas Audretsch (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

 der wird auch ein Stück weit immun gegen das, was Populisten und Demagogen in unserer Gesellschaft wollen.

Herzlichen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

# Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die FDP-Fraktion hat nun Otto Fricke das Wort.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

### (A) Otto Fricke (FDP):

Geschätzte Frau Präsidentin! Nachdem ich ja beim letzten Mal Ärger bekommen habe, bringe ich das Zitat von Shakespeare am Anfang: "Hamlet", Vierter Aufzug, Fünfte Szene. Ophelia: "... wir wissen wohl, was wir sind, aber nicht, was wir sein können."

Wenn man die Haushaltsdebatte bis heute verfolgt, zeigt sich: Das Zitat steht für das, was, glaube ich, diesem Land ein wenig innewohnt. Man will mit dem Hier und Jetzt fest verankert bleiben. Manche wollen in die 80er, manche in die 50er, manche noch weiter zurück.

Aber über die Frage, was wir alles sein können, was wir alles schaffen können, wenn wir uns denn, jedenfalls dem Grunde nach, auf einen Kurs einigen können, reden wir gar nicht. Wir sagen, was schlecht ist. Wir gucken immer nur in den Haushalt und sagen: Da ist dies passiert, und da ist jenes passiert.

Ich gebe gerne mal ein Beispiel von der CDU/CSU. Helge Braun hat im Sommer 2021 – siehe der berühmte "Handelsblatt"-Artikel, als die CDU gezeigt hat, wie sie es denn wirklich mit der Schuldenbremse meint – gesagt – ich zitiere –: "Die Schuldenbremse ist in den kommenden Jahren auch bei ansonsten strenger Ausgabendisziplin nicht einzuhalten." Da wusste er noch nichts von dem Angriff auf die Ukraine.

(Christian Dürr [FDP]: Stimmt!)

Und was schafft jetzt diese Koalition, dieses Kabinett? Es legt einen Haushalt vor, in dem die Schuldenbremse eingehalten wird, weil wir eben mehr können, als manche (B) Konservative glauben.

(Zuruf des Abg. Peter Boehringer [AfD])

Das ist der Unterschied zwischen konservativer Politik und einer modernen Politik, wie wir sie betreiben.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wer das anders sieht – wenn ich schon wieder das Aufjaulen von der rechten Seite höre! –,

(Zuruf des Abg. Peter Boehringer [AfD])

der muss an der Stelle mal konkrete Vorschläge machen, wie er es denn haben will. Will er den Sozialstaat über Bord werfen? Will er die Nachhaltigkeit über Bord werfen? Will er unser Wirtschaftssystem über Bord werfen? Die Lösungen – das ist das Schöne an Haushaltspolitik – lassen sich immer konkret nachrechnen und nachschauen.

(Christian Dürr [FDP]: Richtig! – Zuruf des Abg. Alexander Dobrindt [CDU/CSU])

Darauf müssen wir meiner Meinung nach achten. Warum sind denn Schulden so schlimm? Viele sagen uns immer: Japan hat 240 Prozent des Bruttoinlandsprodukts an Schulden,

(Zuruf des Abg. Peter Boehringer [AfD])

und andere haben auch mehr.

Jetzt lassen wir das mal beiseite und stellen uns vor, (C) unsere Vorgängerinnen und Vorgänger hätten die Hälfte der Schulden gemacht, die wir jetzt haben – weil sie nachhaltiger gewesen wären, weil sie sich früher überlegt hätten, sich von alten Dingen zu trennen.

(Zuruf des Abg. Peter Boehringer [AfD])

Ich sage das als jemand, der aus einer Steinkohleregion kommt und überlegt: Was haben wir da an Milliarden ausgegeben, und was hätten wir für Chancen haben können? Ich denke an das, was der Fraktionsvorsitzende der SPD gesagt hätte: Leute, das wird auf Dauer nicht funktionieren.

(Dr. Götz Frömming [AfD]: Was sind das denn für Lebenslügen, Herr Fricke?)

Wie viel weniger Zinskosten müssten wir zahlen? 20 Milliarden Euro weniger Zinskosten. Überlegen Sie mal, was 20 Milliarden Euro weniger Zinskosten für den Haushalt bedeuten würden! Theoretisch wären sie ein Überschuss, den ich übrigens gar nicht haben will, weil meine Fraktion, die FDP, klar sagt: Eine Schuldenbremse erlaubt ein gewisses Maß von Verschuldung, um Investitionen in die Zukunft zu tätigen. Weil nachher auch noch meine Kollegin von der CDU/CSU, die Bildungspolitikerin Radomski, redet, merke ich schon, wie in mir der Gedanke umgeht: Was könnte man nicht alles für Forschung tun? Was könnte man nicht alles für die Zukunft tun?

Das leitet mich zu dem Punkt, um den es uns eigentlich gehen sollte und den wir als Haushälter, auch wenn wir wenig darüber reden, immer als den Kern einer Bedrohung, aber auch als Chance für den Haushalt sehen: Das ist der Arbeitsmarkt.

(Christian Dürr [FDP]: So ist es!)

Denn: Wir können alle möglichen Dinge sparen, mehr ausgeben oder Sonstiges tun. Auf Dauer wird ein Haushalt, wird eine Nation, wird Europa nur funktionieren, wenn es qualifizierte Arbeitskräfte hat, egal ob sie akademisch oder nichtakademisch sind. Das muss die Aufgabe sein.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Da wir über das Thema Arbeitsmarkt reden: Zwei Dinge machen einen Arbeitsmarkt in der Zukunft aus: die Qualifikation, die wir selbst leisten, und die Frage der Schaffung von qualifizierten Arbeitsplätzen. Tut die CDU/CSU irgendwas für Qualifizierung bei unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern? Ich höre da wenig. Ich kann auch keine Länderinitiativen erkennen.

Jetzt schlägt der Bundeskanzler einen Deutschlandpakt vor, zu dem übrigens als weiterer Teil für moderne Arbeitsplätze auch Investitionen für die Schaffung von modernen Arbeitsplätzen gehören. Ein moderner Arbeitsplatz mit Zukunft kann nur existieren, wenn auch investiert wird. Und welche Partei sagt als Erstes: "Wachstum beschleunigen durch Investitionen, Anreize, Vertrauen, damit die Arbeitgeber mehr investieren; das machen wir nicht"?

### Otto Fricke

Dann habe ich mit großem Interesse gehört, wie Herr (A) Merz – er ist jetzt leider nicht mehr da; das ist aber auch okay – gesagt hat, wie er sich seine Sparpläne so vorstellt. Er sagte: In den Ländern und Kommunen machen wir viel zu viel; da sparen wir ein.

Erstens. Diese müssten dann die Aufgaben selber wahrnehmen, was vielleicht auch gut wäre, weil sie nämlich mehr Steuereinnahmen haben als der Bund.

Zweitens. Ich bin auf die Nagelprobe gespannt. Der Bundeskanzler hat die Chance gegeben; aber ich bin auf die Nagelprobe von Herrn Merz gespannt: Schafft es Herr Merz bei der Ministerpräsidentenkonferenz, die CDU/ CSU-Ministerpräsidentinnen und -präsidenten dazu zu bringen, Investitionen in moderne Arbeitsplätze zu ermöglichen, oder ist das hier nur eine große Show gewesen, die am Ende nicht dafür sorgt, dass Arbeitsplätze entstehen, die für mehr Steuereinnahmen sorgen, die dafür sorgen, dass die sozialen Sicherungssysteme stabil bleiben usw. usw.? Ich bin gespannt.

> (Zuruf des Abg. Alexander Dobrindt [CDU/ CSU])

- Ich weiß, Herr Dobrindt, aus Bayern kann ich da nichts erwarten.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜ-NEN – Zuruf des Abg. Erhard Grundl [BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist dann vielleicht wieder ganz nett; aber schauen wir

(B) Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Wenn wir diese Haushaltsberatungen gut gestalten wollen, dann sollten wir nicht nur sehen, wer wir sind, sondern was wir alles sein können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

# Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die CDU/CSU-Fraktion hat die Kollegin Dr. Christiane Schenderlein das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

### Dr. Christiane Schenderlein (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte den Blick auf eine Branche richten, die für mich persönlich heute noch keine ausreichende Rolle gespielt hat: die Kultur- und Kreativwirtschaft. Dabei gehört diese mit 1,8 Millionen Beschäftigten zur drittgrößten und wachstumsstärksten Wirtschaftsbranche. Doch im ganzen Wachstumschancengesetz - und das ist 300 Seiten lang – findet sich kein einziges Wort zur Kulturwirtschaft, obwohl der Beauftragte für die Kreativwirtschaft direkt im Wirtschaftsministerium sitzt.

Doch das ist nicht das einzige Problem der Kulturszene. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass unsere Kultureinrichtungen und Kunstschätze besser vor Angriffen und Katastrophen geschützt werden müssen. Wir als Union haben das immer wieder betont.

Bei der Bundesregierung ist diese Forderung nicht angekommen; denn im aktuellen Gesetzentwurf zum Schutz kritischer Infrastruktur wird die Kultur als "nicht relevant" eingestuft. Während in Berlin für 450 Millionen Euro ein neues klimafreundliches Museum der Moderne gebaut wird, fehlt es an ausreichenden Sicherheitsräumen zur Verwahrung unserer national wertvollen Kulturgüter.

> (Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Götz Frömming [AfD]: Ja! Wichtiger Punkt!)

Nun zum Haushalt. Ein Blick in den Haushalt offenbart: 6 Millionen Euro Kürzung bei der Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft, 15 Millionen Euro Kürzung bei der Serienproduktion. Dabei ist der Filmstandort Deutschland schon heute nicht mehr wettbewerbsfähig und steht auf der Kippe. Auch die Computerspielbranche sieht den Standort Deutschland in Gefahr, wenn an den massiven Kürzungsplänen von circa 20 Millionen Euro festgehalten wird.

(Widerspruch der Abg. Erhard Grundl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Christian Dürr [FDP])

Als wäre das nicht schlimm genug, stellen Sie sich, Frau Staatsministerin Roth, heute hierhin und verkünden die Erhöhung des Kulturhaushaltes. Doch in Wahrheit gehen Sie an die Substanz der Bundeskultur und kürzen hintenrum, nämlich bei den Selbstbewirtschaftungsmitteln. Sie sind das Fundament der Kultureinrichtungen. Konkret heißt das zum Beispiel Millionenkürzungen bei langjährigen Projekten bei der Deutschen Nationalbibliothek, der Kulturstiftung des Bundes und dem Haus der (D) Geschichte in Bonn.

Führen Sie uns also nicht hinters Licht, sondern spielen Sie wenigstens mit offenen Karten. Das macht es nicht besser, aber ehrlicher.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sie kürzen an der Kultur. Das geschieht erstmals seit 18 Jahren. Mit uns als CDU/CSU hat es das noch nie gegeben. Im Gegenteil: Es gab einen jahrelangen überparteilichen Konsens, wonach an der Kultur nicht gespart wird. Diesen schafft die Ampel ab. Die Bundeskultureinrichtungen brauchen Verlässlichkeit und eine ausreichende Finanzierung, um ihren Kernauftrag zu erfüllen. Das ist uns als Union wichtig. Das ist seriöse Kulturpolitik.

(Beifall der Abg. Dorothee Bär [CDU/CSU])

Stattdessen spendiert die Ampel 100 Millionen Euro für Symbolpolitik, etwa für den Kulturpass für 18-Jährige. Obwohl die Mittel in diesem Jahr noch gar nicht abgeflossen sind, wird schon mal vorangestellt, dass es im nächsten Jahr eine Verlängerung geben soll. Klar, das ist nice to have, das ist ein süßes Bonbon. Aber Sie investieren in die Kür und sparen an der Pflicht!

Weder für das Mahnmal für die Opfer von Kommunismus noch für das Forum von Opposition und Widerstand sind im Haushalt Gelder eingestellt. Beide Vorhaben wurden mit breiter Mehrheit auch von uns hier im Deutschen Bundestag beschlossen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

#### Dr. Christiane Schenderlein

(A) Geld für die "Freie Theaterszene" ist hingegen reichlich da: 20 Millionen Euro. Übrigens war das schon immer eine Kernforderung der Grünen. Aber es ist keine Pflichtaufgabe des Bundes. Hier wird offensichtlich Parteipolitik, wird Klientelpolitik gemacht.

(Simona Koß [SPD]: Na, na, na!)

Und noch ein Punkt zum Abschluss. In den Haushaltsberatungen müssen alle diese Fragen natürlich geklärt werden. Aber bemerkenswert ist, dass die Ampel im Kulturausschuss für die Haushaltsberatungen eine nichtöffentliche Sitzung beantragt hat. Dabei fordern Sie doch immer Transparenz. Was haben Sie zu verbergen?

Wir als CDU/CSU werden die Beratungen nutzen, um die Mittelkürzungen und Unklarheiten aufzudecken, und wir werden sie den Betroffenen mitteilen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU)

# Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat Dr. Wiebke Esdar für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

## Dr. Wiebke Esdar (SPD):

Verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es läuft die Generaldebatte in der Haushaltswoche. Der Bundeskanzler hat eben ausführlich erklärt, wie er sich seinen Deutschlandpakt vorstellt, und wir haben einen Entwurf der Bundesregierung zum Haushalt vorliegen.

Wir diskutieren seit 9 Uhr. Ich will mit einem Zitat von Helmut Schmidt beginnen, das da lautet:

"Demokratie und Streit gehören zusammen. Eine Demokratie, in der nicht gestritten wird, ist keine Demokratie."

Darum ist es gut, dass wir hier diese Debatte führen, diese Debatte, die der traditionelle Schlagabtausch zwischen den Regierungsfraktionen der Koalition und der Opposition ist. Diesen Streit brauchen wir in unserem Land, ihn brauchen wir ganz dringend, weil unsere Demokratie aufgrund der großen, multiplen Krisen unter Druck ist. Ich verstehe diesen Streit mit der demokratischen Opposition vor allem als ein konstruktives Ringen um den besten Lösungsweg für die Herausforderungen unserer Zukunft.

Ich muss ehrlich sagen: Ich bin jetzt seit 9 Uhr dabei, und ich bin ein Stück weit enttäuscht ob der Vorschläge, die aus der Opposition für das Ringen um die besten Lösungen kommen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Denn wir diskutieren seit drei Stunden, und ich muss sagen: Wo bleiben denn in diesen Momenten, wo die Gesellschaft, wo der gesellschaftliche Zusammenhalt so unter Druck ist, die Vorschläge der Linken? (Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Der Bundeskanzler sagt "Deutschlandpakt"! Was ist denn das? Bankrotterklärung nach Bankrotterklärung! Sie werfen uns vor, dass keiner eine Idee hat, nicht eine einzige!)

Frau Mohamed Ali, Sie haben von ganz vielem geredet, was ganz schlecht ist. Ich will jetzt meine Redezeit nicht dafür aufwenden, darzulegen, welche Zahlen Sie kreativ interpretiert haben.

(Widerspruch der Abg. Amira Mohamed Ali [DIE LINKE])

Aber ich habe nicht einen einzigen konkreten Vorschlag gehört, nicht einen einzigen Vorschlag, was geändert werden müsste

(Amira Mohamed Ali [DIE LINKE]: Dann haben Sie nicht zugehört! – Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Diese Koalition hat fertig!)

Und die Unkenrufe aus der Union – das muss ich ganz ehrlich sagen – finde ich auch bemerkenswert. Das Wort "Popanz", das der Kanzler benutzt hat,

(Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Der Kanzler hat den Deutschlandpakt!)

trifft es ganz gut.

(Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Der Kanzler hat fertig!)

Denn der einzig konkrete Vorschlag, den ich bei Herrn Merz gefunden habe, besagt, die Kindergrundsicherung und das GEG zu stoppen. Ansonsten wird alles schlechtgeredet. Aber es kommt kein konstruktiver Vorschlag, auch nicht von Herrn Dobrindt.

(Zuruf des Abg. Patrick Schnieder [CDU/CSU])

Herr Dobrindt, Sie haben Ihre Rede mit den Worten eingeleitet: Die Menschen wollen Antworten.

(Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Und Sie haben bisher noch keinen einzigen Vorschlag gebracht, sondern nur Rumgeheule!)

Aber Antworten habe ich nicht gefunden. Mich würde eine Antwort von Ihnen interessieren: Wie vielen der Sondervermögen, die Sie beklagt haben, hat die Union eigentlich zugestimmt? Meiner Meinung nach, meiner Erfahrung nach hat sie allen Sondervermögen zugestimmt, die wir in diesem Haushalt gerade vorliegen haben. Oder ist mir eines entgangen, dem Sie nicht zugestimmt haben?

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Christian Dürr [FDP])

Herr Frei, wenn Sie den "Economist" anführen, der schreibt, Deutschland sei der kranke Mann Europas, dann drängt sich mir erst mal der Eindruck auf, dass der "Economist" vielleicht einmal mehr, ein zweites Mal zu dieser Einschätzung kommt, weil wir eine so lange CDUgeführte Kanzlerschaft hatten,

(Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Jetzt müssen Sie selber lachen!)

(C)

(D)

#### Dr. Wiebke Esdar

(A) in der die ganzen Zukunfts-, Fortschritts-, Modernisierungsanliegen so ausgebremst worden sind, dass wir in diese Krisen jetzt mit richtig viel Tempo reingehen müssen, weil die Aufgaben besonders groß sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD -Tim Klüssendorf [SPD]: Hat nie regiert!)

Meine Damen und Herren, Demokratie und Streit gehören zusammen. Darum werden wir jetzt, beginnend in dieser Woche mit den Haushaltsberatungen, gucken, wie wir den guten Regierungsentwurf noch besser machen können, einen Entwurf, der nicht einfach ist. Aber als selbstbewusstes Parlament – nicht als Vollzugsorgan, sondern als Auftraggeber an die Regierung – werden wir in den nächsten Wochen und Monaten – davon bin ich überzeugt; diese Vereinbarung gibt es unter den Haushälterinnen und Haushältern bereits – relativ geräuschlos, vielleicht vollkommen geräuschlos vereinbaren, an welchen Stellen wir noch Änderungen vornehmen werden. Wir werden das unaufgeregt, an der Sache orientiert und konstruktiv diskutieren.

# (Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Wie beim Heizungsgesetz!)

Ich will abschließen mit einem Wunsch, den ich an dieser Stelle als Parlamentarierin auch noch an das Kabinett formulieren möchte: Die Geräuschkulisse aus Regierungskreisen auf X, vormals Twitter, sollte meines Erachtens auch ein bisschen leiser und vor allem von kürzerer Dauer werden. Denn die öffentliche Auseinandersetzung, der Streit, den wir brauchen, gewinnt dann, wenn Gesetzentwürfe vorliegen, wenn Konzepte aufgeschrieben sind, weil wir dann sachlich diskutieren können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

## Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun die Kollegin Gambir das Wort.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

# Schahina Gambir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Klimaforschung ist ein Kipppunkt ein Moment, an dem eine kritische Grenze erreicht wird und ab dem sich negative Dynamiken beschleunigen. Ich frage mich: Haben wir auch gesellschaftlich einen Kipppunkt erreicht?

Angriffe auf unsere plurale Gesellschaft haben in den letzten Jahren zugenommen. Vorfälle rechter, rassistischer, antisemitischer Gewalt sind auf einem Höchststand. Lehrer/-innen, die rechtsextreme Vorfälle an ihrer Schule melden, werden bedroht, antisemitische Schriften werden verharmlost und bleiben folgenlos. Nöte und Krisen werden gezielt instrumentalisiert, und das häufig auf dem Rücken von marginalisierten Gruppen, ob in der

Coronapandemie oder der Energiekrise. Geringverdie- (C nende, arbeitslose Menschen und Geflüchtete dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Was bedeutet die Überschreitung dieses Kipppunktes für unsere Demokratie? Die Grenzen des Sagbaren werden immer weiter verschoben. Friedrich Merz wetterte diese Woche, Kreuzberg sei nicht Deutschland. Dieser blanke Populismus negiert nicht nur die Vielfalt in Deutschland, sondern würdigt auch all die Menschen herab, die Deutschland als ihr Zuhause begreifen und Teil dieser Gesellschaft sind.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Durch solche Diffamierungen werden sie als Fremde markiert, abgewertet und ausgegrenzt.

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Wenn Sie alles falsch verstehen wollen!)

Rassismus bedroht nicht nur unsere Demokratie insgesamt, sondern diese Menschen ganz konkret. Auch ihre Ängste und Sorgen müssen zählen. Gewalt und Hetze dürfen nicht normalisiert werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Es ist beeindruckend, wie viele Menschen sich in unserer demokratischen Zivilgesellschaft engagieren. Tausende Vereine und Initiativen stellen sich demokratiefeindlichen Tendenzen entgegen. Sie setzen sich für eine vielfältige Gesellschaft und eine starke, wehrhafte Demokratie ein. Denn als Gesellschaft tragen wir die Verantwortung, Hass und Rechtsextremismus den Nährboden zu entziehen: im Alltag, in unseren Institutionen, in unseren Parlamenten, in den Kommunen, in den Ländern, aber auch direkt aus dem Kanzleramt heraus.

Die Schaffung des Amtes der Antirassismusbeauftragten war ein wichtiger Schritt, um Rassismus endlich koordiniert und strukturell bekämpfen zu können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Doch der Haushalt und die Politik müssen eine gemeinsame Sprache sprechen. Die Verantwortung des Bundes für Integration und für die Bekämpfung von Rassismus und Extremismus muss im Etat finanziell unterlegt werden. Es wäre fatal, genau jetzt nicht in diese Maßnahmen zu investieren.

An einem Kipppunkt verfestigen und beschleunigen sich negative Dynamiken. Wir müssen jetzt dagegenhalten, –

# Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollegin.

**Schahina Gambir** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): – geschlossen und solidarisch.

\_\_\_\_\_

Vielen Dank.

#### Schahina Gambir

(A) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

## Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat Sepp Müller für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

## Sepp Müller (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Generaldebatte zum Kanzleretat unterhalten wir uns auch über Ostdeutschland, da der Staatsminister für Ostdeutschland auch seinen Etat einbringt. Gut ist, dass wir in der Großen Koalition gemeinsam vereinbart haben, ein Zukunftszentrum Deutsche Einheit auf den Weg zu bringen. Gut ist auch, dass die Entscheidung gefallen ist, dass das Zukunftszentrum Deutsche Einheit nach Halle (Saale) kommen wird. Dafür, dass das auf den Weg gebracht wird, danke ich Ihnen herzlich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP und des Abg. Henning Rehbaum [CDU/CSU])

Im Zukunftszentrum Deutsche Einheit werden wir auch über Transformation reden – Transformation im europäischen Rahmen, weg von der Planwirtschaft, hin zur sozialen Marktwirtschaft. Interessant dabei ist aber, dass man aktuell das Gefühl haben muss, dass diese Bundesregierung die Rolle rückwärts antritt, weg von der sozialen Marktwirtschaft, hin zur Planwirtschaft.

Ich gebe Ihnen ein Beispiel. Herr Wirtschaftsminister Habeck garantiert auf der einen Seite eine Einspeisevergütung für Solarstrom von 8 Cent pro Kilowattstunde. Auf der anderen Seite fordert der sogenannte Wirtschaftsminister Robert Habeck einen Industriestrompreis von 4 Cent pro Kilowattstunde. Haben Sie es gemerkt? Auf der einen Seite 8 Cent Einspeisevergütung, auf der anderen Seite 4 Cent Industriestrom. Das erinnert irgendwie an unsere ehemalige DDR. Dort hat man hinten im Konsum, in einem kleinen Supermarkt, für viele Pfennige Eier verkauft. Dann ist man nach vorne gegangen und hat an der Kasse für deutlich weniger Pfennige diese Eier wieder zurückgekauft. Herzlichen Glückwunsch! Wir sind auf dem Weg in die Planwirtschaft.

# (Beifall bei der CDU/CSU)

Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist es auch richtig, dass wir das Zukunftszentrum Deutsche Einheit auf den Weg bringen. Beim Zukunftszentrum Deutsche Einheit werden wir uns sicherlich auch über Energiewirtschaft unterhalten. Wir brauchen 24 Stunden, 7 Tage die Woche, 365 bzw. 366 Tage im Jahr grundlastfähigen Strom. Ich sage das eineindeutig hier: Dazu gehört die Kohleverstromung bis ins Jahr 2038. Herr Bundeskanzler, befähigen Sie endlich Ihre Regierung, das auch auszusprechen, und überlassen Sie das nicht nur Ihrem Ost-Staatsminister.

Die Verstromung von Kohle, liebe Grünen, geht auch klimafreundlicher. Das Stichwort lautet "Technologieoffenheit". Wir können CO<sub>2</sub> nutzen, anstatt es zu ver-

teufeln. Das geht technisch bereits. Was haben wir als (C) Unionsfraktion gemacht? Wir haben ein Positionspapier zu CCS/CCU auf den Weg gebracht und haben Ihnen einen Gesetzentwurf vorgelegt mit dem Ziel, CO<sub>2</sub> zu nutzen. Was hat die Streitampel gemacht? Diesen Gesetzentwurf abgelehnt. Sie sehen also: Es geht nur um grüne Ideologie und nicht um Klimapolitik.

Bleiben wir bei der Grundlastfähigkeit. Die Unionsfraktion fordert seit Monaten, die letzten drei Atomkraftwerke weiterlaufen zu lassen. Wir müssen doch in dieser Energiekrise alles am Markt halten. Wir haben Ihnen nicht nur Anträge dazu vorgelegt, sondern auch einen Gesetzentwurf. Wo ist die Zusammenarbeit, die von Ihrem Bundeskanzler gefordert wird? Was hat die Ampel, die Streitampel, gemacht? Diesen Gesetzentwurf abgelehnt

Wenn wir über Ostdeutschland reden, dann reden wir auch über das kleine Pflänzchen Industrie. Dazu gehört zum Beispiel die Raffinerie in Schwedt. Das ist wichtig; das sollte man sich vielleicht auch im Zukunftszentrum Deutsche Einheit anschauen. Sie werden – Physikunterricht ist damals sehr gut gewesen - die Regeln der Physik nicht außer Kraft setzen können. Durch das kleine Rohr, die Pipeline zwischen Rostock und Schwedt, kann nicht so viel Öl fließen, dass diese Raffinerie zu 100 Prozent versorgt ist. Wir haben Ihnen hier den Vorschlag gemacht, eine zweite Pipeline mit einem 40-Zentimeter-Durchmesser zu bauen, damit diese Raffinerie nicht nur mit Öl versorgt werden kann, sondern damit wir auch Wasserstoff transportieren können. Was hat die Streitampel gemacht? Unseren Antrag abgelehnt. Sie streiten nur, Sie reichen nicht die Hände. Sie sind das Gegenteil von Fortschritt. Sie sind abgewandt und die Rückschrittskoalition.

# (Beifall bei der CDU/CSU)

Wenn wir uns das Thema Transformation anschauen – das möchte ich in Richtung der FDP sagen -, liebe Kollegen, dann reden wir auch über Reparationszahlungen. Auch darum wird es im Zukunftszentrum Deutsche Einheit gehen. In der ehemaligen Sowjetischen Besatzungszone hat man die Demontage von 2000 bis 2400 der wichtigsten und bestausgerüsteten Betriebe als Reparationsleistung auf den Weg gebracht. Fast 12 000 Kilometer Eisenbahnschienen wurden abgebaut und in die Sowjetunion gebracht. Bis 1953 haben die ehemalige Sowjetische Besatzungszone bzw. die DDR die höchsten Reparationszahlungen auf den Weg gebracht. Was macht Ihre Ampelregierung? 144 Straßenbauprojekte sollen beschleunigt werden, davon nicht eines in Ostdeutschland. Das habe ich bereits im März kritisiert, und da kam aus Ihrer Fraktion, liebe Freie Demokraten, die Frage: Warum nur? - Ich empfehle Ihnen: Gehen Sie ins Zukunftszentrum, wenn es gebaut ist! Schauen Sie sich das an!

Um die Zukunft der deutschen Einheit ist mir nicht bange, sondern ich bin sicher: Mit den Vorschlägen der Unionsfraktion gibt es eine gute Zukunft für Deutschland, für die deutsche Einheit.

In diesem Sinne: Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(C)

# (A) Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat die Kollegin Simona Koß für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Michael Georg Link [Heilbronn] [FDP])

## Simona Koß (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kultur und Medien sind die tragende Säule unserer Demokratie; dazu haben wir heute schon einiges gehört. Sie sorgen für Austausch und Dialog und sind damit entscheidend für den Zusammenhalt in einer vielfältigen Gesellschaft. Die Pandemie mit ihren Kontaktbeschränkungen und den vielen geschlossenen Kultureinrichtungen hat gezeigt, wie stark sich Einschränkungen auswirken. Deswegen bin ich froh und erleichtert, dass es uns im Haushaltsentwurf 2024 gelungen ist, den Kulturetat auch trotz der Haushaltskonsolidierung und der Einsparvorgaben stabil zu halten – stabil auf dem erhöhten Niveau der Nach-Corona-Jahre. Für das kommende Jahr planen wir mit 2,15 Milliarden Euro. Das, meine Damen und Herren, ist ein klares Signal. Es zeigt, wie ernst es uns damit ist, Kultur und Medien als Stabilitätsanker unserer demokratischen Gesellschaft zu

In Kürze werden wir neue Zahlen zur sozialen Lage der Künstlerinnen und Künstler haben. Wichtig ist jetzt, dass im Haushalt die Tarifsteigerungen abgedeckt werden, damit diese nicht zulasten der Kultureinrichtungen oder des Programms gehen. Aber letztlich müssen alle, die mit Kunst, Kultur und Medien ihr Geld verdienen, davon gut leben und auch vorsorgen können. Darum werden wir uns weiter kümmern.

# (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin direkt gewählte Abgeordnete aus Brandenburg, aus einer sehr ländlich geprägten Region. Jeden Tag erlebe ich, wie wichtig es ist, Austausch zu ermöglichen, faktenbasiertes Wissen für alle erreichbar zur Verfügung zu stellen, in die politische Bildung auch der Erwachsenen zu investieren und für Gerechtigkeit und soziale Sicherheit zu sorgen. Mit unserem Ansatz ermöglichen wir Kultur für alle: mit dem Kulturpass für alle 18-Jährigen überall im Land, denen wir ganz konkret den Zugang zu Kultur gerade nach der Pandemie ebnen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Michael Georg Link [Heilbronn] [FDP])

Wir investieren massiv in die Kulturfonds und in die freie Szene, um kulturelle Angebote überall im Land zu ermöglichen. Wir stocken massiv auf: den Fonds Darstellende Künste, die Mittel für die Literatur, die Soziokultur.

Der Amateurmusikfonds zeigt exemplarisch, dass wir die Vielfalt der Kultur im Land im Blick haben. Neben den großen Häusern und den bundesweiten Festivals haben wir zum Beispiel auch den Karneval und den Zirkus im Blick.

# (Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Karneval! Gut!)

Hier wird ein breites Publikum erreicht, das sich selbst vielleicht nicht als kulturinteressiert bezeichnen würde. Aber ja, auch Zirkus und Karneval, meine Damen und Herren, sind Kultur.

(Beifall des Abg. Hannes Walter [SPD] – Dr. Götz Frömming [AfD]: Aber natürlich!)

Die Kultur im ländlichen Raum unterliegt besonderen Herausforderungen. Die Angebote sind weit verteilt. Vernetzung und gegenseitige Unterstützung sind notwendig. Das fördern wir etwa über die Kulturstiftung des Bundes. Der Zugang zu kulturellen Angeboten und verlässlichen Informationen muss überall im Land gleichermaßen gewährleistet sein. Deshalb sorgen wir dort, wo es in die Zuständigkeit des Bundes fällt, für gute Rahmenbedingen für starke Bibliotheken.

Wir werden auch weiter in die Erinnerungskultur investieren und damit einen Beitrag zur Aufarbeitung und Versöhnung leisten. Als Vorsitzende des Bundesverbandes der Deutsch-Polnischen Gesellschaft ist es mir sehr wichtig, dass wir uns intensiver mit unserem Nachbarland Polen und unserer gemeinsamen Geschichte auseinandersetzen. Ich freue mich, dass in der vergangenen Woche das Eckpunktepapier für das Deutsch-Polnische Haus vorgestellt werden konnte.

Meine Damen und Herren, Kultur und Medien sind grundlegend für unsere demokratische Gesellschaft. Der vorliegende Haushaltsentwurf bildet diese Priorität ab. Lassen Sie uns dieses starke Signal gemeinsam aussenden. (D)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

## Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Stefan Seidler.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP und des Abg. Ralph Lenkert [DIE LINKE])

## Stefan Seidler (fraktionslos):

Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Moin! Liebe Kolleginnen und Kollegen, halten Sie sich fest; denn für mich glich dieser Haushalt ein wenig einer Achterbahnfahrt. Mal ging es schnell aufwärts, mal ein tiefer Sturz. Dass mein Blick zunächst auf die Finanzierung der nationalen Minderheiten und der dazugehörigen Organisationen fiel, überrascht Sie hoffentlich nicht. Hier schien so weit auch alles in Ordnung zu sein. Die Unterstützung der Sinti und Roma, die Friesen und die Saterfriesen sind von Kürzungen verschont geblieben. Dafür erst mal ein nordfriesisches "foole tunk", liebe Frau Roth.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD, der FDP und der LINKEN)

(B)

#### Stefan Seidler

(A) Nur meine Leute, die D\u00e4nen, kann ich nicht f\u00e4nden. Das bereitet mir ein wenig Bauchschmerzen, besonders wenn ich mir angucke, wo die Bundesregierung sonst klare Einsparungen plant.

Beim BMI sollen unter anderem 30 Prozent der Zuschüsse des Minderheitensekretariates weggestrichen werden. Ebenso düster sieht es bei den Mitteln für die Unterstützung der Gremien unserer nationalen Minderheiten und Regionalsprachen aus. Werden etwa die vorgeschlagenen Kürzungen von einem Drittel des Budgets des Niederdeutschsekretariates beschlossen, wird das fatale Folgen haben. Besonders die Jugendarbeit wird leiden, und die ist für das Fortbestehen der niederdeutschen Sprache essenziell. So, leve Lüüd, geiht dat nich. Maakt de Plattsnackers nich noch lütter, as se al sünd.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Die Demokratie in Europa steht unter Druck. Ganz konkret müssen wir in Bayern allen Ernstes diskutieren, wie rechts ein Wirtschaftsminister sein darf und ob für Antisemitismus eine Verjährungsfrist gilt. Gerade jetzt sollten wir als Vorbild vorangehen. Deshalb auch noch mal vielen Dank, Frau Roth, für Ihr klares Bekenntnis zur Demokratie und zur kulturellen Vielfalt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie mich aber hinzufügen, dass die Förderung von gesellschaftlicher Vielfalt durch Minderheiten und Regionalsprachen nicht von Konjunktur abhängig werden darf.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Bei den Freiwilligendiensten sieht es auch nicht gut aus. 78 Millionen Euro sollen aus dem Etat des Bundesfamilienministeriums gestrichen werden. Damit fällt jede vierte FSJ- oder BFD-Stelle weg. Ich habe mich vor wenigen Tagen in einem AWO-Kindergarten in Kiel noch mal versichern können, wie wichtig diese Arbeit ist und wie wichtig der Freiwilligendienst für junge Menschen ist. Das FSJ setzt einen klaren Schwerpunkt auf persönliche Entwicklung. Lassen Sie mich mit meinem nordischen Demokratieverständnis hier ganz klar sagen: Gerade solche freiwillige Arbeit braucht es, wenn es in der Demokratie ein wenig kränkelt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit den Einsparungen bei den Freiwilligendiensten nehmen wir vielen jungen Menschen die Möglichkeit, sinnstiftend etwas für die Gesellschaft zu tun. Bei unseren Minderheiten und Regionalsprachen sparen wir an einem kleinen, aber tragenden Pfeiler unserer demokratischen Vielfalt. Beides finde ich bedenklich. Ich hoffe, dass wir hieran noch gemeinsam arbeiten können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

## Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun Stefan Gelbhaar das Wort.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

# Stefan Gelbhaar (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte über Ost und West reden. Zunächst: Der Osten ist keine westdeutsche Erfindung. Der Osten ist aber eine zu einfache westdeutsche Schublade, und die gehört abgeschafft.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Denn die Schublade quietscht, spaltet und ist rissig. Jammerossis und Besserwessis, darüber sind wir hinweg. "Der Osten ist rechtsradikal" ist jedoch ein weiteres falsches Bild. Oberfaschos wie Bernd Höcke sind zum Beispiel Westimporte, und ein Hubert Aiwanger darf ungestört in der Regierung in Bayern weitermachen. Der Osten ist so bunt, wie der Westen auch so seine Ausfälle hat. Diese Schubladen helfen nicht und müssen also raus aus den Köpfen. Der Osten ist keine Abweichung von einer fiktiven Norm. Unfaire Unterschiede anzusprechen wie bei Einkommen und Vermögen, ist richtig. Das ist der richtige Weg, und das macht diese Koalition.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die Koalition hat die Kindergrundsicherung, das Bürgergeld, die Rentenangleichung und den Mindestlohn vorangebracht bzw. erhöht; das ist wichtig. Ebenso wichtig ist es, nachhaltige wirtschaftspolitische, wirtschaftliche Strukturen zu schaffen. Nicht nur Tesla, sondern auch Intel, Infineon und TSMC sind hier zu nennen. Das bedeutet auch, dass Robert Habeck, dass diese Bundesregierung gewichtige Fördersummen nach Sachsen-Anhalt bringt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Achim Post [Minden] [SPD] und Michael Georg Link [Heilbronn] [FDP])

Wir brauchen moderne industriepolitische Kerne in Brandenburg, in Sachsen usw. Von den Top-500-Unternehmen in Deutschland sind gerade einmal 42 im Osten angesiedelt. Das muss mehr werden.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN)

Zum Thema Planwirtschaft, Herr Kollege: Wer die Kohle bis 2038 sichern will, ist ganz schön Planwirtschaft.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(D)

(C)

#### Stefan Gelbhaar

(A) Die eklatante Ost-West-Lohnlücke von 13 000 Euro pro Jahr muss geschlossen werden. Dazu braucht es Tarifverträge. Dazu müssen die Sonderzahlungen in Ost und West gleich hoch sein. Das anzugehen, sehe ich als eine vornehme Aufgabe des Ostbeauftragten.

Einen gesamtdeutschen Diskurs will ich noch ansprechen. Das ist ein richtiges, wiewohl anspruchsvolles Ziel. Im Osten gibt es zum Beispiel keine emotionale Westbindung, etwa Richtung USA. Deswegen muss exakter informiert werden. Die Vorsitzende der Linksfraktion hat hier heute zum Beispiel gesagt, dass die russische Wirtschaft wachse, die Sanktionen also nicht verfangen würden. Dieser Gedanke verfängt natürlich wiederum.

(Zuruf der Abg. Amira Mohamed Ali [DIE LINKE])

Aber das unterschlägt, dass dieses Wachstum – das können Sie nachlesen – auf einer massiven Ausweitung der Kriegswirtschaft beruht,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

also auf Panzern, Munition, Uniformen, Medizin. Der russische Staatshaushalt dreht derweil hart ins Minus.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun!)

Deswegen gilt es, zu informieren, einzuordnen, auch falschen Informationen entgegenzutreten.

(Amira Mohamed Ali [DIE LINKE]: Das ist doch keine Falschinformation!)

Dem müssen wir mit bürgerschaftlichem Engagement entgegentreten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ein letztes Wort: Wir müssen den Westen auch für den Osten interessieren. Deswegen reicht ein deutsch-französisches Jugendticket nicht mehr. Genauso notwendig ist ein deutsch-polnisches oder ein deutsch-tschechisches Jugendticket. Es ist viel zu tun.

Vielen Dank.

(B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

# Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Abgeordnete Matthias Helferich.

(Beifall der Abg. Dr. Christina Baum [AfD])

# Matthias Helferich (fraktionslos):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ein Staat ist nicht nur "eine kluge Veranstaltung zum Schutz der Individuen gegeneinander", wie es Nietzsche ausführte, und er geht auch über den Zweck der "rational organisierten Selbsterhaltung", so Gehlen, eines Volkes hinaus. Der Staat ist, zumindest seinem Ideal nach, "der vitale Garant einer Gemeinschaftsordnung, die auf Identität und Solidarität fußt", wie ihn der Publizist Benedikt Kaiser charakterisierte.

Aber was passiert, wenn Identität und Solidarität nicht (C) ineinandergreifen, erleben wir alljährlich bei den Haushaltsberatungen. Seit 2010 musste unser Volk bis zum heutigen Tage 132 Milliarden Euro für ausländische Sozialleistungsbezieher zahlen. Zu keinem Zeitpunkt in der deutschen Geschichte finanzierten wir mehr ausländische Kinder als heute. Deutsches Geld für Millionen fremde Kinder! Jede staatliche Solidargemeinschaft braucht einen identitären Kitt, der es erst ermöglicht, füreinander einzutreten. Indem Sie die Massenzuwanderung weiter befeuern, befeuern Sie auch den Niedergang unserer Sozialstaatlichkeit.

Der Finanzminister hat recht, wenn er sagt, dass die Luft immer dünner wird. Sie wird immer dünner für Einheimische in unserem Land. Jeder Blick in den Einkaufskorb, auf die Stromabrechnung, auf die Tankquittung löst bei immer größeren Teilen unseres Volkes Verzweiflung, Wut und Hoffnungslosigkeit aus. Herr Audretsch, es interessiert sich keiner im Lande für die sinistren Inhalte von Aiwangers Schulranzen. Die Leute interessiert, was sie noch in der Brieftasche haben.

Und da wundern Sie sich ernsthaft noch, dass zwei Drittel der deutschen Wähler die Bundesregierung abwählen. 818 Millionen Euro für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 93 Millionen Euro mehr als im Vorjahr, 34 Millionen Euro für Ihr Heer aus Integrationsund Antirassismusbeauftragten – und was ist für die Einheimischen vorgesehen, die Ihre Menschheit durchfüttern sollen?

(Amira Mohamed Ali [DIE LINKE]: Hä?)

Sie müssen sich von einer vorlauten Frau Foroutan anhören, dass Deutschland niemandem, aber vor allen Dingen nicht den Deutschen gehört. Das ist aber immer noch unser Land, und immer mehr Teile unseres Volkes erkennen das und erkennen auch, dass es Zeit ist, ihre Stimme zu erheben.

Die AfD wird Identität und Solidarität – oder wie Frau Baerbock sagen würde: Solidärität – wieder ins Gleichgewicht bringen. Kümmern Sie sich weiterhin um die Menschheit. Wir kümmern uns um Deutschland.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Josephine Ortleb [SPD]: Wer ist denn "wir"?)

# Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Ich grüße Sie herzlich von hier aus. – Die Kollegin Kerstin Radomski hat jetzt das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

# Kerstin Radomski (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Bei den Haushaltsberatungen über den Etat des Bundeskanzlers möchte ich zuerst einen Blick auf den Bereich Kultur werfen. Bereits zur Halbzeit scheint hier leider die Puste auszugehen. Die Ambition und der Gestaltungswille in diesem Bereich, die so dringend nötig wären, sind im Kulturbudget kaum zu erkennen. Die Pressemitteilung

#### Kerstin Radomski

(A) der BKM im Juli mag uns 111 Millionen Euro mehr im Kulturhaushalt versprechen, frei nach dem Motto "Traue keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast".

(Otto Fricke [FDP]: Na, na, na!)

Schauen wir uns das mal genauer an. Vergleichen wir die Etatentwürfe 2023 und 2024, sehen wir einen Rückgang um 43 Millionen Euro.

Weitere wichtige Vorhaben im Kulturbereich liegen brach. Ein besonders frappierendes Beispiel ist die Situation der Filmförderung. Die deutsche Film- und Fernsehwirtschaft steht vor enormen Herausforderungen. Die Kosten steigen, und die Branche erwartet zu Recht eine Reform – wichtig ist die Betonung auf "Reform" –, die deren Weiterentwicklung fördert. Im Entwurf steht eine Kürzung. Ich möchte hier darauf hinweisen: Es geht nicht immer nur um Geld, manchmal geht es einfach darum, dass man Reformprozesse anschiebt – auch als Ampel.

(Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: So ist es!)

Die Kulturstaatsministerin sagte im Februar: Wir werden ein Gesetzgebungsverfahren starten. – Der Bundeskanzler sagt: Im nächsten Jahr wird entschieden. – Es ist höchste Zeit, dass endlich echte Schritte unternommen werden, um die Filmwirtschaft zu stärken und nicht zu schwächen.

# (Beifall bei der CDU/CSU)

Ein weiteres Versprechen, das ins Leere zu verhallen scheint, betrifft den Vertrieb von Presseerzeugnissen. Im Koalitionsvertrag wurde zugesichert, eine flächendeckende Versorgung mit Presseprodukten sicherzustellen. Doch seit zwei Jahren warten wir vergeblich auf konkrete Maßnahmen oder Reformen, die diese Versorgung gewährleisten sollen. Bundesländer wie Sachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Bremen und Schleswig-Holstein unterstützen das Vorhaben. Es ist enttäuschend, zu sehen, wie wenig Interesse hier an der Unterstützung eines lebendigen und vielfältigen Medienumfeldes besteht.

## (Beifall bei der CDU/CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als konstruktive Opposition möchte ich auch die wenigen positiven Aspekte erwähnen, die von der Ampelkoalition umgesetzt wurden oder – in diesem Fall – nicht umgesetzt wurden. Während der letzten Beratungen haben wir eine Debatte über die Kuppelinschrift am Berliner Schloss geführt. Die ursprünglichen Pläne der Bundesregierung sahen vor, diese Inschrift zu überblenden.

Hier gebührt Frau Roth unser Dank dafür, dass sie von diesem Vorhaben Abstand genommen hat.

(Dr. Gesine Lötzsch [DIE LINKE]: Falsch!)

Schon in meiner vorherigen Rede habe ich darauf hingewiesen, dass die Kosten für diese Überdeckung nicht feststehen, und nun wissen wir: Diese Überblendung hätte 700 000 Euro verschlungen.

(Zuruf des Abg. Dr. Götz Frömming [AfD])

Also, danke schön, dass Sie an dieser Stelle einsparen!

Für uns als Union ist in Zeiten von Flucht und Vertreibung ein Thema ganz wichtig. Es ist für uns unverständlich, warum die Förderung zur baulichen Notsicherung von Schloss Steinort nicht fortgeführt wird. Wir haben uns immer über alle Fraktionsgrenzen hinweg für die Sanierung eingesetzt, und ich fände es schön, wenn wir in den Haushaltsberatungen noch einmal darauf schauen.

Neben dem Bereich Kultur gehört zum Etat "Bundeskanzler und Bundeskanzleramt" auch der Erweiterungsbau des Bundeskanzleramtes. - Schön, dass Sie da sind, Herr Bundeskanzler! Schauen wir uns das mal genau an. Ihr Bundesfinanzminister hat von diesem Bau Abstand genommen, zumindest laut Medien. Für den Erweiterungsbau des Bundeskanzlers wird derzeit noch mit 777 Millionen Euro geplant. Der Bundesrechnungshof geht schon jetzt davon aus, dass dieser Kostenrahmen nicht eingehalten werden kann. Ich bin gespannt, ob das jetzt schon Makulatur ist; das werden sicherlich die kommenden Haushaltsberatungen zeigen. Wir sind alle gespannt auf den Bericht Ihres Amtes zum Fortschritt des Baus und zu den zukünftigen Kosten, die damit verbunden sind. Eines steht nämlich fest: Die Entscheidung zur Fortführung dieses Bauvorhabens sendet das Signal aus, dass die Zeitenwende, die von Ihnen immer bemüht wird, in Ihrem eigenen Etat nicht ernst genommen wird.

Und heute haben wir einen neuen Begriff kennengelernt: den Deutschlandpakt.

Herr Bundeskanzler, das ist das Neue, was wir bedienen sollen. Ich habe mir das mal angeguckt. Der erste Punkt im Deutschlandpakt betrifft Planung, Genehmigung und Umsetzungsbeschleunigung im Verhältnis zwischen Bund und Ländern. Ein wichtiger Unterpunkt ist die Digitalisierung von Planungs- und Genehmigungsverfahren. Dabei soll auch künstliche Intelligenz eingesetzt werden, und der Bund und die Länder sollen enger miteinander zusammenarbeiten.

Wie passt dazu – oder haben Sie das geschrieben, bevor Sie mit dem Finanzminister in die Haushaltsberatungen gegangen sind? -, dass Sie im Kanzleramt eine Kürzung im Titel "Stärkung Datenkompetenz Bundeskanzleramt" vornehmen? Ich kann auch in anderen Einzelplänen etwas dazu finden: Kürzungen im Bereich "Digitale Infrastruktur und Verkehr", Einschnitte im Bereich "Digitale Verwaltung". Im Bereich "Inneres und Heimat" kommt es zu Kürzungen, und auch im Einzelplan "Bildung und Forschung" - die Bildungs- und Forschungsministerin ist anwesend – kommt es im Bereich "Innovative Softwaresysteme" zu Kürzungen, auch bei künstlicher Intelligenz und IT-Infrastruktur usw. usf. So stelle ich mir einen Pakt für Deutschland, der die Digitalisierung beschleunigen soll, eigentlich nicht vor. Überall da, wo ich KI in verschiedenen Einzelplänen finde, kürzen Sie die Mittel. Ich finde das sehr schade. Sie kündigen nur an; aber Sie setzen nicht um, nicht einmal in den Bereichen, wo Sie als Regierung wirklich die Möglichkeit dazu haben.

#### Kerstin Radomski

(A) Ich setze meine Hoffnung auf die Kollegen von der Ampel und auf unsere gemeinsamen Haushaltsberatungen, dass wir da noch einiges zum Guten wenden können.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU – Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: Das wird schwierig! – Dorothee Bär [CDU/CSU]: Die Hoffnung stirbt zuletzt!)

## Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Erhard Grundl spricht jetzt zu uns für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

## Erhard Grundl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Für die alte Synagoge an der Reichenbachstraße in München konnte im Juni das Richtfest gefeiert werden. Der Wiederaufbau dieser Synagoge ist bemerkenswert. Die Stadt München, der Freistaat Bayern, die Bundesregierung und ein unglaubliches Engagement aus der Gesellschaft heraus haben diesen Wiederaufbau möglich gemacht. Diese Synagoge ist Zeugin deutscher Geschichte, und Geschichte erledigt sich nicht. Bayerns Ministerpräsident Söder hat kürzlich ein antisemitisches Flugblatt aus dem Schulranzen seines Stellvertreters als besonders eklig bezeichnet. Als ginge es hier um eine Geschmacksfrage! Der Umgang mit menschenverachtenden Machwerken ist keine Geschmacksfrage.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Unsere gemeinsame Erinnerungspolitik ist eine der bedeutendsten Errungenschaften der Bundesrepublik Deutschland. Unsere Erinnerungskultur ist nicht ohne Selbsterkenntnis und die Übernahme von Verantwortung möglich. Wir haben uns bisher gemeinsam dieser Verantwortung gestellt. Zur Erinnerungskultur gehört die schmerzliche Erkenntnis – heute mehr denn je –, dass die deutschen Nationalsozialisten 1933 nicht von irgendwoher kamen oder von einem Raumschiff heruntergebeamt wurden und dass das nationalsozialistische, rassistische und antisemitische Gedankengut 1945 eben nicht für immer besiegt wurde.

Es geht immer um mehr als um den Blick zurück. Aktive Erinnerungskultur richtet sich auf Gegenwart und Zukunft. Sie sucht nach weltanschaulichen Kontinuitäten, sie schließt Wissenslücken, und sie steht derzeit vor großen, neuen Aufgaben. Es geht um Geschichtsvermittlung in unserer Einwanderungsgesellschaft. Es geht darum, bewährte Programme wie "Jugend erinnert" zu stärken. Es geht um die Restitution von NS-Raubgut aus jüdischem Vorbesitz und die Stärkung der Rechte der Nachkommen. Es geht darum, neue Formate zu finden für die Zeit, in der uns die Zeitzeuginnen und Zeitzeugen mit ihrem Wissen und ihren Erfahrungen nicht mehr zur Seite stehen. Es geht um die Aufarbeitung deutscher Kolonialverbrechen, um die Restitution von Raubgut aus kolonialem Kontext und die Rückgabe von menschlichen

Gebeinen. Umso wichtiger ist es, dass der Kulturhaushalt (C) 2024 auf hohem Niveau stabil ist. Umso wichtiger ist es, die Erinnerungskultur weiter zu stärken.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich hoffe darauf, dass dieses Anliegen ohne Abstriche Regierung, Linke und Union im Deutschen Bundestag eint.

Herzlichen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD, der FDP und der LINKEN)

# Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Mir liegen zum Einzelplan des Bundeskanzleramtes keine weiteren Wortmeldungen vor. Deswegen beenden wir die Debatte zu diesem Einzelplan.

Wir kommen zu unserem nächsten Einzelplan, dem Einzelplan 05. Da geht es um den Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes.

Ich bitte Sie herzlich, sofern es Wechseleien geben soll, diese schnell zu vollziehen.

Für die Bundesregierung spricht die Bundesaußenministerin Annalena Baerbock.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

(D)

**Annalena Baerbock,** Bundesministerin des Auswärtigen:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der letzte Freitag war für Millionen von Mädchen und Jungen in der Ukraine eigentlich ein besonderer Tag. Denn am 1. September hat in der Ukraine eigentlich für alle Kinder das neue Schuljahr begonnen. Der Schulstart ist in der Ukraine normalerweise ein Festtag, noch viel größer als bei uns Einschulungsfeiern für Erstklässler, mit Blumen im Haar, mit ganz vielen Süßigkeiten, mit Familie und Freundinnen und Freunden. Seit 559 Tagen ist aber nichts mehr normal in der Ukraine. Viel öfter als die Schulglocke hören die Kinder dort den Bombenalarm, weil sie seit 559 Tagen im Krieg leben. Laut UNICEF können weiterhin nur ein Drittel der ukrainischen schulpflichtigen Kinder regelmäßig die Schule besuchen. Seit Beginn des Krieges wurde jeden zweiten Tag eine Schule zerstört, und zwar ganz bewusst eine Schule, ganz gezielt. Ein Bruch des Völkerrechts, ein Bruch der Menschlich-

Mein ukrainischer Amtskollege Dmytro Kuleba hat mir vor ein paar Tagen beim Treffen der EU-Außenministerinnen und -minister in Toledo von der Schule in seinem Heimatdorf erzählt. Auch hier sollte am 1. September die Schule eigentlich wieder starten. Aber ein paar Tage vorher, als alle Lehrerinnen und Lehrer im Land den Schulstart vorbereiteten, kreiste in diesem kleinen Ort über der Schule eine Drohne, nur eine einzige Drohne über dem Ort, ganz gezielt über dieser Schule. Und sie kreiste und kreiste, obwohl die Kampflinie in der Oblast Sumy ei-

#### Bundesministerin Annalena Baerbock

(A) gentlich relativ weit weg war. Nach einigem Kreisen schlug sie zu, ganz gezielt, ganz gezielt auf die Schule. Mehrere Lehrkräfte wurden getötet, weitere verletzt. Der eigentlich schönste Tag im Leben von Erstklässlern wurde zum Trauertag.

Warum sage ich das erneut auch hier in dieser Debatte? Weil wir aus meiner Sicht bei unseren Diskussionen der letzten Wochen manchmal etwas vergessen haben: dass mitten in Europa weiterhin ein Krieg tobt, jeden Tag, 559 Tage, ein Krieg, der jeden Tag Menschen tötet, der jeden Tag Frauen, Männern und Kindern ihr Zuhause nimmt, ein Krieg, der uns in unserer Außen- und Sicherheitspolitik, aber auch in unseren wirtschaftlichen Antworten zu einem neuen Denken zwingt. Das ist die Lage, in der wir den Haushalt für das nächste Jahr aufstellen.

Und ja, wir alle müssen schmerzhafte Einschnitte akzeptieren. Ich kann jede und jeden verstehen, die oder der auf mehr Spielraum gehofft hat; das haben wir ja in den letzten anderthalb Tagen gemeinsam diskutiert. Aber ich glaube, es hilft relativ wenig, sich einfach was zu wünschen. Wir können uns die Schuldenbremse nicht wegwünschen. Trotz der Zeitenwende - so ehrlich müssen wir sein – gibt es schlichtweg, und zwar hier im gesamten Deutschen Bundestag, nicht die nötige parlamentarische Zweidrittelmehrheit, um das zu ändern. Deswegen arbeiten wir mit den Rahmenbedingungen, die wir haben, pragmatisch und zielgerichtet. Denn das ist das, was die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land von uns erwar-

#### (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP) (B)

Und ja, da muss ich, glaube ich, keinen Hehl daraus machen, dass gerade in dieser Lage, in der ein Krieg in Europa tobt, auch mir die Einschnitte in meinem Einzelplan für das Budget des Auswärtigen Amtes wehtun. Deshalb setzen wir auch hier unter den gegebenen Rahmenbedingungen, die wir nun mal alle miteinander haben, Prioritäten – pragmatisch und zielgerichtet.

Erstens werden wir unsere Unterstützung für die Ukraine fortsetzen, solange die Menschen in der Ukraine das brauchen:

# (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

mit Waffenlieferungen zur Selbstverteidigung, um weitere Drohnen abfangen zu können, mit humanitärer Hilfe, mit großen Entminungsprogrammen und vor allen Dingen mit politischer Unterstützung in den Vereinten Nationen, der EU, der NATO, aber gerade auch – das darf man nicht vergessen, und ich bin da insbesondere den zuständigen Abgeordneten dieses Hauses sehr dankbar - mit der Unterstützung der OSZE und des Europarates. Denn es geht hier auch um die Sicherung unserer Friedensordnung in Europa.

# (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

Zweitens. Wir investieren prioritär und stärker als zuvor in unsere globalen Partnerschaften. Die Zusammenarbeit mit unseren engen Partnern in Europa und den USA bleibt wichtig. Aber es wird in Zukunft noch stärker darauf ankommen, wie wir mit Ländern zusammenarbeiten, deren Freundschaft wir in den letzten Jahren vielleicht als etwas zu selbstverständlich hingenommen haben. Wir senden daher nicht nur ein klares Signal, das sagt: "Wir vergessen euch nicht, auch wenn in Europa ein Krieg tobt. Wir vergessen nicht eure Sicherheitssorgen", sondern wir sagen auch sehr deutlich: "So wie ihr auf der Welt für uns Europäer da seid, wenn die europäische Friedensordnung angegriffen wird, so sind wir für euch da."

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der

So sind wir zum Beispiel jetzt für unsere Partner von ECOWAS da. Denn wie sagte meine senegalesische Kollegin, die gerade hier in Berlin zu Besuch war, richtigerweise? - Wenn eine Demokratie weggeputscht wird, dann können andere Demokratien nicht einfach wegsehen.

# (Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Deswegen haben wir auf deutsch-französische Initiative hin ein EU-Sanktionsregime angestoßen, mit dem wir unsere Partner in Westafrika genau jetzt noch stärker unterstützen können. Denn unsere Partnerschaften sind für uns – das spüren wir; das haben wir in der Nationalen Sicherheitsstrategie verankert – überlebenswichtig, wenn es darum geht, unsere Sicherheit zu verteidigen, aber auch, wenn es darum geht, die Klimakrise einzudämmen, die größte Sicherheitsgefahr weltweit, und auch, wenn (D) wir für Menschen Verantwortung übernehmen, die weltweit unsere Hilfe dringend brauchen.

Auf der ganzen Welt gehen fast 800 Millionen Menschen jede Nacht hungrig ins Bett. Deswegen war es mir wichtig, dass wir weiterhin ein schlagkräftiges Budget für humanitäre Hilfe haben mit einem pragmatischen Ansatz, der es uns erlaubt, schnell zu handeln. Und ja, auch hier mussten wir gewaltige Einschnitte hinnehmen. Aber wir haben uns in der Koalition gemeinsam darauf verständigt, dass wir Spielräume nutzen werden, um ad hoc auf neue Krisen mit humanitärer Hilfe reagieren zu können.

# (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

Wir investieren in unsere Partnerschaften, auch mit schnelleren, digitalen Visaverfahren und mit einer starken Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Denn gerade für die Fachkräftegewinnung braucht es mehr als Deutschangebote weltweit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir befinden uns im größten außen- und sicherheitspolitischen Umbruch seit Ende des Kalten Krieges. Das haben wir uns nicht ausgesucht. Aber wir können entscheiden, jeden Tag aufs Neue, wie wir darauf reagieren. Und das tun wir, geschlossen europäisch, gemeinsam mit unseren weltweiten Partnern, damit auch den Schülerinnen und Schülern in der Ukraine irgendwann – auch wenn wir nicht wissen, wann - die Schulglocke vertrauter klingt als der Bombenalarm, für ein friedliches und freies Europa, für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land.

### Bundesministerin Annalena Baerbock

(A) Herzlichen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

# Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Das Wort für die CDU/CSU-Fraktion hat der Kollege Dr. Johann Wadephul.

(Beifall bei der CDU/CSU)

## Dr. Johann David Wadephul (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte für die CDU/CSU-Fraktion sagen, dass wir die Einschätzungen der Bundesaußenministerin, was die Herausforderungen für die westliche Welt, für Europa, für Deutschland angeht, teilen. Ich halte es für einen Wert an sich, dass wir bis auf ganz links und ganz rechts im Deutschen Bundestag, in der Mitte dieses Hauses – unser Fraktionsvorsitzender hat es heute Morgen schon angesprochen –, einen breiten Konsens haben, der eindeutig ist und klar zum Ausdruck bringt, dass man diese russische Aggression niemals akzeptieren wird. Es darf nicht sein, dass im 21. Jahrhundert eine atomar bewaffnete, revanchistische Kraft wieder Landgewinne macht. Das dürfen wir nicht zulassen. Wir müssen hier zusammenstehen und die regelbasierte Ordnung verteidigen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

(B) Dafür sind wir zusammengerückt und haben unter anderem das Sondervermögen verabschiedet; das ist Ausdruck dieser Einigkeit. Das war für manche ein weiter Weg.

Ich möchte zu der heutigen Bemerkung des Bundeskanzlers, was den Zustand der Bundeswehr angeht, der in der Tat an manchen Stellen wirklich beklagenswert ist, sagen: Niemand aus der Union hat je bestritten, dass wir dafür in Deutschland politische Verantwortung getragen haben und auch weiterhin tragen.

(Aydan Özoğuz [SPD]: Na ja!)

Bloß, Herr Kollege Coße, liebe Freundinnen und Freunde der sozialdemokratischen Fraktion, Sie waren es, die die Umsetzung des 2-Prozent-Zieles verhindert haben. Wir hätten das gewollt, Sie waren dagegen. Finanzminister Scholz war dagegen, und Sie haben noch Bundestagswahlkampf gegen die Bundeswehr und eine bessere Finanzausstattung der Bundeswehr gemacht. Das ist schon Teil der Wahrheit.

# (Beifall bei der CDU/CSU)

Wenn man sich heute hinstellt und sagt: "Ja, 2026/2027 brauchen wir 30 Milliarden Euro", dann trifft das doch den Punkt, den Friedrich Merz heute Morgen gemacht hat. Es ist doch völlig illusorisch, dass das finanziert werden kann. Denken Sie doch nur mal an Ihre Auseinandersetzungen um die Finanzierung der Kindergrundsicherung: Zwischen 2 und 12 Milliarden Euro standen im Raum; Sie sind bei 2,4 Milliarden Euro gelandet. – Es ist doch völlig illusorisch, dass sich 2027 irgendeine Wunderkiste öffnet, aus der dann ein Finanzminister

30 Milliarden Euro herausnimmt. Sie arbeiten, was die (C) Bundeswehr angeht, mit ungedeckten Schecks, und das ist unverantwortlich.

## (Beifall bei der CDU/CSU)

Wenn Sie jetzt eindringlich und richtig die traurige Situation in der Ukraine schildern, Frau Außenministerin, dann kann ich der Ampel insgesamt nicht ersparen, darauf hinzuweisen, dass die gesamte Kriegssituation, die wir vorfinden und die zu der nur langsamen Gegenoffensive mit hohen Verlusten der Ukraine führt, sich deshalb so darstellt, weil Deutschland zu spät geliefert hat. Der Bundestag hatte schon im vergangenen Frühjahr – es gab starke Initiativen aus den Koalitionsfraktionen - klar beschlossen, schwere Waffen zu liefern. Und es ist Ihre gemeinsame politische Verantwortung, dass diese Waffen so spät geliefert wurden. Das hat es den Russen ermöglicht, sich einzugraben und alles zu verminen, und darunter leidet jetzt die Ukraine in ihrer Kriegsführung. Die ganze Situation, das militärische Dilemma, das wir jetzt in der Ukraine erleben, können Sie – das tut mir leid – nicht nur auf die Zögerlichkeit des Herrn Bundeskanzlers schieben,

(Aydan Özoğuz [SPD]: Das tun wir auch nicht! Das machen Sie!)

sondern dafür tragen auch Sie die politische Verantwortung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Nach zwei Jahren kann man ja, Frau Außenministerin, eine erste Zwischenbilanz ziehen. Und ich muss sagen: (D) Wir sind stark desillusioniert. Sie sind in vielen Bereichen ideenlos, konzeptionslos und stehen mit leeren Händen da. Das gilt ja selbst für Vorzeigeprojekte wie die feministische Außenpolitik, die Sie formulieren, die Sie für sich in Anspruch nehmen, bei der es sich aber leider nur um schöne Worte handelt. Denken Sie beispielsweise an die Situation der Frauen im Iran. Die Bundesregierung nutzt keine ihrer Möglichkeiten, um wirklich Druck auf das Regime im Iran auszuüben und die Situation der Menschen und insbesondere der Frauen dort wirklich zu verbessern.

(Beifall bei der CDU/CSU – Widerspruch bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Nationale Sicherheitsstrategie, ein Vorzeigeprojekt, wurde deutlich verzögert und war am Ende ein Torso. Weshalb? Weil die Bundesaußenministerin dagegen war, dass wir einen Nationalen Sicherheitsrat einrichten, obwohl alle Fachleute sagen: Wir brauchen eine koordinierende, analysierende, aber auch die Reaktionen steuernde Stelle in der Bundesregierung. – Die FDP hatte das klar gefordert. An der Stelle konnte sie sich nicht durchsetzen, an manch anderer Stelle in jüngerer Zeit ja schon. Man muss jedenfalls sagen: Die Nationale Sicherheitsstrategie in der Form ist das Papier nicht wert, auf dem sie steht.

(Beifall bei der CDU/CSU – Aydan Özoğuz [SPD]: Nur weil Ihre Wünsche nicht drinstehen!)

### Dr. Johann David Wadephul

(A) Ihre letzte missglückte Reise, Frau Außenministerin, steht ein bisschen exemplarisch für den Anspruch, den sie mit Ihren Reisen verbinden. Das verkommt mir immer mehr zu einer Großinszenierung der Außenministerin anstatt von Arbeitsbesuchen, die stattfinden müssen. Sie verstoßen selber gegen den eigenen Grundsatz, mehr Linie zu fliegen. Gerade bei der letzten Reise wäre das, glaube ich, ganz wichtig gewesen.

# (Zuruf des Abg. Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN])

Aber warum haben Sie dann nicht die Chance genutzt, dort in der Region Besuche nachzuholen, mit der Arabischen Liga zu diskutieren, warum Syrien wieder aufgenommen wird, mit Saudi-Arabien zu besprechen, ob es richtig ist, BRICS beizutreten? Außenministerin zu sein, heißt, nach draußen zu gehen, Diplomatie zu betreiben, Gespräche zu führen, in der Region zu sein, jetzt etwa in der Sahelregion. Das, was sie dort machen, ist Arbeitsverweigerung, Frau Außenministerin. Da erwarten wir von der Amtsinhaberin mehr.

# (Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf des Abg. Ulrich Lechte [FDP])

Stichwort "Sahel": Dass wir uns im dortigen Einsatz in einem Dilemma befinden, liegt erheblich in Ihrer Verantwortung. Das BMVg - Frau Lambrecht damals noch wollte dort schon im letzten Jahr raus und hat gesagt: Der Auftrag ist nicht mehr ausführbar. - Bundesminister Pistorius hat gleich nach Amtsantritt gesagt: Es ist nicht sinnvoll, dass wir dortbleiben. - Die CDU/CSU-Fraktion hat mehrere Anfragen gestellt, Anmahnungen vorgenommen und am Ende gesagt: Der Fortsetzung des Mandats stimmen wir nicht zu. - Sie haben uns gesagt, das sei unverantwortlich, wir würden unsere internationale Verantwortung nicht wahrnehmen. Sie haben uns gesagt, zum 31. Dezember könnten wir gar nicht rausgehen. Jetzt wird uns gesagt: Zum 31. Dezember schaffen wir es, und wir müssen es schnell schaffen. - Aber die Soldatinnen und Soldaten sind einer hohen Gefährdung in der dortigen Situation ausgesetzt, und wir hoffen, dass wir sie alle herausbekommen. Es besteht eine hohe Gefahr, dass wir dort viel Material verlieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann es Ihnen nicht ersparen: In diese Situation sind Sie im Blindflug geraten. Sie haben alles mitgemacht, was die Außenministerin an der Stelle wollte. Das war nicht notwendig. Es ist an der Stelle Ihre politische Verantwortung, dass wir in der Sahelzone vor einem Trümmerhaufen der deutschen Politik stehen

# (Dr. Marcus Faber [FDP]: Wer ist denn dahin gegangen?)

und dass Soldatinnen und Soldaten sich dort in erheblichen Gefahren befinden. Wir können nur hoffen, dass am Ende alles gut geht. Aber diese Gefährdung wäre nicht nötig gewesen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU)

# Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

(C)

Wiebke Papenbrock hat jetzt das Wort für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

## Wiebke Papenbrock (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir jetzt in die Haushaltsberatungen und damit auch in die Beratungen zum Etat des Auswärtigen Amtes gehen, lassen Sie uns mal ein paar Monate zurückblicken, und zwar in den Februar, als Teile der Türkei und Syriens von einem schweren Erdbeben zerstört wurden. Deutschland hat unmittelbar nach dem Beben Rettungsteams in die betroffenen Regionen entsandt. Diese Soforthilfen sind Teil unserer deutschen Außenpolitik. Das Deutsche Rote Kreuz war nur einen Tag nach dem Beben vor Ort, und die Such- und Bergungsteams vom Technischen Hilfswerk wurden ebenfalls in Windeseile mobilisiert. Unsere Katastrophenschützer haben also sehr schnell herausragende Hilfe geleistet, und dafür möchte ich allen Helferinnen und Helfern an dieser Stelle einmal meinen großen Dank aussprechen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP und der LINKEN)

Das Beispiel unserer Nothilfe im türkisch-syrischen Grenzgebiet macht deutlich, dass wir sehr schnell reagieren können und dass wir da sind, wenn es darauf ankommt. Es macht deutlich, dass wir zu unserer internationalen Verantwortung stehen. Und auch wenn der Etat des Auswärtigen Amtes im nächsten Jahr voraussichtlich kleiner ausfällt: Deutschland war immer verlässlich und wird es auch bleiben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Viele Menschen in der Türkei und in Syrien sind infolge des Erdbebens auf humanitäre Hilfe angewiesen. Nach den Soforthilfen geht es jetzt um den Wiederaufbau und darum, die Folgen des Unglücks abzufedern. Dabei werden die Türkei und Syrien unter anderem vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung unterstützt. Hier möchte ich noch mal betonen, dass die Zusammenarbeit der beiden Häuser, also Auswärtiges Amt und Bundesentwicklungsministerium, auch an anderer Stelle gut funktioniert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Ulrich Lechte [FDP])

Damit wir Menschen besser helfen und unsere humanitäre Hilfe gezielter einsetzen können, brauchen wir auch Früherkennungssysteme. Daran müssen wir arbeiten. Wir brauchen Systeme, die uns helfen, Krisen schon im Vorfeld zu erkennen. Und möglich machen das IT-Programme, die Prognosen für die Zukunft erstellen. Sie sind auch schon bei uns im Einsatz und arbeiten unter anderem mit künstlicher Intelligenz. Ziel ist es, dass Notlagen im Voraus erkannt werden und dadurch besser ein-

### Wiebke Papenbrock

(A) gedämmt werden können. So lassen sich letztlich auch die Haushaltsmittel effektiver und effizienter einsetzen. Die IT der Bundesverwaltung wird und muss dafür in den nächsten Jahren weiter ausgebaut werden, auch weil die Cybersicherheit immer wichtiger wird. Ich denke, da sind wir uns alle einig.

Die Digitalisierung war schon in den vergangenen beiden Jahren ein Schwerpunkt von uns Ampelhaushältern, und sie wird es auch bleiben, wenn wir jetzt in die Beratungen zum Haushalt 2024 gehen. Wir wollen das Thema unbedingt voranbringen.

Digitale Lösungen spielen auch bei der Visum- und Passvergabe für ausländische Fachkräfte eine wichtige Rolle. Lassen Sie mich das anhand des Bundesamtes für Auswärtige Angelegenheiten erläutern. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes kümmern sich bei uns zentral um die Vergabe der Visa, die von Deutschland aus bearbeitet werden. Der Bedarf ist hier groß, und wir wissen ja alle, dass wir diese Visaverfahren brauchen. Das Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten möchte ab dem nächsten Jahr etwa 100 000 Visabearbeitungen pro Jahr erreichen. Damit man sich das besser vorstellen kann: Das bedeutet eine Vervierfachung. Darum wird es auch gehen, wenn wir jetzt in die parlamentarischen Beratungen einsteigen: dass wir alles daransetzen, die Vorteile der Digitalisierung voll für uns zu nutzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Ich möchte an dieser Stelle auch mal ein Beispiel nennen, wo wir schon weit gekommen sind: Das ist das Auslandsportal. Das Auslandsportal ist die digitale Plattform des Bundes, über die sich künftig viele Anträge online erledigen lassen, für die man bisher in eine Botschaft gehen musste. So sollen zum Beispiel Deutsche, die im Ausland leben, über das Auslandsportal ihren Reisepass oder Personalausweis online beantragen können. Hier läuft derzeit unter anderem in London und Oslo ein Pilotprojekt. Ziel muss es sein, die weltweit rund 230 deutschen Vertretungen im Ausland so weit nach vorne zu bringen, dass Papierformulare durch schnelle Digitalanträge ersetzt werden. Ein wichtiges Vorhaben, wie ich finde.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Wir investieren also in die Digitalisierung und entlasten damit unsere Bürgerinnen und Bürger, die Unternehmen und Behörden. Außerdem sorgen wir dafür, dass wir auch international weiter zusammenhalten.

Ich möchte zum Schluss noch auf ein anderes Thema zu sprechen kommen, das mir sehr am Herzen liegt: unsere Auswärtige Bildungspolitik. Hier geht es mir vor allem um die Förderung der deutschen Sprache. Sprache verbindet. Wer sich versteht, kommt schneller zusammen. Und das wollen wir ja: dass sich Menschen verstehen, sich an einen Tisch setzen und sich austauschen.

Ich will das an einem Beispiel aus meinem Wahlkreis deutlich machen. Der Landkreis Prignitz im Nordwesten Brandenburgs arbeitet seit einigen Jahren mit dem Kreis Alba in Rumänien zusammen. Das liegt in Siebenbürgen (C) in Zentralrumänien. Kürzlich war eine Delegation um unseren Landrat dort. Bei diesem Besuch wurde beschlossen, diese Partnerschaft auszubauen, unter anderem bei der dualen Ausbildung, bei Praktika und beim Austausch von Azubis. Einige dieser jungen Menschen möchten vielleicht später zu uns nach Deutschland kommen, um hier zu arbeiten und zu leben. Und andere nehmen vielleicht einen Job bei einem deutschen Unternehmen mit einer Niederlassung in Rumänien an. Mit Blick auf die Berufschancen hilft es sehr, wenn man an der Schule Deutsch gelernt oder an einem Austausch nach Deutschland teilgenommen hat. Was heißt das nun für unsere deutsche Außenpolitik? Die Bundesrepublik fördert gezielt Lehrerinnen und Lehrer, die an staatlichen Schulen und Bildungseinrichtungen in Rumänien Deutsch unterrichten.

Das ist nur eines von vielen Beispielen, das zeigt, wie wir weltweit unsere Sprache fördern. Als Haushälterin ist mir diese Sprachförderung ein besonderes Anliegen. Deshalb nehme ich auch dieses Thema mit in die Beratungen.

(Dr. Götz Frömming [AfD]: Kümmern Sie sich auch um die Bildung in Deutschland?)

Ich freue mich auf Ihre breite Unterstützung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

(D)

# Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Das Wort für die AfD hat Dr. Michael Espendiller.

(Beifall bei der AfD)

# Dr. Michael Espendiller (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kollegen! Liebe Zuschauer im Saal und bei Youtube! Und natürlich sehr geehrte Frau Außenministerin Baerbock! Wir haben heute den 6. September 2023, und noch immer sind die Strompreise in Deutschland ebenso astronomisch hoch wie die Preise für Gas, Öl, Benzin oder – hier sind sie etwas gefallen – Lebensmittel. Der Lebensstandard beginnt für immer mehr Menschen in Deutschland zu sinken. Jobs gehen verloren, während Unternehmen aus dem Land abwandern oder dichtmachen.

Das liegt natürlich zum einen an der "dümmsten Energiepolitik der Welt", wie das "Wall Street Journal" es einmal so schmerzhaft treffend auf den Punkt gebracht hat, und es liegt an viel zu hohen Steuern, Abgaben und einer irren Bürokratie, kurzum an einer grünen Industrievernichtungspolitik.

# (Beifall bei der AfD)

Es liegt aber auch an der deutschen Außenpolitik. Wenn wir also heute über den Etat des Auswärtigen Amtes sprechen, dann reden wir nicht nur über die 6,2 Milliarden Euro, die das Haus von Frau Baerbock den Steuerzahler direkt kostet, sondern wir müssen auch über die indirek-

### Dr. Michael Espendiller

(A) ten Kosten reden, die die Politik der Ampelregierung in Deutschland verursacht. Frau Baerbock, Sie wissen vermutlich schon, worauf ich hinauswill.

Seit Beginn des Ukrainekrieges, den auch unsere Fraktion klar verurteilt, erzählen wir Ihnen hier wieder und wieder und wieder, dass Sanktionen gegen Russland die falsche diplomatische Antwort auf diesen Angriffskrieg sind

## (Beifall bei der AfD)

Und wieder und wieder haben wir Ihnen gesagt, dass wir damit nicht Russland schaden, sondern uns selbst, unserem Land, unserem Industriestandort und unserem Wohlstand.

Und jetzt haben wir den Salat, und das Geheule ist wieder mal groß. Exemplarisch darf man sich das aktuelle Cover des Magazins "Der Spiegel" anschauen: "Alle schaffen Wachstum – wir nicht" steht da zu lesen. Während alle anderen Länder positive BIP-Wachstumsraten haben, hat Deutschland negative Wachstumsraten. Glücklicherweise hat man in dieser Grafik Russland weggelassen; aber selbst dort rechnet man mit einem BIP-Wachstum von 1,5 Prozent.

Und siehe da: Nachdem wir Ihnen genau das von Anfang an prophezeit haben und Sie nach anderthalb Jahren nicht mehr an der Realität vorbeikommen, sagen Sie selbst, Frau Baerbock – ich zitiere –: "Eigentlich hätten wirtschaftliche Sanktionen wirtschaftliche Auswirkungen. Das ist aber nicht so."

## (Zuruf von der AfD: Aha!)

(B) Und auch da muss ich Sie korrigieren, Frau Baerbock: Ihre Sanktionen haben wirtschaftliche Auswirkungen, und zwar negative. Aber eben nicht auf Russland, sondern auf uns selbst!

# (Beifall bei der AfD)

Das Land, dem Sie mit Sanktionen schaden wollten, hat ein Wirtschaftswachstum, während unsere Wirtschaft schrumpft. Das Schrumpfen unserer Wirtschaft sieht man exemplarisch auch an den Geldabflüssen aus Deutschland. Rund 125 Milliarden Euro mehr Direktinvestitionen flossen 2022 aus Deutschland ab als im gleichen Zeitraum in die Bundesrepublik investiert wurde. Das heißt konkret, dass deutsche Unternehmen im Ausland circa 135 Milliarden Euro investiert haben, während ausländische Unternehmen in Deutschland gerade einmal 10,5 Milliarden investiert haben. Es geht also viel mehr raus als rein, und zwar um den Faktor 13. Dass das ein Riesenproblem ist, liegt auf der Hand.

Und da wäre es an der Zeit, dass Sie als Außenministerin sich mal an Ihre Kernaufgabe erinnern, und zwar die Vertretung deutscher Interessen.

# (Beifall bei der AfD)

Es wäre an der Zeit, dass Sie mal Ihren Charme spielen lassen, ein paar Staatsbesuche machen und neue, ernsthafte Partnerschaften auf Augenhöhe begründen. Aber Sie machen leider das Gegenteil. Dazu wird der Kollege Keuter dankenswerterweise gleich noch ausführlich ausführen.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will stattdessen noch auf einen anderen Punkt eingehen, den ich Ihnen und Ihrer gesamten Ampelregierung besonders übel nehme, weil er unserem Land im internationalen Ansehen in einem Ausmaß geschadet hat, das wir jetzt noch gar nicht vorausberechnen können. Als am 26. September letzten Jahres die Nord-Stream-Pipelines gesprengt wurden, vernahm man von dieser Bundesregierung im Wesentlichen nichts als Schweigen. Es gab keine Empörung über diesen Anschlag auf unsere Infrastruktur und damit auf den Wirtschaftsstandort Deutschland. Es gab auch keine ernsthaften Aufklärungsbemühungen. Jeder auf dieser großen weiten Welt hat gesehen, dass Deutschland nicht in der Lage ist, seine Infrastruktur zu schützen, und dass seine Regierung weder willens noch in der Lage ist, die Verantwortlichen für diesen Anschlag zu finden und zur Verantwortung zu ziehen.

# (Beifall bei der AfD)

Jeder hat gesehen, dass wir schwach, verwundbar und angreifbar sind und dass wir uns selbst dann nicht wehren, wenn eine unserer wirtschaftlichen Lebensadern angegriffen wird. Wer soll uns denn bitte international noch ernst nehmen? Durch diese Regierung sind wir von einer weltweit respektierten und führenden Industrienation zu einem internationalen Witz geworden.

Und es ist kein Wunder, dass jetzt auch Ihre heißgeliebten EU-Partner mehr und mehr ihr eigenes Ding machen. Spanien und Belgien zum Beispiel sind jetzt nach China die zweit- und drittgrößten Importeure von russischem LNG – trotz Sanktionen. Da geht sie hin, Ihre Solidarität in der EU. Ab jetzt heißt es ganz offenbar: Rette sich, wer kann. – Und glücklicherweise erkennen das auch jeden Tag mehr Wähler in Deutschland.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

## Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Michael Link hat das Wort für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

# Michael Georg Link (Heilbronn) (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach der letzten Rede ist es wichtig, mal wieder daran zu erinnern, dass wir Deutsche nicht allein auf der Welt sind. Wir leben davon, dass wir funktionierende internationale Beziehungen haben, Partnerschaften, Bündnisse, und nicht in eine völkische Außenpolitik zurückfallen.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir leben davon, dass wir die Bedrohungen ernst nehmen, vor denen wir stehen. Und wir sind bedroht. Vor diesem Hintergrund war es gut, dass die Außenministerin noch mal daran erinnert hat, in welcher Kriegssituation ein großer Teil dieses Kontinents ist, nämlich die Ukraine. Sie wird weiterhin brutal von Russland angegriffen.

### Michael Georg Link (Heilbronn)

(A) Wir sollten deshalb überlegen, was wir noch zusätzlich tun können, damit die Ukraine diesen Verteidigungskampf gewinnt, und zwar schnell. Der Faktor Zeit ist entscheidend.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Da werden auch zusätzliche Lieferungen, wie von Taurus, eine Rolle spielen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Sommerpause ist in der Außenpolitik wahrlich keine Pause. Nirgends ist das Wort "Sommerpause" falscher. Alle Ereignisse in der Außenpolitik haben uns das gezeigt; das sehen wir beim Blick nach Niger, aber auch in Richtung Putin und Prigoschin. Aber ganz besonders war das der Fall bei den Entwicklungen um BRICS und China. Es ist gut, dass wir, genauer gesagt die Bundesregierung, kurz vor der Sommerpause eine China-Strategie beschlossen haben. Die ist international sehr wohlwollend aufgenommen worden; das muss man sagen. Ja, wir haben auch lange darum gerungen, welchen Input wir als Fraktionen geben. Aber es war sehr wichtig, dass am Ende sowohl die krassen Menschenrechtsverletzungen, die durch China geschehen, ebenso wie unser Kooperationswunsch mit China deutlich angesprochen wurden. Wir wollen keine Konfrontation. Wir wollen Kooperation, wo sie möglich ist, aber nicht um den Preis des Aufgebens von Werten.

# (B) (Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Allerdings müssen wir uns, wenn der Punkt BRICS ins Spiel kommt, fragen – das war für mich das entscheidende Momentum diesen Sommer, das uns und die deutsche Außenpolitik und die Entwicklungspolitik die nächsten Wochen und Monate massiv beschäftigen muss –: Wie reagieren wir auf die Herausforderung durch BRICS? BRICS – Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika – ist keine homogene Staatengruppe; aber sie wächst, und sie könnte sich zu einer echten Gegenorganisation entwickeln – gegen die G 7, gegen den Westen –, wenn wir nicht aufpassen.

Deshalb müssen wir überlegen – und auch ein bisschen Selbstkritik üben –: Wie können wir mehr auf die Interessen der Staaten Afrikas, Asiens und des Globalen Südens achten, ihnen mehr zuhören? Die Chefin der WTO, Frau Okonjo-Iweala, war gestern von Ihnen, Frau Außenministerin, eingeladen. Sie stammt aus Nigeria, und sie hat selbst daran erinnert, dass vieles beim Auftreten unserer Staaten manchmal einfach zu belehrend, zu sehr von oben herab rüberkommt.

Wie können wir also mehr kooperative Außenpolitik machen, damit wir weniger Staaten der Abhängigkeit bzw. der Einflussnahme Chinas und Russlands überlassen? Das ist die große Herausforderung, vor der wir stehen. Eine Lösung, in der wir nur belehrend auftreten, wird nicht funktionieren. Wir müssen überlegen: Wie können wir den Staaten entgegenkommen? Das ist eine große Aufgabe, der wir uns gemeinsam stellen müssen, –

# Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

(C)

Herr Kollege.

# Michael Georg Link (Heilbronn) (FDP):

- natürlich als Koalition, aber auch insgesamt hier als Parlament.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

# Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Das Wort hat der Kollege Dr. Gregor Gysi für die Fraktion Die Linke und für fünf Minuten.

(Beifall bei der LINKEN)

# Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine bringt Putins imperiales Denken zum Ausdruck. Seine Sicherheitsinteressen kann Russland anders durchsetzen. Die Ukraine hat das Recht auf Selbstverteidigung, und wir müssen solidarisch mit ihr sein. Woran es aber bei der Bundesregierung fehlt, ist eine Anerkennung von Realitäten. Diese gefallen mir auch nicht, aber es hilft ja nichts. Der Generalstabschef der USA, General Milley – also der höchste Soldat des Landes nach dem Präsidenten –, kommt zur Einschätzung, dass die Ukraine den Krieg nicht gewinnen kann, auch nicht mit aller Unterstützung der NATO. Wir brauchen also einen Waffenstillstand und Verhandlungen.

# (Beifall bei der LINKEN)

Mir wird entgegnet, dass Putin zu einem Waffenstillstand nicht bereit sei. Was halten Sie von folgender Idee: Mit Einverständnis der ukrainischen Führung könnte die NATO doch erklären, dass sie vorübergehend keine einzige Waffe mehr an die Ukraine lieferte, wenn die russische Führung einem Waffenstillstand zustimmte?

(Peter Beyer [CDU/CSU]: Das meinen Sie doch hoffentlich nicht ernst! – Weiterer Zuruf von der CDU/CSU]: Zynismus!)

Das setzte diese beachtlich unter Druck. Das Ergebnis von Friedensverhandlungen muss dann eine auch vom Westen gesicherte Ukraine sein.

(Peter Beyer [CDU/CSU]: Totengräber der Ukraine sagen so was vielleicht!)

Die Alternative: Sie wollen den Sieg der Ukraine. Aber was heißt das? Das haben die NATO und auch die Bundesregierung nie erklärt. Ist gemeint, dass die Russen das Donbass-Gebiet zu verlassen haben,

(Dr. Marcus Faber [FDP]: Dass sie die Ukraine verlassen! Das ist gemeint!)

oder ist gemeint, dass sie auch die Krim zu verlassen haben, oder ist etwas Drittes gemeint? Gilt das Abkommen Minsk II noch für die Krim? Danach sollte ja zu (D)

#### Dr. Gregor Gysi

(A) einem bestimmten Zeitpunkt wieder über die Krim verhandelt werden. Übrigens hat die Ukraine Minsk II verletzt.

(Dr. Marcus Faber [FDP]: Was haben Sie in den letzten anderthalb Jahren nicht mitbekommen?)

Denn das Donbass-Gebiet wurde nicht innerhalb der Ukraine für autonom erklärt, und es fanden auch keine Regionalwahlen unter Aufsicht der OSZE statt.

(Zurufe von der CDU/CSU und dem BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN)

– Ich weiß, es gibt nur einen Bösen und einen Guten; aber so einfach ist die Welt leider nicht.

(Beifall bei der LINKEN und der AfD – Dr. Marcus Faber [FDP]: Wer ist denn wo einmarschiert?)

Denken Sie an den Jemen! Auch dort gab es ein militärisches Patt, und die Waffenruhe wurde durch Verhandlungen über China erreicht. Bundesverteidigungsminister Pistorius nannte den Abzug der russischen Truppen von ukrainischem Gebiet als Voraussetzung für einen Waffenstillstand. Gut, aber was machen Sie, wenn Russland diesen Weg nicht geht? Wollen Sie noch für viele Jahre Tote, Verletzte und Zerstörung in Kauf nehmen? Der Berater Selenskyjs sagte mir bei "Maischberger", dass sie bei der Frühjahrsoffensive die Krim zurückholen werden. Nun ist schon fast der Sommer um, aber die Krim ist nach wie vor in den Händen Russlands. Die Sanktionen treffen unsere Bevölkerung härter als Russland

Länder wie Brasilien, Argentinien, Südafrika und Indien können den Moralismus der NATO, der EU, der Bundesregierung und vor allem der USA nicht nachvollziehen. Denn er galt nicht bei der israelischen Besetzung der Golanhöhen, nicht beim völkerrechtswidrigen Krieg der NATO gegen Serbien, nicht bei der Abtrennung des Kosovo, die einem noch heute gültigen Beschluss des Sicherheitsrates widerspricht, und auch nicht während des völkerrechtswidrigen Krieges der USA und anderer gegen den Irak.

(Dr. Marcus Faber [FDP]: Kommen Sie noch zum Haushalt?)

Es ist kein Zufall, dass die Gemeinschaft der BRICS-Staaten – also Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika – wächst: sechs neue Mitglieder mit Beginn des Jahres 2024, 14 weitere Länder haben einen Antrag auf Mitgliedschaft gestellt. Schon mit ihrer ersten Erweiterung entsteht ein Bündnis mit mehr als der Hälfte der Weltbevölkerung. Diese Länder wollen keine Vasallen der USA sein, und sie wollen eine Währung gegen den Dollar aufbauen. Übrigens will Frankreich auch kein Vasall sein; die Bundesregierung scheint es gerne zu sein.

Kurz nach dem Beginn des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine war ich mit einer leitenden Diplomatin der US-amerikanischen Botschaft verabredet. Ich fragte sie, ob man nicht befürchten müsse, dass die BRICS-Erweiterung zu einer neuen Blockbildung führt. Sie verneinte dies, weil die Widersprüche zwischen Indien und (C) China zu groß seien. Nun kommt es aber doch dazu. Das globale Denken fehlt leider.

Der große deutsche Sozialdemokrat Egon Bahr sagte einmal vor Schülerinnen und Schülern, dass es in der Außenpolitik immer um Interessen gehe, nie um Werte, auch wenn häufig das Gegenteil behauptet werde. Die gigantische Aufrüstung, die der Haushalt ohne Widerspruch von Herrn Lindner vorsieht, während er bei allen sozialen Fragen immer auf die knappen Kassen verweist, ist überhaupt nicht nötig. Schweden und Finnland wollen in die bzw. sind in der NATO, weil sie in ihrer Logik und der Logik der Bundesregierung dann von Russland nicht angegriffen werden können, weil dies den dritten Weltkrieg bedeutete, der auch Russland fast vollständig zerstörte. Wir sind schon in der NATO und haben mithin auch keinen Angriff Russlands zu befürchten. Das Zivile, die Diplomatie, die Abrüstung, der Interessenausgleich und die Einhaltung des Völkerrechts von allen Seiten sind unsere wahre Chance.

## (Beifall bei der LINKEN)

Zum Schluss möchte ich mich bei den Mitgliedern des Auswärtigen Ausschusses für den fairen Umgang miteinander auch bei unterschiedlichen Auffassungen bedanken. In Zukunft werden Sie die Freude haben, Ihrer Arbeit ohne mich nachgehen zu können, da ich meine Funktion als außenpolitischer Sprecher meiner Fraktion und als Mitglied des Ausschusses ab der nächsten Sitzungswoche nicht fortsetzen werde.

Ich bedaure es, dass diese Regierung bisher keine einzige Initiative an den Tag gelegt hat, die zu mehr Frieden auf dieser Welt geführt hat; ich kenne keine. Ich wünsche Ihnen allen trotzdem Erfolg in Ihrer Arbeit.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der AfD)

# Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jamila Schäfer hat das Wort für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

## Jamila Schäfer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Ministerin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Gysi, es tut mir leid, zu hören, dass Sie Ihre Funktionen aufgeben werden. Das sage ich aufrichtig. Ich möchte aber trotzdem einmal inhaltlich darauf antworten, was Sie gesagt haben. Verhandlungen wollen wir ja auch; wir wollen auch, dass die Waffen endlich schweigen. Aber weder die Verhandlungsposition der Ukraine in der aktuellen Situation zu schwächen noch die Unterstützung an sie zu konditionieren oder einzustellen, würde uns einen Zentimeter weiter dort hinbringen. Deshalb haben wir da dann doch eine ganz andere Auffassung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

### Jamila Schäfer

(A) Putin hat mit seinem Angriffskrieg gegen die Ukraine die europäische Friedensordnung zerrüttet. Und jetzt sollte eigentlich auch dem Letzten begreiflich geworden sein, dass die These vom Ende der Geschichte Geschichte ist. Es ist eine Frage des ethischen Anstandes, die Ukraine zu unterstützen. Aber es ist auch in unser aller Interesse, ihren Kampf für das Völkerrecht und die Stärke des Rechts in der Welt zu stärken und zu verteidigen und es eben nicht zuzulassen, dass die Methode Gewalt sich durchsetzt und in Zukunft unsere Weltordnung prägt,

# (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

im Übrigen auch, um eine atomare Aufrüstungsspirale zu verhindern. Wir müssen uns diesen Aufgaben gemeinsam stellen, und das tun wir auch. Dafür gilt mein Dank auch insbesondere unserer Außenministerin.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Wir haben im letzten Jahr sehr viel über die notwendige militärische Unterstützung der Ukraine diskutiert und auch einiges auf den Weg gebracht. Das bleibt auch weiterhin wichtig und richtig; Michael Link hat auch darauf hingewiesen. Aber es kommt eben auch darauf an, ob wir es schaffen, Putin diplomatisch auf der Weltbühne zu isolieren; denn am Ende müssen die diplomatischen und politischen Kosten für diesen Krieg höher sein als der Nutzen, den er als Autokrat daraus ziehen kann. Dafür braucht unsere Außenpolitik Handlungsfähigkeit, auch in finanzieller Hinsicht.

(B) Deshalb ist es gut, dass der Etat des Auswärtigen Amtes mit 6,155 Milliarden Euro über der mittelfristigen Finanzplanung liegt; nach der wären es nämlich 5 Milliarden Euro gewesen. Aber es ist auch klar, dass die Aufgaben nicht kleiner, sondern größer geworden sind.

Deshalb lohnt es sich, finde ich, auch, sich den Aspekt der humanitären Hilfe noch mal aus menschlicher Perspektive anzugucken. Weltweit sind nach aktuellen Schätzungen der Vereinten Nationen mehr als 326 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen; das ist jeder 22. Mensch auf dieser Erde, Tendenz steigend. 260 Millionen Menschen sind von akuter Ernährungsunsicherheit betroffen. Das bedeutet, diese Menschen haben zu wenig zu essen. Deswegen schmälert die Kürzung bei der humanitären Hilfe unsere internationale Position als verlässlicher Partner und als Geber. Sie bedeutet natürlich auch, dass wir hungernden und leidenden Menschen aktuell nicht genügend zur Seite stehen können, wenn wir daran nichts ändern. Das können wir nicht wollen, weder aus moralischen Gründen noch aus geopolitischen.

# (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir wissen auch alle, dass die Leerstellen, die wir hinterlassen, ausgenutzt werden, und zwar von denjenigen, die das Völkerrecht zurückdrehen wollen. Deswegen brauchen wir eine aktive Diplomatie und Weltpolitik, und zwar eine, die die Fehler aus der Vergangenheit nicht wiederholt, sondern glaubwürdig für die Stärke des Völkerrechts und die globale Gerechtigkeit einsteht. Deshalb ist auch die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik so

wichtig. Sie ist kein Nice-to-have, sondern sie ermöglicht (C) es uns, auf Augenhöhe Beziehungen aufzubauen, nicht nur zu Regierungen, sondern auch zur Zivilgesellschaft.

Vor uns liegen also große Aufgaben. Es gilt, keine Zeit zu verlieren. Deshalb freue ich mich, dass wir jetzt in die Haushaltsberatungen starten. Ich freue mich auf den Austausch mit dem Auswärtigen Amt und natürlich auch mit allen Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

# Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Gunther Krichbaum hat das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

# Gunther Krichbaum (CDU/CSU):

Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Deutschland ist wieder zurück. Zwei Jahre Ampelkoalition haben gereicht, um Deutschland wieder zum kranken Mann in Europa zu machen.

(Zuruf von der SPD: Quatsch! – Ulrich Lechte [FDP]: Was ist denn das für ein bescheuertes Narrativ?)

Wir haben eine Rezession, nämlich eine Schrumpfung des Wirtschaftswachstums, was sich damit nicht als Wachstum bezeichnen lässt, das dritte Quartal in Folge. Wenn wir in einer Haushaltswoche sind, dann können wir ja auch mal über die Zahlen reden. Denn die Rede des Bundeskanzlers heute Morgen hat gezeigt,

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Die war gut!)

wie sehr Sie in einer Parallelwelt leben.

(Beifall bei der CDU/CSU – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie leben ja in Gillamoos! Ihre Welt ist Gillamoos! Vollsuff!)

Wir haben einen Anstieg der Arbeitslosigkeit auf mittlerweile 2,7 Millionen Menschen. 2,7 Millionen, das heißt 150 000 mehr als letztes Jahr. Die Prognose für die Europäische Union: Deutschland wird beim Wirtschaftswachstum am Ende dieses Jahres auf Platz 24 von 27 Mitgliedstaaten stehen.

(Ulrich Lechte [FDP]: Einzelplan 05!)

Wir sind nicht mehr die Lokomotive des Wirtschaftswachstums in Europa. Wir sind längstens das Bremserhäuschen. Nicht zuletzt ist nicht zu vergessen, dass die hohen Energiepreise und die hohe Bürokratie in Deutschland hausgemacht sind und damit auch verantwortlich für diese Zahlen sind.

(Dr. Marcus Faber [FDP]: Das ist hier der auswärtige Haushalt!)

### Gunther Krichbaum

(A) Deswegen meine Aufforderung an die Regierung: Tun Sie endlich etwas dagegen! Tun Sie es! Denn Sie haben es selbst in der Hand. Sie können die Stromsteuer beispielsweise auf ein Minimum herabsenken.

(Dr. Marcus Faber [FDP]: Zur Sache!)

Insbesondere können Sie in Brüssel Druck machen, was Bürokratie angeht.

In meiner Heimatstadt Pforzheim – wir sind mittelständisch geprägt; wir haben sehr viele Medizintechnikunternehmen in unserer Region – hat ein Unternehmen der Dentaltechnik einen Prüfbericht mit 48 Seiten bekommen – 48 Seiten mit Gängelungen, die man kaum überbieten kann.

(Dr. Marcus Faber [FDP]: Haben Sie die falsche Rede mitgenommen heute? – Luise Amtsberg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Einzelplan 05!)

Hier wäre Brüssel gefordert, aber insbesondere die Bundesregierung, Druck zu machen.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Was Herr Krichbaum für internationale Politik hält!)

Wenn es um die Umsetzung solcher Richtlinien geht, dann ist man hier in der Verantwortung, und der werden Sie nicht gerecht.

> (Erhard Grundl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Reden Sie mal zum Thema!)

(B) Das ist das Problem für Deutschland. Insoweit sind die Dinge hausgemacht.

Oder in Sachen Bürokratie: Die EVP hat gefordert, dass es ein Bürokratiemoratorium geben muss.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Die EVP hat gefordert, den Naturschutz zurückzudrehen, zusammen mit den Rechten! Die haben eine rechte Front im Europaparlament aufgebaut! Schämen Sie sich nicht?)

Wirken Sie doch auf Ihre jeweiligen Parteifamilien ein, bei S&D oder, Herr Trittin, meinetwegen auch bei Ihnen, dass hier endlich einmal gebremst wird, dass die deutsche Wirtschaft nicht mit noch mehr Bürokratie überzogen wird! Denn das ist schädlich für uns und schädlich für Europa.

(Beifall des Abg. Carsten Körber [CDU/CSU])

Wir müssen bei alledem immer berücksichtigen: Wenn bei uns die Wirtschaftsleistung und die Wirtschaftskraft zurückgehen, dann treibt das auch bei unseren Nachbarländern die Sorgenfalten auf die Stirn.

(Ulrich Lechte [FDP]: Was hat das mit der Außenpolitik zu tun?)

Deutschland patzt bei dieser Geschichte. Wenn hier heute Morgen ein Deutschlandpakt angekündigt wird, geschieht das vielleicht in alter Reminiszenz, um an die Agenda 2010 anzuknüpfen. Damals war die Agenda 2010 sehr konkret, als sie hier von Gerhard Schröder vorgestellt worden war.

(Dr. Marcus Faber [FDP]: Auswärtiges! Auswärtiges!) (C)

Genau an den Vorschlägen fehlt es. Fakt ist doch, dass Sie sich innerhalb Ihrer eigenen Koalition nicht einigen können. Hier herrscht Streit, hier herrscht Zank, hier herrscht Uneinigkeit. Das ist das Problem, mit dem auch Deutschland an jedem Tag zu kämpfen hat, weil diese Regierung keine Orientierung vorgibt, weder für Deutschland noch in Europa.

Es war der deutsche Vertreter, der Ständige Vertreter Michael Clauß, der mit einem Brandbrief vor wenigen Monaten moniert hatte, dass es keine Einigkeit in der Koalition gibt und er überhaupt nicht mehr weiß, wie er sich in Brüssel positionieren soll. Deswegen: Es fehlt die Orientierung, eben auch in der Europäischen Union.

Die Uneinigkeit belastet uns auch im deutsch-französischen Verhältnis.

(Dr. Marcus Faber [FDP]: Endlich mal! – Zurufe von der SPD und der FDP: Ah!)

Ja, hier stagniert es auf niedrigstem Niveau. Man kann auch gar nicht mehr davon reden, dass es eine gute Zusammenarbeit gibt. Wir reden und verhandeln mittlerweile seit vielen Jahren über die Nachfolge des Leopard 2. Main Ground Combat System,

(Dr. Marcus Faber [FDP]: Das kommt nachher!)

(D)

MGCS abgekürzt, steht vor dem Scheitern, weil es von Deutschland an die Wand gefahren wird. Jetzt läuft zur Stunde über die Ticker, dass Deutschland eine neue Kooperation mit Italien, Spanien und Schweden eingehen möchte. Das ist ein offener Affront gegenüber Frankreich. Von Abstimmung wieder einmal keine Rede! Unser Verteidigungsminister hat sich noch vor wenigen Monaten mit dem französischen Verteidigungsminister Sébastien Lecornu vor die Presse gestellt und das MGCS-System hochgeredet. Es ist, wenn es mit Frankreich nicht dazu kommt, nicht nur ein Scheitern des Verteidigungsministers, sondern einmal mehr ein herber Rückschlag für dieses Zeitenwendeprojekt.

Ich möchte im Hinblick auf die Balkanstaaten noch ein Letztes sagen. Auch hier ist die Bundesregierung gefordert. Der Berliner Prozess wurde seinerzeit von Angela Merkel angestoßen. Allerdings fehlt es an einer echten Perspektive. Wir müssen die Beitrittspolitik neu denken. Wir machen aber Beitrittsverfahren, wie wir sie immer gemacht haben. Fakt ist: Wir brauchen hier Perspektiven in Form einer assoziierten Mitgliedschaft auch für die Staaten, mit denen wir heute verhandeln, weil die Verhandlungen immer länger dauern. Wir müssen darauf schauen, dass wir diese Länder auf diesem Weg nicht verlieren, weil wir ein großes geopolitisches Interesse daran haben und auch an dieser Stelle gefordert sind. Hier muss die Bundesregierung mehr tun.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

# (A) Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der nächste Redner ist Michael Müller für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

### Michael Müller (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir erleben die vielzitierte Zeitenwende in Form vielfältiger Krisen: Klimawandel, damit oft einhergehend Nahrungsmittelknappheit, bittere Not und Hunger, regionale Konflikte, Migration. Alles das beschäftigt uns, aber natürlich auch, wie die Außenministerin gesagt hat: Seit 559 Tagen erreichen uns die furchtbaren Bilder aus der Ukraine. Dieser brutale Krieg, den Russland gegen die Ukraine führt, hat unsere europäische Friedensordnung erschüttert, und wir sehen weltweit, wie sich neue Bündnisse und Partnerschaften formieren.

Ja, der brutale russische Angriffskrieg hat uns die Notwendigkeit vor Augen geführt, notfalls unsere Werte Freiheit und Sicherheit auch mit militärischen Mitteln zu verteidigen. Es ist daher notwendig und richtig, dass die Bundeswehr für die Landes- und Bündnisverteidigung finanziell entsprechend ausgestattet wird. Ja, die Bundeswehr spielt eine entscheidende Rolle. Aber ein gut ausgestattetes Militär alleine kann nicht für Sicherheit und Frieden stehen. Auch im Rahmen der Nationalen Sicherheitsstrategie hat die Bundesregierung den Wert der Diplomatie vielfältiger Beziehungen in der Welt betont. Ich glaube, wir dürfen als weiteren Baustein die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik nicht vergessen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Unsere Außenministerin hat einmal treffend formuliert: "Wenn wir die Freiheit von Kultur, Wissenschaft und Medien fördern, dann stärken wir damit auch die Freiheit und die Sicherheit von Menschen." Aber wenn wir sehen, dass die Ressourcen knapp werden, gerät auch die Bildungs- und Kulturpolitik in Bedrängnis.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage: Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ist kein Luxusgut, sondern es ist eine nachhaltige Investition in unsere Zukunft und in eine friedlichere Welt. Wir beobachten doch weltweit geopolitische Machtverschiebung. Autoritäre Regime gewinnen zunehmend an Einfluss. Ja, die sicherheitspolitischen Herausforderungen werden komplexer. Aber gerade deshalb brauchen wir nicht weniger, sondern mehr Investitionen in Bildung, Kultur und Wissenschaft.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie schafft Möglichkeiten der internationalen Zusammenarbeit. Schwierige Partnerländer können sich trotzdem begegnen. Wir schaffen Schutzräume, Freiräume gerade für die Aktiven vor Ort, die so dringend unsere Unterstützung brauchen, damit sie weiter frei arbeiten können. Die Künstlerinnen und Künstler, die Wissenschaftler, die Studierenden, die Journalistinnen und Journalisten, all diejenigen brauchen auch unsere Unterstützung. Und ich glaube, in der Debatte um die geopolitische Machtverschiebung wird die Rolle von kulturellen Fak-

toren sehr häufig unterschätzt. Es hat doch einen Grund, (C) warum gerade China und Russland in Kultur weltweit investieren: weil sie genau darüber einen Transmissionsriemen haben, um ihre oft kruden Vorstellungen von der Welt und ihre Narrative verbreiten zu können.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Kampf der Narrative wird aber nicht mit Panzern oder Marschflugkörpern entschieden. Nein, im Gegenteil: Über Kultur, Wissenschaft und Bildung wird viel in diesem Bereich entschieden. Der Kollege Link von der FDP-Fraktion hat die Situation der BRICS-Staaten angesprochen. Wir erleben, dass unsere Überzeugung, unsere Werte nicht zwangsläufig von allen geteilt werden, auch nicht von denen, mit denen wir bisher oft und gut zusammengearbeitet haben. Die Gruppe der BRICS-Staaten erweitert sich. Wir haben weitere Aufnahmeanträge. Wir sehen, dass das, was wir vorhaben, Russland immer weiter zu isolieren, in der Gruppe dieser Staaten nicht selbstverständlich ist und dass es weiter Kooperationen mit Russland gibt.

Das bedeutet doch aber: Wir müssen aktiv auf diese Länder zugehen. Wir müssen um Dialog werben. Ein Dialog auf Augenhöhe muss stattfinden. Wir müssen die zivilgesellschaftlichen Beziehungen stärken, gerade oft die Opposition und die zivilgesellschaftlichen Institutionen vor Ort. Darauf kommt es an.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Meine Damen und Herren, auch die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik steht natürlich in Zeiten knapper Kassen vor großen Herausforderungen. Die geplanten Mittel sind gering, zu gering möglicherweise, um den vielfältigen Anforderungen und Aufgaben gerecht zu werden. In der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik existieren – wir dürfen das nicht vergessen – oft langjährig aufgebaute Strukturen und Netzwerke, die gegebenenfalls durch Kürzungen auch zerschlagen werden, die man aber nicht schnell und ohne Weiteres wieder aufbauen kann.

Ich weiß: Es ist keine leichte Aufgabe für die anstehenden Haushaltsberatungen, aber ich glaube, wir dürfen nicht vergessen: In der AKBP können wir mit relativ geringen Mitteln sehr viel erreichen, gerade auch an humanitärer Unterstützung.

Meine Damen und Herren, wer den Anspruch einer wertebasierten Außenpolitik erhebt, braucht dafür auch eine gut finanzierte Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik. In diesem Sinne hoffe ich auf Ihrer aller Unterstützung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

## Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Stefan Keuter hat jetzt das Wort für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

### (A) Stefan Keuter (AfD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Gäste auf der Tribüne! Die Party ist vorbei. Dieser Rausch, diese Berauschung des links-grünen Geldverschwendens unseres Steuergeldes ist vorbei. Die Kassen sind leer. Wir sind mitten in einer Rezession, ausgelöst durch eine völlig gescheiterte Energiewende, das Abschneiden vom russischen Gas, die Deindustriealisierung unserer Heimat und völlig irrsinnige Dämmund Heizungsvorschriften, die die Bauindustrie fast komplett zum Erliegen bringen werden. Die Konzerne wandern ins Ausland ab, das Steueraufkommen schrumpft. Da fallen Klima- und Genderunfug und eine feministische und wertegeleitete Außenpolitik gar nicht mal mehr ins Gewicht.

Den Sparzwang spüren wir in diesem Haushalt: Sprachförderung deutscher Minderheiten in Osteuropa, Rüstungskontrolle, deutsche Kulturarbeit, finanzielle Unterstützung der Goethe-Institute – hier wird der Rotstift angesetzt. Da, wo mehr Geld ausgegeben wird, ist bei der Versorgung der Ihren, Frau Baerbock; die Personalkosten steigen und Ihre Verwaltungskosten. Dafür geben Sie Geld aus.

Dieses Land hat Außenminister vom Schlage eines Willy Brandt und eines Hans-Dietrich Genscher hervorgebracht. Für diese zählte das Erreichte – für Sie, Frau Baerbock, reicht offensichtlich das Erzählte,

# (Beifall bei der AfD)

und das oft schlecht erzählt, wie beispielsweise Ihre Biografie – korrigieren Sie mich –, die inzwischen bei der neunten Version angelangt ist.

Wissen Sie, Frau Ministerin, im Unterschied zu Ihnen komme ich zwar nicht vom Völkerrecht, aber ich habe tatsächlich in Großbritannien gelebt und bin der dortigen Sprache einigermaßen mächtig. Ich sage Ihnen: Sparen Sie lieber bei der steuerfinanzierten Visagistin, und investieren Sie lieber in Englischunterricht! Sonst haben wir bald "more beef" mit unseren Nachbarn, was wir alle nicht wollen, wenn Sie verstehen, was ich meine.

# (Beifall bei der AfD)

Ich bin den Russen so was von dankbar, dass sie Ihre Kriegserklärung "We are in war with Russia" nicht ernst genommen haben. Wir sind es nämlich nicht. Dies ist nicht unser Krieg.

# (Beifall bei der AfD)

Und jetzt für alle einmal zum Mitschreiben: Schon im Bundestagswahlkampf 1957 attackierte Bundeskanzler Adenauer die SPD mit den Worten: "Die Politik, die die sozialdemokratische Führung will, macht Deutschland zu einem russischen Satelliten." Und heute: Wir sind wehrlos und abhängig. Angela Merkel, zu Guttenberg, Steinmeier, Gabriel, Schwesig und viele andere aus Ihren Reihen haben dieses Land in Abhängigkeiten getrieben und mehr als 16 Jahre lang niedergewirtschaftet.

# (Beifall bei der AfD)

Abgesehen von einem böhmischen Gefreiten hat noch nie jemand so viel Unglück über Deutschland gebracht wie diese ehemalige Bundeskanzlerin.

# (Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Jetzt reicht es aber!)

Von 2016 bis 2020 gab es insgesamt rund 2 000 Tötungsdelikte in Deutschland, bei denen mindestens ein Zuwanderer als Tatverdächtiger ermittelt wurde, von Verletzten und Vergewaltigten in riesigen Tausenderschritten ganz zu schweigen.

(Zuruf von der SPD: Schämen Sie sich!)

So viele Menschen hat nicht einmal die SED an der Mauer erschießen lassen, deren Nachfolgepartei heute hier unter uns sitzt und sich als lupenreine Demokraten geriert.

# (Beifall bei Abgeordneten der AfD)

In wenigen Wochen werden wir den 33. Jahrestag der deutschen Einheit feiern. 33 Jahre danach hat Deutschland sich in einem Europa des Umbruchs von einem Hort der Stabilität zum kranken Mann Europas, ja sogar zum Sorgenkind entwickelt. Für eine relativ lange Zeitspanne hatte das wiedervereinte Deutschland, wie einst die alte Bundesrepublik, seinen Platz in Europa gefunden, im Einklang mit seinen Nachbarn und zur Zufriedenheit seiner Partner, von Lissabon bis Warschau. Für Paris und Warschau standen wir als Nachbarn ganz oben. Dies war in unserer langen Geschichte einmalig, meine Damen und Herren. Entscheidend hierfür waren stets unsere Glaubwürdigkeit und unsere Verlässlichkeit.

# (Michael Brand [Fulda] [CDU/CSU]: Eure nicht!)

Was Deutschland in mehr als 60 Jahren an Vertrauen bei unseren Nachbarn erworben hatte, war unser wertvollstes außenpolitisches Gut.

Was waren dafür die Grundlagen? Ich sage es Ihnen: Erstens die deutsche Verankerung in Europa, zweitens die partnerschaftliche Einbindung Russlands und drittens der Erhalt der historischen Brücke über den Atlantik. Und heute? In Europa sind wir isoliert. Für Paris sind Sie das Problem an der Ostgrenze und für Polen das Problem an seiner Westgrenze –

## (Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Grenzen, die übrigens Ihre Kabinettskollegin, die jetzt schon wieder weg ist, nicht schützen möchte. Den Satz Konrad Adenauers, wonach die beste Außenpolitik die Wahrnehmung der eigenen Interessen ist, ist unser Ansporn. Deutsche Interessen, Frau Baerbock, haben Sie noch nie verteidigt, ganz im Gegenteil.

# (Beifall bei der AfD – Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Schluss möchte ich noch darauf hinweisen, dass Sie unser parlamentarisches Fragerecht regelmäßig verletzen. Wir haben Sie im Ausschuss und im Plenum schriftlich befragt, wann Sie davon erfahren haben, dass Ihr Haus eine Anweisung erteilt hat, gefälschte afghanische Pässe zu visieren, und wer berechtigt war, Personen aus Afghanistan zu benennen, die nach Deutschland zur Rundumversorgung eingeflogen werden.

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### Stefan Keuter

Dies haben Sie verwehrt. Wir haben daraufhin Verfassungsklage eingereicht. Wir bleiben am Ball.

Frau Baerbock, zum Schluss sage ich Ihnen: Mit diesem antidemokratischen Verhalten wären Sie aus der Polis des Perikles -

# Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist vorbei.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

# Stefan Keuter (AfD):

- herausgeworfen worden, der Heimat der Demokratie.

# Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege.

Stefan Keuter (AfD):

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

# Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege Keuter, wir sind ein freies Land und ein freies Parlament. Man kann hier in diesem Parlament alles sagen und jede Meinung äußern, auch wenn hier niemand - das sehe ich, wenn ich in die Gesichter schaue – viele Ihrer scheinbaren Fakten teilt. Aber: Was nicht geht, sind persönliche Beleidigungen, und was auch nicht geht, ist, so en passant Personen aus der Politik dieses Landes gleichzusetzen mit solchen, die im Nationalsozialismus Macht hatten.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der LINKEN – Dr. Götz Frömming [AfD]: Bitte! Bitte! Wir können das!)

Deswegen sage ich Ihnen ganz klar: Das ist unparlamentarisch, und das werden wir in diesem Haus nicht dulden. – Herzlichen Dank.

Das Wort hat Otto Fricke für die FDP-Fraktion.

# Otto Fricke (FDP):

Geschätzte Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte eigentlich gedacht, dass das Ganze vielleicht mal etwas freundlicher verpackt worden wäre von vonseiten der AfD. Aber Sie schaffen es ja noch nicht einmal, "Freundlichkeit" mit "tückischem Gemüte" irgendwie miteinander zu verknüpfen. Es ist schon bemerkenswert, dass Sie nicht versuchen, etwas nach vorne zu bringen, wie es eigentlich in einer Demokratie notwendig ist, sondern nur nach Schuldigen suchen. Sie lösen weiterhin keine Probleme und tun diesem Land damit den größten Schaden an, den man ihm nur antun kann.

(Beifall bei der FDP, der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Meine Damen und Herren, gehen wir zurück zum (C) Haushalt. Entschuldigen Sie, dass ich nicht in die große weite Außenpolitik gehe; das ist für mich als Haushälter und Jurist dann doch etwas zu komplex. Aber ich muss als Zahlenkontrolleur an der Stelle doch auf bestimmte Dinge hinweisen.

Ja, der Haushalt wird etwas geringer ausfallen. Aber ich will noch mal darauf hinweisen: Der Einzelplan ist jetzt über 300 Millionen Euro größer, als er noch 2019 war. Wir setzen den Anstieg, der eine zusätzliche Ausbeulung durch viele Krisen bekommen hat, fort. Frau Ministerin, deswegen kann man sich auch hierhinstellen und sagen: Im Rahmen der Verfassung - die jeder Minister sicherlich gerne einhalten will - bin ich stolz darauf, dass ich eine weitere Erhöhung gegenüber der Vorkrisenzeit erreicht habe, und ich werde das Beste daraus machen. - Ich bin mir sicher, die Koalitionshaushälter werden Sie dabei ausdrücklich unterstützen; denn Außenpolitik ist für unser Land essenziell – nicht nur für uns als Teil Europas, sondern auch für uns als ein Land, das gezeigt hat, dass es mit seiner Geschichte umgehen kann, mit seiner Verantwortung, mit seiner manchmal auch persönlichen Schuld in der Vergangenheit. Es kann anderen Ländern damit auch zeigen, wie sie aus Krisen, in die sie sich selber hineingebracht haben, auch wieder herauskommen. Und dafür brauchen wir eine gute, eine starke Außenpolitik.

# (Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich weise aber auch darauf hin – das ist jetzt technisch, aber es ist wichtig –: Im (D) Einzelplan 60 – Allgemeine Finanzverwaltung – gibt es einen Ertüchtigungstitel. Da sehe ich nicht – dazu habe ich auch nichts von den Kolleginnen und Kollegen der Koalition gehört –, dass wir den absenken wollen. Dieser Ertüchtigungstitel ist, wie in der Vergangenheit auch, eine Reserve. Wir brauchen sie, weil wir nicht wissen, wie sich die Länder entwickeln, weil wir nicht wissen, wie Russland agiert.

Herr Kollege Gysi, das war wieder so ein schönes Beispiel; da passt dann wahrscheinlich sogar das Wort von der "Freundlichkeit bei tückischem Gemüte". Da sagen Sie: Wie wäre es denn, wenn wir mal so einen Vorschlag machten "Keine Waffenlieferung" – also wir tun etwas – "und dann macht Russland einen Waffenstillstand"?

(Aydan Özoğuz [SPD]: Genau!)

Das Spannende ist: Dann machen die den Waffenstillstand --

# (Zuruf des Abg. Dr. Gregor Gysi [DIE LINKE])

- Nein, nein; ich habe schon genau zugehört; Sie haben das bewusst so formuliert: einen Waffenstillstand. - Aber einhalten wird Russland - das wissen wir doch alle - den Waffenstillstand nicht, weil sie uns wieder erklären können, aus welchen Gründen eigentlich die Ukraine den nicht eingehalten hat usw. Und was haben wir dann gemacht? Wir haben mal wieder einen Schritt nach vorne gemacht, und Russland nutzt das an der Stelle einfach nur aus. Und dann guckt man wieder, ob man die Waffen

#### Otto Fricke

(A) wieder liefert, während an der Front der nächste Ukrainer, die nächste Ukrainerin stirbt. Nein, solche Spielchen macht man einfach nicht!

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Hier muss Russland von sich aus etwas zeigen. Es gibt einen Moment, an dem auch dieser Nation Europa sagen muss: Jetzt kommt von dir ein Vertrauensbeweis, und dann reagieren wir. – Es darf nicht immer wieder das Spielchen gespielt werden: Erst muss Europa einen Vertrauensbeweis erbringen, und dann könnte Russland vielleicht ja auch mal etwas tun.

Worüber werden wir in den nächsten Wochen noch reden? Wir werden über die Ukraine reden. Wir werden über die Frage reden müssen, was da noch an finanziellen Notwendigkeiten besteht. Das wird diesen Einzelplan betreffen, das wird den Einzelplan 60 betreffen, und das wird den Verteidigungshaushalt betreffen. Es wird aber auch wegen der Flüchtlinge den Einzelplan 06 – Bundesministerium des Innern und für Heimat – treffen, ebenso unsere Kommunen. Da müssen wir noch sehr, sehr genau schauen, wie wir das alles finanziert bekommen.

Eines allerdings kann ich an der Stelle klar sagen: Hier wird Deutschland außen- wie innenpolitisch seiner Verantwortung als großer Staat mitten in Europa gerecht werden, auch gegenüber unseren östlichen Nachbarn. Das will ich hier ganz besonders hervorheben. Ich glaube, darauf sollten wir stärker den Fokus legen. Wann immer ich nach Osteuropa reise, kommt so dieses Gefühl zum Ausdruck: "Ja, wir sind froh, dass ihr da seid"; aber da kommt noch ein zweites Gefühl zum Ausdruck: "Wir haben immer noch das Gefühl, ihr schaut ganz viel nach Westen und ihr schaut so ein bisschen nach Osten; aber uns mit all dem, was wir an Möglichkeiten und an Stärken haben, das nehmt ihr noch nicht so richtig ernst." Und da, glaube ich, müssen wir sehr, sehr viel tun.

Damit komme ich zum Goethe-Institut und zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Ich will das deutlich sagen: Hier reden alle wieder darüber, dass wir da viel tun müssen. Frau Ministerin, dazu ein ernsthaftes Wort. Es ist gut, wenn der Haushaltsausschuss regelmäßig die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik unterstützt. Aber wenn das Ministerium in 2022 und, wie ich höre, auch in 2023 hingeht und die 75 Millionen Euro globale Minderausgabe - Übersetzung: da sparen Sie wieder Geld aus dem Haushalt - zu 80 Prozent aus diesem Bereich nimmt, obwohl er nur 14 Prozent Anteil am Haushalt hat, wird uns das als Haushälter, als Auswärtige Kultur- und Bildungspolitiker an der Stelle, zwingen, dann klarzustellen, dass eine globale Minderausgabe so eingespart wird, wie auch die Anteile am Haushalt sind. Ich hoffe, wir finden da eine Lösung, ohne dass der Haushaltsausschuss das machen muss; denn dafür ist die Kultur- und Bildungspolitik viel zu wichtig, auch die Auswärtige.

# (Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Ich möchte hoffen, dass dieser Haushalt eine bessere Klarheit findet in dem, was unsere Verantwortung ist. Und ich möchte auch hoffen, dass wir in der Außenpolitik – das ist mein Wunsch – auch etwas mehr darauf reagieren, wenn andere Länder unsere Werte angreifen, –

# Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege.

# Otto Fricke (FDP):

- wenn andere Länder unsere Werte, ich sage das manchmal so, mit Füßen treten. Da müssen wir noch schauen, welche Antworten wir bekommen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

# Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jürgen Trittin hat jetzt das Wort für Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

# Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Präsidentin, ich bin Ihnen ausdrücklich dankbar, dass Sie das hier klargestellt haben: Es geht nicht, dass man die gewählte Bundeskanzlerin, die 16 Jahre dieses Land geführt hat – ich habe 16 Jahre gegen sie Opposition gemacht –, vergleicht mit dem größten Kriegsverbrecher aller Zeiten, der verantwortlich ist für den Mord an 6 Millionen Jüdinnen und Juden und der verantwortlich ist für den Tod von 60 Millionen Menschen. Das ist Relativierung des Nationalsozialismus, was Sie hier getrieben haben, und das ist nicht akzeptabel!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und der LINKEN – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist eine Schande!)

Ich bin ja froh darüber, dass unter den demokratischen Parteien der Opposition wie der Regierung hier außenpolitisch ein so großer Konsens besteht, dass der geschätzte Kollege Johann Wadephul sich darauf beschränken musste, zu sagen, die Ministerin sei nicht so fleißig, wie er sich das wünschte,

(Zuruf des Abg. Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU])

und gelegentlich habe sie auch mal Schwierigkeiten mit den von vormaligen Regierungen übernommenen Flugzeugen.

Ich will nur mal darauf hinweisen, was diese Ministerin in den vergangenen zwei Jahren gemacht hat. Sie hat auch Ihre Naivität gegenüber Russland beendet. Wir sind heute nach den USA diejenigen, die die meisten Waffen an die Ukraine liefern. Sie hat zum ersten Mal – das haben Sie nie hinbekommen – eine Nationale Sicherheitsstrategie als Regierungsstrategie definiert:

(Zuruf des Abg. Dr. Hendrik Hoppenstedt [CDU/CSU])

### Jürgen Trittin

(A) wehrhaft, resilient und nachhaltig. Sie hat auch Ihre Naivität gegenüber China beendet –

(Lachen des Abg. Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU])

mit einer neuen China-Strategie, die Schluss gemacht hat mit dem frommen Wunsch, dass Handel eben nicht nur Wandel, sondern auch Demokratie schafft, und die klargestellt hat, dass "all business with China" halt "politics" ist.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU]: Wo ist der Beifall bei der SPD?)

Und: Sie arbeitet zurzeit an einer Klimaaußenpolitikstrategie, die klarstellt – das hat sie auf der letzten Klimakonferenz erreicht –, dass die Länder, die verantwortlich sind für die Klimakrise, auch verantwortlich sind für die Behebung der Schäden und Verluste in anderen Ländern. Sie wird – da bin ich mir ziemlich sicher – auf der nächsten Klimakonferenz durchsetzen, dass es ein globales Ziel zum Ausbau erneuerbarer Energien geben wird. Das ist eine Leistungsbilanz, die sich sehen lassen kann.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie mich noch eine Schlussbemerkung machen. Daten sind ja oft wichtig, und sie erzeugen einen Blick auf die Außenpolitik. Wir sprechen viel über den 24. Februar 2022. Aber ein Teil des Problems, das wir haben, um Bündnispartner für eine solche Politik zu finden, hat etwas mit dem 11. September zu tun – nicht mit dem 11. September, an den die meisten von uns jetzt denken, sondern mit dem 11. September 1973. Damals putschte das Militär in Chile einen Sozialdemokraten aus dem Präsidentenamt

(Victor Perli [DIE LINKE]: Einen Sozialisten!)

und ermordete ihn wie Tausende andere. Das ist einer der Punkte, warum wir aufhören müssen, als selbstgerechter Westen aufzutreten: die Erinnerung der Völker. Wenn Sie einen Grund suchen, warum Indien sagt: "Wir machen in der Ukraine einen balancierten Ansatz", warum Südafrika sagt: "Wir sind in dieser Frage neutral", dann sehen Sie, dass das damit zu tun hat, dass wir unsere Werte nicht ernst genommen haben.

# Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege.

**Jürgen Trittin** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war schlechte Realpolitik.

# Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege.

Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kluge Realpolitik ist eine wertegebundene Realpolitik, und die ist bei Annalena in den besten Händen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

# Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

(C)

Für die CDU/CSU-Fraktion spricht der Kollege Thomas Erndl.

(Beifall bei der CDU/CSU)

## Thomas Erndl (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich durfte vor zwei Wochen mit zwei weiteren Abgeordneten dieses Hauses am ukrainischen Unabhängigkeitstag zu Gast im ukrainischen Parlament sein. Das war eine emotionale und ergreifende Sitzung. Man spürte Dankbarkeit für dieses Zeichen der Solidarität, dass Abgeordnete aus ganz Europa nach Kiew gekommen sind. Man spürte Stolz auf das, was die Ukraine in den letzten 32 Jahren als eigenständiger Staat erreicht hat. Vor allem aber spürte man auch die Entschlossenheit, dass diese freiheitliche und demokratische Ukraine ihnen niemand mehr nehmen wird und dass die Ukrainerinnen und Ukrainer ihr Land verteidigen werden. Bei all den aggressiven Aussagen der russischen Führung wird auch klar: Die Ukrainer verteidigen auch Europa, auch uns. Wenn Russland mit diesem brutalen Angriffskrieg erfolgreich ist, dann leben wir in einem anderen Europa, in einer anderen Welt, und das können und dürfen wir nicht zulassen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Freiheit – unsere Grundpfeiler – werden nicht überall auf der Welt auf gleiche Weise geschätzt. Leider sind viele Länder abwartend – Herr Kollege Trittin hat es beschrieben – und orientieren sich möglicherweise am Schluss einfach an den Stärkeren oder bauen antiwestliche Bündnisse wie BRICS aus. Das kann uns nicht gefallen, meine Damen und Herren.

Aber wer hat denn die Kraft, sich so einer Entwicklung entgegenzustellen? Das sind die mit den starken Schultern. Das sind eben auch wir. Und in einer Zeit, in der uns die Welt um die Ohren zu fliegen scheint, ist der Haushalt des Auswärtigen Amtes der, der am drittstärksten gekürzt werden soll. Das kann man auch nicht schönreden mit dem Argument "Vorkrisenniveau". Das ist schlussendlich Fakt. Das ist das völlig falsche Signal, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Marcus Faber [FDP]: Und wo würden Sie sparen?)

Das kann letztendlich auch nicht unser Anspruch sein. Und es ist schade, dass die Außenministerin in den Haushaltsverhandlungen hier nicht mehr Gewicht einbringen konnte; denn bei diesen Beträgen geht es nicht um die Einhaltung der Schuldenbremse, sondern einfach nur um Prioritätensetzung.

(Zuruf der Abg. Agnieszka Brugger [BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn Sie, Frau Außenministerin, Ihre Rede schon mit dem russischen Angriffskrieg beginnen und eindrücklich diese grauenhaften Dinge schildern, dann muss man feststellen: Die Erwartungen – die habe auch ich in der

(B)

#### Thomas Erndl

(A) Ukraine spüren können – sind einfach sehr, sehr groß. Ich glaube, dass wir hier noch mehr Entschlossenheit zeigen können. Denn dass wir jetzt wieder bei einzelnen Waffensystemen wie Taurus zögern, versteht dort wirklich niemand.

# (Beifall bei der CDU/CSU)

Wichtig ist jetzt: Wir müssen ein verlässlicher Partner sein. Wir müssen auch Entschlossenheit zeigen: bei der Munitionsbeschaffung, bei Ersatzteilen, bei Verschleißteilen. Ich glaube, dass wir da noch ein stärkeres Bild abgeben können. Wir brauchen einen klaren Pfad der maximalen militärischen Unterstützung. Das ist übrigens auch die Grundlage für Verhandlungen aus einer Position der Stärke. Wer meint, man sollte Waffenlieferungen einstellen, liefert die Ukraine ans Messer des russischen Kriegsverbrechers und sonst nichts.

# (Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Marcus Faber [FDP])

Es ist richtig: Wir müssen neue Allianzen schmieden. Wir müssen unsere Partnerschaften stärken, sei es für Rohstoffe, Handel oder auch den Kampf gegen den Klimawandel. Es gibt viele Länder, die uns sehr zugewandt sind. Wir müssen dieses Potenzial endlich noch stärker nutzen.

Deutschland als verlässlicher Partner und neue Allianzen: Ich glaube, dass wir in diesen Zeiten dafür unsere Präsenz in der Welt stärken müssen und eben nicht zurückfahren dürfen, und das sowohl diplomatisch als auch bei der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit.

Wir reden von Fachkräften und kürzen ausgerechnet da, wo diese für die Zukunft auch qualifiziert werden, nämlich beim Studentenaustausch, bei den Auslandsschulen. Einige Kolleginnen und Kollegen haben das in ihren Reden angesprochen, aber die Realität, der Haushaltsentwurf schwarz auf weiß, sieht eben leider anders aus. Dabei sind wir in Zeiten von wachsender Propaganda und Desinformation auf jeden Einzelnen angewiesen, der sich für unser Land interessiert, der unsere Sprache lernen möchte oder unser Land noch genauer verstehen möchte; aber hier wird leider der Rotstift angesetzt. Das kann nicht so bleiben.

# (Beifall bei der CDU/CSU)

Nationale Sicherheitsstrategie. Weder im Auswärtigen Amt noch im BMVg ist ein einziger Euro zusätzlich für die Umsetzung sichtbar. In Zeiten globaler Krisen leisten wir uns eine Mittelkürzung auch im Bereich der Stabilisierungsmittel, die gerade zur Krisenvermeidung dienen; das kann niemand wollen.

Der Etat zeigt vor allem eins: Die groß angekündigte Zeitenwende bleibt aus. Da ist noch viel Nacharbeit notwendig. Wir werden da gerne unterstützen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

# Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt hat die Kollegin Aydan Özoğuz das Wort für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

# Aydan Özoğuz (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! "Noch lange kein Frieden" lautet der Titel des Friedensgutachtens in diesem Jahr. Wir spüren ja alle, dass auch wir angegriffen werden durch diesen furchtbaren Krieg, der jetzt in vielen Reden selbstverständlich schon angesprochen wurde.

Herr Gysi, ich werde Sie vermissen. Aber warum bringen Sie es nicht ein Mal fertig, zu sagen: "Russland soll seinen Angriff einstellen, Russland soll nicht mehr bombardieren"? Warum nicht ein Mal?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Wir spüren die Desinformationskampagnen. Wir spüren Cyberattacken. Das betrifft auch uns direkt. Deshalb ist es gut, dass wir unsere innere wie auch äußere Sicherheit mit diesem Haushalt stärken werden. Wir haben es gleichzeitig mit einer Vielzahl von Krisenherden zu tun. Ich möchte jetzt hier natürlich nicht alle aufzählen, aber zumindest einige: Äthiopien, Jemen, Somalia, Sahelzone, Balkan, die latente Gefahr einer Eskalation im Indopazifik. Man könnte hier vieles hinzufügen. Das alles gibt Anlass zu größter Aufmerksamkeit und sorgt für Bewusstsein dafür, dass wir es mit einer sich sehr verändernden Weltordnung zu tun haben. Wir müssen Deutschland und Europa stärken.

Die Außenministerin hatte die Generalsekretärin der Welthandelsorganisation gerade ins Auswärtige Amt eingeladen. Sie hat vorgestern noch gesagt, unser Kanzler Scholz sei ein sehr starker Anwalt für größere Diversifikation und Resilienz innerhalb einer offenen, regelbasierten globalen Ökonomie, und das ganz besonders im Hinblick auf den sogenannten Globalen Süden. Das ist auch die Lehre aus den Erfahrungen mit Russland, und das ist der richtige Weg.

Die aktuelle Ballung von Herausforderungen haben wir seit Jahrzehnten nicht gekannt. Deshalb ist es so wichtig, dass dieser Haushalt sich auf drei Dinge konzentriert, nämlich Investieren, Entlasten und – darauf lege ich den größten Wert – Zusammenhalten; denn das wird die zukünftige Herausforderung für uns sein.

In der Nationalen Sicherheitsstrategie haben wir uns der Integrierten Sicherheitspolitik verschrieben. Das heißt, wir wollen Sicherheit in alle Politikfelder mit einbeziehen und vor allem das Zusammenwirken aller Akteure stärken, die für Sicherheit sorgen; Herr Fricke hat es vorhin gesagt – das ist übrigens auch eine der wichtigsten Lehren aus unserer Enquete-Kommission zu Afghanistan –: Es gibt nicht entweder Außenpolitik oder Verteidigungspolitik oder Entwicklungspolitik. Wir brauchen ein besser abgestimmtes Vorgehen, um eine erfolgreiche und kohärente Politik gestalten zu können. Genau das ist in diesem Haushalt angepeilt worden.

D)

(C)

(C)

### Aydan Özoğuz

Besonders wichtig im Sinne der Integrierten Sicherheit (A) müssen wir neben der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands auch die zivilen Komponenten der Friedenssicherung und der Verständigung stärken. Deshalb ist es so wichtig, dass wir trotz der bereits angesprochenen begrenzten Haushaltsmittel die Mittel für das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze stabil halten. Das ist etwas, was mir wirklich wichtig ist; denn diese Expertinnen und Experten leisten wichtige Arbeit in aller Welt. Sie sind gerade dabei, Beweise für Kriegsverbrechen in der Ukraine zu sammeln und zu sichern. Nur so kann Kriegsverbrechern später der Prozess gemacht werden.

Wir wissen das vom Balkan - ich habe das schon in früheren Reden hier sehr betont -: Gerade wenn Kriegsverbrechen nicht aufgearbeitet werden, wenn Kriegsverbrecher nicht bestraft werden und womöglich noch von einer Generation zur nächsten Generation sehr falsche und unterschiedliche Geschichten weitergegeben werden, dann ist das für uns alle ein Problem. Wir brauchen eine Strafverfolgung, und wir sollten es in der Ukraine von Anfang an besser machen.

# (Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Zum Abschluss möchte ich ganz kurz auf Michael Link eingehen. Ich hatte die Generalsekretärin der Welthandelsorganisation angesprochen. Sie hat jemanden aus den Entwicklungsländern zitiert. Es ist ein gutes und wichtiges Zitat; ich glaube, gerade viele Außenpolitiker werden es kennen. Es heißt: Wenn wir es mit China zu tun haben, bekommen wir am Ende einen Flughafen. Wenn wir es mit euch zu tun haben, bekommen wir am Ende einen Vortrag. - Ich habe mich wirklich gefreut, dass das im Auswärtigen Amt, von uns allen sozusagen unterstützt, so deutlich gemacht wurde. Es zeigt: Wir haben das verstanden, was sich so lange entwickelt hat, und wir wollen nun endlich einen neuen Weg gehen.

Ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

## Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Ulrich Lechte hat das Wort für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜ-NEN)

## **Ulrich Lechte** (FDP):

Hohes Präsidium! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir zu Beginn eine persönliche Anmerkung. Ich möchte heute nämlich ganz besonders meine Grundschulklasse in Neckarbischofsheim im schönen Baden-Württemberg grüßen. Heute vor 40 Jahren war mein Einschulungstag, und ich habe bei der Frau Philipp in der Grundschule rechnen gelernt; das braucht man ja im Haushalt. Also, vielen herzlichen Dank an die Lehrerinnen und Lehrer.

> (Beifall bei der FDP, der SPD und dem **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Wir hoffen, sie hat es sich gemerkt.

### Ulrich Lechte (FDP):

Die Beratung des Haushalts wird ja bekanntermaßen als Königsdisziplin des Parlaments bezeichnet. In dieser Disziplin wird deutlich, wer nur schöne Schaufensterreden hält und wer wirklich liefert, wer in schwierigen Zeiten Verantwortung übernimmt und wer verantwortlich handelt. Es reicht nicht, einfach nur alles Mögliche zu fordern, sondern man muss auch sagen, wo das Geld dafür herkommen soll.

Zur Königsdisziplin des Parlaments gehört es, die verschiedenen Anliegen gegeneinander abzuwägen und Prioritäten zu setzen, künftigen Politikergenerationen genügend Luft zum Atmen zu lassen, sodass sie nicht an den Schulden von heute ersticken. Das fällt nicht immer leicht, aber es muss gemacht werden, und wir als Ampel machen es.

Das führt auch im Haushalt für das Auswärtige Amt zu Entscheidungen, die wirklich nicht leichtfallen. Trotz vieler Krisen in der Welt müssen wir das Budget für humanitäre Hilfe auf das Vor-Corona-Niveau zurückfahren. Aber wir haben dafür gesorgt, dass die Gelder jetzt effizienter eingesetzt werden können. Wir haben mit einem Haushaltsvermerk klargestellt, dass mindestens 30 Prozent der Gelder als flexible Mittel eingesetzt werden müssen. So können wir die Hilfsorganisationen von unnötiger Bürokratie befreien und geben ihnen den Handlungsspielraum, den sie dringend benötigen. Die humanitären Hilfsorganisationen, wie beispielsweise (D) das Welternährungsprogramm oder der UNHCR, sind dafür mehr als dankbar und begrüßen diese Vorgehensweise ausdrücklich.

# (Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Versprochen hat diese Entbürokratisierung bereits die GroKo beim Humanitären Weltgipfel 2016 in Istanbul; aber erst die Ampel hat dieses Ziel zunächst im Koalitionsvertrag und dann im ersten Haushalt festgelegt. Wir liefern also, wo früher Regierungen Versprechungen gemacht haben.

Das Gleiche gilt für das 2-Prozent-Ziel der NATO. Das hat die GroKo 2014 beim NATO-Gipfel in Wales vollmundig in üblicher Merkel-Manier versprochen.

(Peter Beyer [CDU/CSU]: Steinmeier hat unterschrieben!)

Aber wer setzt es um? Die Ampel, meine Damen und Herren, und das war auch bitter nötig; denn der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg in der Ukraine hat uns allen vor Augen geführt, dass Frieden keine Selbstverständlichkeit ist, dass der Frieden, der Wohlstand und damit die Demokratie in Europa in Gefahr sind.

Meine Damen und Herren, unsere Freiheit ist in Gefahr. Populismus und Spaltung sind auf dem Vormarsch. Aufrechte Demokraten aller Parteien sind gefordert, diese Auswüchse zu bekämpfen und standhaft jeden Tag unsere Werte, unsere freiheitliche demokratische Grundordnung zu verteidigen. Dazu gehört, dass wir ge-

### Ulrich Lechte

meinsam in der Europäischen Union, in der NATO, im Rahmen der G 7 und in den Vereinten Nationen zusammenstehen, um die Ukraine zu unterstützen und Putin und seinen Freunden Grenzen zu setzen.

Autokratie und Illiberalität sind die natürlichen Feinde von Menschenrechten, von Freiheit und Demokratie.

# Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege.

## **Ulrich Lechte** (FDP):

Stehen wir zusammen gegen diese Feinde, anstatt uns ständig zu streiten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

# Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt spricht zu uns Frank Schwabe für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der

## Frank Schwabe (SPD):

Frau Präsidentin! Verehrte Damen und Herren! Wir haben in dieser Debatte viel über die weltweiten Herausforderungen gesprochen. Und natürlich ist es so - das kann man nicht oft genug sagen -, dass wir, jedenfalls wir hier in Europa, weiterhin sehr stark unter dem Eindruck des verbrecherischen russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine stehen. Deswegen kann man nicht oft genug sagen: Es ist unsere zentrale Aufgabe, alles zu tun, damit die Ukraine als eigenständiger, souveräner Staat in seinen eigenen Grenzen bestehen kann. Es ist wichtig, alles zu tun, damit die Ukraine ökonomisch und sozial wieder aufgebaut werden kann. Wir müssen alles tun, damit am Ende die Verbrecher zur Rechenschaft gezogen werden, wenn nötig, mit internationalen Sondertribunalen.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Das wird auch im Haushalt deutlich, im Entwicklungsbereich, im Verteidigungsetat, der gleich diskutiert wird, aber eben auch im Bereich der humanitären Hilfe. Alles fokussiert sich und konzentriert sich auf die Ukrainepoli-

Da ich gerade die humanitäre Hilfe angesprochen habe, möchte ich nicht darum herumreden - die Außenministerin hat es auch nicht getan -: Natürlich ist die Reduzierung der Mittel für die humanitäre Hilfe in diesem Haushalt, im Ansatz jedenfalls, um etwa ein Drittel schmerzlich. Das ist so, und es ist international schwierig, das zu erklären. Wir sehen ja – im Gegensatz zu manchen anderen Behauptungen -, welche geschätzten Partner wir in der internationalen Politik sind und dass im Grunde genommen alle internationalen Organisationen zu uns kommen und uns bitten, unser Engagement aufrechtzuerhalten.

Bei der humanitären Hilfe geht es um die verletzlichsten Menschen auf der Welt, die täglich um ihr Überleben ringen: im Südsudan, im Sudan, in Myanmar, im Jemen, in Syrien, in Afghanistan - um nur ein paar Beispiele zu nennen. Das ist am Ende schlichtweg die Prävention von weiteren Krisen, die Prävention von Kriegen und übrigens auch die Prävention von irregulärer Migration. Wir reden über ungefähr 300 Millionen Menschen auf der Welt, die täglich um ihr Überleben kämpfen müssen in etwa so viele Menschen leben in den Vereinigten Staaten von Amerika -, und wir reden über humanitäre Bedarfe in Höhe von 50 Milliarden US-Dollar. Diese Summe ist im letzten Jahr nur zur Hälfte gedeckt worden – in etwa, vielleicht ein bisschen mehr –, obwohl das weniger als der Verteidigungsetat der Bundesrepublik Deutschland ist. Ich sage das immer wieder in diesen Debatten, um deutlich zu machen, wie wenig es international bedürfte, um diesen leidenden Menschen zumindest ein bisschen zu helfen. Deswegen ist die Kürzung, die vorgeschlagen ist, bitter; das ist so.

Gleichzeitig will ich aber auch deutlich machen, dass sich Deutschland in den letzten Jahren zu einer wahrhaftigen Weltmacht im Bereich der humanitären Hilfe entwickelt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Es ist eine politische Leistung, auch von vielen hier im Deutschen Bundestag, dass wir das hinbekommen haben. Wir sind weltweit auf Platz zwei der internationalen Gebernationen nach den USA, und wir bleiben das auch mit (D) diesem neuen Haushalt. Wir liegen in der Tat immer noch – das ist vielfach gesagt worden – über dem Niveau aus Vor-Corona-Zeiten. Wir haben das Haushaltsvolumen in dem Bereich gegenüber dem Jahr 2012 mehr als verfünffacht. Auch das muss gesagt werden.

Es bleibt aber eine zentrale Aufgabe deutscher Außenpolitik, alles zu tun, damit diese internationalen Gelder organisiert werden können. Klar ist - das gilt auch für zukünftige Haushalte –, dass das schwieriger wäre, wenn der Etat für humanitäre Hilfe als Steinbruch betrachtet würde. Deswegen will ich daran erinnern - darauf ist auch die Außenministerin hier eingegangen -, dass es, so höre ich, die Zusage des Finanzministers gibt, dass, sobald humanitäre Krisen auftreten, die wir im Moment noch nicht absehen können, zusätzliches Geld bereitgestellt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP und des Abg. Michael Brand [Fulda] [CDU/CSU])

Die deutsche Außenpolitik verpflichtet sich, internationale Organisationen zu stärken. Die Außenministerin hat es gesagt: Wir stärken internationale Organisationen wie die OSZE und den Europarat. Ich will es noch mal ausdrücklich sagen: Deutschland ist die führende Kraft im Europarat, die dafür sorgt, dass der Europarat sich als wichtigste europäische Institution weltweit vorbildlich für Menschenrechte, für Demokratie und für Rechtsstaatlichkeit einsetzen kann.

# (A) Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege.

## Frank Schwabe (SPD):

Da sind wir führend und ein mahnendes Beispiel für andere.

# Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Ich wäre hier jetzt auch mahnend unterwegs.

## Frank Schwabe (SPD):

Den Europarat finanziell entsprechend auszustatten, ist ein gutes Beispiel und ein Pluspunkt in diesem Haushalt. – Vielen Dank, Frau Präsidentin.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

# Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Carsten Körber hat das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

## Carsten Körber (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie in den vergangenen Jahren, so muss ich leider auch in diesem Jahr meine Rede zu den Haushaltsberatungen mit der Feststellung beginnen, dass wir uns in turbulenten, ja schwierigen Zeiten befinden. All das wirkt auch ins Inland und betrifft auf vielfältige Art und Weise einen jeden von uns. Aber relativ neu an dieser Situation ist, dass im Inland seit ungefähr zwei Jahren der bei Weitem größte Unsicherheitsfaktor die eigene Bundesregierung ist. Das hat es in dieser Form noch nicht gegeben. Millionen Menschen in unserem Land befürchten den eigenen wirtschaftlichen Abstieg. Unsere Wirtschaft leidet unter einer Politik, der nichts anderes einfällt, als zu bevormunden, zu gängeln und zu verbieten. Diese Abstiegskoalition kocht weiter ihr dünnes Süppchen, wie ich es gestern in der Debatte zum BMZ-Etat nannte. Zu keinem Haushalt zuvor hat es jemals eine so harsche Kritik vom Bundesrechnungshof gegeben.

Ich möchte vorab grundsätzlich klarstellen, dass wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Einhaltung der Schuldenbremse und die damit notwendigen Kürzungen im Gesamtetat von gut 6 Prozent nicht infrage stellen.

(Marianne Schieder [SPD]: Ach so! – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann sind Sie also gegen das Positionspapier von Herrn Merz und Herrn Dobrindt?)

Denn mit insgesamt über 445 Milliarden Euro ist dieser Haushalt trotzdem einer der größten in der Geschichte unseres Landes. Kritisieren hingegen muss man die Schwerpunktsetzung in diesem Haushalt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Bezogen auf den Haushalt des Auswärtigen Amtes (C) muss man sich die Fragen stellen: Hat dieser Haushaltsentwurf Substanz? Geht dieser Haushaltsentwurf dort in die Vollen, wo es nötig und angebracht ist? Die Analyse zeigt: Nein, das tut er leider nicht. Warum? Dieser Etat sinkt um fast 18 Prozent. Im Vergleich: Der Gesamthaushalt sinkt um 6 Prozent, um fast 18 Prozent der Einzelplan 05. Damit ist dies der Etat innerhalb des Bundeshaushalts, der am drittstärksten sinkt, und das in einer Situation, in der niemand ernsthaft glauben kann, dass der Bedarf an humanitärer Hilfe und auch an Stabilisierungsmitteln im kommenden Jahr geringer ausfallen dürfte als heute. Von einer guten Regierung kann und muss man daher erwarten, dass im Etat für solche Situationen Haushaltsvorsorge getroffen wird. Der Blick in die einschlägigen Haushaltstitel jedoch lässt auch den wohlwollendsten Beobachter

(Marianne Schieder [SPD]: Der Sie nicht sind! Von wohlwollend kann keine Rede sein!)

mit einiger Ernüchterung zurück. Die Mittel für die so wichtige humanitäre Hilfe sinken um ein sattes Drittel von ungefähr 2,7 auf 1,7 Milliarden Euro. Der Ansatz für die Stabilisierungsmittel sinkt um ungefähr ein Viertel.

# (Zuruf des Abg. Otto Fricke [FDP])

Zwar stehen Stabilisierungsmittel meist nicht so im Fokus, aber diese Gelder sind immens wichtig. Sie dienen nämlich dazu, Krisen gar nicht erst in Katastrophen abgleiten zu lassen.

Das heißt, jeder Euro für Stabilisierungsmittel spart ein Mehrfaches an humanitärer Hilfe. Da frage ich mich schon: Wie kann das Auswärtige Amt es zulassen, dass die Mittel für dieses wichtigste außenpolitische Förderinstrument des AA so massiv abgesenkt werden?

# (Beifall bei der CDU/CSU)

Wie immer spielt die Bundesregierung auch in diesem Jahr im Haushaltsverfahren dieses altbekannte Spiel: Sie kürzt genau dort, wo völlig klar ist, dass das Parlament in irgendeiner Form reagieren muss. Es drängt sich aber die Frage auf, wieso das Auswärtige Amt sich das gefallen lässt. Immerhin hat die Ministerin eine Protokollnotiz zum Kabinettsbeschluss abgegeben. Sollte durch eine internationale Krise zusätzlicher Bedarf entstehen, werde das BMF entsprechende Mittel für die humanitäre Hilfe freigeben. Aber jedem ist völlig klar: Diese Protokollnotiz kann nur ein Notbehelf sein.

Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie wissen: Ich habe Sie des Öfteren für Ihr klares Auftreten und für Ihre klaren Worte gelobt. Mit Ihrer deutlichen Sprache mögen Sie vielleicht dem einen oder anderen Diplomaten in Ihrem Hause den Schweiß auf die Stirn getrieben haben. Ich finde das in dieser Form dennoch spannend und habe eine Sympathie für klare Sprache an den Stellen, wo sie angebracht und nötig ist. Aber: Im ursprünglichen Entwurf des Haushaltsgesetzes war zum Beispiel das 2-Prozent-NATO-Ziel festgeschrieben. Diese 2 Prozent haben Sie dort leider streichen wollen. Statt der jährlichen 2 Prozent lesen wir stattdessen etwas von einem langjährigen

#### Carsten Körber

Mittel. Das verstehe ich nicht. Das ist das Gegenteil von klaren Ansagen und klaren Worten, gerade an einer Stelle, wo das nötig wäre. Sie senden damit eine unheilvolle Botschaft auch an unsere NATO-Verbündeten und -Freunde, die sagen, wir seien keine verlässlichen Partner.

## (Beifall bei der CDU/CSU)

Das halte ich für einen Fehler. Dennoch freue ich mich auf die mit Sicherheit sehr spannenden und intensiven Beratungen zu dem Haushalt des Auswärtigen Amtes.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

# Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Christian Petry hat jetzt das Wort für die SPD-Fraktion in dieser Debatte.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

# **Christian Petry** (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Europa stellt sich neu auf. Europa muss sich neu aufstellen; denn, wie es hier schon vielfach genannt worden ist, auch Europa hat eine Antwort zu geben und gibt diese auch auf den russischen Angriffskrieg, insbesondere bezüglich neuer Sicherheitsstrukturen gemeinsam mit der NATO. Wir werden gleich anschließend den Verteidigungshaushalt beraten. Ich bin froh, dass Boris Pistorius dort Verantwortung trägt. Das wird eine große Aufgabe für Europa.

Die Bewältigung der Covid-Krise läuft. Ich bin sehr froh, dass es in dieser Krise gelungen ist, ein flexibles Aufbauprogramm mit neuen Finanzierungsmöglichkeiten, die vorher nicht bestanden, zu etablieren.

Über die weitere Gestaltung folgender Themen müssen wir reden: die Klimaneutralität mit den großen Programmen, die Digitalisierung und vor allem die Transformation. Auch für uns ist es wichtig, wie wir in großen Teilen der Bundesrepublik unsere Industriegesellschaft hin zu Klimaneutralität transformieren. Dafür wünsche ich mir bei den europäischen Beihilferegelungen Flexibilität und individuelle Lösungen, die uns vor Ort weiterbringen.

Ich bin ganz froh, dass der 2024er-Haushalt trotz der Kürzungen – es ist mehrfach genannt worden, auch von Herrn Fricke – eigentlich die Stabilisierung und die Fortführung des 2019er-Haushalts darstellt. Insoweit liegt da immer noch eine Steigerung vor. Die Europatitel, die Titel zur Stärkung des europäischen Zusammenhaltes wurden Gott sei Dank - das ist sehr gut, das empfinde ich als besonders wichtig - unberührt gelassen. Die deutsch-französischen Projekte, die deutsch-polnischen Projekte bleiben erhalten und bilden einen wichtigen Baustein für uns. Das Motto dieses Haushaltes "Investieren, entlasten und zusammenhalten" gilt auch hier.

An der Stelle sage ich es immer: Ich bin froh, dass es gelungen ist, in dem Koalitionsvertrag das Ziel, wo wir hinwollen, festzuschreiben. Dank deiner tatkräftigen Unterstützung, Michael Link, steht dadrin: Wir wollen einen (C) föderalen europäischen Bundesstaat. - Das müssen wir erreichen.

Wie wollen wir da hinkommen? Wir wollen selbstverständlich die Vorschläge zur Reform der Europäischen Union nutzen. Dramatischerweise hat die Erweiterungsdebatte unter den Kriegsbedingungen Drive bekommen. Viele Länder wollen zu uns – daran sieht man mal, wie attraktiv wir sind -; da brauchen wir Reformen. Ein Vehikel könnten Beitrittsverträge sein. Ein anderes diskutierbares Phänomen wird beispielsweise die Mitgliedschaft quasi in Wirkungskreisen sein, um den Ländern im System die Chance zu geben, die Vollmitgliedschaft zu erwerben. Das ist eben auch schon mehrfach angesprochen worden. Das halte ich für sehr wichtig.

Entgegen allen Reden der Opposition, besonders von der CDU - Herr Krichbaum, ich verstehe nicht, was Sie da über das deutsch-französische Verhältnis gesagt haben; vielleicht waren Sie schon lange nicht mehr in Paris -, finden die Reformvorschläge, die wir seit Jahren unterbreiten,

# (Zuruf der Abg. Agnieszka Brugger [BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN])

immer mehr Unterstützung, auch in Frankreich. Deutschfranzösische Arbeitsgruppen arbeiten an den Vorschlägen, werden sie repräsentieren. Wir sind ein starker Motor in der deutschen Außenpolitik, in der deutschen Europapolitik. Alle Bilder, die von Ihnen an die Wand gemalt werden, entsprechen nicht der Realität. Darauf (D) können wir stolz sein.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Die Reformen der Institutionen werden wir damit verknüpfen. Rechtsstaatlichkeit und Rechtsstaatsmechanismus werden aber ein hohes Gut bleiben und müssen gestärkt werden; denn neue Orbans brauchen wir nicht. Wir brauchen Länder, die unsere liberalen Demokratien stärken. Dort werden wir auch den Maßstab ansetzen. Deswegen halte ich es auch für wichtig, den Konvent wieder fortzuführen. Auch wenn er kein Ergebnis bringen wird, das direkt umsetzbar ist, so ist er absolut notwendig, um die Orientierung und die Basis für gemeinsames Arbeiten zu schaffen.

Ich lade alle ein, hier mitzumachen. "Investieren, entlasten und zusammenhalten" wird der Maßstab sein. Wir bringen uns hier ein. Hier orientieren sich viele an uns. Das ist eine dankbare Aufgabe. Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Demokraten in diesem Hause, lassen Sie uns gemeinsam diese Aufgabe angehen; denn das ist ein dankbares Ziel. Wir bringen Europa voran, auch mit diesem Haushalt.

Vielen Dank. Glück auf!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

# (A) Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Zu diesem Einzelplan gibt es keine weiteren Wortmeldungen.

Mithin kommen wir zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung, Einzelplan 14.

Es freut mich, dass dazu die Wehrbeauftragte im Saal ist. – Frau Högl, herzlich willkommen! Schön, dass Sie der Debatte folgen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/ CSU und der LINKEN)

Für die Bundesregierung hat das Wort der Bundesminister der Verteidigung, Boris Pistorius.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Boris Pistorius, Bundesminister der Verteidigung:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Wehrbeauftragte, liebe Eva Högl! Die erste Feststellung voran: Es geht voran. Das ist die Kernaussage des Verteidigungshaushaltes für das kommende Jahr. Mit insgesamt 71 Milliarden Euro aus dem Einzelplan 14 und den Mitteln aus dem Sondervermögen steht uns im kommenden Jahr so viel Geld für unsere Bundeswehr zur Verfügung wie noch nie.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

(B) Das sind Mittel, meine Damen und Herren, die wir brauchen, um in unsere Sicherheit zu investieren, Mittel für die Männer und Frauen, die jeden Tag einen so wichtigen und oftmals gefährlichen Dienst für unsere Sicherheit und Freiheit leisten. Denen möchte ich an dieser Stelle besonders herzlich von hier aus danken. Das gilt natürlich besonders für die vielen Soldatinnen und Soldaten, die aktuell im Auftrag des Deutschen Bundestages in Einsatz sind.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie bei Abgeordneten der AfD)

Meine Damen und Herren, wir investieren in die Menschen der Bundeswehr, wir investieren in die Bundeswehr, wir investieren in die Beschaffung von modernem, geeignetem Gerät für die Truppe, um unsere Verteidigungsfähigkeit zu verbessern. Wir können uns keine Abstriche bei unserer eigenen Sicherheit leisten, erst recht nicht, wenn vor unserer Türe ein brutaler Angriffskrieg tobt. Denn dieser Krieg – das kann man nicht oft genug wiederholen – ist nicht nur ein Angriff auf die souveräne und freie Ukraine, sondern auch ein fundamentaler Angriff auf unsere internationale Sicherheitsordnung, das Völkerrecht und unsere Art, zu leben.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Wir dürfen nicht eine Sekunde einen Zweifel daran lassen: Putin darf damit nicht durchkommen. Deswegen werden wir die Ukraine auf allen Ebenen unterstützen, auch militärisch, so lange, wie das nötig ist.

# (Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE (C) GRÜNEN und der FDP)

Ich kann durchaus mit Stolz sagen – es ist heute Morgen schon gesagt worden –: Die Bundesrepublik Deutschland ist nach den USA der zweitgrößte Unterstützer der Ukraine. Diese Unterstützung ist von zentraler Bedeutung für ihre Selbstverteidigung. Jeden Tag retten deutsche Waffen in der Ukraine ukrainisches Leben.

(Beifall bei der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir unterstützen mit Material, aber auch mit Ausbildung. So werden wir bis Ende des Jahres in Deutschland insgesamt 10 000 ukrainische Soldatinnen und Soldaten ausgebildet haben. Ich weiß aus der Ukraine, dass gerade die Qualität dieser Ausbildung immer wieder gelobt wird. Zusätzlich übernehmen wir international Verantwortung und tragen zur Abschreckungsfähigkeit unseres Bündnisses bei mit unserem breiten Engagement an der NATO-Ostflanke.

Und ja, meine Damen und Herren, Deutschland muss Führung übernehmen. Deshalb wollen wir, erstmals überhaupt, eine Brigade dauerhaft in Litauen stationieren. Wir zeigen damit unseren Alliierten, dass wir an ihrer Seite stehen, dass auf uns Verlass ist. Wir machen damit die Zeitenwende sichtbar und spürbar: für unsere Sicherheit und die Sicherheit unserer Partner und Freunde.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP) (D)

Die Umsetzung dieser Entscheidung wird natürlich mit den NATO-Verteidigungsplänen in Einklang stehen und eng mit unseren Partnern vor Ort abgestimmt. Die ersten Planungsschritte sind bereits gemacht. Jetzt muss die nötige Infrastruktur vor Ort geschaffen werden.

(Florian Hahn [CDU/CSU]: Im Haushalt steht davon nichts!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in Zukunft werden wir 2 Prozent unserer Wirtschaftsleistung in Verteidigung investieren. Da beißt die Maus keinen Faden ab. Damit halten wir unser Versprechen gegenüber unseren Bündnispartnern und kommen unseren Verpflichtungen in der NATO endlich nach.

(Beifall bei der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vor allem aber investieren wir damit in die Einsatzbereitschaft unserer Bundeswehr und in unsere Sicherheit.

Lassen Sie mich einen Blick zurückwerfen auf das, was wir im laufenden Jahr bereits geschafft haben: Wir haben wichtige Rüstungsvorhaben unter Vertrag genommen. Dazu zählen unter anderem die Beschaffung von weiteren 50 Schützenpanzern Puma, von 60 schweren Transporthubschraubern CH-47, von 227 Überschneefahrzeugen der neuesten Generation und von mehreren Systemen IRIS-T SLM für die bodengestützte Luftver-

#### **Bundesminister Boris Pistorius**

(A) teidigung. Außerdem beabsichtigen wir, in Kürze gemeinsam mit den Ausschüssen die Beschaffung für das Luftverteidigungssystem Arrow zeitnah abzuschließen.

> (Beifall bei der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Und, meine Damen und Herren, wir haben vor, uns 2024 bei den Ausgaben für die Munitionsbeschaffung noch einmal um mehr als das Doppelte zu steigern. Deutlich steigern werden wir auch unsere Ausgaben bei der Materialerhaltung. Auch das ist notwendig; da ist in den letzten 30 Jahren viel heruntergewirtschaftet worden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Alexander Müller [FDP])

Es ist jetzt notwendig, das zu ändern, um die Einsatzbereitschaft unserer Waffensysteme sicherzustellen.

Wir sind das große Thema Beschaffung angegangen

(Zuruf des Abg. Markus Grübel [CDU/CSU])

wenn Sie einen Zwischenruf machen wollen, müssen
 Sie lauter sein; sonst höre ich ihn nicht –

(Markus Grübel [CDU/CSU]: Luftschlösser!)

und haben unnötige Hemmnisse abgebaut. Unser Ziel: schneller werden. Der Faktor Zeit hat nun höchste Priorität bei der Beschaffung und ist bestimmend für alle laufenden und neuen Rüstungsvorhaben. Damit machen wir endlich Tempo bei der Beschaffung. Und schon jetzt – das will ich sagen – haben wir in diesem Jahr, bis zum heutigen Tag, mehr 25-Millionen-Euro-Vorlagen ins Parlament gebracht als im ganzen vergangenen Jahr, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Florian Hahn [CDU/CSU]: Das ist auch nicht so schwierig! – Dr. Hendrik Hoppenstedt [CDU/CSU]: Messen Sie sich nicht an Ihrer Vorgängerin!)

Wir arbeiten gleichzeitig mit Hochdruck daran, eine angemessene personelle Ausstattung der Bundeswehr zu erreichen – auch eine wichtige Aufgabe. Denn eines ist klar: Wir werden mit all unseren Bemühungen nur erfolgreich sein, wenn wir auch weiterhin hochmotivierte und qualifizierte Soldatinnen und Soldaten für unsere Bundeswehr gewinnen können.

Meine Damen und Herren, die Nationale Sicherheitsstrategie, die wir im Juni beschlossen haben, unterstreicht: Die Bundeswehr ist eines der Kerninstrumente der integrierten Sicherheit. Ihre Aufgabe ist es, unsere Freiheit und Sicherheit, wenn es nötig ist, zu verteidigen. Diese Aufgabe kann sie aber nur erfüllen, wenn sie für die Zukunft entsprechend aufgestellt ist. Deshalb müssen unsere Verteidigungsausgaben auch die Leistungsfähigkeit gewährleisten, die wir uns mit dieser Strategie selbst ins Lastenheft geschrieben haben. Wir stehen heute besser da als vor einem Jahr, ganz eindeutig. Und mindestens genauso wichtig: Wir investieren nun endlich wieder.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass ich in den Haus- (C) haltsverhandlungen für einen deutlich stärkeren, steigenden Verteidigungsetat eingetreten bin, und ich werde mich auch weiter dafür starkmachen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP – Ingo Gädechens [CDU/CSU]: Das war auch erfolglos! – Dr. Hendrik Hoppenstedt [CDU/CSU]:Ja, wenn da was rauskäme!)

 Meine Damen und Herren von der Opposition, ein kleiner Ausflug in die Geschichte gefällig? Seit 2005 haben Sie als Union die Verteidigungsminister gestellt.

(Markus Grübel [CDU/CSU]: Und wer hat immer gebremst? Das war doch die SPD! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Wo war da eigentlich Ihre große Unterstützung?

(Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU]: Das haben Ihre Parteifreunde verhindert!)

Nichts als Lippenbekenntnisse, hohle Loyalitätsadressen und Sonntagsreden, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Wenn Sie seit 2005 diese Bundeswehr nicht Jahr um Jahr mit einem Sparprogramm überzogen hätten, wenn Sie nicht – –

(Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU]: Reden Sie mal mit Olaf Scholz! – Dr. Hendrik Hoppenstedt [CDU/CSU]: Das war Herr Scholz!)

(D)

- Nicht immer Herr Scholz! 2009 bis 2013 haben Sie --

(Zurufe von der CDU/CSU: Das war Herr Scholz! – Gegenruf der Abg. Agnieszka Brugger [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Guttenberg)

– Wissen Sie was? Franz Josef Strauß hat mal gesagt: Ein Kehlkopf ersetzt noch keinen Kopf. – Ich weiß nicht, wieso ich jetzt gerade darauf komme.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Dr. Hendrik Hoppenstedt [CDU/CSU]: Herr Kollege, das war jetzt ein bisschen unter der Gürtellinie! Das können Sie besser! – Henning Otte [CDU/CSU]: Das haben Sie doch nicht nötig!)

Aber ganz im Ernst: Sie haben seit 2005 eine Sparrunde nach der nächsten durchgeführt, und Sie haben in der Periode 2009 bis 2013 – da war die SPD nicht beteiligt – aus fiskalischen Gründen sowohl die Heeresflugabwehr abgeschafft als auch den Wehrdienst ausgesetzt. Auch das gehört zur Wahrheit in der Geschichte dazu, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Florian Hahn [CDU/CSU]: Wenn Sie die Wehrpflicht wieder einführen wollen, tun Sie es!)

#### **Bundesminister Boris Pistorius**

(A) Und wenn die Lücke, die wir vorgefunden haben, nicht so groß wäre, dann hätten wir heute weniger Hausaufgaben zu machen.

Das Sondervermögen wird voraussichtlich 2027, 2028 verbraucht sein. Nur ein dauerhaft steigender Verteidigungsetat sorgt dann dafür, dass wir auch in Zukunft ausreichend Geld für die Truppe haben und das NATO-Ziel erreichen, und darauf wird es ankommen. Und nur eine starke Verteidigungsindustrie in Deutschland und Europa – das will ich auch noch dazu sagen – sorgt dafür, dass wir das Geld in Form von Material und Ausrüstung schnell und verlässlich auf den Hof bekommen. Dafür muss die Industrie die entsprechenden Kapazitäten vorhalten, ja; aber dafür braucht sie Verlässlichkeit und Planbarkeit, auch mit Blick auf unsere mittelfristigen Verteidigungsausgaben.

(Beifall bei der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie: Zeigen Sie mit der Zustimmung zu diesem Haushalt, dass wir unseren Soldatinnen und Soldaten das geben wollen und das geben, was sie brauchen,

(Henning Otte [CDU/CSU]: 10 Milliarden mehr!)

dass Sie fest an der Seite unserer Truppe stehen, an der Seite Ihrer Parlamentsarmee! Zeigen Sie, dass wir als Bundesrepublik Deutschland bereit sind, gemeinsam mit unseren Bündnispartnern Verantwortung zu übernehmen für die Sicherheit und Freiheit in Europa und für eine internationale Ordnung des Rechts!

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

## Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der nächste Redner ist Florian Hahn für die CDU/CSU Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

#### Florian Hahn (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Debattenbeiträge der Ampelregierung zum vorgelegten Bundeshaushalt 2024 sind geprägt von Eigenlob, Ablenkungsmanövern und dem Versuch, mit der Ankündigung des Bundeskanzlers, mehr Tempo machen zu wollen, vor die kommunikative Welle zu kommen.

(Dr. Joe Weingarten [SPD]: Die haben Sie noch gar nicht gehört! – Karsten Klein [FDP]: Du redest heute am Anfang, nicht am Ende!)

Ich kann das ja verstehen, vor allem angesichts der desaströsen wirtschaftlichen Situation unseres Landes – die hat der Bundeskanzler ja heute selbst attestiert –

(Dr. Joe Weingarten [SPD]: Vor allen Dingen in Bayern! – Agnieszka Brugger [BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, als Folge des russischen Angriffskriegs!)

und der Krise, in die Sie, diese Bundesregierung, uns in (C) vielen Bereichen in einem atemberaubenden Tempo geführt haben. Allerdings möchte ich Sie warnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Ampel, dass Sie dieser Propaganda, die Sie da verbreiten, nicht selber aufsitzen. Ich fürchte aber, genau das tun Sie.

Und Ihnen, sehr geehrter Herr Bundesminister Pistorius, möchte ich raten: Hören Sie auf, uns hier im Parlament und vor allem den betroffenen Soldaten und zivilen Angestellten der Bundeswehr was vorzumachen! Das sorgt im Moment gerade in der Truppe für einen immensen Vertrauensverlust.

(Falko Droßmann [SPD]: Unsinn! Großer Unsinn! – Marianne Schieder [SPD]: In der Truppe gibt es ein Vertrauen in den Minister, aber nicht in Ihre Propaganda!)

Ihre Rede verdient die Überschrift "Tricksen, täuschen, tarnen", Herr Bundesminister.

(Marianne Schieder [SPD]: Also, das ist ja ein parlamentarischer Ausdruck hier!)

Sie tricksen, wenn Sie behaupten, dass die 2 Prozent erreicht werden würden. Schließlich buchen Sie nicht nur das Sondervermögen – gegen die eigene Ankündigung des Bundeskanzlers bei seiner Rede letztes Jahr – in die 2 Prozent rein. Nein, Sie buchen auch noch mehr als 14 Milliarden Euro aus anderen Ressorts hinein; Genaues weiß man nicht dazu. All die billigen fiskalischen Taschenspielertricks, mit denen das 2-Prozent-Ziel auf dem Papier erreicht werden soll, helfen der Bundeswehr aber nicht, verteidigungsfähiger zu werden, und das ist (D) das Entscheidende.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Joe Weingarten [SPD]: Aber diese hohlen Worte helfen ihr auch nicht! – Bettina Hagedorn [SPD]: Sie haben ja keine Ahnung!)

Herr Bundesminister, Sie täuschen. Sie täuschen eine ordnungsgemäße Verwendung des Sondervermögens vor. Dieses Sondervermögen war dazu gedacht, die Bundeswehr wieder fitzumachen und das Geld in die Finanzierung bedeutsamer Ausrüstungsvorhaben zu stecken. Sie verwenden es aber zunehmend zur Finanzierung anderer Alltagsmaßnahmen, die sich nicht mit dem ursprünglichen Zweck decken. Das ist rechtlich unzulässig, Herr Minister,

(Marianne Schieder [SPD]: Na, na, na! Runter vom Gas!)

und das sagen nicht nur wir von der Union, sondern das bestätigte diese Woche auch der Bundesrechnungshof

(Beifall bei der CDU/CSU)

Und, Herr Bundesminister, Sie tarnen. Sie tarnen Ihre eigene völlige Niederlage bei diesen Haushaltsverhandlungen als Erfolg. Sie hatten eine jährliche Steigerung des Verteidigungshaushaltes um 10 Milliarden Euro unabhängig vom Sondervermögen gefordert. Nichts ist daraus geworden. Sie konnten sich in keinster Weise durchsetzen; Sie haben gerade mal die steigenden Kosten für das Personal erstattet bekommen. Das ist eine wirklich bittere Niederlage für Sie.

#### Florian Hahn

 (A) (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Joe Weingarten [SPD]: Kleiner Beifall bei der Union!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Ampel fährt mit diesem Haushalt die Bundeswehr gerade mit Vorsatz an die Wand. Spätestens in drei Jahren stehen wir vor dem finanziellen Abgrund; denn nach dem Aufbrauchen der Mittel des Sondervermögens klafft im Haushalt eine gewaltige Finanzierungslücke von 30 Milliarden Euro.

(Zuruf der Abg. Agnieszka Brugger [BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN])

Das hat sogar der Bundeskanzler heute bestätigt.

Meine Damen und Herren, der Verteidigungshaushalt 2024 ist aber auch, erstens, ein fatales Signal der deutschen Politik an die eigene Truppe, die an die Zeitenwende des Kanzlers geglaubt hat und nun feststellen muss, dass sich nichts ändert.

(Dr. Joe Weingarten [SPD]: Das ist doch kompletter Unsinn!)

Er ist zweitens ein fatales Signal an unsere Verbündeten in NATO und Europäischer Union. Deutschland ist wieder wortbrüchig und liefert gegenüber dem Bündnis nicht ausreichend.

(Marianne Schieder [SPD]: Und diese Rede ist ein fatales Signal von Unkenntnis und Demagogie und gezielter Verbreitung von Unwahrheiten! – Zuruf des Abg. Dr. Joe Weingarten [SPD])

(B) Er ist drittens ein fatales Signal an Wladimir Putin. Denn Putin weiß jetzt, dass Deutschland nicht konsequent an einer rapiden Verbesserung seiner Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit arbeitet.

(Ulrich Lechte [FDP]: Deswegen rüstet Bayern ja jetzt!)

"Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf." So steht es im Grundgesetz. Und dazu braucht es angesichts der aktuellen Bedrohungslage eine klare Steigerung unserer Fähigkeiten und Anstrengungen im Verteidigungsbereich. Wir als Union haben das schon 2014 erkannt,

(Dr. Joe Weingarten [SPD]: Ach ja?)

Herr Minister, und die ersten dringend notwendigen Maßnahmen und Trendwenden eingeleitet.

(Wolfgang Hellmich [SPD]: Gesprochen, aber nicht gehandelt!)

Doch – so ehrlich will ich schon sein – wir konnten uns gegen unseren damaligen Koalitionspartner, die SPD, nicht völlig durchsetzen,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Joe Weingarten [SPD]: Oh!)

und das, meine Damen und Herren, war fahrlässig – das wissen wir heute –, aber auch mehr oder weniger Konsens in der politischen Landschaft in der damaligen Zeit.

(Marianne Schieder [SPD]: Aber die Bundeskanzlerin hattet ihr schon, oder? Nicht dass euch alles Führungspersonal abhandengekommen ist!) Spätestens aber mit dem Überfall der Russischen (C) Föderation auf die Ukraine müsste sich auch der Letzte eingestehen, dass die Bundeswehr nicht ausreichend verteidigungsfähig ist. Umso lieber haben wir alle dem Bundeskanzler geglaubt, als er uns letztes Jahr eine Zeitenwende zugunsten der Bundeswehr versprochen hat: endlich das Geld bereitstellen zu wollen, das die Bundeswehr braucht, um vollständig und tatsächlich verteidigungsfähig zu sein.

(Wolfgang Hellmich [SPD]: Genau! Das machen wir ja jetzt!

Mit Blick auf diesen Haushalt kann ich nur sagen: nichts als leere Versprechungen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Marianne Schieder [SPD]: Oje, oje! – Wolfgang Hellmich [SPD]: Unsinn!)

Und, meine Damen und Herren, das ist nicht mehr nur fahrlässig, wie in der Vergangenheit, sondern das ist wider besseres Wissen und damit Vorsatz.

Wir als Union fordern: Erstens. Das Sondervermögen muss endlich und ausschließlich eingesetzt werden, wofür es da ist: die Bundeswehr zu modernisieren.

(Wolfgang Hellmich [SPD]: Wird es!)

Zweitens: jährlich 10 Milliarden Euro mehr für den Verteidigungshaushalt, um das 2-Prozent-Ziel auch real zu erreichen. Drittens. Bürokratieabbau, schlankere Strukturen und eine Reform des Beschaffungswesens müssen endlich auf den Weg gebracht werden.

(Wolfgang Hellmich [SPD]: Machen wir! – Zuruf des Abg. Dr. Joe Weingarten [SPD])

Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Der Haushalt ist noch nicht beschlossen. Sie können noch umsteuern, liebe Kolleginnen und Kollegen der Ampel, damit Deutschland endlich bündnis- und verteidigungsfähiger wird und die Zeitenwende auch wirklich stattfindet.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Joe Weingarten [SPD]: Also, das war selbst für Unionsverhältnisse schwach!)

### Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Als Nächstes spricht zu uns Agnieszka Brugger für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Agnieszka Brugger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Frau Wehrbeauf-

tragte! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, so ehrlich wollten Sie sein, aber es hat nicht geklappt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN)

Ich meine, dieses Bild haben viele Ihrer Redner/-innen in den anderen Debatten auch schon bedient. Sie behaupten hier, dass die wirtschaftliche Lage in Deutschland so schlecht ist.

#### Agnieszka Brugger

(A) (Florian Hahn [CDU/CSU]: Ja, unter anderem wegen Ihres Ministers, Frau Kollegin!)

Natürlich erleben die Menschen viele Probleme in ihrem Alltag, auch die Unternehmen. Sie sind eine Folge des brutalen russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine.

(Florian Hahn [CDU/CSU]: Deswegen geht es den anderen Ländern auch so schlecht!)

Es gehört schon einiges dazu, Teil der Bundesregierung zu sein. Das sind übrigens die Leute, die gerade Ihre Versäumnisse aufgeräumt haben.

(Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU]: Frau Brugger, Sie waren doch gar nicht für 2 Prozent! Wieso haben wir was versäumt?)

Sie haben uns in diese fossile Abhängigkeit geführt, die uns teuer zu stehen gekommen ist. Da gehört einiges dazu. Ehrlich ist das nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP – Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU]: Was soll denn das? – Zuruf des Abg. Gerold Otten [AfD])

Dieser Krieg bedeutet 18 Monate voll von Gewalt, von Terror und Tod – es war ein völkerrechtswidriger Überfall Russlands auf seinen friedlichen Nachbarn, die Ukraine –, 18 Monate, in denen die russischen Truppen fast jedes Tabu und jede Regel des Kriegsvölkerrechts gebrochen haben, 18 Monate, in denen Kindesentführungen, Folter und Zerstörung von Städten, Theatern und Krankenhäusern stattfanden. Tag für Tag trotzen mutige Menschen in der Ukraine seit 18 Monaten dieser brutalen Gewalt des Kremlregimes und verteidigen dabei mehr als nur ihr Land, ihr Leben und ihre Freiheit; denn sie schützen auch unsere Sicherheit.

Die Sicherheitslage auf unserem Kontinent hat sich fundamental verändert. Vor diesem Hintergrund diskutieren wir diesen Bundeshaushalt und gerade auch den Verteidigungsetat.

Man sieht es Tag für Tag an so vielen Tatsachen: Es ist Wladimir Putin, der nicht verhandeln will und der immer weiter mit Gewalt eskaliert. Dazu braucht er auch keinen Anlass von irgendjemandem; sein brutales Kalkül scheint zu sein, diesen Krieg und Terror immer weiter in die Länge zu ziehen, damit die Menschen in der Ukraine und auch ihre vielen Unterstützerinnen und Unterstützer weltweit müde werden. Aber diesen Gefallen werden wir ihm nicht tun.

# (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

Solange Russland nicht bereit ist, die Gewalt zu beenden und zu Verhandlungen über einen gerechten Frieden zu kommen, haben wir zwei Optionen:

Wir könnten beschließen, die Unterstützung der Ukrainer bei ihrer legitimen Selbstverteidigung zu beenden. Ich will das nicht; denn das würde bedeuten, dass Russland früher oder später diesen Krieg gewinnt – mit verheerenden Folgen für die Menschen in der Ukraine. Es ist doch eine Illusion, zu glauben, dass die Gewalt in diesem

Fall endet. Das zeigt der Alltag in den besetzten Gebieten, (C) das zeigen die Verbrechen in Städten wie Irpin und Butscha

Aber auch die Folgen für unsere Sicherheit wären katastrophal. Besetzte Territorien, die uns geografisch deutlich näher liegen, könnten für die Stationierung von Waffensystemen genutzt werden. Und wer garantiert, dass dort nicht früher oder später eine militärische Übung beginnt, die dann zum nächsten völkerrechtswidrigen Überfall führt? Nicht zuletzt würde von einem russischen Sieg die Botschaft an alle anderen Aggressoren und Autokraten dieser Welt ausgehen, dass sich Völkerrechtsbrüche am Ende lohnen.

Einen solchen Weg kann ich und können viele hier nicht verantworten, und zwar nicht nur aufgrund unserer Werte und der Solidarität mit den Menschen in der Ukraine, sondern auch, weil wir die Risiken für unser Land und die Folgen für unsere gesamte regelbasierte Ordnung sehen. Denn diese beruht auf dem Grundsatz, dass Konflikte zwischen Staaten mit Worten und Verhandlungen ausgetragen werden und nicht mit Raketen und Kriegsverbrechen. Diesen Anspruch dürfen wir niemals aufgeben und auch nicht dem Recht des militärisch Stärkeren und Skrupellosen beugen.

# (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Alternative ist, die Ukraine weiter entschlossen und unermüdlich zu unterstützen. So wichtig Diplomatie und Sanktionen sind – man muss hier immer mehr tun und alles versuchen –: Am Ende war es vor allem die mutige Gegenwehr der Ukraine mit unserer Unterstützung, die zur Befreiung besetzter Gebiete und zumindest dort zu einem Ende des Terrors geführt hat. Waffenlieferungen sind nicht das Gegenteil von Diplomatie, vielmehr besteht unser Kalkül doch genau darin, Putin an den Verhandlungstisch zu zwingen, indem er endlich realisiert, dass er seine Ziele auf dem Schlachtfeld niemals wird erreichen können

## (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

Deshalb geht auch von der zweiten Haushaltsdebatte, die wir seit dem Kriegsbeginn am 24. Februar 2022 führen, ganz klar die Botschaft aus: Deutschland steht als zweitgrößter Unterstützer nach den USA weiter solidarisch an der Seite der unschuldigen Menschen in der Ukraine – wie jüngst mit der Lieferung von weiteren Leopard-1-Panzern, der Übergabe eines Feldlazaretts oder – endlich, endlich! – neu produzierter und dringend benötigter Munition für den Gepard.

Natürlich wägen wir die Risiken, die mit Waffenlieferungen und jedem Waffensystem verbunden sind, sorgfältig ab. Aber ich will einmal sehr klar sagen: Auch Verweigern und Verzögern kann einen hohen Preis haben

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

und am Ende, sicher nicht gewollt, zur Eskalation beitragen.

(D)

### Agnieszka Brugger

(A) Angesichts der brutalen russischen Luftangriffe auf zivile Infrastruktur, auf Krankenhäuser, Schulen, Kultureinrichtungen und Energieversorgung, ist gerade der Schwerpunkt bei der Luftverteidigung so besonders wichtig. Die militärisch größten Schwächen der russischen Streitkräfte in ihrem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine sind Logistik, Versorgung und Material. Alle Fähigkeiten, die der Ukraine hier eine größere Reichweite für gezielte Schläge gegen militärische Ziele ermöglicht haben, haben im letzten Jahr einen relevanten Unterschied gemacht. Die Ukraine hat gezeigt, dass sie beim Einsatz von gelieferten Waffen ein verlässlicher Partner ist. Deshalb befürworten wir auch die Lieferung von Taurus.

# (Henning Otte [CDU/CSU]: Mit welcher Konsequenz?)

Eines will ich aber auch Richtung Bundeswehr und Soldatinnen und Soldaten in aller Deutlichkeit sagen: Wir als Abgeordnete der demokratischen Fraktionen im Verteidigungsausschuss wissen, dass wir in die ohnehin unzureichende Ausstattung der Bundeswehr große Lücken reißen, die sie gerade bei Übung und Ausbildung beeinträchtigen.

# (Gerold Otten [AfD]: Dazu haben Sie jahrelang beigetragen!)

Wir brauchen in diesen unsicheren Zeiten mehr denn je eine gut ausgestattete und einsatzbereite Bundeswehr. Das schließt die zügige Nachbeschaffung der an die Ukraine gelieferten Systeme ebenso mit ein wie Neubeschaffungen.

## (Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU]: Ja!)

Dafür haben wir in diesem Haushalt und mit dem Sondervermögen wichtige erste Grundlagen geschaffen. Diese Fragen haben für die Bundesregierung und für unsere Koalition eine hohe Priorität.

# (Henning Otte [CDU/CSU]: Erste Maßnahmen!)

Meine Damen und Herren, vielleicht haben Sie die eine oder andere Schlagzeile der letzten Jahre über unsere Bundeswehr in Erinnerung: "Trümmertruppe", "Bedingt einsatzbereit". Ich will an der Stelle einmal sagen, was ich und, ich glaube, viele im Verteidigungsausschuss in den letzten Jahren gesehen und erlebt haben. Was unsere Soldatinnen und Soldaten Tag für Tag geleistet haben, ob das die Bewältigung der Pandemie, die Versorgung von Geflüchteten, die Flutkatastrophe, die Ausbildung der ukrainischen Soldatinnen und Soldaten, die Unterstützung unserer Verbündeten an der Ostflanke der NATO oder gefährliche Einsätze wie jüngst bei der Evakuierungsmission aus dem Sudan waren, all das zeigt eine Bundeswehr, der wir als Gesellschaft unsere größte Hochachtung für ihren wichtigen und schweren Dienst entgegenbringen sollten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP – Martin Hess [AfD]: Das sagen die Grünen! – Zuruf des Abg. Gerold Otten [AfD])

– Ja, das sagen die Grünen. Die Bundeswehr ist nämlich (C) immer da und packt an, wo es brenzlig und schwierig wird und wo wir sie brauchen. Dafür ein großes Danke.

# (Gerold Otten [AfD]: Widerlich! – Weitere Zurufe von der AfD)

Meine Damen und Herren, es gibt grundsätzliche Fragen – nach dem Ende des Krieges, nach der neuen Sicherheitsordnung in Europa,

(Gerold Otten [AfD]: Kriegstreiber!)

nach dem Wert von Sicherheit in unserer Gesellschaft –, auf die dieser Haushalt keine abschließende Antwort gibt und geben kann. Das sind wichtige Debatten, die wir miteinander in diesem Haus in den nächsten Jahren führen müssen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

## Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich grüße Sie jetzt erst einmal auch von dieser Stelle und gebe das Wort an Dr. Michael Espendiller für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

### Dr. Michael Espendiller (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kollegen! Liebe Zuschauer im Saal und bei Youtube! Der Kernhaushalt des Verteidigungsministeriums soll nach dem Willen der Ampel 2024 ein Volumen von 51,8 Milliarden Euro umfassen. Damit wächst der Etat um fast 1,7 Milliarden Euro, und das ist angesichts des Zustandes unserer Streitkräfte erst einmal eine gute Nachricht. Daneben sollen aus dem sogenannten Sondervermögen – eigentlich Sonderschulden – weitere 19,2 Milliarden Euro abfließen, was grundsätzlich auch erst mal gut ist. Endlich passiert was. Jetzt bleibt nur noch die Frage, was eigentlich genau passiert. Denn Geld ausgeben heißt ja noch lange nicht, dass man Geld auch vernünftig ausgibt.

Fangen wir mal mit der ersten Schwachstelle Ihrer Pläne an. Sie haben immer noch viel zu wenig Munition auf dem Einkaufszettel. Da hilft es auch nicht, dass Sie das sowohl aus dem Kernhaushalt als auch aus dem Sondervermögen finanzieren. Insgesamt wollen Sie Munition für rund 3,5 Milliarden Euro beschaffen – was jetzt erst einmal nach viel klingt. Doch sollte einmal über Nacht der Ernstfall eintreten, wären wir immer noch wahnsinnig schlecht ausgerüstet und nur sehr schlecht in der Lage, die Menschen in diesem Land adäquat zu beschützen. Von daher hatten wir uns gerade hier, wo es um den unmittelbaren Schutz unserer Bevölkerung geht, deutlich mehr Anstrengungen erwartet, Herr Minister,

## (Beifall bei der AfD)

insbesondere, da Sie im Rahmen des NATO-Gipfels im Juli der Ukraine weitere Waffen und Munition im Wert von 700 Millionen Euro zugesagt haben. Da wäre dann schon einmal knapp die Hälfte der Etaterhöhung weg.

#### Dr. Michael Espendiller

(A) Deshalb werden wir auch in diesen Haushaltsberatungen bei der Munition, wie wir es immer gemacht haben, nochmals eine deutliche Erhöhung beantragen.

Die zweite Sache, die ich heute ansprechen will, ist die wieder einmal in der Diskussion stehende Abschaffung der 25-Millionen-Euro-Vorlagen. Zum Verständnis für alle, die uns gerade zuschauen: Was sind 25-Millionen-Euro-Vorlagen? Bei 25-Millionen-Euro-Vorlagen handelt es sich um Rüstungsprojekte oder beabsichtigte Beschaffungen im Zuständigkeitsbereich des Verteidigungsministeriums, die ein Volumen von 25 Millionen Euro überschreiten; daher der Name, logisch. Diese Projekte müssen dann dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages zur Billigung vorgelegt werden.

(Wolfgang Hellmich [SPD]: Das wissen wir!)

Das heißt, dass der Verteidigungsminister den Haushaltsausschuss bei jedem Projekt, das mehr als 25 Millionen Euro kostet, um Erlaubnis fragen muss – und das, obwohl er ein jährlich festgelegtes Budget hat. Wenn der Haushaltsausschuss zum Beispiel sagt: "Nein, wir kaufen jetzt keine Chinook-Hubschrauber", dann hat der Verteidigungsminister Pech gehabt. In der Regel ist das natürlich kein Problem, weil die jeweilige Regierung über eine entsprechende Mehrheit im Haushaltausschuss verfügt, sodass der Minister die Hubschrauber dann schon bekommt.

Allerdings versetzen diese 25-Millionen-Euro-Vorlagen die Opposition grundsätzlich erst einmal in die Lage, Einblick in das Beschaffungswesen des Verteidigungsministeriums zu nehmen. Und nur wenn man Einblick hat, kann man auch Verbesserungsvorschläge machen. Nur wenn man Einblick hat, kann man die Rolle als Opposition überhaupt wahrnehmen, und – das haben wir in der Schule gelernt – das ist nun einmal die Kontrolle der Regierung. Zu dieser Kontrolle der Regierung gehört natürlich auch die Beteiligung der Öffentlichkeit und das Führen von öffentlichen Debatten. Die zahlreichen Artikel, die man immer mal wieder in der Presse liest, über jenen oder diesen Beschaffungsskandal bei der Bundeswehr, das sind alles auch Ergebnisse dieser 25-Millionen-Euro-Vorlagen.

Und da liegt der Hase im Pfeffer: Ohne die 25-Millionen-Euro-Vorlagen hätte der Verteidigungsminister kein schnelleres oder effizienteres Beschaffungswesen, aber dafür zumindest ein geräuschloseres. Ihm und der Regierung bliebe so manche öffentliche Debatte erspart – und das ist es, worum es am Ende geht: Deckel drauf, Klappe halten!

Nun haben sowohl die ehemalige Ministerin Frau Lambrecht als auch Herr Minister Pistorius gegenüber dem Haushaltsausschuss erklärt, dass sie die 25-Millionen-Euro-Vorlagen keinesfalls antasten werden. Das haben wir alle hier sehr gerne gehört.

Allerdings kam in diesem Jahr ein Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz sinngemäß zu dem Ergebnis, dass diese ganzen 25-Millionen-Euro-Vorlagen irgendwie Quatsch sind, nur hinderlich, und abgeschafft gehören.

Demokratie gehört im grün geführten Wirtschaftsministerium offenbar zu den lästigen Dingen, die man lieber heute als morgen loswerden will. Und wer weiß, vielleicht ist Herr Habeck ja nicht der Einzige, der das Parlament hier entmachten möchte. Aus diesem Grund will ich Ihnen, Herr Pistorius, heute sagen: Nachtigall, ick hör dir trapsen. – Wenn Ihre Regierung den Versuch unternehmen sollte, diese 25-Millionen-Euro-Vorlagen abzuschaffen, wird sie auf ein wehrhaftes Parlament stoßen

(Marianne Schieder [SPD]: Was träumen Sie eigentlich in der Nacht?)

Anstatt diese Vorlagen abzuschaffen, sollten sie im Gegenteil viel mehr Verbreitung finden, auch in ganz anderen Fachausschüssen. Das würde die Arbeit des Parlaments und unserer Fachausschüsse ungemein aufwerten und ganz neue Debatten und vielleicht sogar viel, viel bessere Lösungen ermöglichen. Aber klar, das werden wir in dieser Legislaturperiode wohl kaum erleben.

Auf die nächste 25-Millionen-Euro-Vorlage Ihres Hauses, Herr Minister, freuen wir uns jedenfalls jetzt schon und werden hieran weiterhin konstruktiv mitwirken.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

## Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Nächster Redner ist Karsten Klein für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

## Karsten Klein (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Westintegration in den 50ern, die Ostpolitik in den 70ern, die Wiedervereinigung 1990 und jetzt die Zeitenwende, die Unterstützung der Selbstverteidigung der demokratischen Völker: Für all diese Entscheidungen haben wir Freien Demokraten, hat die FDP Verantwortung übernommen.

(Beifall bei der FDP)

Die Geschichte hat gezeigt, dass diese Entscheidungen richtig waren. Aber es waren für die jeweiligen politischen Generationen, auch für die Gesellschaften keine einfachen Entscheidungen, es war jeweils ein großer Kraftakt. Und diesen Kraftakt der Zeitenwende, den schultern SPD, Grüne und FDP, den schultert diese Ampelkoalition.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir schultern diesen Kraftakt, indem wir die Verteidigungsausgaben, die Mittel für unsere Landesverteidigung, erheblich aufwachsen lassen. Im Kernhaushalt des Einzelplans 14 sind für 2024 51,8 Milliarden Euro eingeplant. Hinzu kommen die Möglichkeiten aus dem Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro. Das

#### Karsten Klein

(A) sind viele Milliarden Euro mehr, die zur Verfügung stehen, als die 47 Milliarden Euro, mit denen die unionsgeführte Bundesregierung für die Jahre geplant hatte.

Diese Mittel ermöglichen uns auch, Projekte durchzuführen, über die wir zwar in der letzten Legislatur, liebe Kollegen der Union, sehr intensiv diskutiert haben, für die aber niemand die Finanzierung sichergestellt hat. Die Nachfolge des Tornados, die Beschaffung der F-35 – die Fortsetzung der nuklearen Teilhabe als integraler Bestandteil unserer Sicherheitsarchitektur –, ist dafür nur ein Beispiel, die Raketenabwehr ein anderes.

Aber diese Mittel ermöglichen es uns auch, Verlässlichkeit in die Finanzierung der Verteidigungsausgaben zu bekommen. Das ist ein wichtiger Baustein, wenn es um Abschreckung geht. Ja, es ist ein wichtiges Zeichen an unsere Soldatinnen und Soldaten, an unsere Partnernationen, an die Rüstungsindustrie – für die Planungssicherheit –, aber es ist vor allem auch an all diejenigen, die uns nichts Gutes wollen, ein wichtiges Zeichen, dass wir es ernst meinen mit der nachhaltigen Finanzierung unserer Verteidigungsausgaben.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Weil von der Union ja so vollmundig immer mehr Forderungen kommen, noch mehr Mittel einzusetzen – wir haben das heute mehrmals gehört –, möchte ich hier noch einmal festhalten: Der Union ist es nach 2014 nicht gelungen, diesen Kraftakt zu schultern. Die Verteidigungsausgaben sind nicht in dem Umfang angewachsen, wie es Kanzlerin Merkel versprochen hatte. 2015 lag unsere NATO-Quote bei 1,18 Prozent, 2018 bei 1,25 Prozent, 2021 trotz schwächelnder Wirtschaft bei 1,49 Prozent – und damit weit weg vom 2-Prozent-Ziel. Wir, die Ampel, werden das 2-Prozent-Ziel 2024 erreichen.

(Florian Hahn [CDU/CSU]: Nein! – Henning Otte [CDU/CSU]: Da sind wir mal gespannt!)

Wir schultern diese Zeitenwende.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Minister, es wäre zu kurz gesprungen, nur über diese 2-Prozent-Linie als Ziel zu reden; denn es ist wichtig, was wir mit diesen Mitteln erreichen. Deshalb ist es richtig, dass wir die Verausgabungen zügig, zielorientiert und effektiv vornehmen wollen. Am Anfang des Jahres war ein Drittel des Sondervermögens für Ausgaben gebunden. Mittlerweile sind es circa 50 Prozent. Und wir haben uns alle gemeinsam vorgenommen, dass am Ende des Jahres mindestens zwei Drittel des Sondervermögens gebunden sein werden. Wir haben alle gemeinsam für die großen Summen, die uns die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zur Verfügung stellen, auch eine enorme Verantwortung. Deshalb muss, Herr Minister, natürlich auch weiterhin daran gearbeitet werden, dass die Beschaffungsprozesse bei der Bundeswehr optimiert werden.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Aber selbstverständlich werden auch weiterhin die Beratungen, die Kontrolle, die Entscheidungen dieses Hauses, des Parlaments, und die Hinweise des Bundesrechnungshofes eine zentrale Rolle bei den Prozessen der Beschaffung spielen.

Weil das heute schon mehrmals angeklungen ist: Es gibt einen Formulierungsvorschlag für eine Änderung der Zweckbindung des Sondervermögens, die auch kritisch beleuchtet wird. Ich will dazu zweierlei sagen:

Erstens. Es ist ein Formulierungsvorschlag der Bundesregierung. Wir werden hier im Haus sehr intensiv diskutieren, in welchem Umfang und in welcher Art und Weise und ob überhaupt wir die Zweckbindung des Sondervermögens ändern.

Und das Zweite ist – das muss man vielleicht auch noch mal festhalten –: In keiner Weise widerspricht der Formulierungsvorschlag der Bundesregierung der in der Verfassung niedergelegten Formulierung.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Letztendlich ist natürlich auch zu diskutieren, wie wir dauerhaft das 2-Prozent-Ziel erreichen, wenn das Sondervermögen ausläuft. Zu dieser Debatte, liebe Kolleginnen und Kollegen, gehört dazu, dass noch kurz vor Ende des Kalten Krieges, 1989, fast 20 Prozent des Bundeshaushalts für Verteidigungsausgaben veranschlagt waren. Wir liegen heute bei 11,6 Prozent. Das zeigt, welchen Diskussionsprozess wir in den nächsten Wochen, Monaten und Jahren führen müssen; denn es ist eine Frage der (D) Prioritätensetzung.

Eines steht für uns Freie Demokraten fest: Frieden und Freiheit sind die Basis für alles, was wir in diesem Hause diskutieren. Was passiert, wenn Frieden und Freiheit nicht mehr selbstverständlich sind, das können wir uns in der Ukraine anschauen. Deshalb ist es wichtig, dass wir unsere Unterstützung, die wir bisher gegeben haben als stärkster Partner der Ukraine in Europa, fortsetzen, –

### Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

#### **Karsten Klein** (FDP):

- damit Frieden und Freiheit für Europa und natürlich für die Ukraine von unseren Freunden in der Ukraine auch verteidigt werden können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Kerstin Vieregge [CDU/CSU])

## Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Nächste Rednerin ist für die Fraktion Die Linke Dr. Gesine Lötzsch.

(Beifall bei der LINKEN)

(C)

### (A) **Dr. Gesine Lötzsch** (DIE LINKE):

Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zurzeit gibt es auf dieser Welt 20 Kriege und 164 gewaltsame Konflikte, und Die Linke sagt: Alle diese Kriege und Konflikte müssen beendet werden.

## (Beifall bei der LINKEN)

Nach NATO-Kriterien berechnet, wollen SPD, Grüne und FDP 85,5 Milliarden Euro für die Bundeswehr ausgeben. Noch nie hat eine Bundesregierung so viel Geld für Krieg und Aufrüstung eingeplant.

(Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann [FDP]: Für die Verteidigung von Frieden!)

Wir sagen: Wir sind gegen ein neues Wettrüsten.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie wissen doch alle: Wir haben in unserem Land einen Personal- und Investitionsnotstand in den Pflegeheimen, in den Krankenhäusern, in den Schulen, im öffentlichen Verkehr, in den Bürgerämtern. Das darf doch der Bundesregierung nicht gleichgültig sein.

(Florian Hahn [CDU/CSU]: Bei der Linken ist auch ein Notstand, glaube ich!)

Die Aufrüstung an die erste Stelle zu stellen, ist die falsche Priorität, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN – Florian Hahn [CDU/CSU]: Fraktionsnotstand!)

Wir haben es im Laufe der Debatte ja mehrfach gehört:
Alle Probleme in diesem Land führt die Bundesregierung auf den Überfall, auf den Krieg Russlands gegen die Ukraine zurück. Wenn wirklich alle diese Probleme mit diesem Krieg zusammenhängen: Warum setzt sich die Bundesregierung dann nicht entschieden und entschlossen für einen sofortigen Waffenstillstand ein? Das wäre doch die logische Folge.

(Beifall bei der LINKEN – Agnieszka Brugger [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Machen wir doch! – Dr. Joe Weingarten [SPD]: Weil Ihr Freund in Moskau das nicht will!)

Seit dem russischen Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022 hat Deutschland der Ukraine nach Aussagen der Regierung bereits Hilfen im Gesamtwert von knapp 22 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt.

(Lars Lindemann [FDP]: Das ist gut so!)

Ein Waffenstillstand wäre also gut für die Ukraine und gut für die gesamte Weltbevölkerung, und daran müssen wir arbeiten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN – Marianne Schieder [SPD]: Reden Sie mal mit Ihrem Freund Putin! Vielleicht hilft das ja!)

Jetzt werden aber sogar neue Marschflugkörper gefordert; das wurde auch in dieser Debatte schon wieder gesagt. Das ist eine gefährliche Eskalation. Dazu darf es nicht kommen.

Bei jeder neuen Waffe erklären Sie, das wäre die Wende in diesem Krieg. Ich sage Ihnen: Wir brauchen eine Wende zum Frieden.

#### (Beifall bei der LINKEN)

Die Bundesregierung muss jede diplomatische Initiative ernsthaft unterstützen und nicht immer infrage stellen.

(Dr. Joe Weingarten [SPD]: Und Sie brauchen keine Sahra Wagenknecht, um hier Unsinn zu erzählen!)

Ansonsten machen Sie die Rüstungsindustrie reich und die Bürgerinnen und Bürger arm. Wir brauchen einen Waffenstillstand, jetzt!

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Joe Weingarten [SPD]: Sahra Wagenknecht für Arme!)

## Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Der nächste Redner ist Andreas Schwarz für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

#### **Andreas Schwarz** (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Liebe Wehrbeauftragte! Ich beginne mit einem Zitat des von mir sehr geschätzten ehemaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, der einmal sagte:

"Die ganze Kunst der Politik besteht darin, das langfristig Notwendige kurzfristig mehrheitsfähig zu machen."

Meine Damen und Herren, das langfristig Notwendige kurzfristig mehrheitsfähig zu machen, ist das, was der Verteidigungshaushalt 2024 benötigt und wofür ich auch hier werben möchte. Es geht um den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Es geht um Glaubwürdigkeit, Verlässlichkeit, und es geht um Vertrauen. Aber es geht auch um das Leben und die Gesundheit unserer Soldatinnen und Soldaten. An dieser Stelle ganz, ganz herzlichen Dank an unsere Truppe! Wir sind stolz auf euch.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Gewährleistung der äußeren Sicherheit, die Gewährleistung der Landes- und Bündnisverteidigung, ist eine wichtige staatliche Aufgabe. Der russische Überfall auf die Ukraine hat viel Bewegung in unsere Gesellschaft gebracht, aber auch viel Bewegung in die Sicherheitsarchitektur und in die Bundeswehr. Es ist viel passiert, und es wird noch viel passieren. Alleine bis Ende des Jahres werden wir mit bis zu 40 25-Millionen-Euro-Vorlagen rechnen können, und jede dieser 25-Millionen-Euro-Vorlagen ist ein Stück gelebte Zeitenwende. Diese Bundesregierung stärkt Sicherheit und Verteidigung.

Der Verteidigungshaushalt 2024 ist damit der einzige Etat, der richtigerweise nicht dem notwendigen Sparkurs unterworfen ist. Im Gegenteil: Er wurde um eirea 1,7 Milliarden Euro auf fast 52 Milliarden Euro erhöht, und dazu kommen nochmals 19,2 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen. Es ist ein Kraftakt, und er ist einmalig in

(D)

#### Andreas Schwarz

(A) der Geschichte der Bundeswehr in unserem Land. Das sind zusammen gut 71 Milliarden Euro, ein Verteidigungshaushalt, der sicherlich vor zwei Jahren noch undenkbar erschien.

Hinzu kommen noch Ausgaben aus anderen Ministerien und aus dem Einzelplan 60. Somit werden wir das 2-Prozent-Ziel erfüllen. Das ist ein deutliches, ein klares Signal an unsere Verbündeten. Deutschland ist zuverlässig und erfüllt seine Bündnisverpflichtungen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Dank dafür an unseren Kanzler, den Verteidigungsminister, aber auch den Finanzminister, und sie haben auch weiterhin unsere Unterstützung auf dem Weg verdient. Dieser Haushalt, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ist deshalb ein klares Zeichen des Investierens, des Entlastens, aber auch des Zusammenhaltens, und er dient der Sicherheit und der Freiheit der Menschen in unserem Land und anderswo in der Welt.

Meine Damen und Herren, es ist richtig: Die Herausforderungen für den Verteidigungshaushalt sind in den kommenden Jahren enorm, und es wird, wie gesagt, ein Kraftakt. Aber diese Ampel stellt sich der Verantwortung und nimmt die Herausforderungen an. Nur so schaffen wir den Fähigkeitserhalt und den Aufbau für das Zeitenwende-Projekt Bundeswehr. Das braucht die Bundeswehr, und unsere Soldatinnen und Soldaten haben das auch verdient.

Meine Damen und Herren, neben dem reinen Budget müssen wir aber auch die Beschaffungsprozesse im Auge behalten. Der Minister hat hier schon ganze Arbeit geleistet, das spürt man auch an den Veränderungen. Bis Ende des Jahres werden circa zwei Drittel des Sondervermögens der Bundeswehr vertraglich gebunden sein. Dahinter stecken viel Power und Arbeit, im Beschaffungsamt der Bundeswehr, aber auch im Verteidigungsministerium.

Wir haben sicherlich teilweise auch schon historische Abschlüsse geschafft:

Ich nenne zum Beispiel das Raketenabwehrsystem IRIS-T. Das ist übrigens ein Name, der mir vor zwei Wochen bei einem Besuch in der Ukraine ständig begegnet ist. Jeder Mensch weiß dort, was IRIS-T ist. Die Ukraine hat dieses deutsche System im Einsatz, und viele Menschen haben IRIS-T schätzen gelernt. Man empfindet dort tiefen Dank für diese Überlebensversicherung aus unserem Land.

Historisch ist in diesem Zusammenhang auch die Zusammenarbeit bei der Raketenabwehr mit Israel. Wir beschaffen Arrow 3, welches uns vor der Bedrohung durch Langstreckenwaffen schützt. Es ist das erste Mal, dass Israel dieses System ins Ausland liefert, und es geht nach Deutschland. Damit garantiert Israel einen wichtigen Beitrag für die Sicherheit der Menschen in unserem Land. Welch ein Zeichen, auch vor dem Hintergrund unserer Geschichte!

(Beifall bei der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Historisch ist aber auch die deutsche Initiative in diesem Zusammenhang, diesen Schutzschirm nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa wirken zu lassen. Viele Länder haben auch hier schon Interesse bekundet.

Überdies investieren wir in viele wichtige Projekte, wie die Beschaffung von Leoparden und Pumas, in Flottendienstboote, U-Boote, F-35, Eurofighter, Satellitenkommunikation, aber auch in dringend benötigte Munition – alleine hierfür sind es 3,5 Milliarden Euro; 2015 waren es noch 296 Millionen Euro.

Lassen Sie uns zusammenhalten! Nutzen wir den Deutschlandpakt unseres Kanzlers, um das langfristig Notwendige in der Bundeswehr umzusetzen und kurzfristig mehrheitsfähig zu machen! Es geht um die Sicherheit der Menschen in unserem Land und unserer Soldatinnen und Soldaten.

In diesem Sinne freue ich mich auf die Diskussionen in den kommenden Wochen. Wir haben viel zu tun. Packen wir's an!

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Florian Hahn [CDU/CSU]: Durchhalteparolen!)

## Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Die nächste Rednerin ist Kerstin Vieregge für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

## Kerstin Vieregge (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Minister Pistorius! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zehn Jahre nach dem NATO-Gipfel in Wales soll Deutschland 2024 erstmalig das 2-Prozent-Ziel erfüllen. Manch einer wird sagen: Besser spät als nie. – Aber machen wir uns nichts vor: Die Lage hat sich seit 2014 fundamental geändert. 2 Prozent stellen seit dem NATO-Gipfel in Vilnius nicht mehr die Zielmarke dar, sondern die Untergrenze. Mehr ist ausdrücklich erwünscht.

Trotzdem kann sich die Bundesregierung nicht einmal dazu durchringen, diese Untergrenze Jahr für Jahr zu erreichen.

### (Zuruf von der FDP: Doch!)

Die Ampel beharrt weiter auf 2 Prozent im mehrjährigen Schnitt. Dabei hat doch auch der Bundeskanzler das Abschlusskommuniqué von Vilnius unterzeichnet. Internationale Entscheidungen umsetzen? Fehlanzeige! Deutschland ist mal wieder das schwarze Schaf der NATO.

Aber damit nicht genug; Sie gehen ja noch drei Schritte weiter. Um die 2 Prozent zu erreichen, tricksen, täuschen und tarnen Sie, bis sich die Balken biegen. Die Erhöhung des Kernhaushalts um 1,7 Milliarden Euro deckt nicht einmal die erhöhten Betriebskosten. Damit diese gedeckt werden können, will die Ampel immer mehr Projekte ins Sondervermögen verlagern. Somit wird das ohnehin

(C)

(D)

#### Kerstin Vieregge

(B)

(A) schon überplante Sondervermögen noch weiter strapaziert. Für viele wichtige Projekte könnte es nur noch als Anschubfinanzierung dienen. Diese geplante Zweckentfremdung ist mehr als nur ein Wortbruch gegenüber dem Parlament. Es wäre laut dem Bundesrechnungshof sogar ein klarer Rechtsbruch.

## (Beifall bei der CDU/CSU – Florian Hahn [CDU/CSU]: Unerhört!)

Einer weiteren Erklärung bedarf auch der ominöse Anstieg bei den verteidigungsrelevanten Ausgaben anderer Ressorts auf über 14 Milliarden Euro – all das, um gemäß den derzeitigen Prognosen bei genau 2,0 Prozent zu landen. Manche mögen glauben, dass die Symbolkraft der Erfüllung der 2 Prozent diese Tricksereien rechtfertigt. Aber ich sehe das anders, und unsere Partner auch.

(Dr. Joe Weingarten [SPD]: Sie lesen jetzt genau das vor, was uns Herr Hahn auch schon vorgelesen hat!)

Sie erwarten von uns eine nachhaltige Stärkung der Bundeswehr, und nur darauf kommt es an.

Dafür braucht es einen aufwachsenden Kernhaushalt – so wie damals angekündigt. Der Wunschtraum der umfassenden Ertüchtigung der Bundeswehr mithilfe des Sondervermögens ist doch schon längst ausgeträumt. Das wissen Ihre Verteidigungspolitiker doch genauso. Herr Bundesminister Pistorius hat doch auch nicht ohne Grund 10 Milliarden Euro mehr für den Einzelplan gefordert. Trotzdem stellen Sie sich hierhin und wollen diesen Haushaltsentwurf als großen Erfolg verkaufen.

(Zuruf von der FDP: Ist er auch!)

Selbst die gefällige Überschrift "2 Prozent erreicht" kann nicht kaschieren, dass die Ampel bei den haushalterischen Umsetzungen der Zeitenwende nach wie vor auf Rot steht.

## (Beifall bei der CDU/CSU)

Das spüren auch unsere Soldaten. Die anfängliche Aufbruchstimmung ist der Ernüchterung und einer bitteren Erkenntnis gewichen: Der Wendekreis der Zeitenwende ist weitaus größer als der politische Wille, diese auch konsequent umzusetzen. Dies schlägt sich leider auch in den Personalzahlen nieder. In der größten sicherheitspolitischen Krise Europas seit dem Zweiten Weltkrieg gehen uns die Soldaten aus. Seit Ausrufung der Zeitenwende ist der militärische Personalkörper um knapp 3 000 Männer und Frauen geschrumpft. Die Folge: Zunehmende Aufgaben verteilen sich auf immer weniger Schultern. Der Beruf Soldat wird somit nicht attraktiver, sondern leider immer unattraktiver. Uns läuft also nicht nur die Zeit davon, sondern auch unsere Soldaten.

Ein Lösungsvorschlag des Ministers: mehr Frauen für die Bundeswehr gewinnen. Sehr gut! Doch wenige Wochen nach dieser Absichtsbekundung kommt heraus, dass ein General, der in der Vergangenheit mehrfach mit sexistischen Äußerungen aufgefallen ist,

(Dr. Joe Weingarten [SPD]: Ach nee! Da ist doch wirklich kein Zusammenhang! Viel flacher geht es eigentlich nicht, oder?)

die Überarbeitung der Personalstrategie verantwortet. (C) Was ist denn das für ein Signal?

(Dr. Joe Weingarten [SPD]: Schämt man sich selber nicht, wenn man sich da zuhört?)

 Nein. Ich bin eine Frau, und ich nehme die Sache sehr ernst.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zurufe von der SPD: Ja, genau! – Dr. Joe Weingarten [SPD], an die CDU/CSU gewandt: Habt ihr nicht mehr zu bieten als das?)

So zeigt sich einmal mehr: Ankündigungen werden bestenfalls halbherzig umgesetzt. Das muss sich dringend ändern. Ein Weiter-so verzeihen uns weder unsere Partner noch unsere eigenen Soldatinnen und Soldaten. Sie haben Besseres verdient.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Joe Weingarten [SPD]: Das war jetzt superpeinlich!)

## Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Das Wort erhält Dr. Sebastian Schäfer für Bündnis 90/ Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

**Dr. Sebastian Schäfer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Frau Wehrbeauftragte! Herr Minister! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir sind mitten in der Zeitenwende, die der Bundeskanzler hier im Februar 2022 ausgerufen hat, nach dem Überfall Russlands auf die gesamte Ukraine.

Die bisherige Unterstützung des Westens für die Ukraine wirkt, auch wenn sie für eine schnellere Offensive im vergangenen Herbst zu spät und nicht ausreichend war. Es war eine wichtige Entscheidung, dass wir Ende März die Mittel für die Ertüchtigungsinitiative nochmals deutlich, um 12 Milliarden Euro, steigern konnten. Damit finanzieren wir ganz wesentliche Ausrüstung für die Ukraine und auch die Ersatzbeschaffung von Waffen und Material, die aus den Beständen der Bundeswehr an die Ukraine abgegeben werden.

Ich will an dieser Stelle unterstreichen, dass unsere Bundeswehr durch diese Ersatzbeschaffung exzellentes neues Material erhält. Das wird deutlich beim Leopard 2: Abgegeben haben wir das Modell A6; die Bundeswehr erhält das deutlich verbesserte Modell A8. Auch die Panzerhaubitze 2000 erhält die Bundeswehr selbstverständlich in der neuesten, weiter verbesserten Form. So wird die Bundeswehr durch die Abgaben an die Ukraine zwar kurzfristig geschwächt; mittelfristig aber wird ihre Abschreckungskraft durch modernstes Material weiter gestärkt.

## (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

Dem geschätzten Kollegen Andreas Schwarz und mir gegenüber wurde bei unserem Besuch in der Ukraine vor zwei Wochen große Dankbarkeit geäußert, insbesondere

(B)

#### Dr. Sebastian Schäfer

für die modernen Systeme der Luftabwehr, die wir der Ukraine zur Verfügung gestellt haben und die mehr Sicherheit für die Zivilbevölkerung gebracht haben, Dankbarkeit für die Aufnahme von mehr als 1 Million Menschen aus der Ukraine in unserem Land, hauptsächlich Frauen und Kinder. Uns wurde aber auch berichtet, was die Ukraine für weitere Erfolge braucht. Marschflugkörper mit großer Reichweite stehen da ganz zentral auf der Agenda. Es wurde aber vor allem immer wieder betont, dass bei der Wartung und der Instandhaltung der modernen Waffensysteme aus Deutschland Optimierungsbedarf besteht. Die Ukraine hat keine Zeit für Verzögerungen. Da ist die Rüstungsindustrie in der Pflicht, unbürokratisch und schnell Abhilfe zu schaffen, mit der Bereitstellung von Ersatzteilen, aber auch mit Handbüchern und Service-Manualen insbesondere in ukrainischer oder englischer Sprache. Wir brauchen mehr Reparaturzentren direkt in der Ukraine, um Wege möglichst kurz zu halten und eine verlässliche Planung sicherzustellen.

Wir sind weiterhin in der Pflicht, alles dafür zu tun, dass die Ukraine ihre Freiheit und Selbstbestimmung verteidigen kann: mehr Luftabwehr, mehr Munition, mehr schweres Gerät. Die Ukraine kämpft diesen Kampf auch für uns. Ich werde einen Satz eines ukrainischen Soldaten mein Leben lang nicht vergessen: Unser Ziel ist, dass unsere Kinder nicht mehr wissen, was Krieg ist. – Darum geht es, dafür setzen wir uns ein, und dafür muss die Ukraine diesen Krieg gewinnen und ihr Territorium befreien.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Das Sondervermögen ist das Herzstück der finanziellen Zeitenwende im Verteidigungshaushalt. Die Notwendigkeit des Sondervermögens zeigt sich auch am Haushaltsplan 2024. Die investiven Posten für Beschaffungen und Forschung sinken im Kernhaushalt im Vergleich zum letzten Jahr, obwohl es eine Etatsteigerung gab. Als Ampel öffnen wir das Sondervermögen,

(Florian Hahn [CDU/CSU]: "Missbrauchen" ist das bessere Wort!)

damit das Geld schneller bei der Truppe ankommt und die Bundeswehr angemessen ausgerüstet wird, auch und insbesondere mit Blick auf unsere internationalen Verpflichtungen. Der Schwerpunkt des Sondervermögens muss aber weiterhin auf der Finanzierung von Großvorhaben liegen, um die Lücken bei der Ausrüstung möglichst schnell zu schließen.

Wir haben das Sondervermögen bisher klug eingesetzt. Wir haben nach Jahren der Unterversorgung dafür gesorgt, dass zukünftig ausreichend persönliche Ausstattung der Soldatinnen und Soldaten sichergestellt ist. Gefechtshelme, Schutzwesten, Kampfbekleidung, Stiefel, Rucksäcke – was wie eine Selbstverständlichkeit klingt, war in unserer Bundeswehr leider keine.

Wir haben mit der Beschaffung der F-35 als Nachfolger des Kampfflugzeugs Tornado zur nuklearen Teilhabe und des schweren Transporthubschraubers dafür gesorgt, dass die Luftwaffe über das Sondervermögen eine moderne Ausstattung erhält. Fliegende Oldtimer bei der Bundeswehr sind teuer in der Unterhaltung und sind we-

der unserer Verantwortung noch der Leistungsfähigkeit (C) unserer Volkswirtschaft angemessen. Wir erweitern die Fähigkeiten des Heers quantitativ und qualitativ durch die Bestellung des zweiten Loses des Schützenpanzers Puma und die Nachrüstung der bisherigen Puma-Flotte. Dazu kommen weitere Projekte wie das Überschneefahrzeug oder künftig der schwere Waffenträger für die Infanterie. Für unsere Marine bedeutet das Sondervermögen die sichere Finanzierung der neuen Fregatten, U-Boote und Korvetten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Insgesamt ermöglicht das Sondervermögen, dass wir die von uns versprochenen Fähigkeiten im Rahmen unserer Bündnisverpflichtungen besser erfüllen werden können. Unsere Partner können sich auf unser Land verlassen.

Allein mit der Finanzierung ist es nicht getan. Wir müssen weiter aktiv daran arbeiten, Bremsen bei der Beschaffung zu lösen und gleichzeitig Kosten zu sparen. Wir dürfen uns nicht in der Entwicklung vieler verschiedener Rüstungsprojekte verzetteln, die erst einmal erforscht und erprobt werden müssen. Auch wenn wir es an dieser Stelle schon oft gesagt haben: Es gilt, konsequent auf marktverfügbare Rüstungsgüter zu setzen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir sollten weiter gemeinsam Bestellungen mit anderen Bündnispartnern vorantreiben. Ein gutes Beispiel ist das potenzielle Pooling bei den neuen Leopard 2 A8 oder die Beschaffung der neuen Überschneefahrzeuge für die Gebirgsjäger gemeinsam mit Schweden und Großbritannien. Die gemeinsame europäische Rüstungskooperation zur Entwicklung der Waffensysteme der Zukunft müssen wir endlich konsequent umsetzen; da dürfen wir keine Zeit verlieren. Wir müssen auch europäisch handlungsfähig sein. Mich beunruhigen die Berichte über verschiedene Kooperationen beim Panzerbau. Wettbewerb ist sicherlich grundsätzlich hilfreich; aber wir sollten wissen, wo wir landen wollen, wenn wir mit neuen Projekten beginnen.

(Beifall der Abg. Agnieszka Brugger [BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Umsetzung der Zeitenwende bleibt eine langwierige Aufgabe; der Bundeskanzler hat das heute Morgen in seiner Rede beschrieben. Da haben wir auch große haushaltspolitische Aufgaben vor uns. Wir müssen die Zeitenwende zum Erfolg machen. Daran arbeiten wir auch in diesem Haushalt.

Herzlichen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

## Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Der nächste Redner ist Rüdiger Lucassen für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

(D)

## (A) Rüdiger Lucassen (AfD):

Frau Präsidentin! Frau Wehrbeauftragte! Meine Damen und Herren! Das ist die sechste Haushaltsdebatte seit dem Einzug der AfD in den Deutschen Bundestag. Nicht ein einziges Problem der Bundeswehr wurde in diesen sechs Jahren gelöst. Nicht ein einziges!

50 Milliarden Euro stellt die Regierung in den diesjährigen Verteidigungshaushalt ein. Es müssten eigentlich 70 Milliarden sein. Weil die Ampel aber mit 50 Milliarden bereits überfordert ist, brauchen wir an dieser Stelle auch nicht über den tatsächlichen Finanzbedarf der Bundeswehr sprechen.

Und so stehen wir hier jedes Jahr und stellen wieder fest: Die Personallage der Bundeswehr ist schlechter. Die Materiallage der Bundeswehr ist schlechter. Die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr ist schlechter. Und viertens: Die Kosten für weniger Verteidigung sind gestiegen. Zusammengefasst: Die Regierung Scholz setzt so viel Geld wie noch nie für die Bundeswehr ein und kann weder den grundgesetzlichen Auftrag der Landesverteidigung noch die Bündnisverpflichtungen erfüllen. Ein totales Scheitern!

## (Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, jedes Jahr wieder analysieren wir die gleichen Schwächen in der deutschen Landesverteidigung. Jedes Jahr hören wir die gleichen Durchhalteparolen der Regierung und die gleichen Stellschrauben-Vorschläge der sogenannten Verteidigungsexperten – wenn sie nicht gerade damit beschäftigt sind, Marschflugkörper gegen Russland zu fordern. Aber handfeste Ergebnisse sehen wir nie.

Verteidigungsminister Pistorius tritt bewusst kernig auf. Starke Stimme, mit Tarnjacke bei der Truppe, nur ganz wenig Wokeness, sieht man mal von dem Regenbogenfahnenunfall vor dem BMVg ab. Nur, das reicht nicht, um die Einsatzbereitschaft zu erhöhen. Minister Pistorius wollte aus der Bundeswehr die stärkste Armee der EU machen. 10 Milliarden extra wollte er dafür in 2024 haben. Wo aber sind die dafür notwendigen Großaufträge an die deutsche Industrie – und ich betone: an die deutsche Industrie?

(Karsten Klein [FDP]: Puma! Leopard!)

De facto gibt es weniger Kampffahrzeuge als vor einem Jahr. Die Abgaben an die Ukraine sind nicht ersetzt. Der Mali-Einsatz steht vor dem Kollaps. Die Bewerberzahlen gehen weiter runter. Kein einziges strukturelles Problem ist gelöst.

Der Bundeskanzler sprach von "Zeitenwende" und nahm 100 Milliarden Euro zusätzliche Schulden auf. Und jetzt passiert genau das, wovor die AfD damals gewarnt hat: Die Ampel verwässert die eigenen Kriterien und stopft damit Löcher im regulären Haushalt. Aus dem Sondervermögen für neues Großgerät wird Verfügungsmasse für Haushaltslöcher.

Meine Damen und Herren von der Bundesregierung, Ihre Politik scheitert, scheitert umfassend, mit großem Schaden für Deutschland, weil Sie sich von der Realität entkoppelt haben, weil Sie sich selbst betrügen, die Men- (C schen betrügen und weil Sie über die Realität den Schleier einer falschen Sprache gelegt haben.

(Beifall bei der AfD – Gabriela Heinrich [SPD]: Ach! Sie entscheiden über falsche Sprache? Das ist ja interessant!)

Sie befinden sich im Kampf gegen die Realität und setzen auf Verschleierung. Diesen Kampf werden Sie verlieren; denn gegen die Gesetze der Ökonomie, der internationalen Politik und der Natur kommen Sie nicht an.

Meine Damen und Herren, das Sondervermögen ist kein Vermögen; es sind Schulden. Staaten haben Interessen, aber keine Werte. Putschisten sind keine Partner.

(Filiz Polat [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer wollte denn Deutschland putschieren?)

Feminismus ist keine Außenpolitik. Die Regenbogenfahne gehört nicht vor das BMVg. Männer sind keine Frauen. Und Soldaten sind nicht links. Hören Sie auf, zu lügen, und machen Sie Politik!

(Beifall bei der AfD – Stephan Brandner [AfD]: So ist das! Bravo! – Falko Droßmann [SPD]: Hetzer!)

## Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Die nächste Rednerin ist Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN – Henning Otte [CDU/CSU]: Jetzt kommen die 10 Milliarden! – Stephan Brandner [AfD]: Heute nicht in Fliegermontur, Frau Zimmermann?)

## **Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann** (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! 562 Tage in der Ukraine: Morden, Vergewaltigen, Foltern, Verschleppen, Verhindern der Ausfuhr von Getreide, von dem 400 Millionen Menschen abhängen. Doch, Herr Gysi, es gibt einen Bösen, und das ist Wladimir Putin zusammen mit seinen Schergen, die dieses Land seit anderthalb Jahren mit dem Bösen überziehen.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Und wir? Wir unterstützen die Ukraine, weil dieser Krieg auch uns etwas angeht, mit Wirtschaft, humanitär und, ja, auch mit Waffen. Ja, wir müssen den Taurus auf den Weg bringen. Wer das nicht will und argumentiert, er würde der Ukraine nicht trauen, dem empfehle ich dringend, die Reise in die Ukraine anzutreten.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, der Haushalt des Einzelplans und die 19 Milliarden Euro, die wir aus den 100 Milliarden jetzt drauflegen, sind zusammen – der Minister sagte es – 71 Milliarden Euro. Das ist doppelt so viel wie 2015 nach der Annexion der Krim, nach dem ersten rus-

#### Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann

(A) sischen Angriff auf den Donbass. Doppelt so viel! Seinerzeit waren es 33,9 Milliarden. Das heißt: Wir nehmen Geld in die Hand, wir investieren – das wurde hier gesagt –: Endlich ist die Tornado-Nachfolge geregelt. Endlich kommt der schwere Transporthubschrauber. Endlich kommen das zweite Los Puma und die Luftverteidigung – alles, was in den letzten Jahren nicht auf den Weg gebracht wurde.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich höre immer, es sei ja nur 1 Milliarde Euro abgeflossen. Ja, Himmel, Herrgott, wir sind doch hier nicht im Supermarkt, gehen mit dem Körbchen durch die Gänge und greifen einfach ins Regal. Die Industrie braucht Verträge. Die Industrie braucht Verlässlichkeit, damit uns das Material auch erreicht.

Ich wende mich an die Menschen, die heute hier sind. Die Zeitenwende greift auch in Ihren Alltag ein; das wissen wir. Wir sprechen von 51 Milliarden, von 100 Milliarden. Das sind gigantische Summen, meint man, wenn man sich nicht damit beschäftigt. Aber, meine Damen und Herren, unser aller Sicherheit hat ihren Preis. Nachdem das jahrelang in diesem Land nicht wahrgenommen wurde, haben wir uns jetzt auf den Weg gemacht.

(Zuruf des Abg. Gerold Otten [AfD])

Und ja, wir werden die 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für die Sicherheit ausgeben; denn ohne Sicherheit geht nichts. Wenn Sie in eine Wohnung oder in ein Haus ziehen, dann schauen Sie, dass die Türen geschlossen und die Fenster dicht sind, bevor Sie Ihren Fernseher an die Wand hängen und das Sofa reinschieben.

(Stephan Brandner [AfD]: Alles in Grenzschutz, oder was?)

Meine Damen und Herren, Sicherheit hat ihren Preis. Und wenn wir – nicht nur wir hier, nicht nur Sie heute,

(Stephan Brandner [AfD]: Das war ein Plädoyer für mehr Grenzschutz, oder?)

sondern auch unsere Kinder – in Frieden und Freiheit in Deutschland auf diesem Kontinent leben wollen, dann müssen wir umdenken. Das ist auch ein Stück Zeitenwende

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich kann Ihnen nur sagen: Wir haben eine starke Bundeswehr. Dieses Runtermachen, Herr Lucassen, und zu sagen, die Soldaten würden nichts auf die Kette bekommen, finde ich unsäglich.

(Widerspruch bei der AfD)

Ich danke den Soldatinnen und Soldaten dafür, dass sie heute den Kopf hinhalten für uns. Sie haben das Glück, dass sie sogar für die AfD den Kopf hinhalten, und das mit Sicherheit nicht gerne.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

## Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

(C)

Jetzt erhält das Wort für die Fraktion Die Linke Zaklin Nastic.

(Beifall bei der LINKEN)

#### Zaklin Nastic (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auf sagenhafte 85,5 Milliarden Euro steigt der Verteidigungsetat. Es ist der größte seit Bestehen der Bundesrepublik. Die Werteampel hat ganz offensichtlich ein Herz für Waffen, aber nicht für die deutschen Kinder.

(Zurufe von der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP: Oh!)

Monatelang liefern Sie sich eine unwürdige Debatte über die Kindergrundsicherung. Und das Ergebnis? Wirklich eine Schande.

(Beifall bei der LINKEN)

Schauen wir weiter! Bei Bildung und Forschung kürzen Sie um 1,7 Milliarden, bei der Vermittlung von Arbeitslosen um 500 Millionen, beim BAföG um 440 Millionen Euro, und das in Zeiten, in denen Deutschland das wirtschaftliche Schlusslicht der westlichen Industriestaaten ist. Übrigens ist auch das alles ein Ergebnis Ihrer kopflosen Sanktionspolitik gegenüber unserem wichtigsten Energielieferanten Russland. Auch in Zeiten eines gravierenden Fachkräftemangels zeigen Sie ganz offen, wo Ihre Prioritäten liegen.

Während Finanzminister Lindner der Bevölkerung verkauft, der Ukrainekrieg macht uns alle ärmer, verschweigt er, dass zum Beispiel in der Rüstungsindustrie die Champagnerkorken knallen. Alleine Rheinmetall hat 2022 einen satten Gewinn von 535 Millionen Euro eingefahren. Frau Strack-Zimmermann kennt sich da ja gut aus.

### (Beifall bei der LINKEN)

Die größten westlichen Ölkonzerne haben einen satten Gewinn von 195 Milliarden US-Dollar abgesahnt.

Und während bei Manövern die Puma-Panzer nicht fahren, verschenken Sie altruistisch unser zwar altes, aber immerhin funktionsfähiges Gerät. Einige Medien schrieben dazu: Eine Blamage für unser Heer. – Nein, es ist ein Komplettversagen dieser und der vorherigen Bundesregierungen.

## (Beifall bei der LINKEN)

Immer wieder kosten Ihre Großprojekte Unsummen an zusätzlichen Geldern. Zum Beispiel produzierte die Lürssen-Werft zwei Tankschiffe. Die zusätzlichen Kosten: 250 Millionen.

## Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Erlauben Sie eine Zwischenfrage?

## Zaklin Nastic (DIE LINKE):

Nein. – Oder die drei Spionageschiffe, Zusatzkosten: 1,2 Milliarden. Schämen Sie sich eigentlich nicht dafür, das Steuerzahlergeld so zu verschwenden und gleichzeitig der Bevölkerung Sparsamkeit zu predigen?

**D**/

#### Zaklin Nastic

(A)

(Beifall bei der LINKEN)

Und während Sie sich selbst mit dem moralischen Zeigefinger für eine wertebasierte feministische Außenpolitik loben und zu Recht den völkerrechtswidrigen Krieg gegen die Ukraine anprangern, schweigen Sie zu Ihren Waffenlieferungen in aller möglichen Herren Länder, zum Beispiel an die Golfstaaten, die den Jemen damit in Schutt und Asche bomben, oder an Ihren NATO-Bruder Erdogan, der die Kurden in Syrien damit tötet und syrisches Land besetzt hält, übrigens auch völkerrechtswidrig. Und erneut völlig überrascht wurden sie nach dem Desaster in Afghanistan von den Ereignissen in Mali und Niger. Meine Damen und Herren, es ist offensichtlich, dass Sie die Geschehnisse in der Welt völlig falsch einschätzen. Die Linke sagt weiterhin Nein zu Ihrer verantwortungslosen Verteidigungspolitik.

(Beifall bei der LINKEN)

## Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Jetzt erhält das Wort Dr. Kristian Klinck für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

## Dr. Kristian Klinck (SPD):

(B)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Als Verteidigungspolitiker besuche ich viele Bundeswehrstandorte, und besonders gerne besuche ich sie in meinem Wahlkreis.

(Stephan Brandner [AfD]: Das ist ordentlich!)

Und da passiert gerade viel: Der Standort der Flugabwehrraketengruppe 61 in Todendorf wird für das System IRIS-T fit gemacht, in der Marineunteroffizierschule Plön werden die Unterkünfte saniert, und im Munitionsdepot Laboe wird daran gearbeitet, unsere Bestände wieder aufzufüllen.

Meine Damen und Herren, überall wird gehämmert und geschraubt, nicht nur in der Ampelkoalition, auch bei der Bundeswehr. Da ist ganz viel Dynamik drin als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Das ist auch notwendig; denn Deutschland ist wie ein Schüler oder Student, der zu spät angefangen hat, für eine Prüfung zu lernen. Jetzt gibt es überall Nachholbedarf: in der Pflege, beim Wohnungsbau und auch bei der Bundeswehr.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Ampelkoalition geht die Probleme an, nicht immer perfekt, aber sie geht sie an, und das ist der richtige Weg. Ja, dabei werden auch Fehler gemacht. Doch wir können es uns nicht leisten, zuzuschauen, wie die Probleme immer größer werden. Deswegen ist es richtig, dass wir uns kümmern. Und auch wenn es manchmal ruckelt: Wir ziehen an einem Strang.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Es werden sich auch Erfolge einstellen, das zeigt die Entwicklung bei der Bundeswehr.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir befinden uns (C) leider in einem Konflikt der Systeme, in einem Konflikt der Demokratie gegen die Diktatur. Deutschland hat diesen Konflikt nicht gewollt. Lange war bei uns die Auffassung weit verbreitet, dass wir ohne Bedrohung von außen leben können, wenn wir nur selber friedfertig sind. Wir mussten erst wieder lernen, dass es Menschen gibt, die uns dennoch zu Feinden erklären, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung verachten und deren Ziel es ist, die Tyrannei an die Stelle der Demokratie zu setzen. In diesem Konflikt müssen und werden wir uns behaupten.

Dafür brauchen wir eine starke Bundeswehr, damit wir hoffentlich nie angegriffen werden, und da sind wir auf einem guten Weg. Minister Boris Pistorius und seine Männer und Frauen leisten eine gute Arbeit. Sondervermögen, Beschaffungsbeschleunigungsgesetz, Zimmer-Erlass – wir kommen voran. Die F-35, digitale Funkgeräte und das Gewehr G95 bringen Hightech für unsere Bundeswehr. Die ersten Ausrüstungsteile – Rucksäcke, Helme, Schutzwesten, Kampfbekleidung – laufen bereits zu. Wir werden das 2-Prozent-Ziel der NATO einhalten – im kommenden Jahr und darüber hinaus. Damit zeigen wir: Wir sind ein verlässlicher Partner im Bündnis.

(Beifall bei der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Nur die CDU steigt aus dem gemeinsamen Boot aus. Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, im kommenden Jahr stehen unter Einbeziehung des Sondervermögens 71 Milliarden Euro für Verteidigung zur Verfügung. Das ist ein großer Kraftakt, den die CDU niemals bewältigt hat. Und die CDU-Fraktion kritisiert allen Ernstes, dass nach dem neuen Wirtschaftsplan für das Sondervermögen nicht nur die F-35 beschafft werden kann, sondern – aus dem Sondervermögen – jetzt auch die dazugehörige Infrastruktur in den Kasernen. Da kann ich nur mit dem Kopf schütteln. Die CDU entfernt sich immer weiter von der Realität. Wer in dieser Debatte so argumentiert, wie die CDU es tut, der hat von Zeitenwende nichts, aber auch gar nichts verstanden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich rate der Opposition, keinen kleinlichen Streit zu beginnen. In der Zeitenwende kommt es auf Verlässlichkeit an, und auch die Opposition hat hier eine Verantwortung.

Als Sicherheitspolitiker sage ich Ihnen noch etwas: Soldaten und Waffen sind wichtig; aber eine mindestens ebenso wichtige Quelle von Kraft für die Verteidigung der Demokratie ist der gesellschaftliche Zusammenhalt und damit der Rückhalt für unsere Soldatinnen und Soldaten. Inwieweit eine strikte Auslegung der Schuldenbremse in dieser geopolitischen Situation klug ist, überlasse ich Ihrem Urteilsvermögen. Klar ist jedenfalls: Die Verteidigung der Demokratie gegen die Tyrannei ist eine Generationenaufgabe, die wir nur gemeinsam lösen können.

#### Dr. Kristian Klinck

(A) (Beifall der Abg. Agnieszka Brugger [BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN])

Dazu brauchen wir Aufrichtigkeit, Verlässlichkeit und die Bereitschaft, ernsthaft an den tatsächlichen Problemen zu arbeiten. Dazu sind wir bereit, als SPD und als Ampel. Wir laden alle ein, uns auf diesem Weg zu folgen.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

## Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Der nächste Redner ist Armin Schwarz für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

## Armin Schwarz (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen! Sehr geehrte Kollegen! Die Bundesregierung hat uns einen Verteidigungsetat vorgelegt, der nur zwei Deutungen zulässt. Entweder ist er mutlos – mutlos deswegen, weil der Verteidigungsminister offensichtlich den Konflikt mit dem Kanzler und den anderen Ministerien um mehr Geld scheut –, oder er ist lebensfern, weil die Ampel offensichtlich nicht begriffen hat, was Zeitenwende bedeutet. Zeitenwende bedeutet: Wir müssen zur Landes- und zur Bündnisverteidigung fähig sein. Es war der Inspekteur des Heeres, General Mais, der gesagt hat: Das sind wir nicht. – Es bedarf in diesen Zeiten mutiger Entscheidungen, und vor allen Dingen braucht es mehr Geld, meine Damen und Herren.

## (Beifall bei der CDU/CSU)

Gradmesser dafür sind zuvorderst als Untergrenze die berühmten 2 Prozent, nicht nur als NATO-Verpflichtung, sondern auch ganz besonders deswegen, weil Bundeskanzler Scholz in der berühmten Zeitenwende-Rede diese versprochen hat. Was ist nun das Versprechen des Kanzlers wert? Na ja, wir alle inklusive des Verteidigungsministers sind enttäuscht, nein, wir sind sogar getäuscht über das, was geschehen ist. Trotz aller Rechentricks bedeuten 2 Prozent beim Bundeskanzler exakt 1,6 Prozent im Etat. Scholz macht als Bundeskanzler genau dort weiter, wo er als Finanzminister der Großen Koalition aufgehört hat: Er verweigert der Bundeswehr die nötige Finanzierung.

## (Beifall bei der CDU/CSU)

Beschaffung, Forschung und Entwicklung sind so nicht möglich, meine Damen und Herren. Das muss man in der Deutlichkeit auch sagen.

Sie, Herr Pistorius – jetzt ist er gerade nicht da –,

(Florian Hahn [CDU/CSU]: Er hat die Seite gewechselt!)

haben 10 Milliarden Euro mehr für 2024 gefordert. Sie haben dabei unsere volle Unterstützung – das will ich Ihnen sagen –, die volle Unterstützung der Union. Das Ergebnis können wir besichtigen: 1,7 Milliarden Euro sind der Aufwuchs. Mehrfach zitiert: Die steigenden Personal- und Betriebskosten können damit noch nicht ein-

mal gedeckt werden. Deswegen sage ich es Ihnen sehr (C) klar: Tun Sie das, was Sie sagen, und sagen Sie das, was Sie tun. So kann man mit der Truppe nicht umgehen.

Und wenn Sie hier den Umkehrschluss ziehen, wir wären es gewesen, die die Bundeswehr unterfinanziert hätten, dann würde ich gerne mal den Umkehrbeweis antreten. Es steht hier schwarz auf weiß – Frau Präsidentin, mit Ihrem Einverständnis –: "Das will die CDU:"

(Der Redner hält ein Papier hoch)

## Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Nein, das ist etwas schwierig. Das habe ich vorher auch nicht gesehen. Das kann auch kein Mensch lesen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

## Armin Schwarz (CDU/CSU):

Dann lese ich es Ihnen vor. Hier steht:

"Das will die CDU: Teure Aufrüstung vom Panzer bis zur Drohne. Das will die SPD: Kostenfreie Bildung von der Kita bis zur Uni."

Dinge, die Sie über den Bundestag überhaupt nicht zu entscheiden haben. Das stammt übrigens aus dem Jahr 2017. Herr Verteidigungsminister, das zu Ihrer Erinnerung, wie die Dinge sich tatsächlich verhalten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(D)

## Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Herr Kollege, erlauben Sie eine Zwischenfrage von der Abgeordneten Hagedorn?

## Armin Schwarz (CDU/CSU):

Immer.

(Stephan Brandner [AfD]: Die möchte das Plakat noch mal sehen, glaube ich!)

## **Bettina Hagedorn** (SPD):

Danke, dass Sie die Zwischenfrage erlauben, lieber Herr Kollege Schwarz. – Jetzt möchte ich Ihrer Erinnerung mal ein bisschen auf die Sprünge helfen, unabhängig von dem, was auf diesem Zettel steht. Ich möchte Sie daran erinnern, dass es zwischen 2009 und 2013 einen bemerkenswerten Kahlschlag bei der Bundeswehr gegeben hat. Die SPD hat damals übrigens nicht regiert.

(Wolfgang Hellmich [SPD]: 10 Milliarden! – Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Hat die FDP gefordert damals! Ist der Otto Fricke da?)

8 Milliarden Euro wurden damals weggekürzt. Kollegen haben vorhin schon darauf hingewiesen, was dabei unwiederbringlich mit Schaden eingestampft worden ist. Aber es war das einzige Mal, dass 8 Milliarden Euro – unter Karl-Theodor zu Guttenberg, mit dessen Zustimmung sogar – weggestrichen worden sind.

(Zuruf von der SPD: Hört! Hört!)

#### Bettina Hagedorn

Dann kam die zweite Große Koalition. In der zweiten (A) Großen Koalition wurde mit Unterstützung der Sozialdemokraten der Verteidigungsetat gestärkt, und zwar bis 2017, solange wir einen Finanzminister Wolfgang Schäuble hatten, auf die Summe von ungefähr 37 Milliarden Euro pro Jahr.

> (Stephan Brandner [AfD]: Wann kommt das Fragezeichen?)

Und wissen Sie,

(Stephan Brandner [AfD]: Jetzt kommt die Frage!)

wie groß der Verteidigungsetat nach vier Jahren Finanzminister Olaf Scholz war?

(Stephan Brandner [AfD]: Sagen Sie es uns!)

50 Milliarden Euro pro Jahr.

(Stephan Brandner [AfD]: Das ist ja ein Ding!)

Das war ein Plus von 13 Milliarden Euro in den Jahren mit einem Finanzminister Olaf Scholz. Und jetzt fände ich es angemessen, wenn Sie sich für Ihre falsche Bemerkung gerade in Ihrer Rede öffentlich entschuldigen wür-

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

## Armin Schwarz (CDU/CSU):

(B) Frau Kollegin, ich konnte Ihre Frage nicht erkennen, bin aber dankbar für die zusätzliche Redezeit. - Erste Bemerkung. Ich kann mich an keinen einzigen Änderungsantrag seinerzeit in den Jahren mit der FDP erinnern, der von der SPD kam, um tatsächlich aus- und aufzurüsten.

Zweite Bemerkung. Wir haben in den Großen Koalitionen Sie getrieben, und zwar massiv getrieben, um bei der Bundeswehr nach 2014 überhaupt wieder vor die Lage zu kommen, deswegen auch der massive Aufwuchs.

Dritte Bemerkung. Wir hätten uns viel, viel mehr vorstellen können, als mit Ihnen möglich war. Wir haben das 2-Prozent-Ziel seinerzeit noch mal unterstrichen. Wir haben seinerzeit gesagt: Wir kümmern uns unverzüglich um die nukleare Teilhabe, also um die Nachfolge des Tornados. - An Ihnen ist es gescheitert. Wir haben seinerzeit gesagt - Sie annoncieren es ja sogar in dem Plakat -: Mit uns werden bewaffnete Drohnen angeschafft. - Das ist an Ihnen und ausschließlich an Ihnen gescheitert.

> (Beifall bei der CDU/CSU - Florian Hahn [CDU/CSU]: Genau so war das!)

Ich will Ihnen Weiteres ersparen, ansonsten versinken Sie wahrscheinlich gleich selbst aus Scham in Ihrem Sitz. Das war ein Redebeitrag, der eine Steilvorlage war. Sie haben in den Großen Koalitionen bei der Finanzierung unserer Streitkräfte quer im Stall gestanden und nicht wir.

(Dr. Jens Zimmermann [SPD]: Sie haben vergessen, dass Kevin Kühnert die Wehrpflicht abgeschafft hat!)

Wir haben die Dinge trotz Ihres Widerstandes nach vorne (C) getrieben. Drehen Sie das bitte nicht um! Vielen Dank für die Zwischenbemerkung.

(Beifall bei der CDU/CSU - Bettina Hagedorn [SPD]: Meine Frage wurde nicht beantwortet! – Dr. Jens Zimmermann [SPD]: Sie haben zwar viel geredet, aber nicht geantwortet! Was ist denn mit zu Guttenberg?)

Weil es so schön ist, machen wir jetzt weiter; jetzt sind wir auch auf Betriebstemperatur. Offensichtlich haben Sie von der Ampel sich nämlich vom 2-Prozent-Ziel verabschiedet. Ich will Ihnen mal Folgendes sagen, Frau Kollegin: In der mittelfristigen Finanzplanung bis 2027 steht eine Absenkung des Wehretats, und das ist nicht die Erfindung der Union, sondern das ifo-Institut rechnet vor, dass die Verteidigungsausgaben bis 2027 gemessen am prognostizierten Bruttoinlandsprodukt auf 1,2 Prozent sinken werden. Schöne Grüße! Noch mal vielen Dank für Ihren Beitrag.

(Beifall bei der CDU/CSU - Gabriele Katzmarek [SPD]: Jetzt können Sie mit Ihren Fake News weitermachen!)

- Okay, ifo-Institut: Fake-News. Besprechen Sie das bitte mit denen!

(Gabriele Katzmarek [SPD]: Nee, mit dem, was Sie vorher schon gesagt haben! – Dr. Jens Zimmermann [SPD]: Was ist denn das für eine Rede?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Ampel, Zahlen und Tränen haben eines gemeinsam: Sie lügen nicht. (D) Die Finanzplanung, die Sie hier vorlegen, ist schlicht und ergreifend eine Bankrotterklärung. Anders kann man es nicht sagen. Als Berichterstatter meiner Fraktion für die Streitkräftebasis weiß ich sehr genau, woran es mangelt. Es gibt ein Ungleichgewicht zwischen Wirkung und Unterstützung. Unseren Kampfverbänden fehlt es dadurch an Einsatz- und Durchhaltefähigkeit. Dabei gibt es Rahmenverträge, um unverzüglich das benötigte Material zu bestellen. Und da mal ganz konkret: geschützte und ungeschützte Transportfahrzeuge, Kranfahrzeuge, leichte, geländegängige Lkws, 1 900 Dienstposten bei der Streitkräftebasis, die im Übrigen vor einem Jahr versprochen wurden - nur mal am Rande -, oder dringend auch die Gefechtswertsteigerung des Kampfhubschraubers Tiger. Die oft gehörte Ausrede "Mehr Geld im Haushalt kann nicht schnell und sinnvoll ausgegeben werden" ist insofern schlicht falsch und damit widerlegt.

Ich sehe, die Frau Präsidentin wird mich jetzt drauf hinweisen, –

## Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Sie müssen zum Schluss kommen.

## Armin Schwarz (CDU/CSU):

- dass ich auf die Zielgerade kommen muss. Ich will schließen.

## Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Nein, Sie müssen jetzt direkt zum Schluss kommen.

#### (A) Armin Schwarz (CDU/CSU):

Die Sicherheit des freien Europas steht auf dem Spiel, meine Damen und Herren. Ich weiß nicht, welchen Weckruf Sie noch brauchen, damit Sie aus dem Reden ins Handeln kommen. Unsere Unterstützung haben Sie.

Ich bedanke mich bei unseren Streitkräften für ihre wichtige Arbeit und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

## Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Als Nächstes erhält das Wort Alexander Müller für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

#### **Alexander Müller** (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In wirtschaftlich schwierigen Zeiten wird der Verteidigungshaushalt als einziger deutlich angehoben, nämlich um 1,7 Milliarden Euro. Das ist ein klares Signal, dass diese Koalition Deutschlands Verantwortung für die Sicherheit übernimmt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Durch das Sondervermögen können wir das 2-Prozent-Ziel glaubwürdig unterfüttern, und auch zur kommenden Legislatur hat der Kanzler heute was gesagt. Frau Vieregge hat es heute Morgen nicht mitbekommen; sie hat die gestern vorbereitete Rede verlesen. Ist ja auch in Ordnung. Sie hat uns für die 2 Prozent gelobt, aber uns vorgeworfen, wir würden nicht dauerhaft für die 2 Prozent sorgen. Der Kanzler hat heute Morgen an dieser Stelle um halb zehn garantiert – das war seine Wortwahl –,

(Ingo Gädechens [CDU/CSU]: Das ist die kommende Wahlperiode!)

dass er in den Jahren 2028, 2029, 2030 ebenfalls die 2 Prozent hinterlegen wird.

(Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Der hat letztes Jahr schon was anderes garantiert! – Gerold Otten [AfD]: Hat er schon wieder vergessen!)

- Ja, Sie haben es nicht mitbekommen. Ist okay! – Ich bin dem Kanzler und dem Finanzminister im Übrigen dankbar, dass sie den Schwerpunkt ihrer Haushaltsreden unserer Verteidigung widmen. Angela Merkel hatte diesen Bereich regelmäßig mit keinem Satz gewürdigt.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Niklas Wagener [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Verteidigungshaushalt lag im letzten Jahr der CDU/CSU-geführten Bundesregierung noch bei 46,9 Milliarden Euro, und im kommenden Jahr steigt er auf 51,8 Milliarden Euro. Alleine der Verteidigungsetat ist also um 10 Prozent gewachsen. Dazu kommen noch die Mittel aus dem Sondervermögen on top. Damit ergibt sich eine Steigerung der Mittel für die Verteidigung im

nächsten Jahr von 50 Prozent gegenüber Ihrem Rekord- (C) wert. Das ist ein starkes Signal. Kollege Hahn nennt es ein "fatales Signal".

Auch das fand ich heute bemerkenswert: dieses ständige Geheule.

(Agnieszka Brugger [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Tja, Tränen lügen doch!)

Immer wieder kriegen wir von der Union zu hören: Es war zwar unsere Regierung und von uns geführt – Sie hatten nur einen Koalitionspartner, anders als heute, wo man sich mit mehreren unterhalten muss –, aber der eine Koalitionspartner hat uns immer dominiert und hat uns vorgegeben, wie der Verteidigungshaushalt aussehen muss. – Dieses Gejammer nimmt Ihnen doch keiner mehr ab.

## (Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun ist es der Job der Opposition, daran herumzukritteln. Bemerkenswert war heute Morgen, als Friedrich Merz gesagt hat, er fordere die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags, wo wir uns in der FDP alle am Kopf kratzen und fragen: Warum ist Jamaika 2017 eigentlich noch mal gescheitert?

(Beifall bei der FDP – Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Ja, machen Sie es doch!)

Es war die CDU/CSU, die den Solidaritätszuschlag nicht abschaffen wollte. Heute Morgen forderte es Friedrich Merz. Die Amnesie ist schon interessant.

(Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Haben Sie ihn schon abgeschafft?)

Aber schlimm finde ich auch die Einlassungen unserer Ultras auf den beiden Seiten ganz rechts und links hier im Hause, die einfach zuschauen möchten, wie Putin Landstrich für Landstrich in Osteuropa zerbombt, mit seinen Panzern zermalmt. Unsere beiden Randgruppen hier im Parlament möchten aus dem Fernsehsessel gemütlich zuschauen und keinerlei Solidarität leisten. Sie würden auch noch dabei zuschauen, wie unsere Bündnispartner und am Ende wir selbst unsere Freiheit, unsere demokratische Grundordnung irgendwann verlieren, weil Putins unstillbarer Machthunger von niemandem begrenzt wird. Zwei Fraktionen in diesem Haus wollen zurück zu einer Weltordnung, die wir vor 100 Jahren hatten, wo der, der die meisten Panzer hatte, einfach machen konnte, was er wollte. Das ist nicht die Weltordnung, die wir wollen.

## (Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist nicht das Völkerrecht, was diese Koalition will. Dieser Verteidigungshaushalt wird unserer Verantwortung gerecht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN – Rüdiger Lucassen [AfD]: Sie waren schon mal besser!)

## (A) Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Das Wort geht wieder an die Unionsfraktion zu Ingo Gädechens.

(Beifall bei der CDU/CSU)

## Ingo Gädechens (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren, auch auf den Zuschauertribünen! Wenn die Frau Präsidentin erlaubt, würde ich insbesondere die uniformierten Kameraden der deutschen Marine hier im Plenum begrüßen. Ich darf "Kameraden" sagen, weil ich über 30 Jahre diese Uniform mit Stolz getragen habe.

(Beifall des Abg. Patrick Schnieder [CDU/CSU])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, am 27. Februar 2022 hat der Bundeskanzler an dieser Stelle seine Rede zur Zeitenwende gehalten. Alle erinnern sich, er hat versprochen –

(Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Er erinnert sich nicht mehr dran!)

und dies seitdem unzählige Male wiederholt –, unsere Bundeswehr mit ausreichenden finanziellen Mitteln auszustatten und endlich so viel Material zur Verfügung zu stellen, wie benötigt wird. Viele Soldatinnen und Soldaten haben diese Ankündigung geglaubt und hatten die Hoffnung, dass sich etwas ändert. Anderthalb Jahre später müssen wir feststellen: Die Hoffnung ist gewichen, schlimmer noch: Die Enttäuschung wächst jeden Tag.

(B) Heute beraten wir über den dritten Haushalt dieser Ampelregierung, und zum dritten Mal müssen wir feststellen: Dieser Haushalt ist für die Bundeswehr kein positives Signal.

Wir alle wissen, was eigentlich notwendig wäre. Für eine einsatzbereite Bundeswehr brauchen wir kurz-, mittel- und auch langfristig deutlich mehr Geld. Jedes Jahr müsste der Kernhaushalt des Verteidigungsetats deutlich aufwachsen, um Perspektiven für die Truppe aufzeigen zu können. Was aber macht die Bundesregierung? Sie friert den Verteidigungshaushalt erneut auf Jahre ein. Die Regierung fährt so mit Ansage die Bundeswehr gegen die Wand. Wie dramatisch die Regierungspolitik ist, zeigt sich zwar in der ganzen Wucht – das hat der Kanzler heute Morgen auch eingestanden – erst in der kommenden Wahlperiode. Man könnte auch sagen: Das ist Politik nach dem Motto "Nach uns die Sintflut". Aber diese Wucht wird kommen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Wolfgang Hellmich [SPD]: Er hat das anders gesagt! – Gabriele Katzmarek [SPD]: Da haben Sie aber schlecht zugehört!)

Da schlägt uns die Bundesregierung allen Ernstes vor, die Mittel für Rüstungsbeschaffung um zwei Drittel, um fast 66 Prozent, zu kürzen. Ähnlich schlimm sieht es bei der Wehrforschung aus. Hier sollen fast 40 Prozent gestrichen werden. Dafür wachsen die Betriebsausgaben logischerweise rasant an. Kurz: Die Regierung macht aus dem Verteidigungshaushalt einen reinen Betriebshaushalt.

Innovation und Investitionen in die Zukunft werden (C) komplett gestrichen. Es ist mir schleierhaft, wie die Bundesregierung so eine desaströse Planung ernsthaft dem Parlament und der Öffentlichkeit vorlegen kann.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Natürlich erwidert die Regierung darauf: Wir haben ja noch das "Sondervermögen Bundeswehr". – Das stimmt erst einmal, bloß wird dieses Sondervermögen – wir hörten es bereits - immer stärker zweckentfremdet. Es war ursprünglich auch mit uns, mit der CDU/CSU, vereinbart, große und wichtige Rüstungsvorhaben aus dem Sondervermögen zu finanzieren. Jetzt will die Regierung aber die Spielregeln ändern und alles Mögliche aus dem Sondervermögen finanzieren, ohne zugleich eine langfristige und tragfähige Bundeswehrfinanzierung im Kernhaushalt aufzubauen. Das führt zu einer ganz sonderlichen Situation. Sie, Herr Minister, haben einen Bericht des Bundesrechnungshofs auf dem Tisch, der Ihren Plänen beim Sondervermögen einen Verfassungsbruch attestiert Und was tun Sie? Bis jetzt erkennbar nichts. Wie zielgenau muss der Warnschuss noch werden, bevor die Regierung endlich handelt?

Da kann ich nur an die Ampel appellieren: Akzeptieren Sie diesen Katastrophenhaushalt für die Bundeswehr nicht.

(Beifall der Abg. Kerstin Vieregge [CDU/CSU])

Sorgen Sie in den Beratungen dafür, dass endlich die Weichen in die richtige Richtung gestellt werden. Den Einsatz dafür erwarte ich auch von Ihnen, Herr Minister. In den Umfragen sind Sie ja wohl das einzige Kabinettsmitglied, das von der Öffentlichkeit nicht als Totalausfall wahrgenommen wird.

(Stephan Brandner [AfD]: Aber nur in Umfragen!)

Nutzen Sie doch diesen Vorteil, und setzen Sie sich mit Ihrer ganzen politischen Kraft für eine Steigerung des Verteidigungshaushalts ein! Es reicht nicht, wenn Sie vor einigen Wochen an dieser Stelle 10 Milliarden Euro mehr gefordert haben, am Ende aber mit leeren Händen dastehen.

## (Beifall bei der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, ich stelle sehr ernüchtert fest, dass die Bundesregierung aktuell weder willens noch in der Lage ist, die Bundeswehr ausreichend zu finanzieren. Darüber hinaus versuchen Sie immer wieder mit allen möglichen Täuschereien und Rechentricks, Ihre eigene Bilanz aufzuhübschen.

Hierzu möchte ich Ihnen einen Hinweis geben: Wenn Sie und Ihr Haus, Herr Minister, die Öffentlichkeit, das Parlament und die Truppe fortwährend hinters Licht führen wollen, geben Sie sich doch bitte etwas mehr Mühe. Was wir nämlich im Vorfeld dieser Haushaltswoche an öffentlichen Täuschungsversuchen erlebt haben, schlägt eigentlich dem Fass den Boden aus. Da verkündet die Bundesregierung voller Stolz, angeblich im nächsten Jahr das 2-Prozent-Ziel einhalten zu wollen, erreichen zu wollen – auch das haben wir gehört –, und nicht ein bisschen mehr und nicht ein bisschen weniger. Da werde

#### Ingo Gädechens

(A) ich natürlich misstrauisch, wenn man ganz genau eine Punktlandung hinlegen will, um diese 2 Prozent zu erreichen. Nur, woher das Geld kommen soll, das weiß man noch nicht, dazu müsse man erst einmal – so heißt es so schön im Beamtendeutsch – eine Ressortabfrage durchführen. Auf das Ergebnis dieser Ressortabfrage warten wir übrigens bis heute. Damit ist offenkundig: Es geht der Regierung gar nicht darum, wirklich die 2 Prozent für Verteidigung zu erreichen, sondern es geht einzig und allein darum, die politische Glaubwürdigkeit des Kanzlers zu retten. Da ist jedes Mittel recht, damit ich am Ende auf diese 2 Prozent komme. Da werden sogar die Zinsen noch mit eingerechnet. Wie absurd ist das eigentlich?

## (Beifall bei der CDU/CSU)

Ich könnte Ihnen noch viele Beispiele nennen, wie versucht wird, den Verteidigungsetat aufzuhübschen. Dass der Verteidigungshaushalt wächst – wir haben es gehört – hängt ausschließlich mit den steigenden Personalausgaben aufgrund der Tariferhöhung im nächsten Jahr zusammen. Alle Ministerien erhalten dafür einen Zuschlag, nur beim Einzelplan 14 ist der Zuschlag schon im eigentlichen Etat enthalten und kommt nicht, wie bei allen anderen Häusern, on top obendrauf. Heißt im Ergebnis: Keine Priorisierung für Verteidigung, nur ein übler und leicht durchschaubarer Rechentrick.

# (Wolfgang Hellmich [SPD]: Aber mehr ist mehr!)

Politische Führung – das gilt besonders für die Bundewehr – lebt von Vertrauen. Dieser Haushalt ist ein weiterer Schritt, dieses Vertrauen sowohl der deutschen Bevölkerung als auch der Soldatinnen und Soldaten vollkommen zu verlieren.

Meine Damen und Herren, wir brauchen dringend eine 180-Grad-Wende in der Haushaltsberatung. Ehrlicherweise bin ich pessimistisch, aber es gibt ja das wunderbare Lied "Wunder gibt es immer wieder". Ich hoffe aber auch – die Zwischentöne meiner Haushaltskollegen Schwarz, Klein und Schäfer haben signalisiert, dass noch eine Menge Arbeit vor uns liegt –, dass insbesondere die Berichterstatter im Haushaltsausschuss aus diesem Verteidigungsetat am Ende noch einen wirklich guten Etat machen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

## Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Für die SPD-Fraktion erhält jetzt das Wort Rebecca Schamber.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

## Rebecca Schamber (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Frau Wehrbeauftragte! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Vorweggesagt und in der Kürze der Zeit: Es ist gut, dass wir im Verteidigungsetat einen Aufwuchs sehen können. Der Etat soll 2024 um rund

1,7 Milliarden Euro steigen. Das ist keine Selbstverständ- (Clichkeit; denn in den anderen Ressorts sehen wir diese Aufwüchse aktuell nicht.

Wir leben in einer herausfordernden Zeit, die uns vor herausfordernde finanzpolitische Entscheidungen stellt. Die Steigerungen im Verteidigungsetat sind erforderlich und notwendig, um die über Jahrzehnte erfolgte Vernachlässigung der Bundeswehr in Material und Ausrüstung auszugleichen und zusätzlich die notwendige Anpassung von Personal und Gerät an die Herausforderungen der aktuellen Zeit zu tätigen.

### (Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ja, das ist ein riesiger Berg – oder Eisberg, wie es hier schon mehrfach in der Debatte angeklungen ist –; das kann man auch nicht wegdiskutieren. Darum bitte ich auch, dass wir hier gemeinsam unserer Verantwortung Rechnung tragen, wie wir diesen Berg in den nächsten Jahren bezwingen wollen.

## (Beifall bei der SPD)

Denn für die Zeitenwende ist ein gemeinsames Agieren notwendig. Da reicht nicht der Fingerzeig auf die jetzige Regierung, sie möge den bereits angehäuften Berg der vorigen Regierung in einer Phase multipler Krisen abräumen. Wir sitzen da gemeinsam im Boot.

Dabei hat sich im Bereich der Beschaffung und der Investition einiges getan, und zwar in einer Geschwindigkeit, die so – auch wenn sie aus einigen Ecken beklagt und bemängelt wird – in den letzten Jahren nicht vorhanden war. Und ja, auch da müssen wir noch besser und schneller werden; das ist auch genau unser Anspruch. Wir sehen, dass Minister Pistorius hier ganz neue Weichen stellt. Das sollte man vielleicht an dieser Stelle einfach mal neidlos anerkennen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Karsten Klein [FDP] – Zuruf des Abg. Ingo Gädechens [CDU/CSU])

Die Landes- und Bündnisverteidigung ist auch in der Öffentlichkeit mehr in den Fokus gerückt, was ich absolut richtig finde. Daneben sind unsere Soldatinnen und Soldaten im Verbund mit der EU, NATO und den Vereinten Nationen im Rahmen unserer internationalen Verantwortung in weltweiten Friedenseinsätzen aktiv. Die Krisen häufen sich immer weiter – leider. Darum ist es eine gute und richtige Entscheidung, dass im Verteidigungsetat im Titel für die internationalen Einsätze mehr Geld eingestellt ist.

Ich führe auch gerne aus, warum das gut ist. Wir haben mehrfach in der letzten Zeit gesehen, wie schnell Regionen und Länder, die vermeintlich sicher schienen, zu einem neuen Krisenherd werden können. Die Bundeswehr muss in solchen Fällen gegebenenfalls sehr schnell und flexibel reagieren können, um Evakuierungen oder Abtransporte effektiv durchführen zu können. Beste Beispiele sind die letzten Einsätze der Bundeswehr in Niger oder im Sudan. An dieser Stelle möchte ich allen Einsatzkräften danken, die bei den Flügen, den Evakuierungen und den Rettungsmaßnahmen beteiligt waren und hochprofessionell agierten.

#### Rebecca Schamber

(A) (Beifall bei der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Im Ernstfall kann es also sein, dass wenig Zeit da ist, dafür aber ein erhöhter finanzieller Bedarf, sodass es folgerichtig ist, bei weltweit zunehmenden Krisen einen finanziellen Puffer zu schaffen, um eben im Ernstfall schnell reagieren zu können.

Zum Schluss möchte ich noch einmal festhalten, dass der Zuwachs im Etat wichtig ist. Wir müssen zudem immer auch die mittel- und langfristige Perspektive berücksichtigen. Olaf Scholz mit seiner Entscheidung als Kanzler, ein Sondervermögen aufzulegen, ist es zu verdanken, dass wir bereits heute wichtige Investitionen tätigen konnten und damit den Einzelplan entlastet haben. Angesichts der neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen in Europa und der andauernden Verpflichtungen in den internationalen Einsätzen als verlässlicher Partner kann sich nur eine gut ausgerüstete Bundeswehr ihren Aufgaben stellen. Daher müssen und werden wir vorausschauend investieren in Personal und Material für Verlässlichkeit, Stabilität und Planungssicherheit.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

## Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Nächster Redner ist der fraktionslose Abgeordnete (B) Robert Farle.

#### **Robert Farle** (fraktionslos):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Nach einem Jahr Zeitenwende ist unsere Bundeswehr noch blanker als blank und Deutschland um mindestens 20 Milliarden Euro ärmer. Mit Erlaubnis der Präsidentin zitiere ich den heutigen Bundeskanzler und damaligen Juso-Vorsitzenden Olaf Scholz, der am 5. September 1987 bei einer FDJ-Friedenskundgebung Folgendes sagte – Zitat –:

"Frieden kann heute und in dieser Welt nicht mehr militärisch hergestellt werden. Sicherheit und Frieden sind nur politisch herstellbar."

Diese Position finde ich richtig und vernünftig. Warum? Weil man im Nuklearzeitalter mit allen Nachbarn nur in Frieden leben kann, wenn man gegenseitiges Vertrauen schafft und die Sicherheitsinteressen der anderen jeweils ernst nimmt und auf Augenhöhe berücksichtigt.

Am 18. August 2023 sagte der jetzige Kanzler Scholz bei einer Wahlkampfkundgebung in München – ich zitiere –:

"Und die, die hier mit Friedenstauben rumlaufen, sind deshalb vielleicht gefallene Engel, die aus der Hölle kommen, weil sie letztendlich einem Kriegstreiber das Wort reden."

(Zuruf von der SPD: Wo er recht hat, hat er recht!)

Ich frage den Herrn Scholz: Was steckt hinter dieser 180- (C) Grad-Wende in Ihrer Person? Sind Sie ein Mann ohne Überzeugung, der seine Fahne nach dem Mainstream ausrichtet, je nachdem, woher der Wind gerade weht?

(Zuruf der Abg. Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann [FDP])

Herr Pistorius, Sie haben die Losung ausgegeben von Frau Strack-Zimmermann und Frau Baerbock: Die Ukraine muss gewinnen.

(Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann [FDP]: Yes!)

Sie sorgen mit immer weiteren Waffenlieferungen, Kriegstechnik und Munition dafür, dass das Töten immer weitergeht und weitere Zehntausende Ukrainer und Russen sterben. Ich sage Ihnen: Niemand kann diesen Krieg gewinnen – die Ukraine nicht, Russland nicht. Wir brauchen einen sofortigen Waffenstillstand in Verantwortung des Sicherheitsrates.

## Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Herr Abgeordneter, Sie müssen zum Schluss kommen.

## Robert Farle (fraktionslos):

Wir wollen auch in Deutschland nicht einen Krieg bezahlen, der uns am Ende unseren ganzen Sozialstaat kostet.

Vielen Dank.

(Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann [FDP]: Fertig! Ab ins Körbchen!) (D)

## Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Und der letzte Redner in dieser Aussprache ist Wolfgang Hellmich für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

## Wolfgang Hellmich (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Damit kein falscher Eindruck entsteht: Das, was von den beiden Flügeln und auch von einzelnen Personen hier gesagt wird, ist eine isolierte Meinung. Die Mehrheit dieses Hauses steht zur Ukraine, solange es notwendig ist und nötig ist, und wir stehen zu unserem Wort: Unterstützung jederzeit und nachhaltig.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Stephan Brandner [AfD]: Nibelungentreue, oder?)

Ansonsten habe ich den Eindruck, dass die Popanzerei heute hier weitergegangen ist; aber solche rhetorischen Pirouetten reichen nicht aus, der Realität des Haushaltes nahezukommen und Personalfragen ernsthaft zu diskutieren. Tiefer kann man nicht sinken. Frau Kollegin Vieregge, das ist unanständig. Trotzdem herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

#### Wolfgang Hellmich

A) Wir haben im Laufe dieses Jahres im Haushaltsausschuss und im Verteidigungsausschuss noch, ich glaube, 60 25-Millionen-Vorlagen auf dem Tisch liegen, um das Sondervermögen umzusetzen. Wir haben persönliche Ausstattung beschafft. Wir haben Entscheidungen getroffen über die F-35. Wir haben Entscheidungen getroffen über den schweren Transporthubschrauber. Wir haben viele, viele Entscheidungen getroffen, die darauf ausgerichtet sind, die Bundeswehr personell und materiell so in den Stand zu setzen, wie sie das für die Kampfund Bündnisfähigkeit braucht. Dieser Haushalt der Bundeswehr ist, um es klar zu sagen – trotz schwarzer Null, trotz fehlender Einnahmeerhöhungen, trotz Milliardeneinsparungen –, der einzige Etat, der in diesem Haushalt dazugewonnen hat.

Wir hätten uns vielleicht mehr gewünscht, das hat der Minister gesagt. Aber der Kanzler hat heute Morgen auch gesagt und dargestellt, wie auf der Strecke der zukünftigen Finanzierung jede Bundesregierung gebunden sein wird: Das ist diese 2-Prozent-Zusage an die NATO, aber auch die Zusage an die Bündnispartner, das Ganze auch nachhaltig zu finanzieren. Ein Wort gilt, und ein Wort steht. Wir halten unsere internationalen Verpflichtungen ein. Die Soldatinnen und Soldaten können sich darauf verlassen, dass wir zu unserem Wort stehen und das auch entsprechend umsetzen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

(B) Die Unterstützung der Ukraine gilt, bis der Krieg zu Ende ist. Die Instandsetzung der Bundeswehr als kampffähige und durchsetzungsfähige Armee mit entsprechender Ausstattung gilt auch über diesen Tag hinaus.

Der Kanzler hat deutlich gemacht, dass die Bundeswehr nach dem Auslaufen des Sondervermögens aus dem Kernhaushalt finanziert werden muss. Ja, das werden wir tun. Er hat auch gesagt, dass es gilt, jetzt dafür Vorsorge zu treffen. Ob wegen partieller Amnesie oder des Nicht-hinhören-Könnens: Die Opposition ist darauf nicht eingegangen. Im Interesse der Sicherheit des bereits Erreichten werden wir die Finanzierung des Haushaltes über die Zeit hinaus sicherstellen.

Damit die Verausgabung des Sondervermögens gelingt, brauchen wir mehr Flexibilität und Planungssicherheit für unsere Industrie. Deshalb ist es genau richtig, diese Flexibilität im Sondervermögen so anzugehen, dass man mit dem Kauf der F-35 gleichzeitig auch die Infrastruktur ertüchtigt und baut. Und es ist richtig, mit dem Kauf von Panzern und anderem auch den Munitionstitel zu erhöhen und über das Sondervermögen sicherzustellen, dass dies gelingt.

Sie haben zum Ende eines jeden Haushaltsjahres immer Reste zusammengeklaubt, um Übungsmunition zu kaufen, und in Ihrer Verantwortung sind die Munitionsdepots geschlossen worden. Wir gehen genau den anderen Weg. Denn es liegt in unserer Verantwortung, die Bundeswehr wieder instand zu setzen. Das Wort an die Soldatinnen und Soldaten gilt: Wir werden das tun. Wir

werden die Bundeswehr mit dem Ziel ausstatten, das der (C) Bundeskanzler ausgegeben hat, nämlich sie zur modernsten und bestausgestatteten Armee Europas zu machen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

## Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Weitere Wortmeldungen zu diesem Geschäftsbereich liegen nicht vor. – Wir werden den Geschäftsbereich daher wechseln, und Sie wechseln vermutlich die Sitzplätze. Ich bitte darum, dies möglichst schnell zu machen, damit wir gleich fortfahren können, und möglichst die Gespräche nach draußen zu verlagern. Da ist viel Platz; da gibt es im Zweifel auch einen Kaffee.

Wir kommen zu dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr, Einzelplan 12.

Das Wort hat für die Bundesregierung der Bundesminister für Digitales und Verkehr, Dr. Volker Wissing.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Dr. Volker Wissing,** Bundesminister für Digitales und Verkehr:

Frau Präsidentin, ich danke Ihnen! – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Von Januar bis Ende Juli 2023 sind fast 70 Millionen Menschen zusammen knapp 22 Milliarden Kilometer in einem ICE oder IC gefahren. Das ist ein (D) historischer Rekord: Nie zuvor haben Fahrgäste in einem halben Jahr mehr Personenkilometer im Fernverkehr der Deutschen Bahn zurückgelegt.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Thomas Bareiß [CDU/ CSU])

Wir sind also auf dem richtigen Weg.

Zur Wahrheit gehört aber auch: Die Zahl der Menschen, die ihr Ziel nicht pünktlich erreicht haben, ist gewachsen.

(Thomas Bareiß [CDU/CSU]: Genau!)

Jetzt rächt sich, dass unsere Schieneninfrastruktur jahrzehntelang vernachlässigt und an ihre absoluten Grenzen gebracht wurde. Im August – das zeigen die neuen Zahlen der DB AG – waren nur noch knapp zwei von drei Fernzügen pünktlich. Ähnlich herausfordernd ist die Lage im Güterverkehr. Das ist nicht nur extrem ärgerlich für die Reisenden, sondern so kann es für ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland nicht bleiben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb ist die Bundesregierung fest entschlossen, das zu ändern: mit neuen strategischen Ansätzen und mit einem massiven Finanzpaket, das seinesgleichen sucht. Schon jetzt stellen wir 24 Milliarden Euro zusätzlich für

#### Bundesminister Dr. Volker Wissing

(A) die Bahn bereit. Damit rücken wir die Schiene dahin, wo sie hingehört: ins Zentrum einer modernen, nachhaltigen und guten Mobilität.

## (Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So werden wir im kommenden Jahr ein Mammutprojekt starten, nämlich nacheinander die hochbelasteten Korridore unseres Kernnetzes zu sanieren. Das heißt: An den wichtigsten Stellen werden Weichen, Oberleitungen, Schwellen, Stellwerke und Bahnhöfe während einer kurzen Sperrphase gebündelt generalüberholt und technisch auf den neuesten Stand gebracht. Nur so können wir unser ehrgeiziges Ziel erreichen, bis 2030 eines der leistungsfähigsten, zuverlässigsten und digitalisierten Schienennetze Europas zu schaffen.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Davon werden Wirtschaft und Gesellschaft gleichermaßen profitieren. Ein modernes Schienennetz ist Voraussetzung dafür, dass Gütertransporte in Zukunft verlässlich und pünktlich sind und Menschen gerne und noch mehr mit der Bahn fahren. Und unser Erfolgshit, das Deutschlandticket, das bereits mehr als 11 Millionen Mal abonniert wurde, braucht eine leistungsfähige Schiene, damit seine Vorteile vollumfänglich zur Geltung kommen.

(B) (Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Mit diesem Finanzpaket und den begleitenden weiteren Maßnahmen, etwa der Novellierung des Bundesschienenwegeausbaugesetzes, gehen wir einen gewaltigen und entscheidenden Schritt in Richtung einer klimafreundlichen Mobilität. Doch die Schiene ist nur ein Baustein.

Auch Wasserstraßen, Radverkehr, Ladesäulen für Autos und Lkws, der Umstieg auf alternative Antriebe werden von uns im kommenden Jahr wieder mit sehr viel Geld unterstützt. Und natürlich investieren wir auch weiter in unser Straßennetz und insbesondere in unsere maroden Brücken, die in einem alarmierenden Zustand sind. Das alles arbeiten wir mit den notwendigen finanziellen Mitteln auf.

Selbst mit unserem riesigen Finanzpaket für die Schiene wird es niemals möglich sein, den gesamten Transport per Bahn abzuwickeln. Deshalb wird der Lkw auch in Zukunft ein dominierendes Transportmittel bleiben – aber natürlich bald mit alternativen Antrieben. Auch diesen Umstieg fördern wir massiv.

Genau wie die Digitalisierung. Das Ausbautempo war nie so hoch wie zurzeit. Bereits heute kann jeder vierte Haushalt in Deutschland leistungsfähige Glasfaseranschlüsse nutzen. Technologieübergreifend sind heute schon mehr als 70 Prozent der Haushalte mit Gigabitanschlüssen versorgt, 87 Prozent der Fläche Deutschlands mit 5 G und 97 Prozent mit 4 G.

Und auch beim Umsetzen unserer Digitalstrategie (C) kommen wir in großen Schritten voran. Gerade jetzt zum Monatsanfang haben wir die digitale Fahrzeugzulassung auf das Niveau gehoben, auf das sie gehört: digital zulassen, sofort losfahren. Dabei können auch noch rund 30 Millionen Euro pro Jahr an Kosten eingespart werden. Für die Bürgerinnen und Bürger und für die Wirtschaft bedeutet das Gebührensenkungen. Das sind die Früchte einer guten Digitalpolitik.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben auf unserer Kabinettsklausur in Meseberg auch unsere Datenstrategie verabschiedet. Denn es ist wichtig, dass wir künftig die Datenverfügbarkeit stärker in den Blick nehmen: Ohne Daten keine Digitalisierung! Das Verlegen von Glasfaseranschlüssen und die Bereitstellung von 5 G ist das eine; aber nutzbar ist das für die Digitalisierung nur, wenn Daten verfügbar sind. Da haben wir einen Aufholbedarf und wollen konsequent vorangehen. Wir legen größten Wert darauf, dass die Verfügbarkeit von Daten zur Messlatte all unserer politischen Entscheidungen gemacht wird.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen eine mutige Datenkultur. Das Nutzen und Teilen von Daten muss der Normalfall sein. Bedenken dagegen dürfen nur greifen, wenn sie wirklich begründet sind. Das ist der Gamechanger in der Digitalpolitik. Ich bin überzeugt: Damit schaffen wir die Grundlage dafür, dass innovative, datenbasierte Anwendungen künftig verstärkt auch aus Deutschland kommen.

Wir haben einen starken Aufholeffekt im Bereich der digitalen Start-ups, was KI angeht: ein Plus von 68 Prozent in einem Jahr. Über 500 digitale Start-ups sind im KI-Bereich tätig. Wir haben alle Chancen. Die Bundesregierung schafft auch mit diesem Haushalt die Voraussetzungen dafür, dass wir sie nutzen können.

Verantwortungsvolles Regierungshandeln setzt vernünftige und weitsichtige Entscheidungen voraus und vor allen Dingen auch solides Haushalten. Nur ein solider Haushalt ermöglicht langfristige Investitionen in Infrastruktur, Digitalisierung und Klimaschutz. Der vorliegende Entwurf zum Einzelplan 12, den wir heute diskutieren, entspricht genau diesen Anforderungen. Wir können die Digitalisierung engagiert vorantreiben und zugleich mehr als je zuvor in unsere Infrastruktur investieren – und damit in eine gute Zukunft für Deutschland, für die Wirtschaft und für unsere gesamte Gesellschaft.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

## Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Für die CDU/CSU-Fraktion erhält das Wort Dr. Reinhard Brandl.

(Beifall bei der CDU/CSU)

## (A) **Dr. Reinhard Brandl** (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Dieser Haushalt, Herr Minister, pulverisiert eines der größten Versprechen der Ampelkoalition. Dieses Versprechen begann im Wahlkampf mit einem Plakat: "Digital first. Bedenken second."

(Torsten Herbst [FDP]: Schönes Plakat!)

Ein gutes Plakat; ein guter Spruch!

(Beifall bei der FDP)

Nach dem Plakat kam der Koalitionsvertrag. 218-mal kommt im Koalitionsvertrag das Wort "digital" vor, nur 198-mal das Wort "Klima" und nur 121-mal das Wort "sozial".

Dann kam der Digitalminister Wissing, der erste Digitalminister in unserem Land. Und jeder hat gedacht: Jetzt geht's los, Deutschland startet durch. – Heute, zwei Jahre nach dem Beginn der großen Fortschrittskoalition, schreiben die Medienhäuser in Deutschland Folgendes über Ihre Digitalpolitik:

(Der Redner hält ein Plakat hoch)

ZDF: "Digitalisierung: Schneckentempo reloaded"; "Süddeutsche Zeitung": "So verspielt Deutschland seine Zukunft"; –

## Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

(B)

Tragen Sie doch bitte vor, was Sie vortragen möchten, aber halten Sie nicht die ganze Zeit ein Plakat hoch.

(Beifall des Abg. Detlef Müller [Chemnitz] [SPD])

## Dr. Reinhard Brandl (CDU/CSU):

- die "FAZ": "Die Kürzungen des Digitalbudgets schaden dem Land"; "Heise Online": "Budget um 99 Prozent gekürzt: Kritik am deutschen Digital-Sparpaket". Meine Damen und Herren, ich frage mich, wie kann man ein Thema mit so viel Anlauf in so kurzer Zeit dermaßen an die Wand fahren?

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Joana Cotar [fraktionslos])

Wir waren im Bereich Digitalisierung in unserer Zeit auch nicht immer an der Spitze.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Anke Domscheit-Berg [DIE LINKE] – Zurufe von der FDP)

Aber mit Ihnen fallen wir noch zurück. Ihre ambitionslose Digitalpolitik ist ein Armutszeugnis und schadet unserem Land.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich kritisiere Sie, Herr Wissing, nicht dafür, dass Sie sparen; wir müssen sparen. Ich kritisiere Sie dafür, dass Sie im Bereich der Digitalpolitik nicht priorisieren, dass Sie keine Schwerpunkte setzen und auch nicht erklären.

(Dr. Till Steffen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: 16 Jahre! 16 Jahre!) Ihre Rede eben war das beste Beispiel dafür. Sie haben (C) mit keinem Wort die Kürzungen im Digitalbereich erwähnt; dabei sind ja mehrere große Elefanten hier im Raum

Nehmen wir einmal einen ganz großen Elefanten: das Thema Glasfaserausbau. Die Frage, die sich stellt, ist doch: Reichen die wenigen Mittel aus, um alle Zusagen, um alle politischen Versprechungen im Bereich Glasfaserausbau zu finanzieren – ja oder nein? –, oder gibt es wie im letzten Jahr einen Förderstopp?

# (Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und von der FDP)

Und diese Frage stelle nicht nur ich mir, sondern diese Frage stellen sich Länder und Kommunen im ganzen Land. Die brauchen nicht nur mehr Geld. Sie brauchen vor allem Planungssicherheit, und diese Planungssicherheit haben sie mit der Bundesregierung nicht.

### (Beifall bei der CDU/CSU)

Das, was im Moment im Bereich Verwaltungsdigitalisierung abläuft – 99 Prozent Kürzungen im Bereich der Verwaltungsdigitalisierung –, ist ein Desaster für die Bund-Länder-Beziehungen. Es gilt der Satz: Wer sich auf diese Bundesregierung verlässt, ist verlassen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf von der FDP: Ui!)

Jetzt komme ich zu Ihren eigenen Haushalten. Wo ist die Priorisierung? Wo ist die Schwerpunktsetzung? Sie haben die Digitalstrategie erwähnt, Herr Wissing. Das ist keine Priorisierung, das ist ein Sammelsurium von (D) Einzelprojekten, die die Ressorts gemeldet haben, denen Sie dafür zusätzlich Geld versprochen haben. Das Digitalbudget steht im Koalitionsvertrag. Aber das Digitalbudget ist nicht gekommen. Die Regierung macht genau das Gegenteil dessen, was sie angekündigt hat: Sie kürzt die Mittel. In dieser Situation bräuchten wir einen starken Digitalminister, der entscheidet, was stehen bleibt und was nicht; denn wenn das nicht klar ist, dann macht es der Rasenmäher.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Joana Cotar [fraktionslos])

Wenn ich in Ihren Haushalt schaue, dann sehe ich, dass dort mit dem Rasenmäher drübergegangen wurde: 25 Prozent Mittelkürzung im Bereich digitale Infrastruktur: Sie geben nur noch 2 Prozent Ihres Haushalts für Digitalprojekte aus.

(Stefan Müller [Erlangen] [CDU/CSU]: Unglaublich!)

Lieber Herr Wissing, Ihr Ministerium heißt Bundesministerium für Digitales und Verkehr.

## Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

## Dr. Reinhard Brandl (CDU/CSU):

Ich würde Ihnen raten, mal das Klingelschild abzumontieren und das Wort "Digitales" zu streichen; denn langsam wird es lächerlich.

#### Dr. Reinhard Brandl

(A) In diesem Sinne: Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. Ich hoffe, dass wir in den Haushaltsberatungen diesen Haushalt noch verbessern können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Joana Cotar [fraktionslos])

## Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Vielen Dank. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte nur sagen: Es ist etwas schwer, von hier aus immer genau zu überblicken, was Sie da nun gerade hochhalten. Ich unterstelle Ihnen gar nichts Böses. Aber Sie wissen, dass schon so manches passiert ist, was nicht unbedingt der Würde dieses Hauses entsprach. Heute ist irgendwie der Tag der Plakate. Ich bitte Sie, wieder auf Ihre Rede zurückzukommen und Ihre Argumentation mit Rede und Gegenrede weiterzuführen.

(Stefan Gelbhaar [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Hört! Hört!)

Als Nächstes erhält das Wort Metin Hakverdi für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

### Metin Hakverdi (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Wenn wir unsere Klimaziele erreichen wollen, müssen wir massiv in unsere Verkehrsinfrastruktur investieren, und genau das machen wir. Im kommenden Jahr wird der Bund insgesamt über 92 Milliarden Euro investieren, davon über 32 Milliarden allein in die Verkehrsinfrastruktur.

Vor allem investieren wir in die Schiene – allein im nächsten Jahr etwa 18 Milliarden Euro –, und das ist auch nötig; denn die Bahn muss besser werden. Egal ob Sie mit der S3 von Hamburg-Harburg zum Hamburger Hauptbahnhof fahren oder mit dem ICE von Köln nach Stuttgart: Die Bahn muss zuverlässiger und leistungsfähiger werden; denn sie wird in Zukunft noch mehr leisten müssen. Wir investieren in den Ausbau des Netzes, und wir investieren in die Digitalisierung des Netzes. Digitalisierung ist der Schlüssel für eine höhere Zuverlässigkeit und für mehr Kapazitäten auf der Schiene.

Wenn wir unsere Klimaziele erreichen wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen wir massiv in unsere Verkehrsinfrastruktur investieren. Dabei investieren wir deutlich mehr in die Schiene als in die Straße. Die Bundesfernstraßen werden aus Kapitel 1201 finanziert; das kann man alles nachlesen. Es werden 12,8 Milliarden Euro für die Straße ausgegeben.

Die Bundesschienenwege werden in Kapitel 1202 finanziert. Dort stehen 12,1 Milliarden drin. Aber dazu kommen Förderprogramme, Kapitel 1210: 851 Millionen Euro für den Einzelwagenverkehr, Trassenpreisförderung, Baukostenzuschüsse. Hinzu kommen die 4 Milliarden Euro für die Bahn aus dem Klima- und Transformationsfonds, ganz zu schweigen von den Mitteln im Rahmen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes, (C die ganz überwiegend in die Schiene fließen; noch einmal 1 Milliarde. Insgesamt sind das gut 18 Milliarden Euro.

# (Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Aber wir vergessen die Straße nicht. Investitionen in die Straßeninfrastruktur wurden auf hohem Niveau fortgeführt. Wir lassen nicht zu, dass unsere Brücken zusammenbrechen.

Übrigens, was mich besonders freut: Wir durchbrechen mit der Verwendung der Lkw-Mauteinnahmen den alten falschen Grundsatz "Straße finanziert Straße". Wir werden auf jede Tonne CO<sub>2</sub>-Emission im Lkw-Verkehr eine Maut über 200 Euro erheben. Wir tun das, um Güter von der Straße auf die Schiene zu bekommen und um gleichzeitig massiv Anreize zur Elektrifizierung zu setzen, um mehr Dekarbonisierung des Frachtverkehrs zu erreichen. So geht kluge Investitionspolitik.

## (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Der Regierungsentwurf – das ist besonders erfreulich – schließt die Investitionslücke bei den Wasserstraßen. Dort steigen die Investitionen um 30 Prozent; eine gute Nachricht für den Nord-Ostsee-Kanal.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Wenn wir unsere Klimaziele erreichen wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann müssen wir massiv in unsere Verkehrsinfrastruktur investieren. Dazu gehört aber nicht nur Stahl und Beton. Zum Infrastrukturausbau gehören auch immer Frauen und Männer, die ihn betreiben. Ob im Schutzanzug oder am Schreibtisch: Das alles ist nur möglich, wenn es Tausende Menschen mit ihrer Arbeit möglich machen. Deshalb müssen wir auch in Menschen investieren.

Ich nenne hier nur ein Beispiel von vielen aus dem Einzelplan 12. Ich wähle die Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes. Sie ist gemessen an der Zahl der Beschäftigten die mit Abstand größte Verwaltungseinheit des Verkehrsministeriums. Die Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung verfügt über 13 200 Planstellen, von denen jedoch nur 11 400 besetzt sind. Das ist eine Differenz von 1 800 Menschen – Menschen, nicht Stellen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie glauben doch nicht ernsthaft, dass dieser Fachkräftemangel an der Investitionspower unseres Landes so mir nichts, dir nichts vorbeigeht. Uns fehlen die Menschen. Wir müssen in die Qualifikation von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern investieren, die Erwerbsquote von Frauen verbessern, den Gender Pay Gap zwischen Männern und Frauen schließen, Einwanderung in den Arbeitsmarkt erleichtern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Gute-KiTa-Gesetz, die Kindergrundsicherung, das Qualifizierungschancengesetz, das Gesetz zur Stärkung der Ausund Weiterbildungsförderung, das Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetz: Das sind keine Sozialklimbim-

#### Metin Hakverdi

(A) Themen. Einwanderung in unser Land ist keine Goodwill-Aktion gegenüber Ausländern. Das ist ein hartes Investitionsthema, das über die Zukunftsfähigkeit unseres Landes entscheidet.

> (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir werden unser Geld in Schiene, Straße und Wasserstraßen nur dann verbaut bekommen, wenn wir auch die Ingenieurinnen und Ingenieure, Bauarbeiter/-innen, wenn wir die Verwaltungsangestellte und die Arbeiter dazu haben.

(Beifall des Abg. Michael Theurer [FDP])

Wir investieren, und wir entlasten. Auch im Verkehrsbereich entlasten wir. Mit dem Deutschlandticket senken wir die Preise für den Nahverkehr. Das ist sensationell. Das ist ein Riesenerfolg dieser Koalition. 1,5 Milliarden Euro stellt der Bund bis 2025 dafür zur Verfügung; die andere Hälfte kommt von den Ländern.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Und noch ein Lieblingsthema – gestatten Sie es einem Hamburger Abgeordneten –: unsere Häfen. Ihre Bedeutung für die Wirtschaft und die Versorgung unseres Landes ist vielen immer noch nicht klar. Die Bedeutung der Häfen wird mit der Dekarbonisierung unserer Wirtschaft und dem Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur noch größer werden. Unsere Häfen verändern unser Land nicht nur an den Küsten.

(Anna Kassautzki [SPD]: Ja!)

Deshalb müssen wir auch in unsere Häfen investieren. Wir brauchen die Häfen, damit die Energieproduktion, der Energietransport und die damit verbundene Wasserstoffindustrie funktionieren. Dafür müssen wir die Häfen als Bundesaufgabe ernstnehmen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

– Sie können auch dann klatschen, wenn Sie nicht von der Küste kommen, weil das für das ganze Land gilt. – Deshalb entwickeln wir eine Nationale Hafenstrategie. Die Zukunft unserer Häfen ist ein wichtiger Baustein der Zukunft unseres Landes. Ich freue mich, alle lieben Kolleginnen und Kollegen nächste Woche in Bremen auf der Nationalen Maritimen Konferenz wiederzusehen.

Zum Abschluss – ich habe noch eine Minute Zeit – etwas Unerfreuliches, etwas sehr Unerfreuliches. Ich hätte heute gern noch mehr Investitionen im Einzelplan 12 gesehen. Umso bedauerlicher ist der Schadensersatzanspruch der Eventim AG und der Kapsch GmbH gegen den Bund. 243 Millionen Euro müssen wir, die Menschen in diesem Land, dafür auf den Tisch des Hauses legen. 243 Millionen Euro für die verhunzte Pkw-Maut des Andi Scheuer!

(Dorothee Martin [SPD]: Skandal!)

Wir werden dieses Geld im Haushaltsverlauf aus dem (C) Einzelplan 12 nehmen – 243 Millionen Euro! –, weil Herr Scheuer, weil die CSU Wahlkampf gemacht hat.

(Beifall der Abg. Gabriele Katzmarek [SPD] – Michael Donth [CDU/CSU]: Gut, dass die SPD dagegen war!)

Europafeindlichkeit, Ausländerfeindlichkeit: Ich erinnere mich an die Sprüche von "holländischen Gespannen", die auf deutschen Autobahnen keine Gebühren zahlen.

(Stefan Müller [Erlangen] [CDU/CSU]: Sie haben damals zugestimmt!)

Unverantwortlich! Alle haben Herrn Scheuer gesagt, dass das rechtswidrig ist, dass das europarechtswidrig ist, dass es nicht funktionieren wird. Er hat es trotzdem gemacht.

(Stephan Brandner [AfD]: Sie waren doch mit in der Regierung! – Gegenruf der Abg. Gabriele Katzmarek [SPD]: Wer hat den Vertrag gemacht?)

 Ganz ruhig! – Übrigens, aus seiner Sicht war das ein gutes Invest, ein Invest in den CSU-Wahlkampf, in den europafeindlichen CSU-Wahlkampf in Bayern. Glückwunsch!

(Stefan Müller [Erlangen] [CDU/CSU]: Man nennt das temporäre Amnesie!)

Wissen Sie, was wir mit den 243 Millionen Euro hätten machen können? Wir hätten drei Raketenstarts der Ariane 6 finanzieren können. Wir hätten sieben ICE 3 neo, die neuen Dinger, in denen man auch mit dem Handy telefonieren kann, kaufen können. Wir hätten 172 Kilometer Eisenbahntrasse elektrifizieren können.

## Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Kommen Sie bitte zum Schluss?

## Metin Hakverdi (SPD):

Wir hätten 270 000 private E-Ladesäulen fördern können.

(Felix Schreiner [CDU/CSU]: Wissen Sie, was Sie mit den Mautmehreinnahmen alles hätten machen können?)

Wir hätten über 1 Million Quadratmeter Photovoltaikanlagen kaufen können. Liebe CSU, erst das Land, dann die Partei! Das hier wäre eine sehr, sehr gute Gelegenheit, sich bei den Menschen in diesem Land zu entschuldigen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

## Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Der nächste Redner ist Marcus Bühl für die AfD-Fraktion

(Beifall bei der AfD)

## Marcus Bühl (AfD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir beraten heute mit dem Haushalt für Digitales und

#### Marcus Bühl

(A) Verkehr den größten Investitionshaushalt des Bundes. "Investitionshaushalt" heißt: Investieren. Und da sind wir auch schon bei den Problemen in Ihrem Entwurf, Herr Minister Wissing.

Sie gehen von Ausgaberesten von 6,7 Milliarden Euro in diesem Jahr aus. Das ist nach den 7,2 Milliarden Euro in 2022 wieder ein hoher Spitzenwert. 1,5 Milliarden Euro Ausgabereste bei Bundesschienenwegen, und gleichzeitig wollen Sie diesen Bereich mit 2,8 Milliarden Euro verstärken. Es ist völlig unrealistisch, dass Sie diese Größenordnung nächstes Jahr realisieren können. Gleichzeitig sehen Sie weniger Investitionen bei Bundesfernstraßen vor und sogar 30 Prozent weniger bei der digitalen Infrastruktur. Investitionen auf dem Papier, die nicht realisiert werden, sind Augenwischerei und bringen null Fortschritt.

### (Beifall bei der AfD)

Herr Minister, die ehemalige Rahmedetalbrücke stand sinnbildlich für unsere verschlissene Infrastruktur: verschlissen, weil man aus politischen Gründen den Verkehrsträger Straße hintanstellt. Dabei sind unsere Straßen, ohne die grüne Ideologiebrille betrachtet, unsere Hauptschlagadern, indem sie 80 Prozent des Verkehrs abwickeln. Der Straßenbau ist damit absolut prioritär zu behandeln. Sie hingegen priorisieren die Schiene.

(Detlef Müller [Chemnitz] [SPD]: Richtig so!)

Bleiben wir kurz bei der Schiene. Am Beginn Ihrer Amtszeit, Herr Minister, sprachen Sie über die Notwendigkeit, die Deutsche Bahn umzustrukturieren. Geschehen ist bisher nichts. Dennoch wollen Sie auch im nächsten Jahr das Eigenkapital der Deutschen Bahn um 1,1 Milliarden Euro erhöhen.

(Detlef Müller [Chemnitz] [SPD]: Richtig so!)

Ohne sehr grundlegende Strukturreformen bei der Bahn und ohne die Beendigung des Auslandsgeschäfts darf es keine weitere Kapitalerhöhung durch den Steuerzahler geben.

(Beifall bei der AfD)

Herr Minister, Ihre Verkehrspolitik – das zeigen die Zahlen eindrücklich – setzt an den falschen Stellen an und missachtet die wichtigen Punkte. Ihr politisch angeordneter E-Mobilitäts-Wahn geht völlig an der Realität vorbei. Es geht Ihnen um die Umsetzung Ihrer ideologischen Ziele.

(Frank Schäffler [FDP]: Quatsch! Sie haben keine Ahnung!)

Sie gefährden damit die Mobilität von Millionen von Menschen und zwingen unsere Automobilwirtschaft in ein planwirtschaftliches Korsett mit schwersten Verwerfungen, bis hin zu Existenzfragen.

(Beifall bei der AfD)

Wir fordern: Straßen vorrangig behandeln, Technologieoffenheit bei den Antrieben und individuelle Mobilität zu finanzierbaren Preisen. Dafür werden wir uns auch in den Haushaltsverhandlungen starkmachen.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

## Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

(C)

Nächste Rednerin ist Dr. Paula Piechotta für Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

#### Dr. Paula Piechotta (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer/-innen! Wenn man aktuell im Ausland unterwegs ist, muss man sich, nach dem großen internationalen Spott, den wir hatten nach dem BER-Flughafendesaster und nach Stuttgart 21, gerade tatsächlich daran gewöhnen, dass man inzwischen im Ausland manchmal positiv auf die deutsche Verkehrspolitik angesprochen wird.

Das äußert sich auch nicht nur darin, dass zum Beispiel erst diese Woche Präsident Macron angekündigt hat, in Frankreich nach dem Vorbild des Deutschlandtickets ein Ticket in den Regionen auszubringen, sondern auch darin, dass es dann, wenn wir uns wie gestern Abend mit Parlamentariern aus befreundeten demokratischen Ländern treffen, die eine halbe Erdkugel entfernt sind, ein zentrales Thema gibt: Ihr habt doch dieses Deutschlandticket. Wie finanziert ihr das, und welche Effekte seht ihr?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Felix Schreiner [CDU/CSU]: Wie war denn die Antwort?)

(D)

Erst seit vier Monaten existiert dieses Ticket, und es gibt 10 Millionen Tickets. Gut 40 Prozent dieser Menschen hatten schon ein Abo; die sparen jetzt kräftig. Fast 50 Prozent hatten vorher kein Abo und sind jetzt grenzenlos mobil unterwegs.

(Detlef Müller [Chemnitz] [SPD]: Richtig!)

Und etwa 8 Prozent sind mit dem Ticket sogar vom Auto auf den Nahverkehr umgestiegen.

Liebe Union, das ist auch Ihr Erfolg, weil ohne die Landesverkehrsminister, auch die von CDU und CSU, wäre das gar nicht möglich gewesen. Akzeptieren Sie doch endlich, dass das auch Ihr Erfolg ist. Stehen Sie zu diesem Erfolg! Dieses Ticket gibt es nur – deshalb heißt es Deutschlandticket –, weil alle demokratischen Parteien, von Linkspartei bis CSU, am Ende mitgewirkt haben.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP – Ulrich Lange [CDU/CSU]: Oh! Jetzt wird die Linke demokratisch!)

Es wird ja oft darüber gesprochen, wie teuer dieses Ticket ist. Aber zur Wahrheit gehört: Viele Millionen Arbeitnehmer/-innen in diesem Land kriegen das Deutschlandticket als Jobticketversion für 34 Euro oder weniger. Viele Länder gehen voran: NRW mit dem Schülerticket für 29 Euro, Thüringen mit einem Ticket für junge Menschen für 28 Euro. Das heißt, Millionen von Menschen sind noch günstiger unterwegs: für 28 Euro,

#### Dr. Paula Piechotta

(A) für 29 Euro, für 34 Euro am Wochentag zur Arbeit und zurück, am Wochenende durchs ganze Land: Das ist das neue Normal in Deutschland.

(Zuruf von der AfD: Das gab es schon in der DDR!)

Das hat sich in nur vier Monaten bis ans andere Ende der Welt rumgesprochen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Mit dem Deutschlandticket ernten wir jetzt die am niedrigsten hängenden Früchte der Verkehrswende. Aber das reicht natürlich nicht. Jetzt braucht es den Ausbau, und vor allen Dingen braucht es nach zwölf Jahren CSU im Verkehrsministerium auch das Auflösen des Innovationsstaus im Verkehrsinfrastrukturwesen.

## (Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Kollegen haben jetzt viel darüber gesprochen, wie viel allein in die Bahn fließt. Aber von den 90 Milliarden Euro, die wir für Investitionen im Kernhaushalt und im KTF für 2024 haben, kommen 24,3 Milliarden Euro als Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur aus dem Kernhaushalt und 7,8 Milliarden Euro aus dem KTF. Das ist nicht nur deshalb bemerkenswert, weil das ein unglaublich großer Anteil am Gesamtinvestitionsbestand ist, sondern das ist vor allen Dingen deshalb bemerkenswert, weil wir so wahnsinnig viel mehr Geld in wirtschaftlich und haushalterisch schwierigen Zeiten mobilisieren, als Sie in deutlich rosigeren, haushalterisch deutlich üppigeren Zeiten für die Verkehrsinfrastruktur in diesem Land auf den Weg gebracht haben.

# (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

Andi Scheuers Haushalt 2018: 13,9 Milliarden Euro. Selbst wenn man das inflationsbereinigt, ist das von 2018 bis 2024 fast eine Verdoppelung. Und wenn man das Scheuer-Mautdesaster bereinigen würde, wären wir der Verdoppelung sogar noch deutlich näher, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

## Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Frau Kollegin, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Bochmann aus der AfD-Fraktion?

**Dr. Paula Piechotta** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Niemals.

(Zurufe von der AfD: Oh!)

In den letzten Tagen stieß man in den sozialen Medien häufig auf einen Videoschnipsel von der ehemaligen Kanzlerin Angela Merkel. Dieser Videoschnipsel ist aber sehr alt, von 1997. Die damalige Umweltministerin sitzt in einer Talkshow und sagt:

"Wir fühlen zwar, dass vieles heute nicht in Ordnung (C) ist, aber viele Menschen sagen: Bitte heute noch kein Preis dafür, noch keine Last dafür übernehmen. Diesen Menschen zu sagen: Passt auf, wenn ihr's heute nicht macht, wird's für eure Kinder und Enkelkinder doppelt und dreifach teuer."

Angela Merkel von 1997 hat das Grundlegende von Investitionen verstanden. Die Angela Merkel von 2005 bis 2021 setzte dieses Wissen aber nicht um, und das Ergebnis im Verkehr sehen wir: Das sind bröckelnde Brücken, das sind unzuverlässige Schienen, und das sind quälend langwierige Projekte im Bereich Wasserstraße.

Wenn man einen ausgeglichenen Haushalt und das Einhalten der Schuldenbremse wie die GroKo nur dadurch schafft, dass man dringend notwendige Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur immer weiter nach hinten schiebt, dann hat man zwar auf dem Papier die Schuldenbremse eingehalten, aber man hat sich schlicht und ergreifend bei denen verschuldet, die vier oder acht oder zwölf Jahre später in diesem Land leben. Das machen wir als Ampel nicht.

## (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

2024 ist aber auch das Jahr, in dem endlich – Kollegen haben es teilweise schon angesprochen – die Schere zwischen den Investitionen in Schiene und Straße deutlich aufgeht und in dem zum ersten Mal Geld aus der Maut auch in die Wasserstraße und in die Schiene fließt. Das bedeutet nicht, dass die Straße benachteiligt wird. Im Gegenteil: Vorgängerregierungen haben Schiene und Wasserstraße wie Stiefkinder behandelt, haben sie links liegen lassen, haben sie verkümmern lassen. Wir schaffen jetzt die Voraussetzungen, dass sie endlich aufholen können; denn Deutschland ist nur mit starker Straße, Schiene und Wasserstraße stark, meine Damen und Herren.

Wenn jetzt so viel mehr Geld in den Verkehrsinfrastrukturbereich fließt, dann brauchen wir Ihrer aller Augen,

(Ulrich Lange [CDU/CSU]: Was reden Sie denn da? Sie haben keine Ahnung!)

um zu verhindern, dass wir uns das nächste BER-Desaster, das nächste Stuttgart 21 oder vielleicht auch ein Stammstreckendesaster wie in München an den Hals binden.

(Ulrich Lange [CDU/CSU]: Das ist eure grüne Stadtregierung in München!)

Das wird extrem wichtig sein. Ich glaube aber, dass das in unser aller Interesse liegt. Wir alle haben nicht nur ein Interesse an einer zuverlässigen Verkehrsinfrastruktur in Deutschland, sondern wollen uns auch daran gewöhnen, in Zukunft im Ausland nur noch positiv auf deutsche Verkehrspolitik angesprochen zu werden.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

## (A) Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Zu einer Kurzintervention erhält das Wort der Abgeordnete Bochmann.

## René Bochmann (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Sehr geehrte Frau Kollegin Piechotta, vielen Dank, dass Sie die Kurzintervention zulassen.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Eine Frage: Sie haben vorhin vom Erfolg des 49-Euro-Tickets gesprochen. Jetzt erklären Sie mir bitte – und das hier unter vielen Zeugen –, wie ich das meinen Wählern in meinem Landkreis Nordsachsen erklären soll, und zwar im Ort Klitzschen, wo der Haltepunkt aus dem S-Bahn-Netz genommen wurde. Das heißt, die Leute dort müssen früh ins Auto steigen und einen Ort weiterfahren, um vom 49-Euro-Ticket zu profitieren. Also, das ist für mich nicht nachvollziehbar.

Danke.

(Torsten Herbst [FDP]: Den Verkehrsplan machen die Länder!)

## Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Möchten Sie antworten? - Nein. Okay.

Dann gehen wir weiter in der Debatte. Das Wort erhält Victor Perli für die Fraktion Die Linke.

(B) (Beifall bei der LINKEN)

## Victor Perli (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Erst einmal will ich hier feststellen: Marode Schienen, kaputte Straßen und Brücken sind kein Grund zum Feiern. Das war hier gerade ganz schön viel Schulterklopfen von der Ampelkoalition. Die Infrastruktur in Deutschland wird weiterhin auf Verschleiß gefahren. Der Investitionsstau bei den Verkehrswegen allein vor Ort beträgt inzwischen unfassbare 372 Milliarden Euro, bei der Bahn mindestens 89 Milliarden Euro. Der Haushaltsentwurf wird dem Sanierungsbedarf und den Herausforderungen unserer Gesellschaft in keiner Weise gerecht.

(Beifall bei der LINKEN)

Alle reden vom Ausbau der Bahn. Aber was macht die Ampel? Die Gesamtlänge der Gleise und die Zahl der Weichen sind 2022 erneut gesunken. In diesem Jahr werden bundesweit nur 13 Kilometer Schiene elektrifiziert, 13 Kilometer! Das ist so lächerlich, wie es klingt. Sie haben versprochen, die Kapazitäten für den Personenverkehr bis 2030 zu verdoppeln und endlich mehr Güterverkehr auf die Schiene zu bringen. Aber mit diesem Finanzplan ist das nicht mehr zu schaffen. Sie müssten doppelt so viel ausgeben. Deshalb fordern wir endlich mehr Geld für die Schiene, mehr Geld für Züge statt immer mehr für Panzer.

(Beifall bei der LINKEN – Dorothee Martin [SPD]: Ach, Victor!)

– Hören Sie mal zu! – Der Bundesverband der Deutschen (C) Binnenschifffahrt kritisiert – ich zitiere – "das visionslose Kaputtsparen der Wasserstraße", das die "Verkehrsverlagerung hin zur Straße weiter befeuern" wird. So äußert sich der Verband der Binnenschifffahrt. Herr Wissing, noch vollere Straßen, noch mehr Staus, das ist wirklich das Letzte, was wir in diesem Land brauchen.

SPD, Grüne und FDP wollen jetzt sogar die Gelder für den Radverkehr drastisch kürzen, im Vergleich zu 2022 fast um die Hälfte, 350 Millionen Euro weniger. Wir finden: Beim Radverkehr darf man nicht kürzen. Man muss Fahrradwege ausbauen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der LINKEN – Torsten Herbst [FDP]: Aber das ist nicht die originäre Zuständigkeit des Bundes! Mein Gott!)

Im letzten Jahr waren viele Menschen sehr begeistert über das 9-Euro-Ticket für den öffentlichen Nahverkehr. Das war eine tolle Sache. Es ist endlich mal an die Menschen mit wenig Geld gedacht worden. Aber nach drei Monaten war Schluss. Das 49-Euro-Ticket ist für viele zu teuer. Teile der Ampel wollen es jetzt sogar noch teurer machen. Minister Wissing scheint sogar das Scheitern des gesamten Tickets in Kauf zu nehmen. Das finden wir völlig falsch, meine Damen und Herren. Bus und Bahn müssen günstiger werden, nicht noch teurer.

(Beifall bei der LINKEN)

Bisher ist kaum jemand vom Auto auf Bus oder Bahn umgestiegen.

(Zuruf von der AfD: Im Gegenteil!)

Das sagen die Verkehrsforscher des Wissenschaftszentrums Berlin. Um das zu ändern, so die Forscher, müsste der Preis für das Ticket auf maximal 29 Euro pro Monat sinken und das Angebot im ländlichen Raum deutlich und massiv ausgebaut werden. Genau das sollten wir hier beschließen. Wir werden uns auf jeden Fall dafür einsetzen. Mobilität muss für alle bezahlbar sein.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN – Matthias Gastel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir haben sie bezahlbar gemacht!)

## Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Für die FDP-Fraktion hat das Wort Frank Schäffler.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

## Frank Schäffler (FDP):

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wenn es ökonomisch schwierig ist, was kann dann der Staat in so einer Situation tun? Er kann versuchen, Investitionen in der privaten Wirtschaft anzuregen und die Infrastruktur zu ertüchtigen, und das machen wir jetzt. Das ist eigentlich die Kernbotschaft dieses Verkehrsetats: Wir steigern die Ausgaben für Investitionen in noch nie dagewesener Weise. Mit 22 Milliarden Euro wird die Investitionslinie für Straße, Bahn und Wasserstraße ausgebaut. Das sind 3,2 Milliarden Euro mehr als im letzten

(D)

(B)

#### Frank Schäffler

(A) Jahr. Im Vergleich zu 2019, also mit den Investitionen vor der Krise, beträgt der Aufwuchs sogar 7,5 Milliarden Euro. Daran sehen Sie: Wir investieren tatsächlich in die Zukunft. Dass das notwendig ist, zeigen die 40 000 Brücken der Autobahnen und Bundesstraßen in Deutschland. Bis zum Jahre 2026 sollen 400 Brücken pro Jahr saniert werden. Das ist eine gigantische Leistung und erfordert alle Anstrengungen des Verkehrsministers.

(Beifall bei der FDP und der Abg. Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Gleichzeitig werden wir in noch nie dagewesener Weise die Investitionen im Bahnbereich hochfahren. Die Verspätungen werden ja durchaus immer wieder kritisiert; der Minister hat es selbst vorhin genannt. Aber dass wir in den nächsten Jahren allein 27 Milliarden Euro über den KTF und die Lkw-Maut zusätzlich bereitstellen, ist eine gigantische Leistung. Wir als Koalition wollen bis zu 45 Milliarden Euro in die Deutsche Bahn investieren, damit das Elend, das wir selbst tagtäglich erleben, auch beendet wird.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich auch noch etwas zum Deutschlandticket sagen. Das Deutschlandticket hat der Bund mit zusätzlichen Regionalisierungsmitteln in Höhe von 1,5 Milliarden Euro bis 2025 mitfinanziert. Wenn ich jetzt höre, dass die Länder nach zusätzlichem Geld rufen und schreien, dann kommen mir, ehrlich gesagt, die Tränen.

(Florian Müller [CDU/CSU]: Was für eine Arroganz!)

Denn die Länder sind eigentlich von ihrem Aufgabenbereich her für den ÖPNV verantwortlich,

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

aber ziehen sich seit Jahren aus diesem Bereich zurück. Der Bundesrechnungshof hat es den Ländern ins Stammbuch geschrieben. Es gibt Bundesländer in Deutschland, die für den ÖPNV nicht mal 2 Prozent ihrer Ausgaben bereitstellen. Faktisch finanziert der Bund den ÖPNV in diesen Ländern. Es gibt nur ein Bundesland, das tatsächlich mehr Geld für den ÖPNV zur Verfügung stellt als der Bund. Das ist doch ein Skandal! Da kann man doch nicht ständig nach mehr Geld rufen, wenn man selbst die eigene Aufgabe nicht erfüllt.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Ulrich Lange [CDU/CSU]: Die Rede werden wir mal in Hessen posten!)

Die Sondervermögen werden immer wieder kritisiert. Was wir jetzt hier in diesem Haushalt machen, ist, ein Sondervermögen aufzulösen. Wir holen das Sondervermögen "Digitale Infrastruktur" in den Kernhaushalt zurück, und wir bestätigen die Finanzlinie, die wir beschlossen haben. 19 Leuchtturmprojekte der Digitalstrategie müssen jetzt prioritär umgesetzt werden, und das werden sie.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich zum Schluss – weil mein Kollege Florian Oßner von der CSU hier gleich noch spricht – auch noch das Mautdebakel von Andi Scheuer ansprechen.

(Zurufe von der CDU/CSU: Oh!)

Mein Kollege Hakverdi hat das ja vorhin schon gemacht; aber er hat es eigentlich, mit Verlaub, etwas unzureichend gemacht.

(Stefan Müller [Erlangen] [CDU/CSU]: Ja, die Hamburger SPD ist jetzt auch ein bisschen schwierig!)

Er hat das insofern unzureichend gemacht, als dass er den Betrag und das Desaster eigentlich schöngerechnet hat.

(Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was?)

Es sind nämlich nicht 243 Millionen Euro Schaden, die dem Bund entstanden sind, sondern 357 Millionen Euro; denn es gibt natürlich Rechtsanwalts- und Gerichtskosten, die zusätzlich anfallen. Da frage ich mich: Das alles auf dem Basar der CSU-Eitelkeit? Weil das alles Millionen an Steuergeldern kostet, erwarte ich gleich eine Antwort von Florian Oßner.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

## Frank Schäffler (FDP):

Hier müsst ihr mal Farbe bekennen, wie die rechtliche Situation tatsächlich aussieht und wie ihr das Elend beseitigen wollt, das ihr angerichtet habt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

## Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Für die Unionsfraktion hat das Wort die Kollegin Franziska Hoppermann.

(Beifall bei der CDU/CSU)

## Franziska Hoppermann (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister, wenn man Ihnen zuhört, dann merkt man, dass Sie überhaupt kein Verständnis davon haben, was Digitalpolitik wirklich ist, da Sie immer nur von digitaler Infrastruktur reden. Die Frage, die in Digitalisierungskreisen nämlich am häufigsten gestellt wird, ist: Wo ist Wissing? Und diese Frage ist mehr als berechtigt. Es reicht nämlich nicht aus, lediglich das Wort "Digitalisierung" im Namen des Ministeriums voranzustellen; es braucht auch echtes Interesse und vor

(D)

(C)

#### Franziska Hoppermann

(A) allem wirkliches Handeln und Umsetzen, und genau das machen Sie nicht.

#### (Beifall bei der CDU/CSU)

Aber schon zu Beginn Ihrer Regierungszeit haben Sie bei der Digitalisierung den Webfehler gemacht und weder die Organisation noch die Finanzierung des Themas vernünftig aufgestellt. Dazu kommt Ihr anhaltendes persönliches Desinteresse an Digitalpolitik, wie wir heute wieder gehört haben

Der Haushaltsentwurf, über den wir heute beraten, ist die Manifestation dieser Haltung und dieser Fehler. Wenn wir einen Blick auf Ihren Einzelplan werfen, stoßen wir auf gerade einmal acht Seiten und insgesamt 905 Millionen Euro für Digitales. Der Teil, der nicht digitale Infrastruktur, sondern Digitalpolitik betrifft, ist exakt ein Titel und umfasst 5,9 Millionen Euro. Das sind 0,0001 Prozent Ihres Etats.

## (Florian Oßner [CDU/CSU]: Das ist echt wenig!)

Und darüber hinaus müssen wir feststellen, dass alles, was tatsächlich mit Digitalisierung zu tun hat, nicht in Ihrem Ressort stattfindet, sondern überall und nirgendwo in allen anderen Ressorts, und die Geringschätzung des Themas setzt sich auch dort fort.

Beispiel Innenministerium: Das Onlinezugangsgesetz wird auf einen winzigen Bruchteil – 1 Prozent – der bisherigen Finanzierung reduziert; auch Kollege Brandl hat das vorhin gesagt.

# (B) (Zuruf von der SPD: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

Im Entwurf des Onlinezugangsgesetzes ist von keinerlei Ambitionen oder Fristen die Rede. Die dringend notwendige Neusortierung der Gremien fehlt gänzlich. Auch der Bundesrechnungshof kritisiert die Haushaltsplanung für die Verwaltungsdigitalisierung, die eine Reduzierung um 30 Prozent vorsieht.

Beispiel Wirtschaftsministerium: Die Förderung der Games-Industrie wird im Etat von Herrn Habeck drastisch zusammengestrichen, um mehr als 30 Prozent.

(Dr. Jens Zimmermann [SPD]: War noch nie so hoch wie heute! Wie hoch war die denn zu Ihrer Zeit?)

Beispiel Wissenschaft und Forschung: Dort werden die Mittel für die KI-Forschung um 25 Prozent gekürzt, trotz der in Meseberg so vollmundig angekündigten Strategie.

Auf europäischer Ebene sieht es nicht besser aus, was unsere Bundesregierung betrifft. In den Abstimmungen über europäische Digitalisierungsvorhaben blockieren Sie sich stets mit anderen Ministerien, und das sogenannte German Vote ist die Regel und nicht die Ausnahme. Andere Länder setzen längst die Standards, während Sie sich in der Regierung weiter beharken.

Was wir im Bereich der Digitalisierung sehen, ist Stillstand: kein Digitalisierungsfokus, sondern Bedenken an erster Stelle, keine zentrale Steuerung, keine Priorität, eine Digitalstrategie, die eine Zusammenstellung bereits längst bekannter Projekte aus den Ministerien ist, und vor

allem kein Digitalbudget. Das Ergebnis ist: überall Kür- (C) zungen bei vollmundigen Ankündigungen. Und jeder tut, was er will.

Sie reisen nach Estland, um sich dort anzusehen, wie die Digitalisierung wirklich funktioniert, und es bleiben Bilder, die zeigen, wie Sie Orgel spielen.

(Dr. Till Steffen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ja wie in der CDU! – Heiterkeit bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wer mich kennt, weiß, dass ich persönlich dafür sehr viel Sympathie habe. Aber das ist jetzt nicht wirklich Ihr Ernst! Ihre Glaubwürdigkeit gerade als Mitglied der FDP haben Sie beim Thema Digitales längst eingebüßt.

#### (Beifall bei der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, wir verlieren in dieser Legislaturperiode schlichtweg wieder vier Jahre,

(Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: "Wieder"? Können Sie zu "wieder" noch mal ausführen? – Gegenruf des Abg. Dr. Jens Zimmermann [SPD]: Ja, wieder! – Anke Domscheit-Berg [DIE LINKE]: Vorher waren es 16!)

um die Digitalisierung mit Schwung, Plan und Stringenz voranzubringen. Und weil wir heute Gäste der Feuerwehr Reutlingen zu Gast haben: Digitalisierung muss mit Sonderrechten und Blaulicht Vorfahrt bekommen.

(D)

Aber hier gibt es keine Perspektive, und es ist keine Verbesserung in Sicht. Es wird höchste Zeit, dass wir unsere Digitalisierung ernsthaft in Angriff nehmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

#### Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Für die SPD-Fraktion hat das Wort der Kollege Detlef Müller

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

### Detlef Müller (Chemnitz) (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wir befinden uns als Gesellschaft aktuell in besonders herausfordernden Zeiten; das steht außer Frage. Aber die von einigen im politischen Raum herbeigeredete Untergangsstimmung hilft niemandem, außer den Rechtspopulisten und Demokratiefeinden. Vielmehr gilt es in solchen Zeiten, anzupacken, um sozialen Zusammenhalt zu stärken und die Zukunft zu gestalten. Daran arbeiten die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen verantwortungsvoll, und das zeigt sich auch in diesem Haushaltsentwurf.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

#### Detlef Müller (Chemnitz)

(A) Warum sage ich das? Weil mir wichtig ist, an die Kollegen der Opposition mal zu appellieren: Herr Brandl, Herr Perli, vielleicht verfolgen Sie hier im Plenarsaal des Deutschen Bundestags oder vor den TV-Geräten in Ihren Büros einfach mal die Diskussionen zu anderen Einzelplänen in diesem Haushalt. Dann wüssten Sie, wie das bei anderen Einzelplänen aussieht, welche Herausforderungen dort bestehen, wie dort diskutiert wird. Ich stelle fest, dass der Einzelplan 12 sehr solide und sehr gut aufgestellt ist.

Mit diesem Haushaltsentwurf bekennt sich die Koalition wie keine andere Koalition der letzten Jahre zur Schiene. Die Zahlen sind genannt worden: Im Einzelplan 12 sind zusätzlich 11,5 Milliarden Euro zur Sanierung und Modernisierung der Schiene eingestellt; im Einzelplan 60 sind im Klima- und Transformationsfonds 12,5 Milliarden Euro vorgesehen. Hinzu kommen geplante Eigenmittel der Deutschen Bahn AG in Höhe von 3 Milliarden Euro. Damit werden in den kommenden vier Jahren mindestens – und ich sage absichtlich "mindestens" – 27 Milliarden Euro bereitgestellt, um eine der zentralen Infrastrukturen unseres Landes zukunftsfähig zu gestalten. Das ist eine Riesenleistung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Ja, es wird in den kommenden Jahren noch weitere Bedarfe geben – und auch hier geistern Zahlen herum –, und deswegen steht eine mögliche, weitere Eigenkapitalzuführung zur Debatte. Das ist eine gute Basis, die der Branche Planungssicherheit gibt, gerade in den eingangs von mir angesprochenen herausfordernden Zeiten. Mit diesen Mitteln werden wir hochbelastete Strecken sanieren und modernisieren. Wir steigern die Zuverlässigkeit des Bahnsystems deutlich und schaffen spürbare Verbesserungen für den Personen- und den Schienengüterverkehr.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Sehr erfreulich in diesem Haushalt – denn das ist in den letzten Jahren etwas zu kurz gekommen – sieht es für die Bundeswasserstraßen aus. Für den Erhalt der Infrastruktur dort sind für das kommende Jahr 540 Millionen Euro geplant für Ersatz, Aus- und Neubaumaßnahmen sind es sogar 724 Millionen Euro. Das ist insgesamt ein Plus von 300 Millionen Euro für die Bundeswasserstraßen im Vergleich zu diesem Jahr.

Im Bereich der Bundesfernstraßen bleibt der Haushaltsansatz in der Gesamtsumme in Höhe von 12,8 Milliarden Euro konstant. Hier wird der Fokus aber auf Erhalt und Sanierung von Autobahnen gesetzt, was insbesondere mit Blick auf den Sanierungsbedarf bei Brücken sinnvoll ist. Denn, meine Damen und Herren, wir brauchen die Fernstraßen auch für den Ausbau unserer Energieinfrastruktur. Wir müssen dafür sorgen – der Kanzler hat es heute früh angesprochen –, dass die Autobahnen nicht zum Nadelöhr der Energiewende werden, weil beispielsweise Schwerlasttransporte von Windrädern nicht in ausreichendem Maße stattfinden können. Hier muss

und hier wird auch die Autobahn GmbH mit Nachdruck (C daran arbeiten, die Genehmigung von Großraum- und Schwerlasttransporten deutlich zu beschleunigen.

An dieser Stelle möchte ich zudem darauf hinweisen, dass es uns mit diesem Haushalt und den vorgesehenen Änderungen in der Mautgesetzgebung nun endlich gelungen ist – Herr Perli hat es angesprochen –, die geschlossenen Finanzierungskreisläufe der einzelnen Verkehrsträger aufzubrechen. Meine Damen und Herren, es gilt eben nicht mehr: Straße finanziert Straße, und Schiene finanziert Schiene. Es gilt jetzt: Verkehr finanziert Verkehr.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Dr. Dirk Spaniel [AfD]: Straße finanziert alles, meinen Sie!)

Vor dem Hintergrund, dass wir gerade im Verkehrsbereich noch massive Hausaufgaben bei der CO<sub>2</sub>-Reduzierung vor uns haben, ist das nicht nur folgerichtig, sondern eben auch überfällig.

Auch im Bereich Digitalisierung hat der Bundeshaushalt einiges vorzuweisen. Mit rund 3 Milliarden Euro wird der Gigabitausbau weiterhin umfassend unterstützt. Mit der neuen Gigabit-Richtlinie 2.0 wird es eine noch zielgerichtetere Unterstützung geben. Meine Damen und Herren, insbesondere die Digitalisierung der Verwaltung müssen wir aber mit aller Kraft vorantreiben. Der Bund muss und wird hier Vorreiter sein, wie zum Beispiel bei der Registermodernisierung. Wenn das gelingt, kann und wird dies auch Ländern und Kommunen einen entsprechenden Schub geben, die für die Umsetzung der Digitalisierung ebenfalls in der Verantwortung stehen. Hier brauchen wir die entsprechenden Mittel, unabhängig davon, ob es am Ende ein Digitalbudget gibt oder die Digitalisierung über entsprechende Haushaltstitel in den Ressorts selbst forciert wird. Klar ist: Wir dürfen bei der Digitalisierung nicht sparen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen ist es überaus wichtig, dass auch in anderen Einzelplänen vorhandene Ausgabereste, die es ja gibt, weiterhin für die Digitalisierung eingesetzt werden.

Zum Deutschlandticket, meine Damen und Herren. Die im Frühjahr vereinbarte Finanzierungszusage des Bundes für das Deutschlandticket steht. Herr Perli, das sind 3 Milliarden Euro. Das ist nicht nichts.

(Anke Domscheit-Berg [DIE LINKE]: Das stimmt! Das ist nicht nichts! – Victor Perli [DIE LINKE]: Das ist nicht nichts, aber das ist zu wenig!)

Beschäftigen Sie sich einfach mal damit, was bis dato eine Monatskarte in einer Stadt kostet, beispielsweise in Köln; das sind 114 Euro. Jetzt haben wir deutschlandweit 49 Euro. Das ist ein riesiger Erfolg. Was Sie machen, ist nichts anderes, als das klein- und schlechtzureden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Auch das gilt es noch mal zu sagen: Lassen Sie sich von aktuellen Diskussionen, auch in der Presse, nicht verunsichern. Das Deutschlandticket ist ein riesiger Er-

#### Detlef Müller (Chemnitz)

(A) folg: über 11 Millionen Abonnenten. Wir werden in Zukunft auch das solidarische Semesterticket integrieren. Wir werden noch mehr Abonnenten finden. Natürlich wird das Deutschlandticket fortgeführt, auch 2024, 2025 und darüber hinaus.

(Dr. Dirk Spaniel [AfD]: Das glauben Sie doch selber nicht!)

Bei allem Verständnis für die damit einhergehenden Herausforderungen: Hier helfen gegenseitige Vorhaltungen und Fingerzeige zwischen Bund und Ländern überhaupt nicht weiter.

(Frank Schäffler [FDP]: Doch!)

Bund und Länder müssen sich gemeinsam für das kommende Jahr klar zum Deutschlandticket für 49 Euro bekennen und Lösungen erarbeiten. Wir als SPD-Bundestagsfraktion stehen dafür bereit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Ich komme zum Schluss. – Normalerweise würde ich an dieser Stelle nun die diversen Forderungen formulieren, was in diesem Haushalt noch verändert werden sollte, wo es noch zusätzliche Mittelbedarfe gibt usw. Das wäre ein Stück weit einfacher, wenn wir nicht 307 Millionen Euro Schadensersatz für Andi Scheuers CSU-Mautdesaster ausgeben müssten.

(Frank Schäffler [FDP]: 357!)

(B) Wir können dieses Geld also nicht für Mobilität und nicht für Digitalisierung ausgeben, sondern werfen es quasi zum Fenster raus.

Meine Damen und Herren, ich möchte heute abschließend nur noch einen Appell an Sie richten: Lassen Sie uns an diesem Haushalt mit Zuversicht arbeiten und die richtigen Stellschrauben für die Zukunft drehen! Die Voraussetzungen sind mit diesem Haushaltsentwurf bereits gegeben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

### Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Für die AfD-Fraktion hat das Wort Dr. Dirk Spaniel.

(Beifall bei der AfD – Stephan Brandner [AfD]: Auf geht's!)

## **Dr. Dirk Spaniel** (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Bundesminister! Ja, wir haben Halbzeit; Ihre Mannschaft hat jetzt zwei Jahre gespielt. Aber ein Großteil der Wähler in diesem Land freut sich nicht auf die zweite Halbzeit, sondern wünscht sich nichts sehnlicher als den Abpfiff dieser Regierung.

(Beifall bei der AfD – Detlef Müller [Chemnitz] [SPD]: Es gibt Verlängerung!)

Sehr geehrte Damen und Herren, jetzt schauen wir uns doch mal an, mit welchen Versprechen Sie in den Wahlkampf gezogen sind. Herr Wissing, Sie wollten Technologieoffenheit erhalten und das Verbrennungsmotorverbot verhindern. Sie sind mit den Aussagen in den Wahlkampf gezogen, dass Sie die Planungsbeschleunigung von Infrastrukturprojekten vorantreiben und damit hier in diesem Land endlich schnelle Infrastruktur ermöglichen. Sie wollten als Drittes den Betrieb von Netz und Infrastruktur bei der Bahn trennen und im Endeffekt eine Bahnreform herbeiführen.

Jetzt schauen wir uns an, was Sie gemacht haben. Das Erste: Beim Verbrennungsmotorverbot – das ist das Augenscheinlichste – haben Sie auf europäischer Ebene ein sicheres Veto verhindert. Wir hätten das Verbrennungsmotorverbot auf europäischer Ebene stoppen können.

(Beifall bei der AfD)

Sie haben das verhindert. Sie haben sich täuschen lassen von einem vagen Versprechen, das da lautet: Irgendwann werden irgendwie synthetische Kraftstoffe berücksichtigt, und vielleicht kann man dann Ausnahmen für diese Fahrzeuge machen. – Weil Sie so verunsichert waren und das gemerkt haben, haben Sie der EU-Kommission geschrieben. Sie haben bis heute keine Antwort darauf. Das ist doch kein Erfolg, den Sie hier feiern können. Das ist ein großer Misserfolg, den Sie eingeleitet haben.

(Beifall bei der AfD)

Das Zweite: Planungsbeschleunigung. Schauen wir uns mal – das ist heute schon als Stichwort gefallen – die Rahmedetalbrücke an. Diese Brücke steht sinnbildlich auch für Ihr Versagen bei der Planungsbeschleunigung. Die Brücke wurde 2021 gesperrt. Wir haben erfahren, dass die Bauzeit trotz Ihrer Gesetzesänderungen sechs Jahre betragen soll. Diese lange Bauzeit ergebe sich – das haben Sie uns allen erklärt –, weil es auf europäischer Ebene Restriktionen gibt. Jetzt schauen wir nach Italien. Dort haben die Italiener die Brücke in Genua in zwei Jahren gebaut.

(Beifall bei der AfD)

Die haben auch keinen Verkehrsminister Wissing, der natürlich durch die Grünen bei der schnellen Ausführung behindert wird.

(Frank Schäffler [FDP]: Die hält auch nicht so lange! Das haben wir ja gesehen!)

Dann kommen wir zu unser aller Lieblingsprojekt. Das ist die Bahn. Die Bahn, die von allen immer als das tolle Verkehrsträgerprojekt dargestellt wird, sollten Sie reformieren. Hunderttausende Menschen in diesem Land stranden jedes Jahr an irgendwelchen Bahnhöfen. Sie leiden unter Zugverspätungen und Dyskomfort. Das Unternehmen Bahn wäre ohne Ihre Kapitalerhöhung längst insolvent. Das alles ist schon schlimm genug. Was ist noch schlimmer? Die Aufsichtsgremien der Bahn, auf die Sie einen gewissen Einfluss haben, genehmigen dem Vorstandsvorsitzenden der Bahn ein Gehalt von über 2 Millionen Euro im Jahr 2022.

(Thomas Bareiß [CDU/CSU]: Unglaublich!)

#### Dr. Dirk Spaniel

(A) Das ist Verschwendung von Mitteln und ein ganz falsches Signal.

(Beifall bei der AfD)

Kommen wir noch mal zum 49-Euro-Ticket.

(Detlef Müller [Chemnitz] [SPD]: Deutschlandticket!)

Das 49-Euro-Ticket ist nichts anderes als eine gigantische Umverteilung von Steuermitteln, von Steuern, die im Wesentlichen von der Landbevölkerung eingenommen werden, die mit dem Auto fahren muss, weil – wie mein Kollege schon ausgeführt hat – gar keine Infrastruktur für den öffentliche Nahverkehr da ist.

(Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Infrastruktur ist da!)

Diese Mittel werden eingenommen, um sie Ihrer Wählerschaft in den Metropolen, der städtischen Boheme, in den Rachen zu werfen.

(Beifall bei der AfD – Lachen der Abg. Gabriele Katzmarek [SPD])

Dafür wird dieses Geld genutzt; damit erkaufen Sie sich Wählerstimmen. Sie nehmen dafür nicht, wie Sie es eben der CSU vorgeworfen haben, 350 Millionen Euro für Ihren Wahlkampf.

(Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Reden Sie sich in Rage!)

(B) Sie nehmen jedes Jahr viele Milliarden in die Hand. Ich schaue mir die Zahlen von 2022 an und stelle fest: Tatsächlich lagen die Regionalisierungsmittel bei über 14 Milliarden Euro. Das sind 4 Milliarden bis 5 Milliarden Euro mehr als in den vorangegangenen Jahren. Auch das fließt in Ihr Deutschlandticket. Das ist viel mehr als die von Ihnen angekündigten 1,5 Milliarden Euro.

(Beifall bei der AfD – Gabriele Katzmarek [SPD]: Das erzählen Sie mal in Ihrem Wahlkreis! Das erzählen Sie in Stuttgart!)

Herr Wissing, da Sie sich über den Erfolg des Deutschlandtickets freuen, sage ich eins: Nur weil die Leute Freibier nehmen, heißt das nicht, dass das Bier gut war.

(Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nee! Aber dass sie besoffen sind!)

## Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

### Dr. Dirk Spaniel (AfD):

Das ist das Ergebnis Ihres Deutschlandtickets.

Ich komme zum Ende. – Faktisch erleben wir hier einen Bundesverkehrsminister, der ohne sichtbare Erfolge Steuergeld zum Fenster rauswirft.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

## Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

(C)

Für Bündnis 90/Die Grünen hat das Wort Matthias Gastel.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

## Matthias Gastel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Gerade im Bahnbereich hat sich diese Ampelkoalition sehr viele ehrgeizige Ziele gesetzt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP – Dr. Christoph Ploß [CDU/CSU]: Aber nicht erreicht! – Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Ziele reichen nicht!)

Wir wollen mit dem Deutschlandtakt

(Thomas Bareiß [CDU/CSU]: "Wollen", "wollen", "wollen"! Machen! Nichts macht ihr! Gar nichts macht ihr!)

die Verkehrsanteile im Personen- wie auch im Güterverkehr deutlich erhöhen. Wir wollen ein Programm für die schnelle Kapazitätserweiterung im Schienennetz auflegen, Aus- und Neubau vorantreiben. Wir wollen die Digitalisierung ins Schienennetz bringen. Und wir wollen Bahnhöfe attraktiver und barrierefrei ausbauen.

Dieser Haushaltsplanentwurf setzt konsequent auf dem auf, was wir uns als Koalition vorgenommen haben, und schafft damit die Grundlage, dass all diese Ziele auch tatsächlich erreicht werden können. Wir erhöhen die Mittel für die Verbesserung der Substanz – "Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung" als Stichwort – um 1,8 Milliarden Euro. Die Digitalisierung ist uns 700 Millionen Euro mehr wert als im Vorjahr; das ist eine Verdoppelung. Für den Aus- und Neubau - das sind die Bedarfsplanmittel - geben wir 300 Millionen Euro mehr, für die Engpassbeseitigung 50 Millionen Euro mehr - das ist fast eine Verdoppelung gegenüber dem noch laufenden Jahr –, und wir stärken auch den Einzelwagenverkehr, damit wir diesen Güterverkehr weiterhin erhalten können, und wir wollen den Schienengüterverkehr auch ausbauen, beispielsweise dadurch, dass wir den kombinierten Verkehr stärker fördern und die Gleisanschlüsse bei den Firmen entsprechend ausbauen. Das alles sind gute und wichtige Maßnahmen auf dem Weg zur Erreichung der Ziele unseres Koalitionsvertrages.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Möglich werden diese massiven Erhöhungen der Investitionsmittel vor allem auch durch die Ausweitung und die Erhöhung der Lkw-Maut. Damit setzen wir wichtige Impulse, dort, wo es möglich ist, Güter verstärkt auf die Schiene zu bringen, und wir schaffen Impulse dafür, alternative Antriebe auf die Straße zu bringen, damit wir vom Diesel wegkommen können.

Wir haben aber auch noch viele Hausaufgaben zu machen. Viele davon setzen wir gerade um. Wir brauchen eine neue Finanzierungsarchitektur für die Schiene, damit man schneller vorankommt. Wir müssen davon wegkommen, dass 180 Haushaltstöpfe alles so kompliziert

))

(C)

#### **Matthias Gastel**

(B)

(A) machen. Wir brauchen weniger Finanzierungsquellen und dafür eine bessere und verlässlichere Finanzierung beim Ausbau, Neubau und beim Erhalt der Schiene.

Wir ändern die Strukturen bei der Deutschen Bahn, damit sie effizienter wird und der Mittelabruf und das Verbauen der Haushaltsmittel auch tatsächlich möglich werden. Wir beschleunigen Planung, Genehmigung und Bau.

Ich weise noch darauf hin, dass angekündigt wurde, die Mittel nach dem GVFG, dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, die die Länder brauchen, um zum Beispiel stillgelegte Bahnstrecken reaktivieren zu können, von 1 Milliarde Euro auf 2 Milliarden Euro zu verdoppeln. Das müssen wir in Angriff nehmen; denn die Mittel fließen inzwischen ganz gut ab.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN - Frank Schäffler [FDP]: Sollen es die Länder mal machen!)

Wir sind gerade dabei, das Versprechen der Ampelkoalition aus ihrem Koalitionsvertrag, erheblich mehr in die Schiene als in die Straße zu investieren, umzusetzen. Das zeigt sich in diesem Haushaltsplanentwurf.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir gehen schneller voran bei den Investitionen, beim Ausbau.

Der Wunsch, der jetzt noch da ist, ist, dass wir entschlossener über die Projekte im Bereich Aus- und Neubau entscheiden. Dann gelingt es uns, die Attraktivität der Schiene entsprechend zu erhöhen,

> (Felix Schreiner [CDU/CSU]: Machen Sie doch mal!)

um sowohl im Güterverkehr mehr Güter als auch im Personenverkehr mehr Personen mit einer attraktiven und verlässlicheren Bahn zu transportieren bzw. zu befördern. Das ist unser Ziel. Mit diesem Haushaltsentwurf kommen wir dem große Schritte entgegen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

## Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Für die Fraktion Die Linke hat das Wort Anke Domscheit-Berg.

(Beifall bei der LINKEN)

## Anke Domscheit-Berg (DIE LINKE):

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch mit der sogenannten Fortschrittskoalition bleibt Deutschland eine digitale Wüste. Laut Bitkom ist bisher nur jedes zehnte Digitalvorhaben der Koalition umgesetzt, und viele Versprechen aus dem Koalitionsvertrag bleiben weiter Makulatur. Das Digitalbudget fehlt nun schon im dritten Ampelhaushalt. Und obwohl das Mobilfunknetz immer noch löchriger ist als bei den Rentieren in Lappland und nur jeder zehnte Haushalt in Deutschland einen Glasfaseranschluss nutzt - im OECD-Durchschnitt sind es viermal so viele –, kürzt das BMDV den Titel für die Unterstützung des Breitbandausbaus um über 30 Prozent

(Zuruf von der CDU/CSU: Hört! Hört!)

und die Zuschüsse zur Verbesserung der Internetversorgung sogar um über 60 Prozent. So gefährdet die Ampel die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft. So holen wir den digitalen Rückstand niemals auf.

#### (Beifall bei der LINKEN)

Der Koalitionsvertrag versprach aber auch - ich zitiere -: "Entwicklungsaufträge werden in der Regel als Open Source beauftragt ... "Die Prioritäten einer Regierung erkennt man aber nicht am Koalitionsvertrag, sondern am Geld. Und im kommenden Haushalt soll das Budget für offene Software um die Hälfte schrumpfen. Gleichzeitig schließt der Bund aber mit der US-Firma Oracle einen Vertrag über 3,88 Milliarden Euro ab; das ist 155-mal so viel, wie der Bund 2024 für offene Software in die Hand nehmen will. Digitale Souveränität erreicht man so nicht, meine Damen und Herren.

## (Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Thomas Bareiß [CDU/CSU])

Der Koalitionsvertrag versprach aber auch - ich zitiere - eine ausreichende Folgefinanzierung für das Onlinezugangsgesetz, also für das wichtigste Programm der Digitalisierung der Verwaltung, und außerdem, dass Verfahren künftig antragslos und automatisiert erledigt werden, mit einer Priorisierung für die Kindergrundsicherung. Aber im Haushalt 2024 werden 99 Prozent der Mittel für das Onlinezugangsgesetz gestrichen. Und der Teilhabebeitrag für bedürftige Kinder ist nicht in die Kindergrundsicherung integriert, keinesfalls antragslos, und digital soll er im Jahre – ich verspreche mich nicht – 2029 (D) kommen, zum Ende der Nachfolgeregierung.

(Zuruf von der LINKEN: Quasi über Nacht!)

Dieses digitalpolitische Totalversagen war und ist eine Katastrophe für unser Land. Sorgen Sie endlich dafür, dass sich daran etwas ändert!

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

## Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Für die SPD-Fraktion hat das Wort Christian Schreider.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Carina Konrad [FDP])

## **Christian Schreider** (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebes Publikum! Fakt ist: Die Verkehrswende kommt, wir machen Ernst mit einer besseren Bahn. Nichts beweist das mehr als dieser Haushaltsentwurf.

> (Lachen bei der AfD – Stephan Brandner [AfD]: Kann nur besser werden!)

Das sehe nicht nur ich so, das sehen nicht nur wir so, das sieht vor allem die Fachbranche so. Ich darf zitieren: Nun stehen wir vor einer historischen Wende. Mit Blick auf den Haushalt 2024 lässt sich sagen, dass die Ampel die Investitionen in die Schiene spürbar aufstocken will und damit das Versprechen einlösen würde, erheblich mehr

#### Christian Schreider

(A) Geld für die Schiene als für die Straße bereitzustellen. Das ist für deutsche Verhältnisse revolutionär und eine echte Trendwende. – Zitat Ende.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Für deutsche Verhältnisse revolutionär und eine historische Trendwende – all das sagt die Allianz pro Schiene, der Spitzenverband all derer, die es gut meinen mit der Eisenbahn und der Verkehrswende in Deutschland. Und endlich meint es auch eine Regierung so richtig gut mit der Schiene.

(Zuruf des Abg. Stephan Brandner [AfD])

Wir setzen dabei auch die richtigen Schwerpunkte: Wir entlasten die Wirtschaft durch die jetzt dauerhafte Trassenpreissenkung für Güterzüge. Wir sichern auch den unprofitablen Güterverkehr durch die drastisch erhöhte Einzelwagenförderung. Wir schaffen mehr Kapazität, mehr Zuverlässigkeit und auch mehr Einheitlichkeit im europäischen Schienennetz, indem wir die Mittel für die Netzdigitalisierung verdoppeln. Mehr Kapazität und mehr Zuverlässigkeit vor allem im deutschen Netz – das sind die beiden wichtigsten Faktoren.

Klar ist: Der Nachholbedarf der Bahn in diesen Punkten ist immens. Deshalb muss das nun deutlich bessere Investitionsvolumen auch absolut effizient und effektiv eingesetzt werden. Wir müssen viele, auch kleine Weichen schnell und parallel richtig stellen, oder, wie es Olaf Scholz heute Morgen gesagt hat, an Hunderten Stellschrauben drehen.

(Stephan Brandner [AfD]: Am besten gleichzeitig!)

Wir müssen überall ansetzen und deshalb aufpassen, keine Abermilliarden mehr an Einzelpunkten zu verbauen, wie immer noch in Stuttgart.

Ich kann deshalb nicht nachvollziehen, dass die Bahn zum Beispiel bei dem wichtigen Ausbauvorhaben zwischen Karlsruhe und Mannheim ernsthaft auch völlig überdimensionierte Varianten prüft, die zwei riesige und teure Tunnel unter dem Rhein vorsehen, darunter den theoretisch größten Deutschlands, die keine Anbindung an den Rangierbahnhof und keine Anbindung an den ICE-Bahnhof Mannheim beinhalten. Unnötig teure Tunnel, die Strecken voneinander abschneiden und so Umleitungsmöglichkeiten verhindern, so etwas darf, wie schon bei Stuttgart 21, nicht mehr passieren. Wir müssen die wertvollen Mittel gezielt platzieren und dürfen sie nicht in gigantischen Einzelbauten unsinnig versenken.

Apropos versenken: Wahr ist auch: Es hätten 243 oder 357 Millionen Euro mehr sein können im Verkehrshaushalt – Millionen, die Andi Scheuer und seine CSU mit Ansage in den Sand gesetzt haben, gegen alle Warnungen, für den CSU-Populismusschlager Pkw-Maut.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Michael Donth [CDU/CSU]: Aber mit Zustimmung der SPD!)

Aber wir wissen nicht nur seit letzter Woche: Für den (C) Wahlkampf in Bayern, da geht dann plötzlich alles. Aber weil Rechtsbruch in einem Rechtsstaat eben doch nicht geht, deshalb ist es nur recht und billig, dass Volker Wissing Herrn Scheuer für diese CSU-gesteuerte Geldvernichtung in Regress nehmen will. Auch dafür: Glück auf!

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP – Stefan Müller [Erlangen] [CDU/CSU]: Auch nur Zufall, dass es vier Wochen vor der Wahl kommt!)

## Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Und für die Unionsfraktion hat das Wort Thomas Bareiß.

(Beifall bei der CDU/CSU)

#### Thomas Bareiß (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Wir alle haben die letzten paar Monate schmerzvoll erfahren müssen, wie wichtig eine funktionierende Infrastruktur ist. Wenn man zurückschaut: In den letzten Jahrzehnten waren wir viel zu oft etwas skeptisch, was Straßenbau angeht, was Schienenbau angeht. Viel zu oft hat man den Straßenbau verhindert. Viele – auch hier – haben immer wieder die Notwendigkeit infrage gestellt. Deshalb ist es gut, dass wir jetzt wissen, dass wir die Infrastruktur brauchen und dass wir den (D) Ausbau Schritt für Schritt voranbringen müssen.

Herr Minister, Sie haben viel über Infrastruktur gesprochen. Investitionen sind notwendig, und das Wichtigste für Investitionen sind Sicherheit und Verlässlichkeit. Und das ist das Entscheidende, was in dieser Regierung fehlt.

(Frank Schäffler [FDP]: Na!)

Wenn Sie als Minister morgen etwas verkünden, werden zwei Stunden später die Grünen auf die Barrikaden gehen und gleich dagegensprechen. Das ist diese Regierung, die immer einen Zickzackkurs fährt, immer uneinheitlich ist und kein klares Bild bietet. Das ist das größte Problem für die Infrastruktur und für die notwendigen Investitionen, meine Damen und Herren.

## (Beifall bei der CDU/CSU)

Ich will gerne auch noch mal auf den Haushalt eingehen, auf das Geld; das ist ganz, ganz wichtig. Sie haben vorhin gesagt: 38,7 Milliarden Euro für den Verkehrsetat sind vorgesehen. Das sind immerhin 3,1 Milliarden Euro, das heißt, 8,8 Prozent, mehr als noch in diesem Jahr. – Das ist schon mal ein Wort. Aber beim genauen Hinschauen sieht man dann doch, dass es noch ein anderes Bild dahinter gibt: Im kommenden Jahr werden die Bürger nämlich durch eine Erhöhung der Lkw-Maut um 7 Milliarden Euro noch mehr belastet, als das bisher der Fall ist – die Lkw-Maut übrigens, die die werten Kollegen Vorredner immer so kritisieren.

(Beifall bei der CDU/CSU – Widerspruch bei der SPD)

#### Thomas Bareiß

(A) Die Maut wird kurzerhand, über Nacht, verdoppelt. Jeder Lkw wird 2024 mit über 20 000 Euro mehr belastet.

(Matthias Gastel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Anstelle der Union würde ich gar nichts zur Maut sagen! Das haben Sie in den Sand gesetzt! – Zuruf des Abg. Frank Schäffler [FDP])

Was das heißt für unsere Wirtschaft, für die mittelständische Logistikbranche, was das heißt für die Preisentwicklung und für die sozial Schwächeren in unserer Gesellschaft, die dann für Joghurt, für Butter, für alles Mögliche mehr ausgeben müssen, werden die Experten noch entsprechend ausdiskutieren. Eines ist aber sicher: Es wird eine Mehrbelastung geben. Das wird die schwächelnde Wirtschaft, die wir heute schon haben, noch mehr belasten und ihr noch mehr schaden. Auch das geht in die ganz, ganz falsche Richtung, meine Damen und Herren.

Anstatt das Geld, das jetzt mehr eingenommen wird, die 7 Milliarden Euro, jetzt aber für den Straßenbau und den Schienenbau auszugeben, das Geld also sinnvoll zu verwenden, gehen nur 3 Milliarden Euro in den Verkehrsetat. Der Rest, 4 Milliarden Euro, verschwindet in irgendwelchen Haushaltslöchern, die keiner kennt, meine Damen und Herren. Das ist eine Haushaltspolitik, die gegen Klarheit, gegen Wahrheit und gegen Transparenz verstößt.

Die FDP hat immer gesagt: Da muss mehr Transparenz rein. Wir haben immer gesagt, dass wir das Geld, was über die Lkw-Maut eingenommen wird, auch für den Straßenbau ausgeben werden, sodass die Bürger auch sehen, wo ihr Geld hingeht.

(Zuruf des Abg. Frank Schäffler [FDP])

Auch das wird diesmal ganz, ganz sträflich vernachlässigt und ist auch etwas, was in die komplett falsche Richtung geht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, es wurden viele Versprechungen und Ankündigungen gemacht. Leider ist im Haushalt davon wenig zu sehen.

Ein Beispiel ist der Ausbau des Radverkehrs, ein Thema, das ja den Grünen und auch anderen sehr wichtig ist; auch uns ist das ein wichtiges Anliegen. Allein dieses Jahr ist ein ganz, ganz großes Minus dabei. Im Haushalt 2022 waren noch 750 Millionen Euro für den Radwegeausbau vorgesehen. 2023 waren es nur noch 560 Millionen Euro, und nächstes Jahr sollen es laut Herrn Wissing nur noch 400 Millionen Euro sein.

(Detlef Müller [Chemnitz] [SPD]: Weil die Länder es gar nicht abgreifen! Verstehen Sie?)

Man sieht hier ganz klar: Auch da Rückschritt statt Fortschritt. Die Zahlen sprechen für sich. Deshalb: Auch da geht es komplett in die falsche Richtung.

(Beifall bei der CDU/CSU – Matthias Gastel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sagen Sie auch was zu den Erhöhungen für die Bahn?)

Vom Radverkehr zum Bundesstraßenbau, Bundesautobahnbau: 2020 – das letzte Jahr der CDU/CSU-geführten Regierung – wurden 11 Milliarden Euro für den Ausbau

der Bundesautobahnen und der Bundesstraßen bereitgestellt. Nach Inflations- und Baukostenbereinigung wären heute 14,5 Milliarden Euro notwendig, um das gleiche Niveau zu halten wie damals. Tatsächlich stellt Herr Wissing 2024 nur noch 11,5 Milliarden Euro ein. Das bedeutet nach Preis- und Inflationsbereinigung konkret ein Minus von 25 Prozent für die Autobahnen und für die Bundesstraßen. Das ist ein ganz klares Signal, dass hier diese Priorität nicht mehr gilt; vor drei Jahren haben wir, wie gesagt, 25 Prozent mehr ausgegeben. Das ist ein ganz dramatischer Rückschritt beim Straßenbau.

(Zuruf des Abg. Frank Schäffler [FDP])

Zum Schluss möchte ich noch einmal das Thema "49-Euro-Ticket" erwähnen, weil das ja auch das Lieblingsthema des Ministers ist. Ich möchte hier noch mal ganz klar sagen: Die "Flatrate zum Sparpreis" wird natürlich von vielen genutzt; das haben wir jetzt gehört. Gleichzeitig wird aber deutlich, dass die Kosten für dieses Prestigeprojekt komplett aus dem Ruder laufen. Allein dieses Jahr wird allein der Bund einen Verlust von 3 Milliarden Euro tragen müssen, und wir gehen davon aus, dass nächstes Jahr über 10 Milliarden Euro von Bund und Ländern gemeinsam getragen werden müssen, und bis heute hat sich noch keiner gefunden, der das tragen will.

(Zuruf der Abg. Dr. Paula Piechotta [BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN])

Da ist die Finanzierung also noch komplett offen. Nachhaltigkeit sieht komplett anders aus.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Schon heute ist erkennbar, dass dieses Ticket früher oder (D) später unbezahlbar wird.

Liebe Freunde,

(Detlef Müller [Chemnitz] [SPD]: Na ja!)

meine Damen und Herren, der vorliegende Haushaltsentwurf ist ein finanzpolitischer Rückschritt. Die Haushaltsberatungen stehen jetzt an. Ich hoffe, dass wir ihn noch ein bisschen besser machen können. In diesem Sinne freue ich mich auf die anstehenden Diskussionen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU)

#### Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Für Bündnis 90/Die Grünen hat das Wort Swantje Henrike Michaelsen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Swantje Henrike Michaelsen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! "Fahrradland Deutschland 2030" heißt es im Nationalen Radverkehrsplan. Und in der Tat sind wir auf dem Weg dahin. In Stadt und Land werden bereits mehrere Tausend Kilometer Radwege geplant, es wird gebaggert oder markiert.

Durch das Förderprogramm "Stadt und Land" ist in den letzten Jahren etwas in Gang gekommen.

#### Swantje Henrike Michaelsen

(A) (Ulrich Lange [CDU/CSU]: Wer hat's gemacht? Wir haben's gemacht!)

In vielen Bundesländern sind die Mittel des Förderprogramms "Stadt und Land" bereits komplett ausgeschöpft, wie zum Beispiel in Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern. Denn: Die Menschen in Deutschland wollen Rad fahren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mehr als 40 Prozent würden gerne mehr Wege mit dem Rad zurücklegen. Und dort, wo es geht, fahren sie Rad. Im ersten Halbjahr 2023 wurden in Hannover an den Messstationen gerade an Wochentagen spürbare Zuwächse gemessen. In Hamburg ist der Anteil des Radverkehrs seit 2019 sogar um 33 Prozent gestiegen. Gleichzeitig steigen seit Jahren die Absatzzahlen für E-Bikes und Lastenräder, und auch 2022 war ein Rekordjahr für die Fahrradbranche. Fahrradfahren boomt – da gibt es keinen Zweifel.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Aber es ist noch sehr viel zu tun. Die autofokussierte Verkehrspolitik der letzten Jahrzehnte hat dazu geführt, dass das Fahrrad ein Verkehrsmittel ohne durchgehende eigene Infrastruktur ist. Allerorten gibt es massive Lücken im Radverkehrsnetz. Unsichere oder fehlende Radwege verhindern, dass Menschen mit dem Rad zur Arbeit oder zum Sport fahren, sie verhindern, dass Eltern ihre Kinder mit dem Rad zur Schule schicken.

(B) Doch immer mehr Kommunen wollen dafür sorgen, dass alle Menschen sich unabhängig vom Alter auf den Radwegen sicher fühlen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Henning Rehbaum [CDU/CSU]: Und Sie streichen die Mittel für den Radwegebau!)

Wir wollen diesen Trend verstetigen. Das ist auch unser Anliegen für die anstehenden Haushaltsberatungen. Denn der Bund muss auch finanziell seinen Beitrag leisten, damit das Fahrradland überall in Deutschland Realität wird.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Henning Rehbaum [CDU/CSU]: Leider streicht die Ampel die Mittel für den Radverkehr!)

## Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Und für die AfD-Fraktion hat das Wort Eugen Schmidt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

## Eugen Schmidt (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Landsleute! In Zeiten des rasanten Niedergangs unseres einst so stolzen Landes beschließt diese Regierung, nicht die eigenen Gehälter, sondern die entscheidenden Investitionen in Digitalisierung und Netzausbau zu kürzen.

## (Detlef Müller [Chemnitz] [SPD]: Kassandrarufe! Schwarzmaler!) (C)

Ein ausgebautes Breitbandnetz ermöglicht es den Deutschen, sich jenseits staatlicher Propagandamedien besser und frei zu informieren,

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

was freilich nicht im Sinne dieser Regierung ist.

(Beifall bei der AfD – Michael Donth [CDU/CSU]: Jetzt weiß ich: Russia Today!)

Hinsichtlich der Verwaltungsdienstleistungen handelt diese Bundesregierung ähnlich bürgerfeindlich. Viele bürokratische Abläufe müssen dringend digitalisiert werden. Ein unfähiger Staat nötigt Millionen Deutsche in zunehmendem Maße, ihre wohlverdiente Freizeit in Amtsstuben abzusitzen und sich durch endlose Formulare zu quälen.

(Zuruf des Abg. Detlef Müller [Chemnitz] [SPD])

Digitalisierung kann Effizienz und Transparenz erhöhen, wenn sie bürgerfreundlich gemacht wird. Schauen wir den aktuellen Haushaltsplan an, der 3 300 Seiten umfasst! Er ist digital und maschinenlesbar vorhanden, aber statt mehr Transparenz zu bieten, sind in den maschinenlesbaren Versionen Informationen gekürzt. Absicht oder Unfähigkeit? Vermutlich beides!

Und wenn man sparen muss, dann bitte an der richtigen Stelle: Wir haben immer wieder Maßnahmen vorgeschlagen, die Milliarden Euro deutscher Steuergelder an sinnvollen Stellen einsparen würden. Das fängt bei Sozialmigranten an und hört bei der Finanzierung des Krieges in der Ukraine noch lange nicht auf.

# (Zuruf der Abg. Anke Domscheit-Berg [DIE LINKE])

Aber selbst wenn die Bundesregierung die Digitalisierung wollte, sähe ihre Bilanz nicht besser aus. Selbst wenn sie auf die Idee käme, die Mittelmeerroute für Sozialmigranten mit Lade- und WLAN-Stationen auszustatten, würde diese inkompetente Regierung kläglich scheitern

Ihre Unfähigkeit in der digitalen Transformation zeigt sich exemplarisch an den 214 Millionen Euro, die für Ihre sogenannte Corona-Warn-App rausgeworfen wurden. Ihr Nutzen ist nicht nur fragwürdig. Der Überwachung der Deutschen durch diese Regierung wurde damit auch Tür und Tor geöffnet.

## (Beifall bei der AfD)

Als die AfD-Fraktion kürzlich nach politisch motivierter Kriminalität fragte, kam vom Faeser-Ministerium eine 300-Seiten-Antwort, die zur Hälfte keinen Text enthielt. Entweder fehlte das Geld für kompetentes Personal oder es sollte die Lesbarkeit erschwert werden – vermutlich beides. Falls es nur am Geld liegen sollte: Lassen Sie uns als Parlamentarier Geld sammeln, um Frau Faeser einen Excel-Kurs zu finanzieren.

(Beifall bei der AfD – Zuruf vom BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN: Tata! Tata!)

## (A) Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Für die SPD-Fraktion hat das Wort Anja Troff-Schaffarzyk.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

## Anja Troff-Schaffarzyk (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Verkehrshaushalt 2024 behält die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in der Stadt und auf dem Land im Blick.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Darum schaffen wir gleichberechtigte Mobilität für alle – unabhängig vom Wohnort.

Stichwort "Radfahren für alle": Wir führen eine Reihe von Förderprogrammen fort, um von Bundesebene den Ausbau der Radinfrastruktur zu unterstützen. Rund 200 Millionen Euro investieren wir nicht nur in Radwege, sondern auch in den Aufbau von Mobilitätszentren an Bahnhöfen. Hier ermöglichen wir die Anfahrt mit dem Rad oder dem Auto zum Zug, wo ÖPNV-Alternativen noch fehlen. Das konkrete Angebot im Nahverkehr wird von den Ländern und Kommunen gestaltet. Wir vom Bund sorgen hier für eine gute Vernetzung der verschiedenen Verkehrsträger.

## (Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(B) Ein breites Angebot und individuelle Lösungen für jeden und jede – darauf kommt es an, wenn es um Mobilität geht.

Stichwort "Bahnfahren für alle": Dafür reaktivieren wir Strecken und Haltepunkte und investieren kräftig in das Schienennetz. Über den Erfolg des Deutschlandtickets wurde heute schon vielfach geredet. Wir wollen niemandem vorschreiben, wie er von A nach B kommt, sondern Angebote fördern, damit sich alle ihren Weg mit unterschiedlichen Verkehrsmitteln frei und flexibel gestalten können. Auch der Straßenverkehr wird deshalb in Zukunft selbstverständlich weiter eine wichtige Rolle spielen.

Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land – natürlich sind "gleichwertig" und "gleich" nicht dasselbe. Die Problemlagen in Stadt und Land sind ganz unterschiedlich. Die Lösungen können also auch nicht dieselben sein. Es gibt großen Leidensdruck in den Städten: zu viele Autos, zu viel Versiegelung, Wettbewerb um Straßenräume. Im ländlichen Raum ist der Leidensdruck nicht geringer, aber was hier gebraucht wird: mehr Ladeinfrastruktur, weniger Kosten für Fahrten mit dem eigenen Pkw, ein dichteres ÖPNV-Angebot

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Zurufe von der CDU/CSU)

oder eben überhaupt ein ÖPNV-Angebot.

Wir reden in Deutschland mehr über Mobilität als je zuvor. Diese Chance müssen wir gemeinsam nutzen und in der Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen gestärkt vorangehen. Der Kanzler hat es heute (C) Morgen zu Recht eingefordert: Wir brauchen einen Deutschlandpakt, um die Infrastruktur zu erneuern.

(Florian Müller [CDU/CSU]: Er hat doch jahrelang blockiert!)

Die Verteilung der Zuständigkeiten ist komplex, die Finanzierung ebenfalls. Im Zentrum muss aber eine gemeinsame Verantwortung für bessere Mobilität stehen. Und das erwarte ich von allen Beteiligten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir nehmen als Bund viel Geld für die Mobilität in die Hand. Wir beschleunigen Verfahren, setzen auf das Potenzial der Digitalisierung und bauen Bürokratie ab. Wir geben mehr Geld im Verkehrshaushalt 2024 aus, allen Sparzwängen zum Trotz. Und damit setzen wir ein klares Ausrufezeichen.

Natürlich brauchen wir Zeit, um die entstandenen Löcher im Verkehrsnetz zu flicken, gerade auch in den ländlichen Gebieten. Deswegen auch hier noch mal der Appell an alle Ebenen: Wir werden das nur gemeinsam schaffen.

Danke.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

#### Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Für die Unionsfraktion hat das Wort der Kollege Felix (D) Schreiner.

(Beifall bei der CDU/CSU)

### Felix Schreiner (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist eigentlich schade: Sie haben in dieser Debatte die Chance verpasst, zu erklären, was die haushaltspolitischen Schwerpunkte in der Verkehrspolitik der nächsten Jahre sind.

(Matthias Gastel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die sind eindeutig erkennbar! Guckt einfach rein, dann seht ihr die Schwerpunkte! Viele Milliarden zusätzlich für die Bahn! – Zuruf der Abg. Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Und Sie haben mit dem, was Sie uns vorgelegt haben, eine Chance verpasst. Wir hätten uns gewünscht, dass Sie sich hier so einig sind wie bei der Cannabislegalisierung. Aber auch nach dem rhetorisch-emotionalen Feuerwerk des Ministers heute stellen wir einfach fest: Es ist ganz kleines Karo. Sie haben nicht einmal den kleinsten gemeinsamen Nenner gefunden, meine Damen und Herren

(Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf des Abg. Matthias Gastel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie regieren seit zwei Jahren, aber Sie liefern nicht. Ich möchte es an ein paar Beispielen konkret machen:

#### Felix Schreiner

(A) Erstens. Sie erreichen Ihre Ziele nicht. Sie sagen, dass bis 2030 mindestens 15 Millionen Elektroautos auf den deutschen Straßen rollen sollen. Die Realität ist aber eine andere. Seit Monaten gehen die Bestellungen zurück, und die Verbraucher fordern vor allem eines, nämlich Planungssicherheit und entsprechende Rahmenbedingungen. Dazu gehört der Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur, dazu gehören Anreize über die Kfz-Steuer,

(Zuruf des Abg. Frank Schäffler [FDP])

und es gehört auch dazu, dass wir passgenaue Förderprogramme über die KfW und vieles mehr machen. Mir fehlt der Glaube, dass diese Koalition noch irgendetwas, was wirklich klimapolitische Anreize im Verkehrssektor setzt, auf die Reihe kriegt. Das muss ich Ihnen so offen sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Zweitens. Sie halten Ihre Zusagen nicht ein. Die Novelle der Lkw-Maut in Zeiten einer Rezession bedeutet doch in allererster Linie eine Mehrbelastung für die Unternehmen und die Bürger, ohne einen nennenswerten klimapolitischen Effekt.

(Frank Schäffler [FDP]: Straßenbau!)

Die Unternehmen haben gar keine andere Wahl und werden die Kosten an die Endverbraucher durchreichen, die letztendlich die Zeche zahlen.

Herr Wissing, ich frage mich schon: Haben Sie eigentlich gemerkt, dass Ihnen Ihr Kollege im Kabinett, Christian Lindner, schlicht und ergreifend 4 Milliarden Euro Mehreinnahmen aus der Maut geklaut hat? Sie haben sie nicht einmal verteidigt, und die Wahrheit ist, dass diese 4 Milliarden Euro jetzt wirklich für den Ausbau von Infrastruktur in diesem Land fehlen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Gabriele Katzmarek [SPD]: Was war mit der Pkw-Maut?)

Wir haben es jetzt schwarz auf weiß

(Dr. Till Steffen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Wollen Sie jetzt ernsthaft über die Maut sprechen?)

und wissen, dass wir dieses Geld eben nicht für die Ertüchtigung von Verkehrsinfrastruktur, für die Sanierung und den Ausbau von Brücken, für Tunnelsanierungen, für die Lückenschlüsse, die wir dringend brauchen, zur Verfügung haben. Nein, bereinigt um die Mautmehreinnahmen sinkt der Verkehrshaushalt um fast 4 Milliarden Euro. Wir können feststellen: Wir haben kein Einnahmeproblem; wir haben eine vollkommen falsche Prioritätensetzung Ihrerseits, von den Koalitionsfraktionen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber es gibt eben mehr Mauteinnahmen, und die gehen in den Verkehr!)

Das dritte Beispiel. Sie bilden in keiner Weise die Kostensteigerungen bei Bau- und Rohstoffen, auch beim Personal ab. Jeder Privathaushalt in diesem Land weiß, dass die Kosten gestiegen sind. Nur Sie verschließen die Augen davor, und Sie malen sich die Welt, wie sie Ihnen gefällt. Sie müssten sich doch eigentlich mal ehrlich machen: Die Verkehrsinvestitionen sinken real. Aber

Investitionen sind kein Selbstzweck. Sie sind die (C) Grundlage dafür, dass wir in diesem Land unsere wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit erhalten.

(Detlef Müller [Chemnitz] [SPD]: Die Investitionen steigen!)

Und da investieren Sie leider viel zu wenig.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Der vierte Punkt. Wenn Sie sagen: "Wir erhöhen jetzt die Mittel bei den Wasserstraßen", dann ist die Wahrheit: Sie haben im letzten Haushalt die Mittel bei den Wasserstraßen sträflich reduziert.

(Dr. Christoph Ploß [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Sie machen jetzt gerade mal den Fehler wieder gut, den Sie damals angerichtet haben. Aber Sie können doch hier nicht von einem Bekenntnis zu den Wasserstraßen in Deutschland reden. Sie haben die Mittel gekürzt, und jetzt machen Sie es gerade mal wieder gut. In Wahrheit kommt hinten nicht mehr Geld an.

(Beifall bei der CDU/CSU – Bettina Hagedorn [SPD]: Die Wahrheit ist: Ihre Verkehrsminister haben es versemmelt!)

Lassen Sie mich einen grundsätzlichen Gedanken äußern: Wenn wir uns doch alle einig sind, dass wir mehr Investitionen in den verkehrspolitischen Bereichen brauchen, dann müssen wir auch darüber reden, wie wir privates Kapital in den Verkehrsbereich bekommen. Wir müssen darüber beraten, wie wir ÖPP-Projekte verbessern und erweitern können, wie wir auch Geld aus privaten Sektoren im Verkehrsbereich mobilisieren können.

(Matthias Gastel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Damit wir Ihr Mautdesaster finanzieren können! – Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wollen Sie die Aktienautobahn oder die Aktienbahn?)

Denn wenn wir sinnvoll investieren, wenn wir kostengünstig haushalten und jetzt für die Mobilität von morgen die richtigen Maßnahmen treffen, dann werden wir es schaffen, dass wir eine gute Verkehrsinfrastruktur für alle Bürgerinnen und Bürger in unserem Land haben

(Zuruf des Abg. Matthias Gastel [BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN])

und nicht nur in der Berliner Blase, so wie Sie von den Grünen es gerade heute wieder mal so wunderbar dargestellt haben.

(Beifall bei der CDU/CSU – Matthias Gastel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Kein Wort zur Bahn! Super!)

## Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Für Bündnis 90/Die Grünen hat das Wort Maik Außendorf.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

(D)

(C)

### (A) Maik Außendorf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unsere Wirtschaft und auch die Gesellschaft insgesamt stehen vor der Herausforderung, sich weiterzuentwickeln, um auch in Zukunft Wohlstand schaffen und sichern zu können, und das unter erschwerten geopolitischen Bedingungen und innerhalb der planetaren Grenzen, also nachhaltig und klimaverträglich.

Auf diesem Weg spielt die nachhaltige Digitalisierung in mehrfacher Hinsicht eine Schlüsselrolle. Sie ist zum einen Wegbereiterin für neue Geschäftsmodelle, besonders für Start-ups und kleine und mittelständische Unternehmen, in denen über 90 Prozent der Beschäftigten das Rückgrat unserer Wirtschaft ausmachen. Zum anderen sieht der Branchenverband Bitkom ein Reduktionspotenzial von mehr als 30 Prozent aller deutschen CO<sub>2</sub>-Emissionen allein durch innovative digitale Methoden, und dieses Potenzial müssen wir freilegen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN und der FDP und der Abg. Anna Kassautzki [SPD])

Die digitale Infrastruktur ist grundlegende Voraussetzung für alle Entwicklungen in diesem Bereich. Digitalpolitik reicht natürlich weit darüber hinaus. An dieser Stelle möchte ich auf die Infrastruktur näher eingehen; denn sie ist ja auch das Kernthema des BMDV und des Haushaltes.

Mit der Überarbeitung der Förderrichtlinie Graue Flecken haben wir eine weitere Beschleunigung des Ausbaus erreicht. Die Zubaurate ist im Jahresvergleich um 50 Prozent gestiegen. Es bleibt aber weiter viel zu tun. Deswegen ist es gut und richtig, dass wir die nötigen Mittel für den Breitbandausbau bereitstellen.

Deutlich problematischer – wo Licht ist, ist auch Schatten – ist es im Bereich Mobilfunk. Hier haben wir ein schweres Erbe, wieder mal von Herrn Scheuer.

(Zurufe von der CDU/CSU: Oh!)

Wenn wir uns erinnern: Zu Zeiten der unionsgeführten Regierung, bei der letzten Frequenzvergabe, wurde der Fokus eben nicht auf die Erreichbarkeit der Menschen auf dem Land gesetzt, sondern auf die Optimierung der Einnahmen für den Staatshaushalt, und die Vorgaben für die Netzbetreiber waren völlig unzureichend.

(Zuruf des Abg. Enak Ferlemann [CDU/CSU])

Um diesem Problem der Funklöcher zu begegnen, hat Herr Scheuer sein eigenes Amt gegründet, das Scheuer'sche Funklochamt, heute bekannt unter dem Namen "Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft", kurz: MIG. Die Aufgabe der MIG ist es, Funklöcher vor allem im ländlichen Raum zu stopfen. Und das geht sie auch gut an; das muss man sagen.

(Michael Donth [CDU/CSU]: Ah!)

Zwar deutlich zu langsam – wir haben aktuell etwa 600 Standorte in Entwicklung; die ersten Türme werden bald fertiggestellt –, aber es ist eine exponentielle Kurve, und wir sind ganz am Anfang und sicher, dass es vorangeht. Für diese wichtige Kernaufgabe wollen wir auch weiterhin die Finanzierung sichern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP – Henning Rehbaum [CDU/CSU]: Gute Unionspolitik in 16 Jahren!)

Funklöcher entlang der Bahnstrecken sind ein besonderes Ärgernis und Arbeitshemmnis. Es ist gut, dass sich Minister Wissing hier persönlich für Abhilfe einsetzt. Wir warten alle gespannt auf eine zügige Verbesserung in diesem Bereich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Maximilian Funke-Kaiser [FDP])

Auch im Bereich der Infrastruktur können und müssen wir mehr auf Nachhaltigkeit setzen. Bisher verbauen die Netzbetreiber alle eine eigene Antenne, haben also ihre eigene aktive Infrastruktur. Geteilte Nutzung mit anderen Betreibern – das wäre National Roaming – ist nicht vorgegeben und in der Praxis eher die Ausnahme. Es wäre viel besser, wenn sich zwei Netze eine Antenne teilen würden; dann könnten viel mehr Menschen über diese Antenne telefonieren. Mit weniger Ressourceneinsatz könnten wir das besser umsetzen. Das wäre der Weg in die richtige Richtung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Durch die Vorgabe von National Roaming wäre die Förderung gleichzeitig auch weniger klimaschädlich. Das heißt, hier geht es darum, klimaschädliche Subventionen abzubauen.

(Beifall der Abg. Nyke Slawik [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN])

Das ist etwas, was wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben. Insgesamt müssen wir uns bei den weiteren parlamentarischen Beratungen durch den konsequenten Abbau klimaschädlicher Subventionen überall im Haushalt Spielräume erarbeiten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Die Koalition hat die Weiterentwicklung der Gesellschaft durch Digitalisierung und Nachhaltigkeit auch in anderen Häusern im Blick. Gerade im BMWK gibt es viele Programme, um Start-ups und KMU bei der sozial-ökologisch-digitalen Transformation zu unterstützen und so auch zukünftig Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand zu sichern.

Ich komme zum Schluss. Wir brauchen einen effizienten Mitteleinsatz – nicht nur in der Digitalpolitik –, um Wirtschaft und Gesellschaft eine Weiterentwicklung zu ermöglichen, damit wir auch zukünftigen, nachhaltigen Wohlstand sichern können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie des Abg. Maximilian Funke-Kaiser [FDP])

## Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Die nächste Rednerin ist Joana Cotar.

(D)

#### (A) **Joana Cotar** (fraktionslos):

Frau Präsidentin! Werte Kollegen! "Mittlerweile wird es peinlich für Deutschland." Das sind die Worte von Bitkom-Chef Wintergerst bezogen auf die schleppende Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes. Eines der wichtigsten digitalpolitischen Vorhaben der Ampel endet gerade im Fiasko. Von den geplanten 575 Verwaltungsdienstleistungen sind nicht einmal 40 umgesetzt. Nun kürzen Sie das Budget massiv, klemmen die Länder von der Finanzierung ab, und um Peinlichkeiten in der Zukunft zu verhindern, setzen Sie sich einfach keine verbindlichen Fristen mehr. Was ist das denn für eine Art, Politik zu machen?

Das im Koalitionsvertrag versprochene Digitalbudget fehlt ebenso wie der Digitalpakt Schule 2.0. Ja sogar die Anschlussfinanzierung des ersten Digitalpaktes fehlt. Inzwischen hinken unsere Schulen Ländern wie Dänemark 20 Jahre hinterher. Der Ampel ist es egal. Zur Hälfte der Legislaturperiode hat sie nur 11 Prozent ihrer insgesamt 334 Digitalvorhaben umgesetzt. Jedes vierte Projekt wurde noch nicht einmal begonnen.

Für die Quantentechnologie stehen rund 21 Millionen Euro weniger zur Verfügung. Das Budget für das Luftund Raumfahrtzentrum soll ebenfalls um 200 Millionen Euro gekürzt werden. Auch dahinter verbirgt sich eine Kürzung für Quantencomputing. Dabei hat die Ampel noch am Anfang dieses Jahres versprochen, Deutschland und uns in diesem Bereich an die Weltspitze zu bringen. So wird das nichts, liebe Kollegen! Sie sparen an der Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Sie kürzen bei der künstlichen Intelligenz, bei der digitalen Bildung, bei der Games-Förderung und bei der digitalen Souveränität.

Volker Wissing ist als Digitalminister fast unsichtbar. Anstatt Klimakleber einzuladen, sollten Sie sich darauf konzentrieren, Deutschland digital anschlussfähig zu machen, Herr Minister. Die selbsternannte Fortschrittskoalition spart ausgerechnet am Fortschritt. Keine Leidenschaft, keine ordentliche Koordination, kaum Einbindung der Zivilgesellschaft, keine Digitalkompetenz bei den Ministern und jetzt auch noch weniger Geld. Die Ampel setzt das traurige digitale Erbe Merkels fort und damit Deutschlands Zukunft in den Sand.

Noch haben Sie zwei Jahre Zeit. Ändern Sie den Kurs – nicht um 360 Grad, aber um 180! Investieren statt sparen ist angesagt, sonst sitzen wir im Neuland fest, während die Welt da draußen die Zukunft gestaltet.

Herzlichen Dank.

### Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Für die SPD-Fraktion hat das Wort Johannes Schätzl.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

## Johannes Schätzl (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Der vorliegende Entwurf zum Einzelplan 12 setzt weiterhin auf einen stark geförderten Glasfaserausbau. Es liegen zwar einige Tagesordnungspunkte dazwischen, aber

ich habe mir dennoch zwei Punkte des geschätzten Uni- (C) onskollegen Brandl gemerkt.

Erster Punkt. Er hat vorhin dem Verkehrsminister vorgeworfen, er würde nicht richtig priorisieren. Ich bin an dieser Stelle ein wenig verwundert. Wir investieren 5 Prozent des gesamten Investitionsvolumens des Bundeshaushalts in Glasfaser; wir investieren 2,7 Milliarden Euro und damit rund doppelt so viel wie der Vorgängerminister. Das ist keine mangelnde Planungssicherheit,

(Franziska Hoppermann [CDU/CSU]: Aber das ist nicht Digitalpolitik! Das ist nur Infrastruktur!)

das ist für Städte, Kommunen und Gemeinden ein wahnsinnig wichtiges Signal.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

An der zweiten Stelle sprechen Sie von einem Förderstopp. Jetzt bin ich vollständig verwirrt.

### Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Herr Kollege, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Reinhard Brandl?

Johannes Schätzl (SPD):

Gerne.

## Dr. Reinhard Brandl (CDU/CSU):

Herr Kollege, vielen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Ich würde Sie gerne bitten, eine Einschätzung abzugeben, wie Sie die Auflösung des Sondervermögens "Digitale Infrastruktur" einschätzen. Wie Sie wissen, waren in diesem Sondervermögen insgesamt 4,7 Milliarden Euro enthalten.

(Zuruf der Abg. Tabea Rößner [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN])

Nach dieser Operation sind nur noch 2,7 Milliarden Euro im Einzelplan 60 als Vorsorge vorgesehen. Das heißt, 2 Milliarden Euro weniger stehen perspektivisch für den Glasfaserausbau zur Verfügung. Können Sie dazu eine kurze Einschätzung geben?

## Johannes Schätzl (SPD):

Sehr gerne, geschätzter Kollege Brandl. – Sie sind ja deutlich länger als ich in diesem Hause. Deswegen vielleicht ein Hinweis: Die Gelder aus Einzelplan 60, Kapitel 6002, Titel 712 03 plus Einzelplan 12 ergeben 2,7 Milliarden Euro, die wir im nächsten Jahr in das Thema Glasfaser investieren werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP – Zuruf von der CDU/CSU: Fehlen immer noch 2 Milliarden! – Gegenruf des Abg. Jürgen Coße [SPD]: Holen Sie mal den Taschenrechner raus! Das hilft!)

Noch mal zum angesprochenen Thema Förderstopp. Wir haben monatelang über ein neues Förderregime diskutiert. Wir haben genau an dieser Stelle mit zwei Instru-

#### Johannes Schätzl

(A) menten Vorsorge getroffen. Wir haben eine Stichtagsregelung eingeführt, und wir haben Länderbudgets eingeführt. Das ist an dieser Stelle keine mangelnde Planungssicherheit. Das ist die Garantie, dass für jeden Antrag in diesem Haushalt auch das entsprechende Geld zur Verfügung steht.

> (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Und wir werden diese Mittel sehr gezielt einsetzen.

Wir haben uns auf ein Fast-Lane-Programm verständigt, wo wir genau an den Stellen, wo es unglaublich notwendig ist, einfacher fördern. An dieser Stelle, glaube ich, sprechen die Zahlen tatsächlich für sich. Wir stellen fest, dass unsere angebotenen pauschal geförderten Beratungsleistungen in Anspruch genommen werden. Wir merken, dass mit jedem Tag, an dem der Stichtag näherrückt, die Anträge für Infrastrukturprojekte eingehen. Wir haben 2023 viel gefördert. Deswegen ist es auch gut, dass wir die Mittel für 2024 wieder im Haushalt verankert haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, keine Haushaltsrede ohne einen kleinen Hinweis, was zumindest ich noch gerne hätte. Neben der Förderung von Glasfaser haben wir auch noch die Bundesnetzagentur als unabhängigen Regulierer. Wir haben der Bundesnetzagentur als direktem Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger mehr Aufgaben übertragen, zum Beispiel im Bereich Telekommunikationsmindestversorgung. Deswegen würde ich an dieser Stelle dafür plädieren, dass wir auch die finanzielle und personelle Ausstattung der Bundesnetzagentur erhöhen.

Abschließend nenne ich die Gigabitförderung als einen der zentralen digitalpolitischen Aspekte für ein modernes Land. Mithilfe dieses Haushalts wird diese Regierung dafür sorgen, dass wir die Versprechen, die wir getätigt haben, auch einhalten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

## Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Der nächste Redner ist Stefan Seidler.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

## Stefan Seidler (fraktionslos):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Moin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Zurufe: Moin!)

Vor zwei Jahren hat sich die Ampel vorgenommen, auch (C) im Verkehrsbereich mehr Fortschritt zu wagen. Das war auch bitter nötig nach Jahren des einseitigen Blickes südwärts aufgrund des CSU-geführten Ministeriums.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Carina Konrad [FDP])

Denn wir wissen alle: Uns plagt eine marode Infrastruktur, die instand gesetzt und fit gemacht werden muss für die Zukunft. Die Uhr tickt; denn der Klimawandel wartet nicht

Bei uns in Schleswig-Holstein kommt dabei gerade alles zusammen: Die Straßen sind schlecht, die Brücken kaputt, das Schienennetz im hohen Norden ist das schlechteste der Republik, unser Nord-Ostsee-Kanal ist in einem beklagenswerten Zustand. Deshalb ist es zu begrüßen, dass der Verkehrshaushalt in diesem Jahr steigt, immerhin um 8,8 Prozent. Das ist gut, liebe Ampel.

Aber – ich will hier wirklich nichts kleinreden, lieber Kollege Müller, aber wir müssen auch ehrlich sein – wo es riesige Aufgaben gibt, da braucht es auch eine entsprechende Unterfütterung im Haushalt, und die ist eben nicht ausreichend. Nehmen wir die Wasserstraßen; für uns im Norden besonders wichtig. Da wird für den Erhalt unserer Infrastruktur zwar mehr Geld bereitgestellt, aber es braucht viel mehr; laut Bundesregierung 1,7 Milliarden Euro. Die sind im Haushaltsentwurf nicht vorgesehen, und das ist schlecht.

Schlechter ist, dass die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes ein immer größer werdendes Loch an unbesetzten Stellen hat. Mittlerweile sind nur noch 87 Prozent der Planstellen besetzt, Tendenz fallend. Auch das spürt man.

Am schlechtesten ist aus meiner Sicht, dass der Bund sich bei der Finanzierung unserer Häfen weiter zurückhält; das kann nicht sein. Unsere Häfen stehen vor einem tiefgreifenden Strukturwandel. Sie sind essenziell für die Energiewende. Ihre Entwicklung muss eine nationale Aufgabe sein, und das muss hier im Parlament interessieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Denn – lieber Metin Hakverdi, da sind wir uns einig – wir freuen uns auf die Nationale Hafenstrategie. Aber wir als Parlament sollten von Beginn an an der Erarbeitung der Nationalen Hafenstrategie beteiligt werden und nicht erst, wenn das Ergebnis vorliegt, lieber Herr Minister.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Anke Domscheit-Berg [DIE LINKE])

Lassen Sie mich abschließend noch mal ganz kurz die Bahn ansprechen. Wenn es um maritime Themen geht, diskutieren wir im Bundestag immer wieder die Verbesserung der Hafenhinterlandanbindung. Die Schiene soll dabei eine große Rolle spielen. Darüber besteht hier im Plenum große Einigkeit. Aus meinen Gesprächen mit

#### Stefan Seidler

Vertretern der Häfen in Schleswig-Holstein weiß ich jedoch, dass der Ausbau bei ihnen seit Jahren nicht funktioniert. Wenn der parlamentarische Wille und das Geld da sind, warum klappt es dann nicht? Klar ist: Unser Anspruch muss sein, dass unsere Beschlüsse umgesetzt werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

## Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Für die SPD-Fraktion hat das Wort Anna Kassautzki.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

#### Anna Kassautzki (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen!

(Zuruf von der AfD: Die Grünen auch begrü-Ben!)

Sehr geehrte Damen und Herren! Der Kollege Schätzl hat gerade schon ausgeführt, wie es bei der physischen Basisinfrastruktur der Hardware vorangeht. Das Ziel ist: Glasfaser in jedes Haus, an jede Milchkanne und in jeden Leuchtturm.

Ich möchte über eine weitere Basisinfrastruktur sprechen, die zentral für die Digitalisierung in Deutschland ist. Die Rede ist von Open Source. Für alle, die nicht so tief drinstecken: Als Open Source bezeichnet man, wenn der programmierte Code offen, für jeden einsehbar, im Netz zur Verfügung steht.

Unsere digitale Welt basiert oftmals auf Open-Source-Technologien, vom Hochleistungsserver über Software im Automobil bis zur smarten Glühbirne. Open Source ist eine Basisinfrastruktur der Digitalisierung. Wenn ich den Code eines Computerprogramms einsehen kann, kann ich sehen, was in diesem Programm passiert. Ich kann überprüfen, welche Daten über mich von wo nach wo geschickt werden. Ich muss nicht darauf vertrauen, dass der Hersteller meine Daten so behandelt, wie er es behauptet; ich kann es nachvollziehen. Und wenn ich es selbst nicht kann, dann gibt es andere, die das unabhängig überprüfen können.

So kann auch die Sicherheit der Systeme kontrolliert und können Sicherheitslücken oder mögliche Hintertüren erkannt und geschlossen werden. Vergleich gefällig? Im Mittelalter mussten die meisten Menschen darauf vertrauen, was ihnen der Pfarrer von der Kanzel über die Bibel erzählte. Sie konnten nicht lesen und es eben nicht überprüfen. So ähnlich stehen wir heute vor proprietärer Software, also Software, bei der der Quellcode nicht einsehbar ist. Wir müssen darauf vertrauen, dass das, was uns der Hersteller der Software sagt, stimmt. Wir können es nicht überprüfen. Bei Open Source müssen wir nicht mehr auf die Angaben der Hersteller vertrauen; wir können selbst nachschauen. Wir können dieser Software eher (C) vertrauen, weil wir eben nachvollziehen können, was darin passiert.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Maximilian Funke-Kaiser [FDP])

Es wird aber noch besser: Wir können auf Open-Source-Software aufbauen, sie erweitern und gestalten. Wir sind nicht mehr abhängig von einzelnen Anbietern. Das, meine Damen und Herren, ist die digitale Souveränität, von der Sie schon so viel gehört haben. Wir reduzieren problematische Abhängigkeiten und schaffen Vertrauen durch den offenen Code. Das macht Open Source zu einem der wichtigsten Bausteine auf unserem Weg zu einer vertrauenswürdigen, resilienten digitalen Infrastruktur und zu einer zeitgemäßen und kompetenten digitalen Verwaltung. Deswegen unterstützen wir als Bund Open-Source-Projekte.

Der Sovereign Tech Fund wurde im aktuellen Haushaltsplan von 10 Millionen auf 16 Millionen Euro aufgestockt; denn nach wie vor werden viele Open-Source-Projekte von Menschen in ihrer Freizeit nach Feierabend betreut. Neben dieser projektbezogenen Förderung werden wir uns als SPD-Fraktion im Rahmen der Haushaltsverhandlungen für eine Stärkung von Open Source in der Verwaltung einsetzen. Vorrang für Open Source, der Aufbau einer digital souveränen Multi Cloud auch auf der Basis von offenem Code, eine Stärkung des ZenDiS und des digital-souveränen Arbeitsplatzes sind elementar; denn gute Open-Source-Alternativen machen uns unabhängiger von den Oracles und Microsofts dieser Welt (D) und bauen nicht nur langfristig Kompetenzen in den Verwaltungen auf, sondern schaffen auch flexible und resiliente Lösungen. Wer digitale Souveränität fordert, fordert Open Source.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP und der LINKEN)

#### Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Für die Unionsfraktion hat das Wort Florian Oßner.

(Beifall bei der CDU/CSU - Zuruf von der CDU/CSU: Jetzt wird es wieder sachlich!)

## Florian Oßner (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zugverspätungen, marode Brücken, überalterte Schleusenanlagen, unzureichende Glasfaserversorgung - wir müssen in Deutschland richtig investieren in unsere Infrastruktur, falls wir den Anschluss nicht verlieren wollen. Uns jetzt einen Haushalt für Digitales und Verkehr vorzulegen, welcher zwar um 8,8 Prozent auf dem Blatt wächst, jedoch damit bei Weitem nicht die Baukostensteigerungen, die Inflation und auch die zusätzlichen Bedarfe in Summe decken kann, ist einfach unzureichend. Es reicht eben nicht, jeden Tag nur davon zu sprechen, was man alles tun will. Es muss schon auch ausreichend finanziell hinterlegt werden; sonst bleiben es am Ende leere Versprechungen.

#### Florian Oßner

## (A)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vor diesem Hintergrund verwundert es wenig, dass Ihr Zeugnis, Herr Bundesminister Wissing, welches Sie von den großen Verbänden Allianz pro Schiene, Auto Club Europa und Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club ausgestellt bekommen haben, eine magere Note Vier enthält mit der Begründung: Nachvollziehbare Ansätze zwar, jedoch fehlt es an einer Verkehrspolitik aus einem Guss.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Exakt das ist es: Es werden zu viele Baustellen aufgemacht, ohne sie zu Ende zu bringen, wie beispielsweise das 49-Euro-Ticket. Die wirkliche Strategie, der langfristige finanzielle Plan dahinter, der ist definitiv nicht erkennbar.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zurufe der Abg. Matthias Gastel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Carina Konrad [FDP])

Konfrontiert man die SPD, die Grünen und die FDP, wie das heute geschieht, mit diesem Vorwurf, kommen überraschend einig bei dieser sonst so zerstrittenen und uneinigen Koalition immer reflexartig exakt zwei Gegenvorwürfe an die Union: Erstens. Wir haben doch so viele Altlasten der Vorgängerregierung übernommen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Matthias Gastel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es!)

Und Zweitens. Die Union pocht grundsätzlich auf Haushaltseinsparungen; aber für den Bereich "Digitales und Verkehr" fordert sie mehr Investitionen.

(Matthias Gastel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Was ist denn bitte schön mit der CSU-Maut? Das ist nämlich der zweite Punkt! Hunderte von Millionen müssen wir bezahlen für euer Mautdesaster!)

Das passe doch nicht zusammen.

Bitte lassen Sie mich auf beide Punkte eingehen, weil sie exakt die andauernden Nebelkerzen der Ampelbundesregierung so eindrucksvoll unter Beweis stellen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Matthias Gastel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oh, oh, oh! CSU-Maut! Florian, du hast was vergessen!)

Im Jahr 2020 – Herr Gastel, keinen Herzinfarkt bitte! –,

(Beifall der Abg. Franziska Hoppermann [CDU/CSU] – Matthias Gastel [BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann sag es doch bitte!)

also in unserer Unionszeit, war die Pünktlichkeit der Bahn noch bei 82 Prozent aller Linien – Sie als bahnpolitischer Sprecher der Grünen dürften die Zahlen kennen –, im Jahr 2022, gerade mal zwei Jahre später, im ersten vollen Jahr der Ampelbundesregierung, gerade mal noch bei 65 Prozent. Die Pünktlichkeit hat sich um fast jeden fünften Zug verschlechtert. Ein Wahnsinn!

(Matthias Gastel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Weil ihr nicht investiert habt in eine leistungsfähigere Infrastruktur! Oh, oh, oh!) Da liegt ein Zusammenhang mit dem Regierungswechsel (C) nahe, jedoch nicht, wie Sie es beschreiben, liebe Ampel.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: In der Pandemie pünktlich kommen, wenn alles leer ist, ist ja wohl keine Kunst!)

Nicht die Altlasten sind Ihr Problem, sondern die eigene Problemlösungskompetenz, liebe SPD, Grüne und FDP. Da müssen Sie sich schon an die eigene Nase fassen und erst mal vor der eigenen Haustür kehren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Zweiter Vorwurf. Es stimmt, dass wir als CDU und CSU großen Wert auf solide Finanzen legen.

(Matthias Gastel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Deswegen müssen wir jetzt für euer Desaster bezahlen!)

Es ist bei uns im Gegensatz zu Ihnen – man merkt es an der Reaktion – keine Schande, auch mal an notwendigen Stellen einzusparen. Aber es geht eben nicht, dass Sie Finanztricks anwenden. Beispielsweise – und ich komme auf Frank Schäfflers Frage zurück – schröpfen Sie zuerst alle Lkw-Fahrer mit erhöhten Mautsätzen – heute schon mehrfach angesprochen –,

(Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Fahrer zahlen gar nichts!)

was über 7 Milliarden Euro zusätzlich in die Kassen des Verkehrsetats spült. Am Ende verbleiben aber nur 3 Milliarden im Verkehrsetat.

(Stefan Müller [Erlangen] [CDU/CSU]: Unglaublich!)

Der Rest von 4 Milliarden Euro geht in den allgemeinen Haushalt, also beispielsweise in nichtinvestive Sozialproiekte.

(Stefan Müller [Erlangen] [CDU/CSU]: Das ist schlimm!)

Statt die zusätzlichen Einnahmen im Verkehrsbereich auch für die Infrastruktur zu verwenden, werden diese Gelder sinnlos anderweitig verschleudert. Das geht gar nicht und ist eine grobe Verletzung des etablierten Finanzierungskreislaufs.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die überwiegend mittelständischen Spediteure, die für diese Maut aufkommen, werden zur Melkkuh der Ampelregierung. Sie dürfen am Ende zwar mehr zahlen, bekommen aber rein gar nichts dafür. Das ist im Endeffekt der Skandal. Wieder einmal wird die Existenz des Mittelstands im ländlichen Raum gefährdet und den Verbrauchern in die Tasche gegriffen. Das ist ein untragbarer Zustand.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Erschreckend ist auch, wie gerade der Ampel der Digitalbereich definitiv völlig egal zu sein scheint. So stehen beispielsweise für 2024 nur noch 900 Millionen Euro für den Ausbau der digitalen Infrastruktur,

(Detlef Müller [Chemnitz] [SPD]: Was?)

(D)

## Florian Oßner

(A) für innovationsfördernde Datenpolitik und für intelligente Mobilität zur Verfügung. Zum Vergleich: Im laufenden Jahr fördert der Bund allein den Glasfaserausbau noch mit 1,2 Milliarden Euro. Das Sondervermögen "Digitale Infrastruktur" mit über 4,2 Milliarden Euro wird – schwups! – einfach aufgelöst.

(Dr. Jens Zimmermann [SPD]: Was sind das für Zahlen? – Dr. Paula Piechotta [BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN]: Seid ihr jetzt für oder gegen Sondervermögen?)

Hinzu kommen Erlöse aus der Frequenzvergabe von über 500 Millionen Euro, welche primär zweckgebunden waren. Unter dem Vorwand, man wolle mehr Transparenz schaffen, werden angesammelte zweckgebundene Mittel eingesammelt, um Finanzlöcher des Bundesfinanzministers an anderer Stelle zu stopfen. Keineswegs werden daraus aber Digitalprojekte finanziert, was jedoch für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands so dringend notwendig wäre.

## (Beifall bei der CDU/CSU)

Frau Präsidentin, ich fasse zusammen: Weder werden die Herausforderungen aus der Verkehrsprognose 2051 gelöst noch die Verlagerungsziele auf Schiene und Wasserstraße erfüllt, von den Ausbauzielen der digitalen Infrastruktur ganz zu schweigen. Deshalb bleibt am Ende nur die Feststellung:

(Matthias Gastel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Es bleibt die Feststellung: kein Wort zur Schieneninfrastruktur!) (C)

Dieser Haushalt ist ein herber Rückschlag für den Erhalt und Ausbau der Infrastruktur, der Lebensadern unserer Exportnation. Was wir jetzt brauchen, ist ein Kraftakt für Zukunftsfähigkeit, für Technologieoffenheit und eine Verkehrspolitik ohne ideologische Scheuklappen.

Vielen Dank. Herzliches "Vergelts Gott!"!

(Beifall bei der CDU/CSU)

## Vizepräsidentin Yvonne Magwas:

Weitere Wortmeldungen zu diesem Einzelplan liegen nicht vor. Damit sind wir am Schluss unserer heutigen Tagesordnung.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages ein auf morgen, Donnerstag, den 7. September 2023, 9 Uhr.

Ich wünsche Ihnen einen schönen, sonnigen Feierabend. Die Sitzung ist damit geschlossen.

(Schluss: 18.25 Uhr)

(D)

## (A)

## Anlage zum Stenografischen Bericht (C)

## Anlage

## **Entschuldigte Abgeordnete**

Abgeordnete(r)		Abgeordnete(r)		
Arlt, Johannes	SPD	Luksic, Oliver	FDP	
Bachmann, Carolin	AfD	Mattfeldt, Andreas	CDU/CSU	
Baradari, Nezahat	SPD	Naujok, Edgar	AfD	
Bas, Bärbel	SPD	Pohl, Jürgen	AfD	
Bystron, Petr	AfD	Reichardt, Martin	AfD	
Gauland, Dr. Alexander	AfD	Renner, Martina	DIE LINKE	
Glaser, Albrecht	AfD	Schröder, Christina-	BÜNDNIS 90/	
Grund, Manfred	CDU/CSU	Johanne	DIE GRÜNEN	
Helling-Plahr, Katrin	FDP	Schulz, Uwe	AfD	
Hessel, Katja	FDP	Stahr, Nina	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	
rlstorfer, Erich	CDU/CSU	Sthamer, Nadja	SPD	
Janecek, Dieter	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Ulrich, Alexander	DIE LINKE	
Kaufmann, Dr. Michael	AfD	Weiss (Wesel I), Sabine	CDU/CSU	
Kofler, Dr. Bärbel	SPD	Weiss, Maria-Lena (aufgrund gesetzlichen Mu	CDU/CSU atterschutzes)	(D)
Korte, Jan	DIE LINKE	Weyel, Dr. Harald	AfD	
Lindholz, Andrea	CDU/CSU			
Loop, Denise	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN			
(aufgrund gesetzlichen Mu	tterschutzes)			

